

Teil E

Vorbemerkung der Redaktion des AWR zur Berichterstattung der Zeitschrift „Unser Mitteleuropa“:

Weder „Fakten-Darstellung“ noch Sprache von Putin (über die Regierung der Ukraine: „Drogenbande“, „Nazis“) und von Lawrow gefallen uns in der Zeitschrift „Unser Mitteleuropa“. Der Angriffskrieg gegen die Ukraine ist darüber hinaus durch nichts zu rechtfertigen.

Dieser Überfall ist ein Verbrechen!!!

Überdies ist die Berichterstattung von „Unser Mitteleuropa“ zu diesem Komplex in seiner Putin-Hörigkeit sehr zu bedauern! Auch in der Tonart der Sprache und in der Wortwahl hat sich die Zeitschrift leider anstecken lassen! Einfach widerlich!!!

Und ist der Versuch der Politik Putins schon vergessen, Europa durch „Flüchtlingsströme“ über Weißrussland zu destabilisieren? Der polnischen Regierung sei dankgesagt, dass sie die Grenzen zu Weißrussland geschlossen hat!

Wer kann uns etwas über die Zusammensetzung der Redaktion von „Unser Mitteleuropa“ sagen, wer lüftet uns das Geheimnis zum Eigentümer, für den lediglich ein Postfach in London genannt wird.

Schade! Schade! „Unser Mitteleuropa“ vertut Chancen, eine kritische, auch selbstkritische Publikation zu sein.

Wir sehen eine Gratwanderung zwischen „historischem Dokument“ und „Propaganda“ – letztere ist zuweilen auch ein „historisches Dokument“.

Unsere Meinung ist klar, möge der Leser für sich entscheiden und viele unterschiedliche Quellen benutzen!

Die Redaktion

Teil E
Inhaltsverzeichnis (Seiten E II – E VIII)

Großgliederung Europas

Seite E 0

E. a) Pfarrer Steffen Reiche, Kirchengemeinde Berlin-Nikolassee
Seiten E 1 – E 9

Predigtkreis & NZZ- Interview mit Marie-Agnes Strack-Zimmermann +
Richard Herzinger über Xi und Putin

Der Literaturkreis

E. b) Themen global, die uns auch bewegen **Seiten E 10– E 45**

- 01) Pressefreiheit: Tschechien vor Deutschland und Österreich
- 02) Kissinger feierte seinen 100. Geburtstag: Kann er es noch einmal richten?
- 03) Tödliche Fehde zwischen US-Landeseliten und Globalisten um Eine-Welt-Herrschaft
- 04) G7 Gipfel – die „Ungeliebten“ feierten sich selbst
- 05) „Konkurrenz-Gipfel“ – China tagt mit Zentralasiatischen Staaten
- 06) Beschleunigt durch US/EU-Sanktionen: Chinas Yuan – Eine neue Weltwährung entsteht
- 07) Wissen ist ...? Von REDAKTION
- 08) Syriens Rückkehr in die Arabische Liga
- 09) Alfred de Zayas: Politische Provokationen oder die verwerfliche Kunst der Kriegstreiberei. Von ALFRED DE ZAYAS

E. c) Wanderungen und Einwanderungen **Seiten E 54 – E 64**

- 01) Identitäre aus Deutschland starten in Afrika Kampagne gegen Massenauswanderung nach Europa. Von DAVID BERGER
- 02) Neue Flüchtlingswelle von UN inszeniert?

E. d) Länder weltweit – im Überblick **Seiten E 65 – E 103**

- 01) Was in der Schweiz und anderswo berichtet wurde – 28.05.2023
- 02) Was in der Schweiz und anderswo berichtet wurde – 25.05.2023
- 03) Was in der Schweiz und anderswo berichtet wurde – 18.05.2023
- 04) Was in der Schweiz und anderswo berichtet wurde – 11.05.2023
- 05) Was in der Schweiz und anderswo berichtet wurde – 07.05.2023
- 06) Was in der Schweiz und anderswo berichtet wurde – 02.05.2023

E. e) Verteidigungsbündnisse: NATO u.a.

Seiten E 104– E 106

Keine Berichte

E. f) Europa, Europa und die Welt

Seiten E 107 – E 126

01) Der ungebremste Abstieg Westeuropas: Migranteninvasion und Geburtenrückgang

Europäische Union (EU) (Seiten E 122 - E 126)

01) EU darf „eingefrorenes“ russisches Vermögen nicht an Ukraine „verteilen“

02) Bernhard Zimniok: EU-Beitritt von Serbien und dem Kosovo brächte zusätzliche Probleme

03) Petr Bystron (AfD) zur Diskussion in Schweden über möglichen EU-Austritt

E. g) Mitteleuropa

Seite E 127

Keine Berichte

E. h) Deutschland und nahe Staaten

Seiten E 128– E 206

Belgien (Seiten E xx – E xx)

01) „Allahu-Akbar“ skandierende Jung-Muslime vertreiben LGBTQ-Aktivisten (Video)

02) Belgien „spendet großzügig“ beschlagnahmtes russisches Vermögen an Ukraine

B R D e u t s c h l a n d (ohne Berlin und Land Brandenburg)

(Seiten E 128– E 170)

01) Faeser als Herrin über das neu eingeführte Digitale Bürgerkonto für Jedermann

02) Hans-Georg Maaßen stuft „Letzte Generation“ als staatsfeindlich ein

03) KW 20. Von Ed Koch

04) Grüne im Bundestag: „Ach, Bismarck war Kanzler? Witzig!“
Wo Dummköpfe das Sagen haben

05) Extrem-Bergsteiger Messner: Absage an Grüne Woke-Politik (II) – Alpha-Wolf-Liebhaber. Von ELMAR FORSTER

06) Letzte Generation bettelt nun – versiegt US-Geldfluss?

07) Plauen: Krisenlage wegen „Vorfällen“ mit Schutzsuchenden

08) Türkeiwahl wird in Deutschland entschieden. Von Ed Koch

09) Werbung oder politische Propaganda?

10) KW 19. Von Ed Koch

- 11) Baerbock erneut „in pathologischem Droh-Modus“ – auf Verdacht ist nun S-Afrika dran
- 12) Skandal um Benin-Bronzen: Afrikanische Königsfamilie von Dummheit Baerbocks überrascht
- 13) Das Ende des Schreckens. Von Ed Koch
- 14) KW 18. Von Ed Koch
- 15) Zur deutschen Comprador Elite im Allgemeinen und den Grünen im Besonderen. Von MECHTHILD SCHWARZ
Von MECHTHILD SCHWARZ
- 16) Wenn die „Klima“-Weltrettung Pause macht – „Kampf gegen Putin“ geht vor. Von REDAKTION
- 17) Habecks Traumwelt – Wärmepumpen stehen still wegen Strommangel
- 18) BERNHARD ZIMNIOK zur skandalösen EU-Flüchtlingspolitik.
Von BERNHARD ZIMNIOK
- 19) ACHTUNG REICHELT!
So plündert der Grüne Clan unser Land aus! Habeck erhebt jetzt Graichen-Steuer. Von JULIAN REICHELT
- 20) Faeser bei Maikundgebung in Hessen ausgebuht: „Hau ab! Hau ab! Hau ab!“. Von DAVID BERGER

Berlin und Land Brandenburg (Seiten E 171 – E 194)

- 01) Pro-Erdogan-Tumulte in D und Ö: „Absage an unsere Demokratie“ (grüner deutsch-türkischer Minister Özdemir) (VIDEOS)
- 02) Energetic Apero ging in die zweite Runde. Von Ed Koch
- 03) Unterwegs in Berlin. Von Ed Koch
- 04) 500 Meter. Von Ed Koch
- 05) Herzlichen Glückwunsch der SPD und anderen ... Von Ed Koch
- 06) Ein Tag der Befreiung. Von Ed Koch
- 07) Müller erhöht den Druck. Von Ed Koch
- 08) Kai Wegner: „Ein richtig guter Tag für Berlin!“ Von Ed Koch
- 09) Berlin: Messerattentat in Schule durch „psychisch kranken Erwachsenen“
+UPDATE+ Kommt „Berhan S.“ aus „strenggläubiger Familie“?
- 10) Himmelfahrtskommando in der Senatsbildung. Von Ed Koch
- 11) (Parlaments)Abstimmungen mit offenem Visier. Von Ed Koch

Österreich (Seiten E 195 – E 206)

- 01) Russisches Außenministerium bestätigt Österreich Aufgabe seiner Unabhängigkeit und Prinzipien zur Neutralität
- 02) Dr. Norbert van Handel – Friedman im Parlament und Van der Bellen in England
- 03) Österreich – Soldatenfriedhof der sowjetischen Kriegsgefallenen geschändet

Tschechien (Seite E 207)

- 01) 100. Geburtstag des Tschechischen Rundfunks
- 02) Tschechiens Präsident Pavel traf sich in Selb mit Söder UND Posselt
- 03) Liechtenstein-Klage abgewiesen
- 04) Tschechiens Regierungsvertreter kommen derzeit auf keine Mehrheit
- 05) Tschechiens Präsident ernennt heute zwei neue Minister
- 06) Tschechien verliert an Attraktivität für deutsche Investoren

Slowakei (Seite E 207)

- 01) Die slowakische Präsidentin Zuzana Čaputová hat eine technokratische Regierung ernannt

Ungarn (Seiten E 208 – E 219)

- 01) EU-DSSR: EU-Parlament will Ungarn 2024 EU-Vorsitz entziehen – Warum? (Video)
- 02) Orbáns „CPAC“-Rede: „Wo Liberale ein Land ruiniert haben, hilft nur konservative Politik“
- 03) Neo-konservative „CPAC“-Konferenz in Budapest: Altlinke in Panik vor „No-Woke-Zone“. Von ELMAR FORSTER
- 04) Orban: „Es gibt nur Kriegs-Verlierer – EU will Außenpolitik souveräner Mitgliedstaaten abschaffen“
- 05) Ö: Anti-ORF-Petition mit leeren Seiten – „Medienpolitik wie in finstersten Diktaturen“ – Ungarn viel freier. Von ELMAR FORSTER
- 06) Papstbesuch in Ungarn +UPDATE 04.05.+ Ukraine lehnt Friedensvermittlung durch Papst, Orban und Patriarch Hillarion ab
Von ELMAR FORSTER

- 07) „**Bloomberg**“: **Ungarn ist eine Gefahr für die Einheit der EU**

Serbien (Seiten E xxx – E xxx)

- 01) Linke Internationale arbeitet an „Farbenrevolution“ gegen Ungarn und Serbien – ORF-Medien-Manipulation

E. j) Osteuropa

Seiten E 220– E 229

Weißrussland (Seiten E 220 – E 226)

- 01)** Lukaschenko zu Polens Plan der Aufstandsunterstützung in Weißrussland
– „Lasst sie kommen!“

Ukraine (Seiten E 220 – E 226)

- 01)** Medwedew: Ukraine soll aufgeteilt werden – Drei Szenarien
02) Ukrainischer Oppositionsführer Medwedtschuk: Die jetzige Ukraine wurde
im amerikanischen Reagenzglas gezüchtet

Russland (Seiten E 227 - E 229)

- 01)** Liebesgrüße aus Moskau: Schwedisches Generalkonsulat in
Sankt Petersburg muss schließen
02) Gespräch Höchtls mit der russischen Menschenrechtsaktivistin
Scherbakowa
03) Sanktionen hochwirksam – Russland wieder unter den 10 größten
Volkswirtschaften gelistet
04) Sergej Lawrow: Die Fähigkeit des Westens zu lügen ist bestens bekannt!
05) „Die Moskauer Gespräche waren für Xi Jinping wichtiger als für Putin“
Von JURY TAWROWSKY

D. k) Kaukasusgebiet / Türkei

Seite E 230

- 01)** Türkei: Erdoğan gewinnt Stichwahl

E. l) Südosteuropa

Seiten E 231 – E 233

Moldau (Seiten E 231 - E 233)

Keine Berichte

“

E. m) Süd- und Westeuropa

Seiten E 234 - E 246

Keine Berichte

Großbritannien (Seiten E 247 – E 248)

01) King Charles III.: König des „Great Reset“

02) Der letzte König auf Erden

Finnland (Seiten E 249 – E 250)

01) Finnische Einkaufstouristen werden nun an Russischer Grenze abgewiesen



P. Jordan: „Großgliederung Europas nach kulturellräumlichen Kriterien“, Europa Regional 13 (2005), Heft 4, Leibniz-Institut für Länderkunde, Leipzig. Karte Europa Grünes Band.png

https://de.wikipedia.org/wiki/Datei:Grossgliederung_Europas.png

Eine eindeutige Definition der geografischen Regionen West- und Ostmitteleuropa ist kaum sinnvoll, weil die historische Entwicklung und der Entwicklungsstand[1] der dort liegenden Staaten zu berücksichtigen wäre.

Im Sprachgebrauch West- und Mitteleuropas spiegelt sich annähernd folgende Zuordnung der Staaten wider:

- Westmitteleuropa: Deutschland, Österreich, die Schweiz und Liechtenstein
- Ostmitteleuropa: zumindest Polen, Tschechien, die Slowakei und Ungarn. Manchmal werden auch Rumänien, Slowenien und Kroatien dazugezählt.

Landschaftlich gehört Ostösterreich zu Ostmitteleuropa, die Zuordnung Österreichs zu Westmitteleuropa wurzelt politisch-geographisch in der Zeit des mittleren zwanzigsten Jahrhunderts. Physisch ist hier die Grenze im Raum zwischen Alpen und Böhmischer Masse zu sehen. Diese Grenze entspricht etwa den klimatischen Grenzen des atlantischen Einflussbereichs zum Pannonischen Klima.

West- und Ostmitteleuropa in diesem weiteren Sinne zusammen entsprechen etwa auch dem Begriff Mitteleuropa oder Zentraleuropa, englisch Central Europe (CE). Abzugrenzen ist diese kulturgeographische Region vom wirtschaftspolitischen Begriff MOEL Mittel- und osteuropäische Länder / CEE Central and Eastern Europe, einem Konzept, das etwas umfassender dem hier erwähnten Ostmitteleuropa entspricht oder umfassend östlicher zu sehen ist.

Quelle: WIKIPEDIA „Ostmitteleuropa“, aufgerufen am 28.11.19, 12:50 Uhr:

<https://de.wikipedia.org/wiki/Ostmitteleuropa>

s.a. Carl-von-Ossietzky-Universität Oldenburg: Begr. „Ostmitteleuropa“ im

Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa

<https://ome-lexikon.uni-oldenburg.de/begriffe/ostmitteleuropa>

Teil E

E. a) Pfarrer Steffen Reiche u.a., Kirchengemeinde Berlin-Nikolassee

Seiten E 1 – E 9

Predigtkreis & NZZ- Interview mit Marie-Agnes Strack-Zimmermann + Richard Herzinger über Xi und Putin

Liebe Predigtkreisgemeinde,

ich lade Sie herzlich ein zum Gottesdienst um 10.00 Uhr und zugleich zur 6. Nacht der offenen Kirchen in Nikolassee am 28. Mai 2023.

Besonders die musikalischen Höhepunkte empfehle ich Ihnen - 15.00 Uhr und 16.00 Uhr und 19.00 Uhr

Ihr Steffen Reiche

6. Nacht der offenen Kirchen in der Gemeinde Nikolassee - Pfingsten 28. Mai 2023

- 15.00 Eröffnung der „Nacht der Offenen Kirchen“ in der Gemeinde Nikolassee
„Serenata notturna“ von Wolfgang Amadeus Mozart & Streicherserenade von Edvard Elgar
Es musiziert das Zehlendorfer Kammerorchester
Kaffee & Tee und Gebäck im KirchenCafe
- 16.00 „**Surprise**“ – **der wundervolle Counter-Tenor Philipp Rauh singt für uns**
Kirchhof – Spaziergang mit Prof. Eckhart Henning
Kaffee & Tee und Gebäck im KirchenCafe
- 17.00 Pfingstlieder und Paul-Gerhardt-Lieder
Kaffee & Tee und Gebäck im KirchenCafe
- 18.00 Lesung von Deutschen Balladen – Steffen Reiche
Nikolassee-Spaziergang mit Prof. Eckhart Henning
Postipasti – Essen und Trinken im KirchenCafe´
- 19.00 Konzert Orgel & Trompete – Patrick Wildermuth & Michael Netzker
Ein Sekt & Gespräch mit den Musikern
- 20.00 Steffen Reiche liest Ukrainische Märchen
Postipasti – Essen und Trinken im KirchenCafe´
- 21.00 Wir singen Abendlieder mit Gertraud Matthaei (Orgel) und Steffen Reiche
danach Postipasti – Essen und Trinken im KirchenCafe´
- 22.00 Steffen Reiche liest das Evangelium von Markus und den Galater-Brief von Paulus
Postipasti – Essen und Trinken im KirchenCafe´
- 23.00 Christuslegenden von Selma Lagerlöff und aus dem Islam –
gelesen von Steffen Reiche

Seite E 2 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 836 vom 01.06.2023

Postipasti sind in diesem Jahr ein Dreiklang von 3 Kontinenten und ein Quartett von 3 großartigen Küchen – Italien & Frankreich & Indonesien.

Danke an Monica Bierschenk, Michelle Furchtbar, Adriana & Christian Goertz

Russland-Propagandist regt Eingreifen in früherer DDR an

Vitaly Tretjakow steht aufgrund von Propagandaaktivitäten auf der Sanktionsliste der EU. Im russischen Staatsfernsehen fällt der Journalist jetzt erneut durch krude Thesen auf. So müsse Russland ein Eingreifen in Ostdeutschland erwägen, um seiner "historischen Verantwortung" nachzukommen.

Xi und Putin oder Der Leninismus als Wiedergänger

Von Richard Herzinger

Leninismus reloaded: Zum Abschluss seines kürzlichen Moskau-Besuchs rief der chinesische Staats- und Parteichef Xi Jinping seinem „lieben Freund“ Wladimir Putin aufmunternd zu, es seien in der Welt Veränderungen im Gange „wie seit hundert Jahren nicht mehr“. Gemeint war damit, dass der historische Moment zur Zerschlagung der von den Werten des westlichen Liberalismus geprägten Weltordnung gekommen sei. Ihr will Xi im Bunde mit dem russischen Vernichtungskriegler den Garaus machen.

<https://herzinger.org/xi-und-putin-oder-der-leninismus-als-wiedergaenger>

Interview

*von Claudia Schwartz & Benedict Neff
mit*



Marie-Agnes Strack-Zimmermann:

**«Auf russischen Panzern steht <nach Berlin>.
Und Kadyrow droht mit der Besetzung Ostdeutschlands»**

Wehrhaftigkeit sei das zentrale Thema der nächsten Generation, sagt die deutsche Verteidigungspolitikerin Marie-Agnes Strack-Zimmermann. Das lange Zögern Deutschlands bei den Waffenlieferungen sieht sie als Fehler, und sie kritisiert die fehlende Kooperation der Schweiz.

«Ich erwarte einen Aufschrei»: Die FDP-Politikerin Marie-Agnes Strack-Zimmermann ist eine unbestechliche Stimme, wenn es um den Krieg in der Ukraine geht.

Frau Strack-Zimmermann, erlebt Deutschland tatsächlich eine Zeitenwende, oder ist das eine politische Grossphrase?

Die Zeitenwende wirkt, wenn auch langsam. Allein die Tatsache beweist es, dass wir jeden Tag öffentlich über den russischen Angriffskrieg sprechen, dass es eine Schlagzeile wert ist, wenn wir in der EU über die Munitionsfrage diskutieren, was vor Monaten keinen wirklich interessiert noch alarmiert hätte. Auch die Rede des Kanzlers im Bundestag anlässlich des Jahrestages des russischen Angriffs am 24. Februar und die Form, wie er geradezu selbstverständlich von der Lieferung auch der Panzer in die Ukraine sprach, wären vor Monaten noch undenkbar gewesen. Bestenfalls wäre einmal mehr darüber gesprochen worden, dass die Bundeswehr gestärkt gehöre.

Die plötzliche Wende hat allerdings auch etwas Befremdendes: wenn etwa der Grünen-Politiker Anton Hofreiter, der im Ruf eines Pazifisten stand, nun plötzlich fliessend über alle Waffensysteme referiert.

Die klare Ansage auch der Grünen, der Ukraine uneingeschränkt Waffen zu liefern, hat viele überrascht und wäre vor einem Jahr unvorstellbar gewesen. Mindestens so bemerkenswert finde ich es allerdings, dass deren Basis und deren Wählerinnen und Wähler das offensichtlich uneingeschränkt mittragen.

Deutschland zögerte lange, der Ukraine substanziell Waffen zu liefern. Ist die Politik nun tatsächlich entschlossener?

Dieses Zögern und Abwarten war ein großer Fehler. Die Bundesrepublik hätte deutlich schneller reagieren müssen. Hätten in der Ostukraine rechtzeitig Leopard-Panzer gestanden, wäre die militärische Lage heute eine andere. Es ist tragischerweise zu viel Zeit ins Land gegangen. Inzwischen haben wir einen neuen Verteidigungsminister, der Bewegung ins System bringt. Er holt als Sozialdemokrat überdies Menschen ab, die bis dato wenig bis keinen Bezug zur Bundeswehr hatten und den Einsatz und die Lieferung von Waffen vor kurzem noch abgelehnt hätten. Das wäre einer konservativen Regierung so nicht gelungen

Warum?

Ein konservativer Kanzler hätte per se in gewissen Kreisen, egal was er entschieden hätte, deutlich mehr Widerstand ausgelöst.

Die Ukrainer verteidigen ihr Land und erhalten dafür den Zuspruch der meisten deutschen Politiker. Verändert sich in Deutschland gerade generell das Verhältnis zum Nationalstaat?

Seite E 4 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 836 vom 01.06.2023

Durch die dramatischen Bilder, die wir jeden Tag aus der Ukraine zu sehen bekommen, und die Wahrnehmung, wie tapfer die Ukrainerinnen und Ukrainer ihre Heimat verteidigen, wird uns allen ja deutlich vor Augen geführt, was es bedeutet, wenn ein großes Land wie Russland die Integrität des Nachbarn gnadenlos infrage stellt. Die eigene Heimat entsprechend zu verteidigen, ist eben ein Wert an sich. Wir Deutschen neigen sehr dazu, auf Herausforderungen entweder euphorisch oder komplett gegensätzlich, mit großem Entsetzen und Ängsten, zu reagieren. Aufgrund der eigenen Vergangenheit haben die Deutschen sehr lange gebraucht, ihre Nation anzunehmen. Es ist uns in Deutschland gelungen, die eigene Geschichte über Generationen hin aufzuarbeiten. Das hat besonders meine Generation geprägt und uns gelehrt, dass es von großer Bedeutung ist, Teil einer starken Gemeinschaft zu sein. Konkret als Teil der EU und Mitglied der Nato.

Wächst durch den Krieg in Deutschland auch das Bewusstsein, dass man selbst einen wehrhaften Nationalstaat braucht?

Ich hoffe doch sehr, dass es den meisten Menschen dämmert, dass ein friedliches Leben in Freiheit und Demokratie nicht gottgegeben ist, sondern immer gehegt und gepflegt und im Ernstfall auch verteidigt werden muss. Viele Menschen in Deutschland haben vermutlich geglaubt, dass wir nach dem Fall der Mauer und dem Ende des Kalten Krieges sicher und unbeschadet im Herzen Europas leben können, umringt von befreundeten Staaten. Spätestens mit dem russischen Angriff dürfte klargeworden sein, dass auch wir der Aggression Russlands ausgesetzt sind. Auf russischen Panzern steht «nach Berlin», und der tschetschenische Präsident und Moskaus Verbündeter Kadyrow droht offen mit der Besetzung von Ostdeutschland. Uns muss allen klar sein: Noch nie hat es in der Weltgeschichte eine so lange Friedensphase gegeben wie in Europa seit 1945 bis heute. Wir sollten nicht naiv sein, eine solche Phase kann jederzeit ein Ende finden. Das bedeutet nicht, dass wir ängstlich oder gar hysterisch sein sollen. Wehrwillig, wehrhaft und wehrfähig sollten wir aber schon sein.

Sie haben einmal gesagt, die Bundeswehr brauche ein «Feindbild», und dieses sei Russland. Warum braucht die deutsche Armee einen konkreten Feind?

Mit dieser Aussage habe ich mir mal wieder viele Freunde gemacht . . . Wir sollten uns der Gefahren bewusst sein, denen wir ausgesetzt sind. Die freie westliche Welt wird heute damit konfrontiert, dass es brutale Autokraten gibt, deren erklärtes Ziel es ist, der Demokratie den Kampf anzusagen: wirtschaftlich, gesellschaftlich, leider auch militärisch. Dabei kann es sich um Angriffe konventioneller Art, aber auch um Cyberangriffe oder aber auch um gezielte Destabilisierung der Demokratie von innen heraus handeln. Im Netz werden tagtäglich Fake News verbreitet, um die Gesellschaft zu destabilisieren. Es ist offensichtlich, dass sich die Sprache im Netz massiv radikalisiert hat. Bereits während der Pandemie wurde das deutlich sichtbar, und es setzt sich seit dem Angriff Russlands auf die Ukraine fort.

Sie glauben, Corona habe die Verrohung vorangetrieben?

Die Angst vor dem Virus, die damit verbundenen Einschränkungen im Alltag und in Folge die soziale Vereinsamung, all das hat Folgen, mit denen wir noch lange leben müssen. Es ist auch kein Zufall, dass Putin just 2022 den Angriff auf die Ukraine gestartet hat.

Das heisst, Putin hat angesichts einer durch Corona geschwächten, gespaltenen westlichen Gesellschaft weniger Gegenwehr erwartet?

Putin hat offensichtlich mit einer geschwächten westlichen Gesellschaft gerechnet, die mehr mit sich selbst beschäftigt war und die ja bereits auf die Annexion der Krim und den ersten Angriff auf den Donbass im Jahre 2014 kaum reagiert hat. Da wurde sogar Verständnis für Russlands Vorgehen geäußert: Na ja, man müsse ja auch verstehen, die Russen wollten einen garantierten Zugang zur eigenen Schwarzmeerflotte haben. Solche Erklärungen waren verstörend. Corona hat dem Westen übrigens strategisch viele Rückschläge beschert. Probleme, die man im Griff zu haben glaubte, brachen wieder auf. Beispielsweise im Nordirak, wo der Terrorismus erfolgreich bekämpft worden war, konnte der IS wieder Erfolge verbuchen, weil westliche Soldaten wegen Corona de facto nicht präsent sein konnten. Auch der Terror hat die Schwäche des Westens genutzt. Von Putin wird übrigens berichtet, auch er habe sich in der Pandemie aus Angst vor dem Virus zurückgezogen und sich noch mehr radikalisiert.

Das Schweizer Kriegsmaterialgesetz verbietet Ländern wie Deutschland die Wiederausfuhr von in der Schweiz erworbenen Waffen. Wie beurteilen Sie als Vorsitzende des Verteidigungsausschusses im Bundestag die Position der Schweiz?

Es steht mir nicht zu, der Schweiz zu erklären, was zu tun ist. Aber die Frage drängt sich auf: Was tun? In der Schweiz wird in großem Stil Munition hergestellt, unter anderem für die deutschen Kampfflugzeuge Tornado und Eurofighter, für das Flugabwehrsystem Mantis und für den Flugabwehr-Kanonenpanzer Gepard, der zurzeit in der Ukraine im Einsatz ist, um unter anderem den Hafen von Odessa vor russischen Luftangriffen zu schützen. Von Odessa aus wird Getreide weltweit ausgeführt. Abhängig davon sind 190 Millionen Menschen. Um wenigstens einen Bruchteil dessen auszuführen, hat Deutschland die Schweiz um Erlaubnis gebeten, die bereits bei uns gelagerte Munition in die Ukraine auszuführen. Das Nein der Schweiz hat in Deutschland die Frage aufgeworfen, wie zuverlässig die Lieferkette dringend benötigter Munition in Zukunft sein wird, wenn die Schweiz selbst bei der Verteidigung von Lebensmittelausfuhr nicht liefert.

Welche Konsequenzen ziehen Deutschland und die Nato daraus?

Wir haben selbstverständlich die Schweizer Haltung zu akzeptieren. Aber denken wir mal weiter und nehmen einmal an, das Baltikum würde von Russland angegriffen, Deutschland würde als Nato-Staat Litauen verteidigen, und die Schweiz würde auch in diesem Fall erklären, in ein Krisengebiet keine Munition liefern zu wollen. Die Antwort liegt auf der Hand. In Zukunft sollte die Munition ausschließlich in Nato-Staaten eingekauft beziehungsweise in Deutschland direkt hergestellt werden. Und genau das geschieht jetzt. In wenigen Monaten wird die Gepard-Munition in Deutschland produziert werden. Wir machen uns damit unabhängig und können im Krisenfall sofort reagieren.

Warum haben Sie sich eigentlich auf Verteidigungspolitik spezialisiert, als Sie 2017 erstmals in den Bundestag gewählt wurden? Damals war das ein völlig unpopuläres Thema in Deutschland.

Ich habe mich bereits in meinem Politikstudium intensiv mit Sicherheitspolitik beschäftigt und konnte nie ganz nachvollziehen, warum wir uns in Deutschland nicht mehr um die Sicherheit des Landes kümmern. Für mich war daher klar, dass ich, sollten wir in den Bundestag zurückkehren, Sicherheitspolitik machen möchte. Dankenswerterweise hat die FDP-Fraktion das zugelassen, wohl auch in der Annahme, das Thema würde keinen wirklich interessieren.

Es kam anders.

Seite E 6 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 836 vom 01.06.2023

Nach der Bundestagswahl im Dezember 2021 hat die FDP den Vorsitz des Verteidigungsausschusses übernommen. Ich wurde zur Vorsitzenden gewählt. 72 Tage später griff Russland die Ukraine an. Der Rest ist Geschichte, auch dass dieser Ausschuss dann diese mediale Aufmerksamkeit bekam.

Sie mögen das Exponierte gar nicht so gerne?

Wer in die Politik geht und mit seiner Arbeit nicht wahrgenommen werden möchte, hat den Job verfehlt. Aber die Aufmerksamkeit, die meiner Arbeit jetzt zuteilwird, hat in der Tat eine andere Dimension angenommen.

Wir haben mal nachgelesen, wie Sie so charakterisiert werden.

Oh, jetzt hole ich die warme Jacke raus . . .

Sie wurden schon als «die Frau, die die Republik durcheinanderbringt» bezeichnet, als die «Klartexterin», das «meinungsstarke Großkaliber der FDP», das «Flintenweib», die «Rauflustige» oder «die Frau, derentwegen der Parteichef nachts nicht mehr schlafen kann».

«Rauflustig» gefällt mir. Das entspricht meinem rheinischen Temperament. Ich raufe mich, um das aber klarzustellen, nicht des Raufens wegen. Mir geht es um die Sache, und ja, dafür setze ich mich leidenschaftlich ein. Das Kanzleramt hat mir tatsächlich mal unterstellt, ich würde ein «Geschäftsmodell» daraus machen, den Kanzler zu kritisieren. Ich finde das offen gestanden geradezu zynisch. Wir diskutieren über Monate, in welcher Form wir der ums Überleben kämpfenden Ukraine helfen können, und ein Subalterner hat nichts Besseres zu tun, als sich weniger um die Inhalte als um die Form der Diskussion zu sorgen. Die Zeitenwende bedeutet nicht nur, eine starke Bundeswehr zu haben, deutlich mehr Geld in die Hand zu nehmen, sondern auch, dass die Situation, in der wir uns befinden, auch im Kopf ankommt. So zu tun, als ob uns das alles nichts angeht oder die politische Welt sich unverändert weiterdreht, ist gefährlich naiv.

Haben Sie diese letzten Monate verändert?

Ich schlafe zu wenig . . . Meine Familie und meine Freunde würden mir das aber hoffentlich sagen, denn das wäre ganz schrecklich.

Haben Sie denn auch schon so angriffig Bildungs- und Gesundheitspolitik gemacht, wie Sie jetzt Verteidigungspolitik machen?

Mit einem Krieg konfrontiert zu werden, ist im wahrsten Sinne des Wortes ein besonders ernstes und brutales Thema. Ich würde aber behaupten, dass ich immer so Politik gemacht habe. Ich war viele Jahre unter anderem im Stadtplanungsausschuss im Rat der Stadt Düsseldorf aktiv. Als ich heute durch Zürich lief, habe ich mir gedacht: Wieso lässt die Stadt Zürich eigentlich zu, dass eine mehrspurige Straße quer durch die Stadt und direkt am See entlangläuft. Das schreit doch geradezu nach einem City-Tunnel. Die Autos gehören unter die Erde, die Oberfläche gehört den Menschen. Die Stadt rückt an den See heran.

Bei der links-grün dominierten Zürcher Regierung rennen Sie da offene Türen ein.

Wir haben das in Düsseldorf genau so umgesetzt. Wir haben Hauptverkehrsstraßen in der Innenstadt unter die Erde gelegt. Sie können sich gar nicht vorstellen, welche

Seite E 7 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 836 vom 01.06.2023

Aufenthaltsqualität dort entstanden ist. Stellen Sie sich mal vor, Zürich begänne unmittelbar am See. Wäre das nicht großartig?

Jetzt weichen Sie ein bisschen aus, wir wollten über Ihre Person sprechen.

Ich wollte nicht ablenken. Aber über sich selbst zu sprechen, ist irgendwie seltsam. Durch meine Arbeit bin ich momentan in der Öffentlichkeit sehr exponiert und löse deutliche Gefühle aus, Sympathie, aber auch krasse Ablehnung.

Ihr starkes Engagement für die Ukraine polarisiert, vor allem in der Friedensbewegung. Ecken Sie als Frau besonders an?

Frauen werden in der Öffentlichkeit besonders hart angegangen. Vielleicht reagieren wir aber auch auf primitive und dumme Sprüche sensibler als unsere Kollegen. Sicher aber ist, dass es immer noch Menschen gibt, die bestimmte politische Themen nach wie vor nicht an Frauen festmachen. Dabei haben wir bei der Bundeswehr, in der Außenpolitik und in der Sicherheitspolitik viele Expertinnen. Die öffentlichrechtlichen Sender in Deutschland haben die Vorgabe, dass in den Talkshows nicht nur Männer sitzen sollen. Also stellen wir jetzt fest: Wow, da gibt es ja richtig gute Frauen.

Heisst das, die Frauenquote nützt doch etwas?

Ich bin keine Freundin der Quote. Aber was nicht sein kann: dass wir über gesellschaftspolitisch relevante Themen reden und außer der Moderatorin ausschließlich Männer diskutieren.

Die CDU hat letztes Jahr die Frauenquote beschlossen, die jungen Frauen lehnten das eher ab, die Frauen über fünfzig wie Annegret Kramp-Karrenbauer oder Julia Klöckner stimmten dafür. Offenbar denken sie, es gehe nicht ohne Quote. Wie sieht das bei der FDP aus?

Auch bei den Freien Demokraten wird inzwischen darüber diskutiert. Wenn nicht über die Quote, dann doch vermehrt über eine Selbstverpflichtung, Männer und Frauen gerade bei der Listenaufstellung angesichts anstehender Wahlen gleichermaßen zu berücksichtigen. An der Basis werden die Stimmen diesbezüglich lauter. Ich begrüße das.

Ihre Eltern waren in der CDU. Warum haben Sie sich für die FDP entschieden?

Die Frauenunion ist an mich als junge Frau herangetreten. Aber das Frauenbild der Union war nicht meines. Ich bin einfach anders erzogen worden. Mein Vater legte großen Wert darauf, dass man sich als Frau selber ernähren kann und sich nicht abhängig vom Ehemann machen darf. Es gibt in der Wirtschafts- und Verteidigungspolitik mit der CDU gewiss Gemeinsamkeiten, aber gesellschaftspolitisch trennt uns einiges.

In der Schweiz sind Unabhängigkeit, Selbstverantwortung, Freiheit tragende Begriffe für das Gemeinwesen. In Deutschland sind Gleichheit, Gerechtigkeit, Gemeinschaft die deutlich dominanteren Koordinaten. Kann die FDP an diesem Grundkonsens überhaupt rütteln, oder ist das aussichtslos?

Eine Freie Demokratin zu sein, war in Deutschland nie einfach. Es gab nie einen liberalen Mainstream. Wir waren nie eine Partei, die die Masse bewegt, denn Deutschland ist strukturell ein sehr konservatives Land. Und doch gibt es ein großes liberales Potenzial für uns.

Das deutsche Modell besagt doch aber: Gibt es Probleme, blickt man erwartungsvoll auf den Staat. Da steht die FDP schief in der politischen Landschaft.

Sie können nicht immer nur nach dem Staat rufen, wenn es schwierig wird. Der Staat kann einen Rechtsrahmen setzen, in dem wir uns frei bewegen. Er kann sozial wirken, er wird aber persönliche Risiken nie komplett kompensieren können. Wir stehen vielleicht manchem Staatshörigen im Wege, aber schief stehen wir nicht. Wir haben einen sehr starken Mittelstand, phänomenale Unternehmen. Dies zu erhalten, bedeutet, technologieoffen zu sein und nicht alles starr vorzugeben.

Kommen wir noch einmal zurück auf die Diskussion über die Waffenlieferungen in die Ukraine. Sie haben sich in Ihrem Vortrag in Zürich von Alice Schwarzer wegen ihres pazifistischen Manifests, mit dem Intellektuelle zu Verhandlungen aufrufen, heftig distanziert. Stürzt sich die Ikone Schwarzer gerade selbst vom Sockel?

Alice Schwarzer war für uns Frauen, losgelöst von ihrer politischen Grundhaltung, eine Ikone. Sie hat unglaublich viel für die Frauen getan. Umso unvorstellbarer ist es, dass gerade sie das Leid der vergewaltigten Frauen in der Ukraine ausblendet und nicht einmal bei Demonstrationen thematisiert. Sie verrät ihre eigenen Werte.

Sie haben darüber auch an Ihrem Vortrag in Zürich gesprochen: Was passiert mit den Frauen in der Ukraine?

Ich weiß nicht, ob es eine Steigerung von Perversität gibt. Mir haben Ukrainerinnen berichtet, dass den Frauen, die von russischen Soldaten vergewaltigt werden, vorher die Hände gebrochen werden, damit sie sich nicht wehren können. Ich habe von einem ukrainischen Soldaten gehört, wie er in Irpin viele Kameraden verloren hat beim Versuch, Kinder zu retten. Man hatte sie den vergewaltigten und getöteten Müttern auf den Leib gelegt und dann Sprengfallen angebracht. Wo ist Frau Schwarzer? Ich erwarte nicht nur von ihr einen Aufschrei.

Haben Demonstrationen für den Frieden nicht auch ihre Berechtigung?

Vom Frieden zu träumen, ist ehrenwert. Aber wir müssen uns einfach bewusst sein: Das interessiert die Wladimir Putins dieser Erde nicht. Wehrhaftigkeit ist das zentrale Thema der nächsten Generation. Wenn wir es nicht hinkriegen, uns verteidigen zu können, dann Gnade uns Gott.

***Marie-Agnes Strack-Zimmermann** (65) studierte Publizistik, Politologie und Germanistik und arbeitete lange im Verlagswesen. Von 2008 bis 2014 war sie Erste Bürgermeisterin der NRW-Landeshauptstadt Düsseldorf. Seit 2017 ist sie Mitglied des Deutschen Bundestages und hat hier einen Senkrechtstart hingelegt; seit 2021 Vorsitzende des Verteidigungsausschusses des Deutschen Bundestages. Sie ist Mitglied des FDP-Bundesvorstandes und des Vorstands der FDP-Bundestagsfraktion. Strack-Zimmermann ist verheiratet und hat drei erwachsene Kinder. Das Interview fand im Rahmen eines Vortrages von Marie-Agnes Strack-Zimmermann an der Universität Zürich auf Einladung des Schweizerischen Instituts für Auslandsforschung (Siaf) statt.*

Quelle: <https://www.nzz.ch/feuilleton/marie-agnes-strack-zimmermann-auf-russischen-panzern-steht-nach-berlin-und-kadyrow-droht-mit-der-besetzung-ostdeutschlands-ld.1730163>

Der Literaturkreis

„Bücher lesen heißt wandern gehen in ferne Welten“

Jean Paul (1763-1825)

Der Literaturkreis trifft sich alle 2 Monate an jedem dritten Montag um 19:00 Uhr im Kleinen Saal des Gemeindehauses.

Dabei wird ein beim letzten Treffen zum Lesen vereinbartes Buch besprochen. Neue "Wandergefähr*innen" und Buchvorschläge sind jederzeit und gern willkommen.

Kontakt zum Literaturkreis

Ursula Escherig

Telefon: 030 / 8058 4484
Mail: ursula.escherig@gmx.de

01) Pressefreiheit: Tschechien vor Deutschland und Österreich

In der aktuellen Rangliste der weltweiten Pressefreiheit von „Reporter ohne Grenzen“ verbesserte sich Tschechien auf Platz 14, noch vor Deutschland (21.) und Österreich (29.) – [hier sehen Sie die komplette Liste und weitere Graphiken.](#)

<https://rsf.org/en/index>

Sudetendeutscher Pressedienst (SdP) Österreich, Nr. 57, 2023

Wien, am 09. Mai 2023

xx) Über die „Eigentümer der Welt“ – die Geschichte von BlackRock

29. 05. 2023



Bild: screenshot YouTube

Ein kleiner Überblick zur Entwicklung des weltumspannenden und „weltbeherrschenden“ Unternehmen BlackRock.

BlackRock ist eines der mächtigsten, wenn nicht das mächtigste Unternehmen der Welt, und seine „ruchlose Rolle“ in der globalen Wirtschaft und Politik wird zunehmend deutlicher.

„Manipulator“ auf allen Ebenen

Nicht zuletzt treibt der Investmentgigant eine „Strategie des Erwachens“ in Form von sozialen Unternehmensbewertungen (ESG) voran, zu denen unter anderen die zweifelhafte „Net Zero“- oder auch die LGBT-Agenda gehören.

BlackRock ist „ganz nebenher“ auch für die Manipulation von Finanzsystemen verantwortlich und besitzt freilich auch die Kontrolle über einen erheblichen Teil des weltweiten Reichtums.

Über die Historie des globalen Giganten

Anfang 2022 verwaltete BlackRock Inc. ein Vermögen von rund 10 Billionen US-Dollar und war damit der größte Vermögensverwalter der Welt. BlackRock hält selbstredend eine beträchtliche [Anzahl von Aktien](#) der größten Unternehmen der Welt, darunter Amazon, Apple, Microsoft, Google, Tesla, Coca-Cola, Moderna, Johnson & Johnson, Exxon Mobil, Visa, Chevron, JPMorgan Chase, Walmart und zahllosen mehr.

Das Unternehmen wurde vor 35 Jahren, im Jahr 1988, vom Investmentbanker und heutigen CEO Larry Fink, als Tochtergesellschaft von Blackstone Inc., gegründet. Ursprünglich hieß es Blackstone Financial Management und wuchs in den ersten vier Jahren seines Bestehens enorm, bis 1992 erreichte es ein Portfolio von 17 Milliarden Dollar, wie der [Journalist James Corbett](#) zu berichten wusste.

Angesichts der Tatsache, dass BlackRock zu einem sehr respektablen Unternehmen herangewachsen war, beschlossen Fink und Stephen Schwarzman, der CEO von Blackstone, BlackRock von Blackstone ab zu spalten und daraus ein eigenes Unternehmen zu machen.

BlackRock ging schließlich 1999, für 14 Dollar pro Aktie, an die Börse. Das Unternehmen verwaltete zu diesem Zeitpunkt ein Vermögen von 165 Milliarden US-Dollar.

In den frühen 2000er Jahren erweiterte man sein Geschäft um Analytik und Risikomanagement. BlackRock kaufte 2004 die Investment-Managementgesellschaft State Street Research & Management und fusionierte schließlich 2006 mit der Investmentmanagementgesellschaft Merrill Lynch.

Man erwarb 2007 die wichtigste Vermögensverwaltungseinheit der Quellos Group, wodurch sich der verwaltete Gesamtvermögenswert von BlackRock auf über 1 Billion US-Dollar schlagartig erhöhte.

Sollte der finanzielle Erfolg von BlackRock bis zu diesem Zeitpunkt beeindruckend erschienen sein, war es jedoch die Finanzkrise von 2007 und 2008, die das Unternehmen zu dem heutigen globalen Finanzdominanten gemacht hatte.

An der Spitze des „Staubhaufens“ nach dem Banken-Crash

Die Journalistin Heike Buchter, die ein Buch über BlackRock geschrieben hatte, [erklärte im 2015](#), „vor der Finanzkrise kannte ich nicht einmal den Namen. Aber in den Jahren nach dem Zusammenbruch von Lehman Brothers (2008) tauchte BlackRock überall auf. Überall!“.

Seite E 12 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 836 vom 01.06.2023

Viele Banken, einschließlich Lehman Brothers, sowie die US-Regierung und die Federal Reserve wandten sich damals an Fink und BlackRock, um Hilfe bei der Klärung der komplizierten Finanzinstrumente, die zur Krise geführt hatten, zu bekommen und um Unterstützung bei den Rettungsaktionen von [2008 zu erhalten](#).

Man „lieferte sich“ sozusagen dem Giganten aus.

Fink wurde von diesen Institutionen als Experte für die Finanzinstrumente herangezogen, man „musste ihm in der Not also blind vertrauen“.

In den 1980er Jahren, als Fink noch für die Investmentbank First Boston arbeitete, konstruierte er „seine erste Collateralized Mortgage Obligation (CMO) und schuf fast im Alleingang“ „den Subprime-Hypothekenmarkt, der 2008 so spektakulär scheitern sollte“.

Dazu [schrieb corbett report](#): „als sich der Staub nach dem Zusammenbruch von Lehman Brothers endlich an der Wall Street legte, gab es wenig Zweifel, wer auf dem Staubhaufen saß, BlackRock“.

Unter Finks Führung nutzte BlackRock seine finanzielle Macht und seinen Einfluss, um in die nationale und internationale Politik einzusteigen.

Als Strippenzieher in der Politik

Der Autor und [Wirtschaftsjournalist F. William Endgahl](#) formulierte es so, „Larry Fink, Gründer und CEO von BlackRock, ist eindeutig daran interessiert, sich weltweit Einfluss zu verschaffen. Er machte den ehemaligen deutschen CDU-Abgeordneten Friederich Merz zum Chef von BlackRock Deutschland, als es so aussah, als könnte er die Nachfolge von Bundeskanzlerin Merkel antreten.“

Den ehemaligen britischen Schatzkanzler George Osborne engagierte er als „politischen Berater“. Fink berief die frühere Stabschefin von Hillary Clinton, Cheryl Mills, in den BlackRock-Vorstand, als es damals sicher schien, dass Hillary bald im Weißen Haus sitzen würde.

Fink hatte ehemalige Zentralbanker in seinen Vorstand berufen und lukrative Verträge mit ihren ehemaligen Institutionen abgeschlossen. Stanley Fisher, ehemaliger Chef der Bank of Israel und später auch Vizepräsident der Federal Reserve, ist jetzt Senior Adviser bei BlackRock. Philipp Hildebrand, ehemaliger Präsident der Schweizerischen Nationalbank, ist Vizepräsident von BlackRock, wo er das BlackRock Investment Institute leitet. Jean Boivin, der ehemalige stellvertretende Gouverneur der Bank of Canada, ist der globale Forschungsleiter des Investmentinstituts von BlackRock.

Man sieht hierbei deutlich die Verstrickungen zwischen BlackRock und den höchsten Rängen aus Politik und Wirtschaft und den immensen [globalen Einfluss](#), den Finks Investmenthaus sich damit geschaffen hat.

Das Unternehmen wurde so mächtig, dass Professor William Birdthistle es den „vierten Zweig der Regierung“ nannte.

„Knüppeldick“ involviert in Biden Administration

Als Joe Biden 2019 überlegte, gegen Donald Trump für das Präsidentenamt zu kandidieren, traf sich der ehemalige Vizepräsident Obamas mit Fink, um BlackRock um Unterstützung zu bitten.

Berichten zufolge sagte der [CEO Fink zu Biden](#), „Ich bin hier, um zu helfen.“

Biden, der BlackRock scheinbar schnell für seine Hilfe entschädigte, ernannte Brian Deese kurz nach seinem Amtsantritt zum Direktor des National Economic Council. Davor war eben dieser Deese von 2017 bis 2020 Head of Sustainable Investing bei BlackRock. Er hatte auch mehrere Schlüsselpositionen in der Obama-Administration inne, darunter Senior Advisor des Präsidenten.

Ein weiterer ehemaliger BlackRock-Mitarbeiter in der derzeitigen Biden-Administration ist der stellvertretende [Finanzminister Adewale Adeyemo](#), der von 2017 bis 2019 als leitender Berater von Fink fungierte. Der in Nigeria geborene Politiker hat auch enge Beziehungen zum ehemaligen Präsidenten Barack Obama. 2019 wurde er zum ersten Präsidenten der Obama Foundation gewählt.

Darüber hinaus ist der ehemalige Global Chief Investment Strategist bei [BlackRock, Michael Pyle](#), nunmehr der leitende Wirtschaftsberater von Vizepräsidentin Kamala Harris. Pyle diente auch als hochrangiger Berater des Unterstaatssekretärs des Finanzministeriums für internationale Angelegenheiten in der Obama-Regierung.

Somit kann durchaus behauptet werden, dass die Wirtschaftspolitik der Biden-Administration im Wesentlichen von BlackRock bestimmt wird.

BlackRock – Covid und der Great Reset

Unter anderem [argumentiert corbett report](#), dass es bei der COVID-19-„Pandemie“ nicht vorrangig um einen Virus ging, sondern vielmehr um eine Gelegenheit für die globalen Eliten, insbesondere BlackRock, die Weltwirtschaft und das Finanzsystem neu gestalten zu können.

Am 22. August 2019 schloss sich Fink offiziell dem globalistischen World Economic Forum (WEF) von Klaus Schwab an, indem er [Mitglied des WEF-Kuratoriums](#) wurde. Am selben Tag hob man ein Treffen von Zentralbankern, Ökonomen und politischen Entscheidungsträgern zur Erörterung der Wirtschaftspolitik aus der Taufe, das jährliche [Jackson Hole Economic Symposium](#), womit BlackRock seine Finanzrevolution einleitete.

Eine Woche vor dieser Veranstaltung veröffentlichte [BlackRock ein Papier](#), das die Parameter der Diskussion auf dem Symposium in Jackson Hole, Wyoming, festgelegt hatte.

„Nach Jahren der quantitativen Lockerung (QE) und ZIRP (Nullzinspolitik) und sogar der einst undenkbaren NIRP (Negativzinspolitik) ging den Bankstern der Handlungsspielraum aus“, erklärte dazu [corbett report](#).

Nun brauchten also die Finanzeliten etwas Neues und BlackRock hatte wenig verwunderlich, die Antwort, „Going direct“.

Seite E 14 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 836 vom 01.06.2023

Um dieses Konzept zu verstehen, muss man zunächst wissen, dass das Geldsystem in zwei Kreisläufe aufgeteilt ist. Den Einzelhandelskreislauf und den Großhandelskreislauf. Im Einzelhandel wird „Bankgeld“ ausgegeben, d.h. das Geld, das normale Menschen und Unternehmen für Transaktionen in der Wirtschaft ausgeben. Dann gibt es „Reservegeld“ (Wholesale Circuit), das sind die Einlagen, die Banken bei Zentralbanken wie der Federal Reserve (Fed) oder der Europäischen Zentralbank (EZB) halten.

BlackRocks Vorschlag, direkt zu gehen, bedeutete, das geteilte Geldsystem zu umgehen und Zentralbanken Geld direkt in verschiedene private und öffentliche Einrichtungen pumpen zu lassen.

„Eine beispiellose Reaktion ist erforderlich, wenn die Geldpolitik erschöpft ist und die Fiskalpolitik allein nicht ausreicht“, heißt es in BlackRocks Papier vom August 2019. „Diese Reaktion wird wahrscheinlich beinhalten, direkt zu gehen. Direkt zu gehen bedeutet, dass die Zentralbank Wege findet, Zentralbankgeld direkt in die Hände der öffentlichen und privaten Ausgaben zu bringen.“

Im September 2019, also Monate vor Beginn der sogenannten „Pandemie“, begann das Geld der Federal Reserve direkt in den [Geldkreislauf der Privatkunden](#) gepumpt zu werden.

Als die Bundesrettungspakete mit den ersten Lockdowns im März 2020 begannen, war das „Going Direct“-System bereits eingeführt und die Fed konnte direkt Geld in private und öffentliche Organisationen leiten.

„Was uns gesagt wurde, eine Pandemie war auf finanzieller Ebene tatsächlich nur eine Entschuldigung für ein absolut beispielloses Pumpen von Billionen von Dollar von der Fed direkt in die Wirtschaft“, schrieb dazu [abermals corbett report](#).

Im März 2020 schließlich wandte sich die Fed, ähnlich wie in der Finanzkrise 2007–2008, an BlackRock, um [seine Rettungsprogramme zu verwalten](#).

Dies ermöglichte es BlackRock, Zugang zu Geldern der Regierung, d. h. Steuerzahlern, zu erhalten und es an Unternehmen zu verteilen, in die BlackRock investiert hatte, und es ermöglichte BlackRock, einen seiner wichtigsten Vermögenswerte zu retten, iShares, die Sammlung börsengehandelter Fonds (ETFs). Ab Januar 2023 also verwaltete das Unternehmen [Vermögenswerte im Wert von 2.23 Billionen US-Dollar](#).

Fed am Gängelband von BlackRock

Das bedeutet, dass BlackRock von der Fed erlaubt wurde, Steuergelder zu verwenden, um seine eigenen Vermögenswerte zu retten.

Neben der Fed konsultierten auch die Bank of Canada und die schwedische Zentralbank BlackRock, um ihr Programm zum Kauf von Unternehmensanleihen zu unterstützen.

Mit seinem „Going Direct“-Staatsstreich im Jahr 2020 „hatte BlackRock den Planeten wirklich erobert“, schrieb dazu *corbett report* treffend.

„Sie diktierte jetzt Zentralbankinterventionen und handelte dann in jeder erdenklichen Rolle und unter direkter Verletzung der Regeln zu Interessenkonflikten, als Berater und Berater,

Seite E 15 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 836 vom 01.06.2023

als Manager, als Käufer, als Verkäufer und als Investor sowohl bei der Fed als auch bei Banken, Unternehmen, Pensionsfonds und anderen Unternehmen, die gerettet wurden.“

BlackRocks bestes IT System weltweit

Ein erheblicher Teil des Werts aller Aktien und Anleihen der Welt wird über das „zentrale Verarbeitungssystem für die Anlageverwaltung“ von BlackRock verwaltet.

Dieses Aladdin genannte System (Abkürzung für „Asset, Liability, Debt and Derivative Investment Network“) wird nicht nur von BlackRock selbst genutzt.

BlackRock Solutions, eine der Tochtergesellschaften von BlackRock, lizenziert Aladdin an über 150 Institutionen, darunter den zweitgrößten Vermögensverwalter der Welt, Vanguard, und einen weiteren Giganten der Branche, State Street Global Advisors.

Das System wird auch von vielen der größten Versicherungsunternehmen der Welt und Big-Tech-Unternehmen wie Alphabet (Google), Apple und Microsoft sowie von mehreren Pensionskassen verwendet.

Tagtäglich führt Aladdin sogenannte „Monte-Carlo-Simulationen“, Computeralgorithmen zur Modellierung der Wahrscheinlichkeit möglicher Ergebnisse in Systemen, die Zufallsvariablen enthalten, für alle von ihm verwalteten Finanzinstrumente durch.

Im Jahr 2017 verwaltete Aladdin Vermögenswerte im Wert von 20 Billionen US-Dollar, berichtete die Financial Times. BlackRock hat diese Zahl seitdem nicht mehr gemeldet, und sie ist heute wahrscheinlich deutlich höher.

Früher diente das IT-System nur der Risikokalkulation, während die Entscheidungen noch von Menschen getroffen wurden. Im Jahr 2017 „warf Fink sein Los mit den Maschinen ein“, als BlackRock begann, ein automatisiertes Computersystem namens „Monarch“ zu verwenden, das den Entscheidungsprozess für viele seiner Vermögenswerte übernahm.

Kurz gesagt, das Aladdin-System von BlackRock verwaltet Vermögenswerte im Wert von weit über 20 Billionen US-Dollar, was bedeutet, dass ein beträchtlicher Teil des Weltvermögens von den Berechnungen eines einzigen Computersystems abhängt ist. Darüber hinaus werden Entscheidungen zum Kauf und Verkauf von Aktien zunehmend von Algorithmen und KI statt von Menschen getroffen.

Fehler in diesen Algorithmen, ob absichtlich oder nicht, könnten daher zu einem Desaster für die Weltwirtschaft führen.

Die brennende Frage, die bleibt, ist, was BlackRock mit all der immensen Macht und dem erworbenen Einfluss vorhat.

BlackRock und die Kontrolle der Welt

„Das Verhalten muss sich ändern, und das ist eine Sache, die wir von den Unternehmen verlangen. Man muss Verhaltensweisen erzwingen, und wir bei BlackRock erzwingen Verhaltensweisen.“

Dieses Zitat von [Larry Fink aus dem Jahr 2017](#) fasst zusammen, was BlackRock mit seiner Macht und seinem Einfluss vor hat und bereits macht, Verhaltensweisen erzwingen und die Gesellschaft nach deren Bild zu formen.

Seite E 16 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 836 vom 01.06.2023

Finks jährlicher „Brief an CEOs“, obwohl es offiziell keine Richtlinie ist, wurde als „Aufruf zum Handeln“ beschrieben, der das Unternehmensverhalten vieler der größten Unternehmen der Welt beeinflusst und somit verändert. Dies wurde sogar durch ein Peer-Review-Papier bestätigt, das zu dem Schluss kam, „unsere Beweise deuten darauf hin, dass Portfoliounternehmen auf die Bemühungen von BlackRock zur öffentlichen Einbindung reagieren“.

Fink hat seinen Einfluss auf die Unternehmenswelt genutzt, um die „zeitgeistige“ Umwelt-, Sozial- und Governance-Agenda (ESG) voranzutreiben. ESG ist im Wesentlichen eine Art soziales Kreditssystem für Unternehmen, um sicherzustellen, dass sie sich an die Linie der destruktiven „Netto-Null“-CO₂-Emissionspolitik und verschiedener anderer Punkte der globalistischen Agenda strikt halten.

In seinem [Brief an die CEOs von 2022](#) schrieb Fink Folgendes, „nachhaltige Investitionen haben inzwischen 4 Billionen US-Dollar erreicht. Auch die Maßnahmen und Ambitionen zur Dekarbonisierung haben zugenommen. Dies ist erst der Anfang, die tektonische Verschiebung hin zu nachhaltigem Investieren beschleunigt sich noch immer. Unabhängig davon, ob es sich um Kapital handelt, das in neue Unternehmen mit Schwerpunkt auf Energieinnovationen gesteckt wird, oder um Kapitaltransfer von traditionellen Indizes in individuellere Portfolios und Produkte, wir werden mehr Geld in Bewegung sehen.

Jedes Unternehmen und jede Branche wird durch den Übergang zu einer Netto-Null-Welt verändert. Die Frage ist, wirst du führen oder wirst du geführt werden?“

„Grün-Agenda“ hat Priorität

Er machte damit deutlich, dass BlackRock verlangt, dass Unternehmen die [„Netto-Null“-ESG-Agenda zu befolgen haben](#).

Ein niedriges ESG-„Social Credit“-Rating wird Unternehmen daran hindern, erfolgreich zu arbeiten, wie der Journalist Iain Davis erklärt, „dies wird mit Hilfe von Stakeholder Capitalism Metrics erreicht. Die Vermögenswerte werden anhand von Umwelt-, Sozial- und Governance-Benchmarks (ESG) für eine nachhaltige Geschäftsleistung bewertet. Jedes Unternehmen, das eine Marktfinanzierung benötigt, etwa durch die Ausgabe von Klimaanleihen oder grünen Anleihen für europäische Unternehmungen, benötigt diese Anleihen, um ein gesundes ESG-Rating zu haben“.

„Ein niedriges ESG-Rating schreckt Investoren ab und verhindert, dass ein Projekt oder Unternehmen in Gang kommt. Ein hohes ESG-Rating wird Investoren veranlassen, ihr Geld in Projekte zu investieren, die durch internationale Vereinbarungen abgesichert sind“.

BlackRock ist jedoch nicht der Einzige, der die Netto-Null-Agenda vorantreibt. Derzeit gibt es 301 Unterzeichner der „The Net Zero Asset Managers Initiative“, die zusammen 59 Billionen US-Dollar verwalten.

Natürlich fördert BlackRock auch Central Bank Digital Currency (CBDC), da die vollständige Digitalisierung des Zahlungsverkehrs die totale Kontrolle über alle Geldwechsel ermöglichen und es somit noch einfacher machen würde, die ESG-Agenda durchzusetzen.

Es versteht sich fast von selbst, dass BlackRock auch die LGBT-Agenda vorantreibt, indem es den sogenannten Corporate Equality Index fördert, der das Engagement von Unternehmen für „LGBTQ-inklusive Richtlinien und Praktiken“ bewertet. Der Index wird von

Seite E 17 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 836 vom 01.06.2023

der Human Rights Campaign veröffentlicht, einer Organisation, die von der Open Society Foundation von George Soros finanziert wird. Somit schließt sich auch hier abermals der Kreis.

Die Zukunft der Welt rückt laut BlackRock nun vollständig in den Blick. Es ist eine Welt, in der unerklärliche Computer-Lernalgorithmen automatisch Investitionen der größten Institutionen der Welt in die Kassen derjenigen lenken, die mit den Forderungen von Fink und seinen Weggefährten mitspielen.

Es ist eine Welt, in der Transaktionen zunehmend digital sein werden, wobei jede Transaktion zum finanziellen Vorteil der algorithmischen Oberherren von BlackRock datengesteuert wird. Und es ist eine Welt, in der Unternehmen, die sich weigern, sich der Agenda anzuschließen, von ESG in Vergessenheit geraten und Einzelpersonen, die Widerstand leisten, ihre CBDC-Geldbörsen gesperrt werden.

Ein Silberstreif am Horizont könnte sich jedoch abzeichnen, in republikanischen Kreisen unter einigen Gouverneuren regt sich dieser bereits und Staatsgelder werden dort bereits von BlackRock abgezogen.

Auf der letzten Conservative Political Action Conference (CPAC) fand auch eine Podiumsdiskussion mit dem Titel „Die neue Achse des Bösen, Soros, Schwab und Fink“ statt, die sich auf die Fähigkeit wohlhabender Eliten, einschließlich BlackRock, konzentrierte, eine Politik der extremen Linken zu erzwingen auf die Vereinigten Staaten und auf der ganzen Welt.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

02) Kissinger feierte seinen 100. Geburtstag: Kann er es noch einmal richten?

28. 05. 2023



Henry Kissinger - World Economic Forum's India Economic Summit 2008, New Delhi.-
Quelle: World Economic Forum, CC BY-SA 2.0 , via Wikimedia Commons

Henry Kissinger feierte am 27. Mai 2023 seinen 100. Geburtstag

Von REDAKTION | Henry Kissinger, der Doyen der Diplomatie und allerhöchsten Globalpolitik kann auf eine außergewöhnliche Laufbahn zurückblicken: Er prägte nicht nur die Außenpolitik der Vereinigten Staaten als Außenminister und Nationaler Sicherheitsberater unter den Administrationen von Richard Nixon und Gerald Ford, sondern war auch als Direktor des Councils on Foreign Relations von 1977 bis 1981 tätig. Darüber blieb er als Berater von Regierungen weltweit, wie auch als großer Politstrategie für überstaatliche Gruppierungen bis zum heutigen Tag unersetzbar.

Seite E 19 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 836 vom 01.06.2023

Seine Expertise und Alleinstellung sorgen dafür, dass Kissinger trotz seines hohen Alters noch zur Lösung heikelster politischer Aufgabenstellungen nach wie vor benötigt und weiterhin persönlich herangezogen wird: Es fehlen die Alternativen!

Die Probleme des transnationalen Establishments

US-Hardliner und ihre europäischen Vasallen auf den staatlichen Ebenen haben aufgrund ihrer schrumpfenden Macht das vormalige Konzept des globalen Gleichgewichts durch das einer aggressiven Kriegspolitik ersetzt. Das hat nicht nur die bisherige Weltordnung durcheinandergebracht, sondern dazu die laufende Zeitenwende brandgefährlich gemacht. Mit ihrem überhasteten Zweifrontenkrieg gegen Russland und China – Wirtschaftssanktionen inklusive – haben die atlantischen Scharfmacher das vormalige «Kissinger Konzept» letztlich zum Absturz gebracht.

Henry Kissinger zeigt sich heute besorgt, dass die Fraktion der westlichen Falken es geschafft hat, die Supermächte Russland und China zusammen zu schweißen. Als Strategie weiss er genau, dass der Westen der «15 Prozent» [der Weltbevölkerung] gegen die Kombination Russland und China nicht den Funken einer Chance nur hat.

Daher lautet der Auftrag an Kissinger von jenen Machtgruppen mit noch klarem Verstand, den politischen Scherbenhaufen westlicher Kriegstreiber zu dem auch insbesondere die steigende Gefahr eines Atomkrieges zählt, wieder aufzukehren.

Das geforderte politische Kunststück und die Fallstricke

Das diplomatische Kunststück, welches von Kissinger verlangt wird, beinhaltet, einen Verhandlungserfolg einzufahren, bevor das westliche Bündnis wirtschaftlich und militärisch ganz auseinanderbricht: Vier bis sechs Monate dürften sie noch aushalten. Nachdem der ursprüngliche Plan der Atlantik-Krieger, der Coup d' État in Moskau für den geplanten «Regime Change» mit zeitgleichem(!) militärischen Angriff ihrer ukrainischen Bandera-Armee Korps, sich – entgegen den mehrfachen Zusagen der Kollaborateure in Russland – bis heute hat nicht realisieren lassen, ist jetzt ein sogenanntes «Einfrieren» des Konfliktes für das Überleben des Westens angesagt.

Dazu wäre es notwendig, sowohl EU-Europa samt Grossbritannien, wie auch China in eine solche «Verhandlungslösung» auf Kosten von Russland, einzubeziehen. Wenn einer das schaffen könnte, dann heißt dieser Mann, nur Henry Kissinger!

Dem Altmeister der hohen Diplomatie schwebt vor, in besagte Verhandlungslösung Grossbritannien und Frankreich einzubinden, welche politisch die intellektuellen Voraussetzungen mitbrächten: Deutschland falle aus, weil Kissinger, so in einem Interview gegenüber dem Economist, meinte, dass der deutsche Staat über keine konsistenten historischen Erfahrungen verfüge, wenn man von den 20 Jahren unter dem großen Staatsmann Bismarck absähe, doch davon abgesehen es nie verstanden hätte, unter den vorliegenden politischen Optionen klare Entscheidungen zu treffen.

Was China betrifft, muss man vermuten, dass die USA einmal mehr versucht sein könnte, China – anstelle von Taiwan – Zugriff auf ehemalige Sowjetterritorien, auch auf kreative Weise, wie z.B. über Verpachtung der Krim, anzubieten. Das hat zwar in der Vergangenheit aufgrund der Entwicklungen um 2015 in der Ukraine schon nicht geklappt, doch hat China in der Zwischenzeit ganz sicher umso vorsichtiger gemacht.

Seite E 20 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 836 vom 01.06.2023

Im Gegensatz zu den eindimensional gestrickten US-Kriegsfalken wird Kissinger dagegen versuchen Indien – aufgrund seiner Animositäten mit China – auf die westliche Seite zu ziehen. Das dürfte nicht ganz leicht werden, weil die Inder nach ihren leidvollen kolonialen Erfahrungen unter den Briten sehr gut wissen, welche Wünsche sich hinter westlichen «trojanischen Angeboten» zu guter Letzt noch verstecken könnten: Natürlich für atlantische Kriegstreiber in deren Kriege zu ziehen!

Japan plant man, kurzfristig zur Atommacht aufsteigen zu lassen, in der Hoffnung sie darüber – ohne weiteren militärischen Zwang – langfristig gegen China für die Seite der «Nord-Atlantiks» vereinnahmen zu können.

So gesehen, würde auch ein «Konzept der Diplomatie» nur auf Kosten von Russland, gefolgt von Mitteleuropa und China gehen. Doch im Gegensatz zur vorherrschenden aktuellen atlantischen Politik, ist Kissinger nicht so verblendet, versuchen zu wollen Russland ganz zu zerschlagen, weil er nach seinen Studien zum 19. Jahrhundert und Metternich das Prinzip der Gleichgewichtspolitik auch für globale Verhältnisse vertritt.

Selbstverständlich sollen die Energie- und Rohstofflieferungen aus Russland zu nur manipulierten Wechselkursen für alle Zukunft so bleiben, nachdem die atlantische Wertegemeinschaft sich auf die manipulierten Dumpingpreise über viele Jahrzehnte voll und ganz eingestellt und eingelebt hat. So ließe sich ihr künstlicher Wohlstand auch weiter aufrechterhalten. Zu vorschnell nur hat die «Wertegemeinschaft der 15 Prozent» ihre Rechnung gegen ihren eigenen Wirt gemacht und der heißt: Russland.

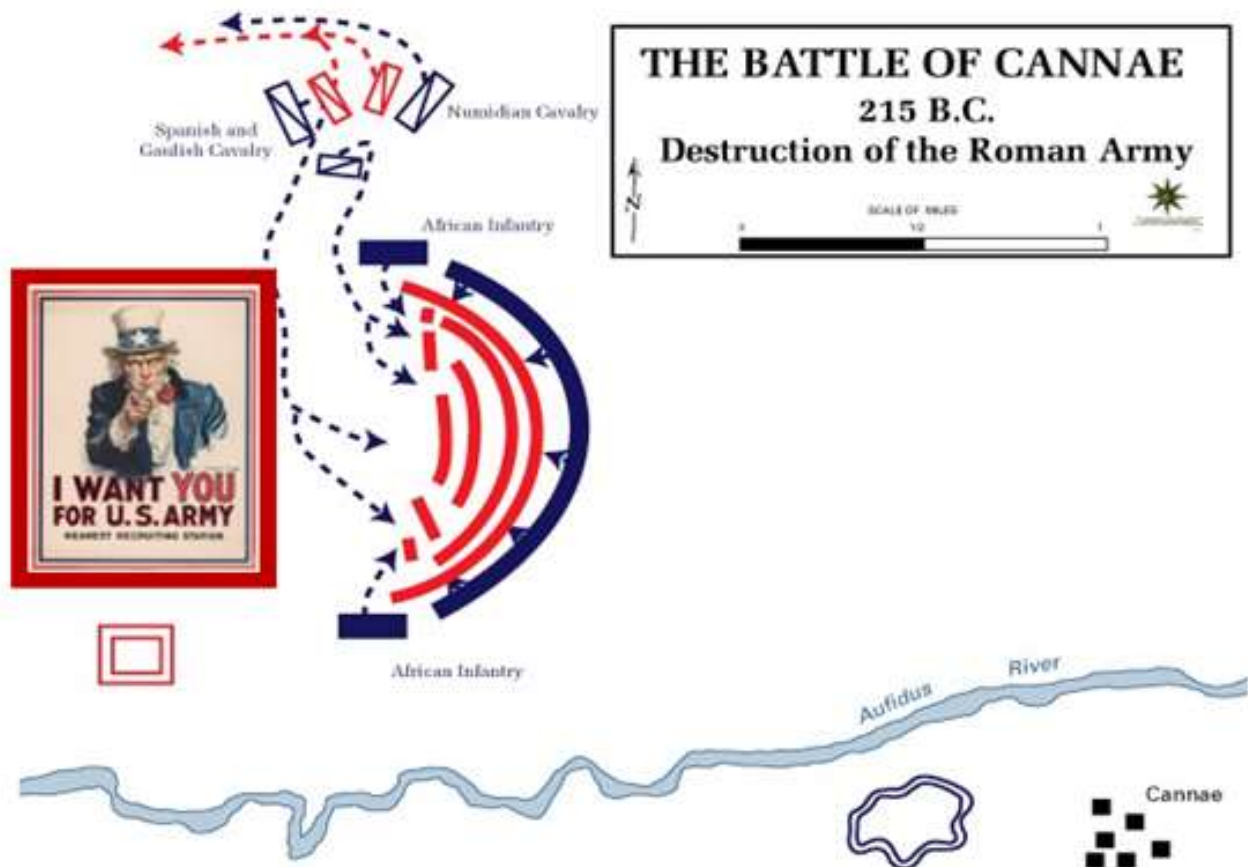
In diesem Sinne soll Kissinger die Welt mit seiner hohen diplomatischen Kunst und gesammelten Erfahrung auch vor einer nuklearen Eskalation – wie begrenzt oder unbegrenzt auch immer – ebenso retten, nachdem im Jahr 2023 der totale Krieg des vereinten Westens gegen Russland vor dem kompletten Zusammenbruch steht.

Umso mehr, möchten wir Henry Kissinger auch persönlich zu seinem 101. Lebensjahr nur das Allerbeste wünschen!

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

03) Tödliche Fehde zwischen US-Landeseliten und Globalisten um Eine-Welt-Herrschaft

25. 05. 2023



Symbol-Collage: Schlacht von Cannae 215 v. Chr. & US-Rekrutierungsaufwurf 1917 Quelle - Karte: Frank Martini, Cartographer, Dept. of History US Military Academy - gemeinfrei Quelle - Plakat: Attribute: James Montgomery Flagg, Public domain, via Wikimedia Commons

Der «Westen der 15 Prozent» gegen den Rest

Britische Analysten der *Economist Intelligence Unit* (EIU) haben mit ihrer Reportage vom 11.4.2023 «*How to survive a superpower split [Wie überlebt man eine Supermacht Aufspaltung]*» die atlantischen Vasallen auf dem europäischen Festland aus ihren politischen Träumen gerissen:

Nach über einem Jahr des Ukraine Konflikts haben die Analysten der EIU nachgeprüft, wie jedes der 193 UN-Mitglieder zum Westen und dem Ostfeldzug ihrer kollektiven Atlantikkrieger heute tatsächlich steht. Das Ergebnis fiel für die «*Wertegemeinschaft*» vernichtend aus, nachdem nur magere 15 Prozent der Weltbevölkerung hinter den atlantischen Kriegern noch stehen. In der Reportage der EIU steht dazu nachzulesen:



Obwohl 52 Länder, die 15 % der Weltbevölkerung ausmachen - der Westen und seine Freunde - Russlands Vorgehen verurteilen und bestrafen und nur 12 Länder Russland loben, lassen sich 127 Staaten als nicht eindeutig einem der beiden Lager zuordnen.



Eine Weltkarte zeigt im EIU Bericht noch das Häuflein der «15 Prozent», die dazu auserkoren sind, gegen den «Rest der 85 Prozent» anzutreten: USA, Kanada, EU-Europa samt einem letzten Aufgebot in Fernost, bestehend aus Japan, Südkorea, Australien und Neuseeland. Diese unangenehme Botschaft muss in Folge auch das Hamburger Wochenmagazin SPIEGEL erreicht haben, worauf es einen Artikel dazu in seiner Druckausgabe Nr. 21/23 erscheinen und wie folgt betiteln liess:



***Im globalen Dschungel
Der Aufstieg einst armer Länder, das Ringen mit China,
die Fragmentierung der Weltwirtschaft – mit Russlands
Krieg endet die Weltordnung des 20. Jahrhunderts. Die
G7-Staaten verlieren an Einfluss, insbesondere
Europa wird an die Wand gedrängt***



Am Ende des Reports scheinen die sechs SPIEGEL Autoren weiter ratlos, indem sie im letzten Absatz folgende Einsicht zum Besten geben: «Ja, die Globalisierung hat die Welt kompliziert gemacht und Abhängigkeiten geschaffen.» Doch, «kompliziert» erscheinen politische Umstände oft nur Außenstehenden, welche Probleme haben, das ganze Bild zu übersehen, um darüber die Gesamtzusammenhänge zu verstehen.

So wird es besagten «15 Prozent» wohl schwerfallen, sich Folgendes einzugestehen:

- das finale Scheitern des westlich dominierten Geld-, Finanz- & Währungssystems
- das Scheitern des aktuellen Globalisierungskonzeptes und seiner Verantwortlichen

Die dafür verantwortlichen transnationalen Plutokraten haben allen Grund das nicht öffentlich zuzugeben: Denn, sie verfolgen den Plan, die Sanierung des globalen Scherbenhaufens, den sie dank ihrem Globalisierungsmodell angerichtet haben, von oben her – im feudalen Stil – einmal mehr selbst nur durchzuziehen: Der kreative Name «Great

Seite E 23 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 836 vom 01.06.2023

Re-Set» soll darüber hinwegtäuschen, dass sich am bisherigen Konzept der Eine-Welt-Herrschaft nach dem Modell althergebrachter Elite-Masse-Gesellschaft nichts ändern soll. Im Gegenteil: Der «*Great Re-Set*» soll die Kluft festzementieren!

Darüber machten sich Globalisten daran, das bisherige atlantische – und auch europäische globale Steuerungszentrum in andere Weltregionen zu verlegen, was den Großteil der US-Landeseliten überflüssig macht, die jedoch nicht bereit sind, ihre parasitäre Rolle ganz ohne Widerstand nach 100 Jahren wieder abzugeben. Der Auftakt dazu war bereits in der Ukraine zu sehen, um einen Beginn zu machen und erst gegen Russland und im Anschluss auch gegen China kriegerisch vorzugehen. Dabei nehmen US-Falken das Risiko eines «*begrenzten Atomkrieg*» sowohl in Europa wie auch Fernost trotz aller kollateraler Risiken leichtfertig in Kauf.

Globalisten hingegen sind nicht dazu bereit, selbst nur das Restrisiko auf sich zu nehmen, um schlimmstenfalls in einem nuklearen Inferno dank Landeseliten gemeinsam mit den globalen Massen unterzugehen. Das erklärt, warum zwischen dem Kriegerklan der US-Landeseliten und den Globalisten ein existentieller Kampf ausgebrochen ist: Diese Konfrontation könnte zu guter Letzt noch mit der Zerschlagung der USA enden!

Die heutige Zeitenwende ist von einem hybriden Weltkrieg geprägt, für den neben der klassischen, rein militärischen Konfrontation noch andere Formen der Kriegsführung charakteristisch sind. Im Vergleich zum rein militärischen Kampf sind die hybriden anderen Formen des Krieges ungleich zeitintensiver, doch im Vergleich zum Krieg der Militärs ungleich nachhaltiger und viel effektiver. Jene Formen sind:

Informationskriege inklusive Einflussnahmen auf Weltanschauung und Erziehung

Wirtschaftskriege, die zum festen Repertoire anglo-amerikanischer Staaten zählen

Biologische-Kriege inklusive des Kriegs mit Suchtgiften um Konsumenten & Märkte.

Die Umsetzung der entsprechenden Konzepte macht die Erstellung und Verbreitung spezifischer Informationen, Nachrichten und Narrative über die Medien sehr wichtig. Die atlantischen Kartell- & Monopolmedien in Kombination mit überstaatlichen Denkfabriken, flankiert von Nachrichtendiensten, wie sie für die atlantische Hegemonialherrschaft typisch sind, bilden Eckpfeiler althergebrachter Globalpolitik.

Die maßgeblichen Klans der Globalisten wie auch der US-Landeseliten verfolgen, ganz im Gegensatz zu Russland und China, das Konzept der monopolaren Weltordnung. Dennoch unterscheiden sich die Klans untereinander drastisch nach Herkunft, Methode und Stil: Globalisten verfügen über Uraltraditionen, sind konzeptuell extrem stark und wissen aufgrund ihrer geringen Zahl auch mit der Methodik einer unstrukturierten Steuerung virtuos umzugehen. Unstrukturierte Steuerung im Gegensatz zur direkten, erfordert einen längeren Vorlauf, doch ist zum Ende hin viel wirksamer, nachdem sie final einmal durchgeschlagen hat. Atlantische Landeseliten hingegen sind historisch gesehen «*Eintagsfliegen*», konzeptuell kaum existent, doch meinen ernsthaft, ihre gravierenden Defizite durch Einsatz roher Gewalt kompensieren zu können: Doch im Kampf gegen Globalisten reichen bloße taktische Elemente lange nicht aus, um längerfristig zu bestehen und überleben.

Seite E 24 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 836 vom 01.06.2023

Der gegenwärtige Machtkampf zwischen Globalisten und Landeseliten wird zwischen Plutokraten der transkontinentalen Ebene und Oligarchen der nationalen Ebenen ausgetragen: Es ist vor allem der Schlagabtausch zwischen diesen Machtgruppen, welcher die existentiellen Herausforderungen der laufenden Zeitenwende ausmacht.

Der Informationskrieg beider Gruppen macht ihre globalen Machtansprüche über maßgeschneiderte Narrative vor allem an den folgenden Zielgruppen unten fest:

- An nationalen Entscheidern für Krieg gegen die «*Feinde*» des Eine-Welt-Modells.
- An nationalen Massen zur Polarisierung gegen besagte «*Feinde*» im In- & Ausland.
- An ihren Protektoraten, die die Kriege zu schultern und zu finanzieren haben.

Der nachstehende Auszug aus einem Diskurs zwischen Michael Yu, China Direktor des *Hudson Instituts* und Michael Swaine, Programm-Direktor-Ostasien des *Quincy Instituts*, zeigt die Gegensätze unterschiedlicher Denkschulen beispielhaft auf. Die besagten Protagonisten und ihre Institute weisen die folgenden Merkmale aus:

Hudson Institut: Seit 20.7.1961; Standort: Washington DC; Erträge (2021) USD 37,400,000; Gesamtmitarbeiter (2016) 300; Akzeptiert auch Zahlungen von der Regierung aus Taiwan. Leitspruch des Instituts: Sicherheit, Freiheit, Wohlstand.

Miles Yu (1962): Historiker & Polit-Strategie; seit 1985 wohnhaft in USA; als Senior Berater für China & Planung unter Mike Pompeo in der Trump Administration wirkte er an der Entwicklung und Umsetzung einer Anti-China-Strategie mit, die bis heute für Demokraten und Republikaner parteiübergreifend(!) wirksam blieb.

Quincey Institute for Responsible Statecraft: Seit 2019 in Washington DC; benannt nach U.S. Präsident John Quincy Adams, der in einer Rede am 4. Juli 1821 vor aussenpolitischen Abenteuern warnte. Das Institut steht für eine zurückhaltende US-Aussenpolitik. Es positioniert sich gegen den militärisch-industriellen Komplex.

Michael D. Swaine (1951): PhD und MA von Harvard – und George-Washington-Universität; arbeitete an Forschungsprogrammen in China, Taiwan und Japan; er koordiniert jährliche Konferenz chinesischer & US Gelehrter zu Krisen Management.

Washington Journal vom 5. Februar 2023 auf C-Span

Miles Yu und Michael Swaine zu U.S.-China Beziehungen



Michael Swaine – links; Jesse J. Holland – Gast-Moderator; Miles Yu – rechts
Quelle: [C-Span](#)

Auszüge aus dem Streitgespräch:

Moderator: ... Apropos Untergangsszenarien: Ein hochrangiger General der US Luftwaffe, Michael Minihan, hat ein Memo veröffentlicht, in dem er einen Krieg mit China ankündigt. Ich möchte Ihnen allen dieses Memo vorlesen und Ihre Reaktion dazu erfahren.

In dem durchgesickerten Memo des Generals M. Minihan der U.S. Air Force, heißt es:



**USAF General
Michael Minihan**

« Mein Gefühl sagt mir, dass wir 2025 kämpfen werden. Xi hat seine dritte Amtszeit gesichert und seinen Kriegsrat für Oktober 2022 einberufen. Die Wahlen in Taiwan finden 2024 statt und werden Xi einen Grund liefern. Die US Wahlen im Jahr 2024 werden Xi ein abgelenktes Amerika bieten. Xi`s Team, Überlegungen und Möglichkeiten sind alle auf 2025 ausgerichtet... Ich hoffe, ich liege falsch.»

Washington Post 1/27/23



Michael, hat er [Minihan] recht?

Michael Swaine: Nur zur Klarstellung – dies war Teil eines internen Memos, das der General innerhalb seines Kommandos verschickt hatte. Es ist nach außen durchgesickert. Das sollte nicht passieren. Ich meine, wir sehen, warum es nie hätte öffentlich werden dürfen: Aktive Generäle im Militär der Vereinigten Staaten haben kein Recht, eine solche Erklärung abzugeben, die auf Bauchgefühlen beruht und besagt, dass wir in zwei Jahren mit China im Krieg liegen würden.

Dies basiert nur auf Spekulationen – auf reiner Spekulation, doch bedient die Art von Kriegstreiberei und Kriegshysterie, die in einigen Kreisen in den Vereinigten Staaten auf dem Vormarsch ist, um diese noch weiter anzuhetzen: Die Vorstellung, dass wir uns nahezu unausweichlich auf einen Krieg zubewegen.

In Antwort darauf, was Miles zuvor sagte: Ich sage keineswegs einen Krieg um Taiwan voraus. Ich sage nur, dass die Trends in keine gute Richtung weisen, um eine ernste Krise und möglicherweise sogar einen Konflikt zu vermeiden.

Generäle, die so reden, dienen nicht den amerikanischen Interessen: Das Militär der Vereinigten Staaten ist ein sehr starkes und fähiges Instrument – ein Instrument der US-Regierung. Die zivile Regierung und die militärische Führung sollten über ihre Fähigkeiten sprechen. Sie sollten darüber sprechen, wie sie den nationalen Interessen als Militär am besten dienen könnten. Sie sollten nicht darüber räsonieren, ob die Chinesen beispielsweise in zwei Jahren angreifen wollten oder nicht.

Nachdem dies bekannt wurde, hat sich das Verteidigungsministerium deutlich dazu geäußert, um festzuhalten, dass dies nicht unsere Politik sei. Es [das Ministerium] hat direkt zurückgewiesen, was der General verlautet hatte. Die Menschen müssen verstehen, dass unseren Interessen durch eine solche Art von losem Gerede in keiner Weise gedient ist.

Lassen Sie mich noch ein Wort zur Erklärung von Präsident Biden sagen, die Miles ansprach. Ja, es stimmt, Präsident Biden hat schon dreimal gesagt, dass wir Taiwan verteidigen werden, falls China Taiwan angreifen würde.

Doch dreimal hat das Außenministerium dies korrigiert. Denn es stellt in der Tat einen Verstoß gegen die amerikanische Politik dar. Wir können sagen: «*Gut, der Präsident hat es gesagt, also muss es wahr sein!*» Präsidenten sagen eine Menge Dinge. Sie sagen nicht unbedingt Dinge, die mit der bestehenden amerikanischen Politik übereinstimmen müssen.

Ich weiß, warum Präsident Biden das gesagt hat. Er wollte Entschlossenheit demonstrieren. Er wollte im Zusammenhang mit dem Krieg in der Ukraine zeigen, dass die Vereinigten Staaten Taiwan unterstützen würden – das ist gut. Aber vorherzusagen, dass wir Taiwan direkt verteidigen würden, ist ein direkter Verstoß gegen die bestehende US-Politik und das wurde korrigiert.

Miles Yu: Michael liegt völlig falsch. Das Außenministerium hat den Präsidenten nicht korrigiert. Das Außenministerium – welcher Präsident ist schon konsequent – steht im Einklang mit unserer vorherrschenden Politik. Eine solche Politik vermittelt *strategische Klarheit*. Was das Außenministerium sagt, ist immer das, was Präsident Biden gesagt hat und steht im Einklang mit unserer Politik gegenüber China. Punkt – das reicht!

Die Idee, der Mythos, dass es irgendwie eine widersprüchliche Ansicht über unser Engagement zur Verteidigung Taiwans gäbe, ist also völlig falsch: Faktisch und konzeptionell.

Zweitens, möchte ich sagen, dass wir Amerikaner sehr gut darin sind, die Bemerkung «*Dr. Strangelove ist ein Kriegstreiber*» [Anmerkung: Film-Charakter (1964) von Stanley Kubrick zu Gefahrenpotentialen eines Nuklearkrieges] tot zu schlagen. Wenn Sie wirklich Kriegshysterie und Kriegstreiberei erleben wollen, gehen Sie nach China. Der Generalsekretär der Kommunistischen Partei Chinas, die Nummer eins, Xi Jinping, sagt täglich, dass die PLA morgen bereit sein sollte, in einen großen Krieg zu ziehen. Das ist Kriegstreiberei. Das ist extrem unverantwortlich. Ich denke, das amerikanische Volk sollte wissen, dass die wahre Kriegstreiberei – die Kriegshysterie – nicht im Westen zu suchen ist, sondern in China. Deshalb steht auch so viel auf dem Spiel.

Michael Swaine: Ich sage einfach nur in diesem Zusammenhang: Zweimal falsch ergibt nicht einmal richtig! US-Beamte haben das gesagt – US-Militärs haben genau das gesagt, was Miles [von den Chinesen] zitiert hatte, nämlich dass wir bereit sein müssen, morgen zu kämpfen: Frieden durch Stärke. Wir müssen ein Militär haben, das stärker als das anderer ist. Wir haben über die Fähigkeit zu verfügen, zu kämpfen und zu gewinnen. Ist das Kriegstreiberei? Man findet Erklärungen des US-Militärs, dass es einsatzfähig sein will. Es muss einsatzfähig sein, um seine Interessen zu wahren.

Die Chinesen haben genau das Gleiche gesagt. Beide Seiten betreiben also ein ähnliches Säbelrasseln, bekunden ihre Entschlossenheit, betonen die Abschreckung, doch tragen extrem wenig dazu bei, sich gegenseitig zu versichern, dass die schlimmsten Befürchtungen der anderen Seite nicht eintreten werden, was in Bezug auf Taiwan absolut entscheidend wäre.

Die Vereinigten Staaten müssen mehr tun, um den Chinesen zu versichern, dass sie die Unabhängigkeit Taiwans nicht unterstützen wollten, dass sie immer noch an der *Ein-China-Politik* festhielten, welche die einzige Grundlage für Stabilität in der Straße von Taiwan bilde. Umgekehrt müssen die Chinesen an die Vereinigten Staaten glaubhafte Botschaften richten, dass sie sich weiterhin für eine friedliche Wiedervereinigung als oberste Priorität ihrer Regierung einsetzen, woran sie sich seit Jahrzehnten verpflichtet fühlten.

Man kann darüber streiten, ob gegen diese beiden Dinge im Moment verstossen wird oder nicht. Ich würde sagen, sie werden von beiden Seiten verletzt und der Prozess läuft interaktiv: Wenn die eine Seite etwas sagt, provoziert das die andere. Das wiederum provoziert die Gegenseite. So geht es hin und her...

US-Kriegsfraktion bereit für den Zwei-Fronten-Weltkrieg

Immer extremere Narrative der US-Kriegspartei machen deutlich, dass die Bevölkerungen der «15 Prozent» auf einen neuen Weltkrieg eingestimmt werden sollen. Repräsentanten der US-Kriegsfraktion, wie z.B. Miles Yu nimmt dabei die Rolle des Super-Hardliners ein, indem er die Kriegsnarrative der US-Landeseliten zur erforderlichen Einstimmung unter bislang ahnungslose Bevölkerungen streut:

In einem Interview vom 15. April 2023 [im «The Sunday Guardian»](#) macht sich Miles Yu noch für den Zweifrontenkrieg der USA gegen Russland und China stark:

Frage des Sunday Guardian: Sie haben mit der US-Administration eng für Maßnahmen zusammengearbeitet, welche die USA gegen China ergreifen könnten. Die Vereinigten Staaten sind bereits in die Ereignisse der Ukraine verwickelt. Werden die USA ein militärisches Eingreifen in Taiwan riskieren und verfügen sie über die Mittel, um an zwei Fronten gegen zwei mächtige Gegner [zugleich] anzutreten?

Miles Yu: Ja! Die Ukraine ist nicht allein das Problem der USA, das Gleiche gilt für Taiwan. Durch Schulterschluss mit den weltweit Verbündeten und Partnern Amerikas und nach Abstimmung der verschiedenen Fähigkeiten auf die unterschiedlichen Schlachtfeld-Erfordernisse in der Ukraine, wie auch in Taiwan werden die USA und ihre Verbündeten in der Lage sein, sich im Falle einer militärischen Invasion Taiwans durch die KPCh (Kommunistische Partei Chinas), durchzusetzen...

Kriegspropaganda, die an den Vietnamkrieg erinnert

Im Zuge der aktuellen Weltkriegspropaganda darf auch das Uralt-Märchen vom sogenannten «*Domino-Effekt*», das jedoch Erinnerungen an das US-Schlamassel im Vietnamkrieg wachruft, einmal mehr nicht fehlen. Dazu die folgenden Aussagen:

Frage des Sunday Guardian: Wie Sie wissen, befindet sich Indien mitten in einer dreijährigen Grenzkonfrontation mit China. Nachdem Sie die Entwicklungen von Washington aus beobachten: Welche Rolle würde Indien im Falle einer militärischen Konfrontation zwischen China und Taiwan einnehmen?

Miles Yu: Ein Angriff auf Taiwan wäre nur der Anfang einer Kette von Aggressionen durch die KPCh, die in zahlreiche territoriale Streitigkeiten mit mehreren Nachbarn, insbesondere Indien, verwickelt ist. Indien muss sein Möglichstes tun, um die Aggression von Beginn an zu stoppen, denn das nächste Ziel des revanchistischen Regimes in Peking könnte durchaus Indien selbst sein. Eine wichtige Rolle, die Indien spielen könnte und sollte, wäre

die Bildung einer regionalen Gegenkoalition mit Ländern, wie Japan und Vietnam, die einer ähnlichen Bedrohung durch die KPCh ausgesetzt sind, um sich auf das Invasionszenario zu Taiwan vorzubereiten.

NAIPTO – North-Atlantic-Indo-Pacific Treaty Organization

Am 11. Juli 2022 erschien ein Gastkommentar unter dem Namen von Miles Yu in der *Taipei Times*, worin Yu das Gespenst einer Achse Moskau-Peking an die Wand malt und als Gegenstrategie die angestrebte Eine-Welt-Herrschaft unter dem Banner der USA nach dem Vorbild der NATO mit ihrem multilateralen kollektiven Verteidigungspakt vorschlägt, der künftig noch besser die ganze Welt umspannen und *Nordatlantik-Indopazifikpakt-Organisation* (NAIPTO) heißen soll.



Taipei Times 11.7.2022: «Miles Yu on Taiwan» oder mit NAIPTO in Weltkrieg 3.0

Auszüge aus dem Gastkommentar von Miles Yu [in Taipei Times](#):

«Miles Yu über Taiwan»: NAIPTO – Auf dem Weg zu einem eurasischen, transozeanischen multilateralen Bündnis für kollektive Verteidigung

Es bedarf eines neuen internationalen Bündnisses, das angesichts der größten globalen Bedrohung von Freiheit und Demokratie zu schmieden wäre. Diese Bedrohung geht von der China geführten Peking-Moskau Achse der Tyrannei und Aggression aus. Das neue Bündnis, das dieser Achse entgegentreten hätte, könnte Nordatlantische-Indopazifische Pakt Organisation – NAIPTO – heißen...

Die Dringlichkeit für solch ein Bündnis hat sich in den letzten Monaten verschärft. Russlands Krieg gegen die Ukraine macht die gemeinsamen Ursprünge der Aggression der beiden in der Welt verbliebenen Kulturstaaten deutlich: China und Russland...

Die demokratischen Nationen sollten den chinesisch-russischen Block beim Wort nehmen. Russland bedroht Freiheit und Demokratie in Europa. China bedroht Freiheit und Demokratie im indo-pazifischen Raum und auf der ganzen Welt. Zusammen bilden sie eine globale Achse. NAIPTO wäre eine starke, globale, demokratische Antwort, die das Vertrauen in die Stärke und Beständigkeit der Freiheit erneuern würde...

Es wäre ein unvorstellbarer Fehler zuzulassen, dass Russlands regionale Schachzüge in Europa von der viel gewaltigeren globalen Herausforderung durch China ablenkten...

Russland strebt nach globaler Relevanz. China strebt nach globaler Vorherrschaft...

Heute hat sich die Bedrohung durch China von einer entfernten zu einer akuten Bedrohung gewandelt, von einer regionalen Bedrohung zu einer Bedrohung, die sich über den gesamten Globus erstreckt und von fast allen wichtigen Ländern im indopazifischen Raum geteilt wird, darunter Japan, Indien, Südkorea, Taiwan, Australien, Neuseeland und den zehn ASEAN-Staaten...

Als Koalition der Willigen wird die multilaterale Struktur der NAIPTO die Beziehungen untereinander vertiefen, indem sie die Mitglieder über engstirnige, historische Streitigkeiten hinausführt und die gemeinsame Verteidigung über kleinliche Eigeninteressen stellt. Die NATO hat jahrzehntelang die langjährigen internen Kämpfe und Streitigkeiten der Europäer befriedet. NAIPTO hat das Potenzial, im indo-pazifischen Raum für Länder wie Südkorea und Japan sowie für andere Länder dasselbe zu leisten...

Es ist an der Zeit, alten Bündnissen neue Kraft und neue Ziele zu verleihen und neue Bündnisse zu schmieden, um den heutigen Herausforderungen gerecht zu werden. Wenn wir den Erfolg der NATO im 20. Jahrhundert zu schätzen wissen, dann wäre es der beste Weg, die von ihr ermöglichten Errungenschaften auch im 21. Jahrhundert sicherzustellen und ihr Versprechen fortzuschreiben und über die NAIPTO auszuweiten. Denn ein Angriff auf eine Demokratie ist ein Angriff auf alle Demokratien, ungeachtet der geografischen Grenzen.

Wie Kriegstreiber der «15 Prozent» die Fakten verdrehen

So versuchen US-Falken und atlantische Kriegstreiber, nachdem die fünf Osterweiterungen der NATO Europa einmal mehr in den Krieg gestürzt haben, diesen nach Fernost zu tragen, um über einen neuen Weltkrieg schwindende westliche globale Dominanz wiederherzustellen. Das von Miles Yu verfasste Traktat für einen globalen Militärpakt unter

Seite E 30 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 836 vom 01.06.2023

US-Führung zeigt deutlich, wie atlantische Politologen und Demagogen es verstehen, historische Tatsachen und Fakten nicht nur geschickt zu umgehen, sondern dreist auf den Kopf zu stellen:

China, welches über 100 Jahre – von 1839 bis 1949 – selbst zum Opfer wetteifernder Kolonialmächte geworden war, wird von Miles Yu eine Globalpolitik unterstellt, die jedoch nicht China entspricht, sondern nur für die Kolonial- & Hegemonialmächte der «15 Prozent» bis zum heutigen Tag arttypisch ist:

Nicht China oder Russland bedrohen und überziehen notorisch die Welt mit immer neuen Eroberungsfeldzügen, sondern die instrumentalisierten Staaten der «15 Prozent», welche mitzukämpfen haben, um die schwindende westliche Hegemonie mit den Methoden des 20. Jahrhunderts, die damals nur für Weltkriege standen, wiederzubeleben. Die US-Landeseliten sind sich bewusst, dass das Jahr 1945 den Höhepunkt anglo-amerikanischer Macht markierte: Nach diesem historischen Vorbild, welches sie zu wiederholen trachten, leitet sich ihre Kriegspolitik heute ab:

Der Krieg nach innen verlangt nach hybriden Mitteln

Die US-Kriegspartei zielt nicht nur gegen die vermeintlichen Feindstaaten in weiter Ferne, sondern auch gegen die Bürger im eigenen Land, die ethnisch oder familiär mit in Konkurrenz stehenden Ländern vermeintlich in Verbindung stehen. Auf Grund rein ethnischer Kriterien wurde schon im Jahr 1942 rund 125.000 Bürger japanischer, deutscher und italienischer Abstammung in US-Konzentrationslager verbracht. Die Executive-Order 9066 lieferte zu jener Zeit den US Militärs die dafür benötigte Rechtsgrundlage. Eine unter Präsident Jimmy Carter eingesetzte Untersuchung kam im Jahr 1983 zum Ergebnis, dass besagte Inhaftierungen im Zuge des 2. Weltkrieges nur das Ergebnis von Rassismus waren.

In dieser Tradition startete das US-Justizministerium im November 2018 unter dem Titel «*China Initiative*» bzw. dem Vorwand des Kampfes gegen Wirtschaftsspionage eine neue Hexenjagd, um diesmal Forscher und Studenten chinesischer Herkunft zu verfolgen bzw. unter solch neuem Deckmantel aus US-Forschungsstätten zu verjagen. Das Ergebnis der «*China Initiative*» war die Zerstörung zahlloser Existenzen von Wissenschaftlern asiatischer Herkunft, jedoch ohne, dass vermeintliche Fälle der Wirtschaftsspionage zu Verurteilungen geführt hätten: Das US-Justizministerium musste am 23.2.2022 den Abbruch bzw. das Scheitern ihrer Aktion auch offiziell bekanntgeben.

Es liegt heute in den Händen der restlichen «85 Prozent» der Weltbevölkerung die Existenz der Menschheit wirksamer zu schützen, weiteren Kriegs-Eskalationen und Provokationen den Riegel vorzuschieben und den Klans globaler Kriegstreiberei hart und kompromisslos das Handwerk zu legen: Zuviel steht für die Welt auf dem Spiel!

Ein Beitrag von UNSER-MITTELEUROPA GLOBAL RESEARCH

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

04) G7 Gipfel – die „Ungeliebten“ feierten sich selbst

25. 05. 2023



G7 Treffen ist "lonely hearts club" laut NYT

Der G7-Gipfel in Hiroshima wurde zu einem „Fest der Ungeliebten“ im engsten Kreise Derer.

Keiner der G7-Mitglieder ist in seiner „Heimat“ beliebt, somit bot der Gipfel reichlich Gelegenheit, sich bei den angereisten „Leidensgenossen“ zu beklagen, berichtet die US-Zeitung *The New York Times* (NYT) und nennt es den „Lonely Hearts Club“.

Gemeinsamkeit – gleiche Agenda, gleiche Unbeliebtheit

„Sie kommen aus den verschiedensten Teilen der Welt, sprechen unterschiedliche Sprachen, decken das gesamte ideologische Spektrum ab und sind zwischen 43 und 80 Jahre alt. Aber eines haben Präsident Biden und die anderen Staats- und Regierungschefs der Gruppe der 7, die sich an diesem Wochenende in Japan trafen, gemeinsam.

Sie sind zu Hause nicht sonderlich beliebt“, damit beginnt ein Artikel in der US-Zeitung *New York Times*.

Der G7-Gipfel in Hiroshima habe sich in einen „Club der einsamen Herzen“ verwandelt, in dem sich jeder der Staats- und Regierungschefs über die schwierige Situation die geringe Unterstützung durch seine Mitbürger beklagen könne, meint der *Times*-Kolumnist.

Er erklärt, „für Biden und seine Amtskollegen aus den führenden Industrienächten der Welt ist es ein Zeitalter der demokratischen Unzufriedenheit, in dem die Wähler scheinbar ständig unzufrieden mit den, von ihnen gewählten Präsidenten und Premierministern sind“.

Clique der Staatsoberhäupter in der „Klemme“

„Jedes der Staatsoberhäupter steckt aus vielerlei Gründen in der Klemme, aber ihre gemeinsamen Kämpfe verdeutlichen die Zerbrechlichkeit freier Gesellschaften in einer Zeit tiefer politischer und kultureller Spaltungen.“

„Das hat das diesjährige Gipfeltreffen in Hiroshima, Japan, zu einer Art „Club der einsamen Herzen“ gemacht, wie es ein Fachmann ausdrückte, wo ungeliebte Staatsoberhäupter über ihre innenpolitischen Probleme lamentieren und Ideen austauschen können, wie sie sich wieder in die Gunst ihrer Wähler bringen können.

Seite E 32 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 836 vom 01.06.2023

Ein paar Tage weg von zu Hause, um sich mit Gleichgesinnten auf der Weltbühne zu treffen, kann für angeschlagene Staatsoberhäupter eine willkommene Erleichterung sein, eine Chance, zu stolzieren und zu posieren und die Rolle eines Staatsmannes zu spielen, der die Geschichte mitgestaltet.“

Der Journalist der *New York Times* beruft sich auf eine Morning-Consult-Umfrage, aus der hervorgeht, dass keiner der G7-Staats- und Regierungschefs die Unterstützung der Mehrheit der Bevölkerung seines eigenen Landes gewinnen kann.

Die frisch gewählte italienische Premierministerin Giorgia Meloni „schnitt laut Morning Consult mit 49 Prozent Zustimmung noch am besten ab, gefolgt von Biden mit 42 Prozent, dem kanadischen Premierminister Justin Trudeau mit 39 Prozent, dem deutschen Bundeskanzler Olaf Scholz mit 34 Prozent, dem britischen Premierminister Rishi Sunak mit 33 Prozent und dem japanischen Premierminister Fumio Kishida mit 31 Prozent“, so die Zeitung.

Am schlechtesten schnitt Frankreichs Präsident Emmanuel Macron ab – er hat lediglich 25 Prozent an Unterstützung.

Die *New York Times* enthüllt auch, dass, den Umfragen von Morning Consult zufolge, nur vier Staatschefs „der 22 untersuchten großen Länder“ Zustimmungswerte von über 50 Prozent haben.

Das sind Narendra Modi (Indien), Alain Berset (Schweiz), Andrés Manuel López Obrador (Mexiko) und Anthony Albanese (Australien).

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

05) „Konkurrenz-Gipfel“ – China tagt mit Zentralasiatischen Staaten

24. 05. 2023



China-Zentralasien-Gipfel in Xi'an Bild: Ersteller: 丁海涛 Credit: CMG Urheberrecht: 新华通讯社

Pekings Führung hat zum China-Zentralasien-Gipfel geladen, während im japanischen Hiroshima zur selben Zeit die G7 zusammenkommen waren.

In „Richtung Westen“ fand man dabei unmissverständlich klare Worte.

Keine „Farbrevolutionen“ für den Zentralasiatischen Raum

In Bezug auf „altbekannte“ westliche Ambitionen rief China die Staaten in der Region dazu auf, sich der Einmischung von außen, sowie den Versuchen Farbrevolutionen anzuzetteln, entschieden entgegenzustellen.

Während in Japan der G7-Gipfel der führenden westlichen Staaten stattfand, hatte Peking einen Gegengipfel zum Ausbau eigener regionaler Bündnisse abgehalten.

Chinas Staats- und Parteichef Xi Jinping hat am 19. Mai seine zentralasiatischen Ehrengäste nach Xi'an eingeladen, dem östlichen Ausgangspunkt der alten Seidenstraße.

China ist augenblicklich dabei, wirtschaftlich auch in Zentralasien Fuß zu fassen, unter anderem mit seiner „Belt and Road“-Initiative zum Bau von Eisenbahnen und anderer handelsbezogener Infrastruktur.

Ausbau von Schienenwegen und Infrastruktur

Der chinesische Staatschef Xi versprach bei dem Gipfeltreffen den führenden Staatsmännern in Zentralasien, Eisenbahn- und andere Handelsverbindungen mit zentralasiatischen Ländern intensiv aufzubauen, und schlug vor, gemeinsam Öl- und Gasquellen zu erschließen, was den wachsenden Einfluss Pekings in der Region klar unterstrich.

In Bezug auf westliche Ambitionen rief Xi die Region dazu auf, sich der Einmischung von außen und Versuchen, Farbrevolutionen anzuzetteln, entschieden entgegenzustellen.

Dies dürfte als Anspielung auf Bewegungen, die Regierungen in Ländern wie der Ukraine, Georgien und Kirgistan gestürzt hatten, gegolten haben.

Xi garantierte den zentralasiatischen Regierungen chinesische Hilfe bei der Stärkung von Sicherheit und Verteidigung sowie bei der Bekämpfung des Terrorismus. Er unterstrich zudem das Bestreben, den Frieden in Afghanistan „gemeinsam zu fördern“.

Chinas „Schutzschirm“ über Zentralasien

Dass die Präsidenten Kasachstans, Kirgistans, Tadschikistans, Turkmenistans und Usbekistans nun nach China gekommen sind, zeigt „den tiefen Bund der Freundschaft zwischen China und den zentralasiatischen Staaten seit zweitausend Jahren“, sagte Xi. Die Vertiefung der gemeinsamen Beziehungen nannte Xi „eine strategische Entscheidung, die unsere Generation von Führern getroffen hat“.

Während der chinesische Präsident beim „Gegengipfel“ seine Amtskollegen aus fünf ehemaligen Sowjetrepubliken zu Gast hatte, dürften die G7 im Japan China ins Visier genommen haben.

Denn es soll „Belege“ dafür geben, dass chinesische Unternehmen die westlichen Sanktionen unterlaufen und Russland mit „Hightech Bauteilen für Waffen“ beliefern.

Es ist allerdings durchaus davon aus zu gehen, dass sowohl der „Fokus des Westens“ auf China, als auch die „Drohungen“ wegen Sanktionsumgehung, Niemandem im Reich der Mitte schlaflose Nächte bereiten wird.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

06) Beschleunigt durch US/EU-Sanktionen: Chinas Yuan – Eine neue Weltwährung entsteht

14. 05. 2023



Bild: shutterstock

Als Folge der US- und EU-Sanktionen steigt der Yuan-Anteil im internationalen Zahlungsverkehr unaufhaltsam an

Langsam, aber sicher wächst der Yuan, wie Chinas Währung Rénmínbì im Ausland genannt wird, zu einer ernstzunehmenden Alternative zum US-Dollar im internationalen Waren- und Rohstoffhandel heran. Auch dies eine direkte Folge der westlichen Sanktionen gegen Russland, bei denen der Dollar das wichtigste wirtschaftspolitische Kampfinstrument darstellt. Denn die Drohung, bei Zuwiderhandlung vom Dollar-basierten Zahlungsverkehr, der von den USA dominiert und auch weitgehend kontrolliert wird, ausgeschlossen zu werden oder gar den Zugriff auf seine Fremdwährungsreserven zu verlieren, hat viele Staaten, Banken und große Handelshäuser davon abgehalten, allzu offen gegen die US- und EU-Restriktionen aufzubegehren. Zumindest am Anfang.

Sanktionen gegen Russland sind „historische Chance“ für China

Denn China hat die Verhängung der Wirtschaftssanktionen gegen Russland als historische Chance begriffen, seine eigene Währung als weltweite Dollar-Alternative aufzubauen, und diese auch entschlossen genutzt. Eine Entwicklung, die der Autor dieser Zeilen schon im vergangenen Frühjahr korrekt vorausgesagt hatte, und die damals von westlichen Politikern und Mainstream-Ökonomen völlig falsch eingeschätzt, ja verlacht, wurde.

Heute, nur ein Jahr später, sprechen die Fakten eine andere Sprache. In diesem März hat die VR China erstmals mehr Außenhandelszahlungen in ihrer eigenen Währung Yuan abgerechnet als in US-Dollar. Gemäß Daten des Staatlichen Chinesischen Devisenamts

Seite E 36 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 836 vom 01.06.2023

SAFE in Peking wurden grenzüberschreitende Yuan-Transaktionen im Gegenwert von 549,9 Milliarden US\$ ausgeführt, während es im Februar zuvor noch 434,5 Milliarden waren. Anteilsmäßig macht das 48,4 % in Yuan gegenüber 46,7% in Dollar, der geringe Rest waren Transaktionen in Euro, Yen und anderen Drittwährungen.

Yuan wird Euro überflügeln

Global gesehen betrug der Yuan-Anteil am Welthandel diesen März 4,5%. Das ist zwar immer noch nur ein Bruchteil der 84,3%, die in Dollar abrechnet werden, aber verglichen mit den Vorkriegszahlen vom Februar 2022 fast eine Verdreifachung. Und da der Aufwärtstrend anhält, dürfte der Yuan demnächst die weltweite Bedeutung des Euros überflügeln, dessen globaler Transaktionsanteil seit Jahren um die 6 Prozent stagniert.

Grund dafür ist nicht nur der immense Anstieg des Handelsvolumens zwischen China und der Russischen Föderation, das mittlerweile praktisch vollständig in Yuan abgewickelt wird. Laut Angaben der Moskauer Börse MOEX, die inzwischen nach Hongkong, Singapur und London der viertgrößte internationale Handelsplatz für Yuan-Geschäfte ist, hat sich der Devisenhandel in der chinesischen Währung binnen Jahresfrist verachtzigfacht (!) und macht jetzt knapp die Hälfte des gesamten russischen Devisenhandels aus. Russische Firmen, aber auch Privatpersonen, können bei russischen Banken jetzt günstig und problemlos Fremdwährungskonten in Yuan eröffnen. Und das nutzen sie auch, um den notorischen Kursrisiken der eigenen Landeswährung Rubel zu entgehen. Dank des Yuan können sich nun auch russische Großfirmen wieder ausländisches Fremdkapital beschaffen. Der weltgrößte Aluhersteller Rusal, der Goldminenkonzern Polyus und Russlands Ölriese Rosneft haben im letzten Herbst Anleihen im Wert von 42 Milliarden Yuan (ca. 6 Milliarden Euro) begeben und sich damit frisches Geld am internationalen Finanzmarkt besorgt. Etwas, dass West-Sanktionen ja angeblich verhindern sollten.

„Petro-Yuan“ im kommen

Aber auch andere Staaten in Asien, Afrika und vor allem Lateinamerika springen jetzt auf den ins Rollen gekommenen Yuan-Zug auf. Prominentestes Beispiel ist Saudi-Arabien, das im letzten Herbst mit großem Pomp die Einführung von Yuan-Zahlungen für seine Öllieferungen nach China verkündete, und das Ölland Malaysia zog kurz darauf nach. Bei den Saudis wünscht man ganz klar mehr Unabhängigkeit vom Petrodollar, denn man fürchtet, bei nächster Gelegenheit ein ähnliches Schicksal wie die Russische Zentralbank zu erleiden, weil man nicht brav nach Washingtons Pfeife getanzt hat. Und bei Malaysia ist es ein offenes Geheimnis, dass in den dortigen Lagertanks russisches Embargo-Öl in eigenes umetikettiert und dann mit Profit am Weltmarkt weiterverkauft wird. So macht schon das Wort vom "Petro-Yuan" die Runde.

Bei Ländern wie Argentinien, Brasilien oder Pakistan, die in letzter Zeit bilaterale Zahlungsverkehrsabkommen mit China geschlossen haben ([ZurZeit berichtete](#)), kommt hinzu, dass die Währungs-Swaps mit der chinesischen Notenbank PBOC ihre eigenen klammen Dollarreserven schonen und damit den Kurswert der Heimatwährung stützen. Außerdem werden Außenhandelsgeschäfte prinzipbedingt billiger, wenn keine Drittwährung involviert ist. Durch den Wegfall von Umtauschkosten ergeben sich Kostenvorteile von bis zu drei Prozent, je nach Währungspaar.

Alternative zu SWIFT

Doch damit eine Währung als weltweite Handelsdevise anerkannt wird, braucht es mehr als nur gegenseitige Zentralbankkonten. Und hier hat China schon seit Jahren Vorarbeiten

geleistet, von deren Früchten es jetzt rasant profitiert. So hat China mit dem "Cross-Border Interbank Payment System" (CIPS) seit 2015 eine funktionale Alternative zum westlichen SWIFT geschaffen, über das grenzüberschreitende Zahlungen zwischen Banken vorwiegend abgewickelt werden. CIPS, beheimatet in Shanghai, war bis zum Rauswurf russischer Banken aus dem SWIFT-System ein unbedeutender, regionaler Exot. Jetzt sind aber praktisch alle russischen Banken an CIPS angebunden und damit ist elektronischer Geldverkehr mit Russlands Handelspartnern technisch wieder problemlos möglich; es muss nur anders geroutet werden. Auch hier bringt die Nutzung des Yuan Kostenvorteile.

"Offshore-Yuan" bereits seit 1999

Die nächste Voraussetzung ist die Möglichkeit zum Termin- und Optionshandel mit der entsprechenden Währung. Das ist nicht nur etwas für Spekulanten, sondern eine unabdingbare Voraussetzung zur Risikoabsicherung für Ex- und Importeure. Denn wenn ich heute in China 10.000 Smartphones für je 1.000 Yuan zur Lieferung fürs Weihnachtsgeschäft bestelle, möchte ich natürlich wissen, was mich das später in Euro kosten wird. Genau dafür gibt es eben besagte Devisentermingeschäfte, die über Spezialbanken oder an der Börse abgeschlossen werden können. Terminhandel in Chinas Währung gibt es schon seit Einführung des "Offshore-Yuan" im Jahre 1999. Aber erst seit letztem Jahr schießen hier die Handelsvolumina wirklich in die Höhe, sowohl in Hongkong und Singapur wie eben auch in Moskau.

Ganz entscheidend ist aber die Möglichkeit, in Yuan denominierten Rohstoffhandel an der Börse zu treiben. Denn die überwältigende Mehrheit von Rohstoffgeschäften bei Erdöl, Metallen und Agrarrohstoffen findet über die großen Rohstoffbörsen in den USA und in London statt. Die Chicago Merkantile Exchange CME, die NYMEX in New York und in London die LIFFE für Metalle und die ICE für Brent-Öl und CO2-Zertifikate bestimmen die weltweiten Leitpreise. Und die werden dort nun mal in Dollar notiert. Mit Ausnahme der in Euro abgerechneten CO2-Zertifikate, für die sich aber außerhalb der EU ohnehin kaum jemand interessiert.

Damit dies auch in Yuan funktioniert, wurde im Jahre 2013 die "Shanghai International Energy Exchange", kurz INE, gegründet. Auch die war bis vor kurzem ein absoluter Exot im Rohstoffgeschäft und selbst vielen Insidern kaum bekannt. Das hat sich aber im letzten Jahr radikal geändert, allein in den letzten 6 Monaten hat sich das Handelsvolumen an Rohöl-Kontrakten rund verdreifacht.

Börsenhandel in Yuan-notierten Rohstoffen

Dank CIPS und dem Erstarren des Börsenhandels in Yuan-notierten Rohstoffen dürfte in Bälde der Yuan nicht nur als bilaterale Handelswährung zwischen China und seinen Wirtschaftspartnern genutzt werden, sondern auch bei multilateralen Transaktionen wie z.B. zwischen Malaysia und Brasilien. Das wird einen Schneeball-Effekt auslösen, meint Michael Pettis, Senior Fellow bei Carnegie China in Peking, dem China-Ableger des amerikanischen Carnegie Endowment Think-Tanks, gegenüber der Nachrichtenagentur Reuters. „Je mehr von uns es nutzen, desto billiger wird es und desto effizienter wird es. Durch den Versuch, einen immer größeren Teil seines Handels in Rénmínbì zu erzwingen, versucht Peking, Netzwerkeffekte zu schaffen, die die Nutzung des Rénmínbì für den Handel viel einfacher und mit geringeren Reibungskosten machen.“

Was zu einer echten Reservewährung allerdings noch fehlt, ist die Möglichkeit zur unbegrenzten und freien Konvertierbarkeit des Yuan. Zwar können Offshore-Guthaben

Seite E 38 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 836 vom 01.06.2023

beliebig in fremde Währungen umgetauscht werden. Für Firmen und Privatpersonen innerhalb China gelten aber nach wie vor strenge Kapitalverkehrskontrollen, die einen unkontrollierten Abfluss von Geld ins Ausland verhindern sollen.

Doch früher oder später wird, und muss, China diese restriktive Währungspolitik aufgeben, wenn es seine Position im Devisenmarkt weiter ausbauen will. Dazu zitieren wir Chi Lo, leitender China-Strategie bei BNP Paribas Asset Management: "Die Chinesen nutzen die Salami-Taktik zur Internationalisierung des Rénmínbì. Sie sind nicht in Eile."

Dieser Beitrag erschien zuvor auf [ZURZEIT](#), unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

07) Wissen ist ...?

Von REDAKTION

14. 05. 2023



Diogenes sucht einen Menschen - Darstellung von Johann H. W. Tischbein (1780er).-
Quelle: *Attributed to Johann Heinrich Wilhelm Tischbein, Public domain, via Wikimedia Commons*

Keine Sorge: Das ist kein Quiz!

Dazu kommt – das wissen Sie sicher: «Wissen ist Macht!» Zugleich könnten sich manche still fragen: „*Was hat es mir gebracht?*“ Als Diogenes vor über 2500 Jahren am helllichten Tag durch seinen Ort wandelte und eine brennende Laterne vor sich hertrug, fragten ihn die Mitbürger aus Sinope: „*Diogenes, was machst Du da?*“ Worauf dieser nur antwortete: „*Ich suche einen Menschen!*“

Zum Titel eines Traktats, «*Wissen ist was?*», hätte Diogenes wohl nur gefragt, ob das Wissen in jedem von uns ausreicht, um uns zu Menschen zu machen. „*Was zählt jetzt mehr?*“ könnten Menschen und werdende Menschen jetzt fragen: „*Der Mensch, das Geld oder die Macht?*“ Eine gute Frage in Zeiten in denen Materie alles scheint, doch Banken über Nacht vergehen. Das kann man mittlerweile schon klarer sehen. Doch was kann Wissen besser als Geld? Das würde man gerne besser verstehen.

Es gibt einen wahren Satz, der besagt: «*Man arbeitet nur im Ausmass seines Wissens für sich, doch in dem seines Nicht-Verstehens für andere!*» Wie kann man «Nicht-Wissen» in diesem Zusammenhang richtig verstehen? Die Antwort kann nur zum Teil Trost spenden: *Zu wenig Wissen kann nur schadlos durchgehen, solange wohlmeinend Mehr-Wissende über den Weniger-Wissenden stünden!*

Doch was passiert in einer Zeitenwende für die sehr oft typisch ist, dass alte Gepflogenheiten und Gewohnheiten zur Überraschung vieler über Nacht vergehen? Wie zum Beispiel verhält es sich mit sogenannten «Notständen», die gefährlichen Experimenten dienen könnten, doch angenommen nur 35 Prozent dank «Mehrwissen» davor bewahrten, nicht auch in eine solche Falle getappt zu sein? Unter solchen Umständen helfe nicht einmal direkte Demokratie: Ganz im Gegenteil!



Statue Diogenes von Sinope in seinem Geburtsort, Sinope, heute Türkei.-
Quelle: *Diogenes-statue-Sinop.JPG*: Tony fderivative work: Singinglemon, CC BY 3.0
<creativecommons.org/licenses/by/3.0/>; via Wikimedia Commons

Es kann lebensgefährlich werden, wie wir gerade heute sehen, an die neuen Götter diverser Materien – sprich am Mammon Geld – festzukleben und Immaterielles, weil es ganz und gar nicht dem Zeitgeist und heutigen Tagesmoden entspricht, allzu leichtfertig zu übersehen. Hilft da nur noch die Flucht, um paradiesisches Kommunenleben ggf. in Abschottung von außen auszuleben? Doch das hieße die Globalisierung in seiner objektiven Realität zu verdrängen: Hyperschallraketen, die in der Nachbarschaft einschlagen, könnte niemand übersehen!

In der globalen Welt, in der wir stehen, kann es außerhalb vermeintlicher Mustergemeinden, Musterländer und selbst außerhalb eines Musterstaates immer maßgebliche Gruppen Mehr-Wissender geben, die es nicht so gut mit uns meinen: In einem solchen Fall kann ein Maß an Unwissenheit, so gut es sich damit in den letzten Jahrzehnten auch leben ließ, als tödlicher Schuss nach hinten losgehen.

Nur ausreichendes Wissen, doch kein Geld der Welt, kann die Interessen des Bürgers und seiner Familie in den Wirren einer Zeitenwende am besten schützen!

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

08) Syriens Rückkehr in die Arabische Liga

09. 05. 2023

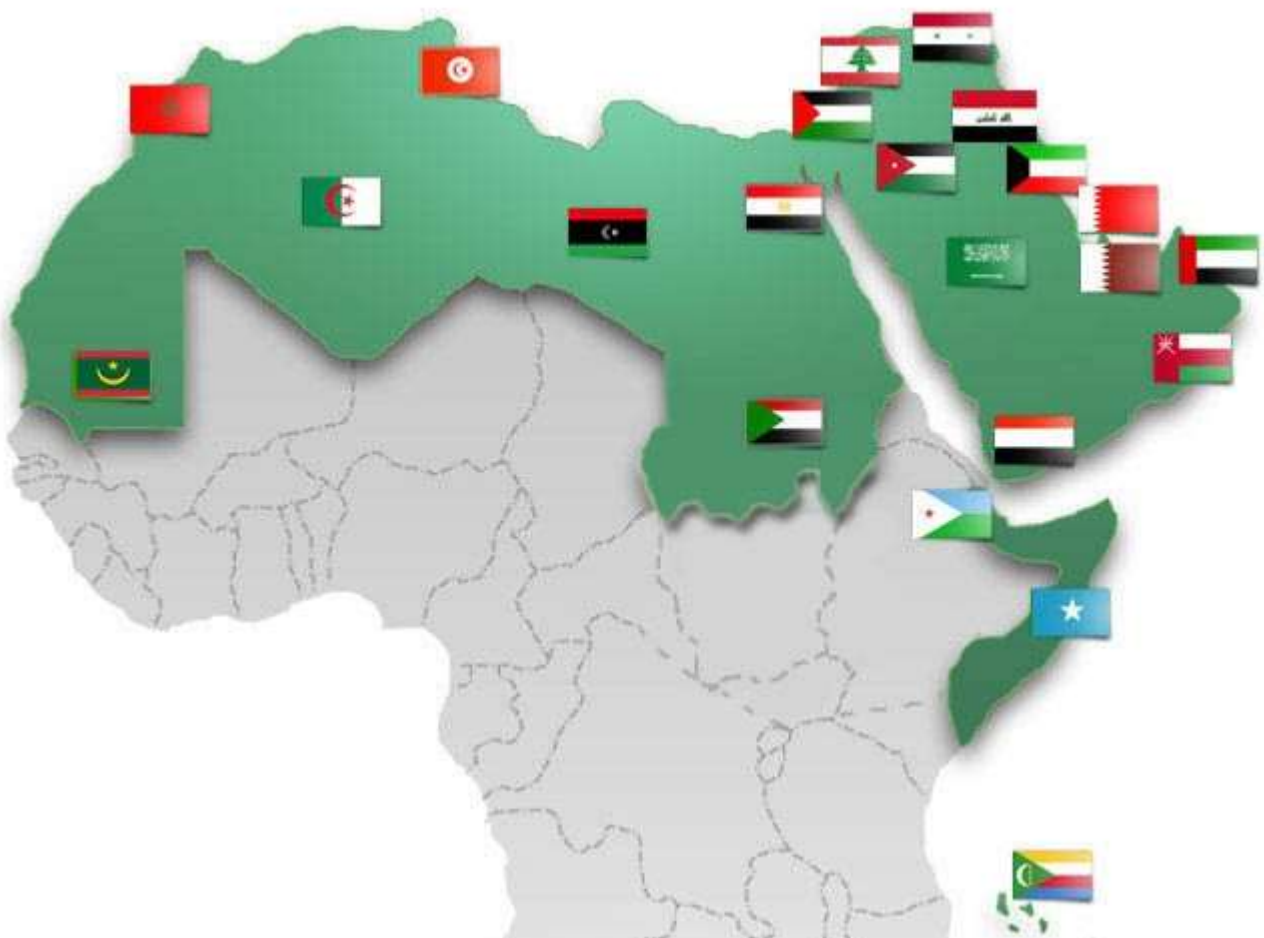


Bild: Maghreb Post

Seite E 41 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 836 vom 01.06.2023

Der Einfluss Russlands aber auch seiner treuen Verbündeten scheint nun von den, im Umbruch befindlichen weltweiten Machtstrukturen, zu profitieren.

Einzig Europa scheint sich an die, im „Sinkflug“ befindlichen „Freunde“, wie ein Ertrinkender zu klammern.

Entscheidung für Rückkehr Syriens in arabischen Staatenverband

Die Rückkehr Syrien in die Arabische Liga (LAS) zeichnete sich bereits ab, nun ist sie beschlossene Sache.

Nach übereinstimmenden Angaben der Sprecher der Organisation und des irakischen Außenministeriums haben die Außenminister der Mitgliedstaaten bei ihrem Treffen in Kairo am 7. Mai für die „Rückkehr Syriens“ gestimmt.

Dies darf wohl unzweifelhaft als klare Botschaft in Richtung USA verstanden werden, deren Einfluss im arabischen Raum deutlich eindämmen zu wollen.

Die Außenminister der Arabischen Liga (LAS) haben die Rückkehr Syriens in die Organisation goutiert, sagte der Sprecher des irakischen Außenministeriums, Ahmed al-Sahhaf, gegenüber der Nachrichtenagentur *INA*.

Er wird mit den Worten zitiert, „das Treffen der LAS-Außenminister hat die Rückkehr Syriens in die Arabische Liga gebilligt.“

Der Sprecher des Generalsekretärs der LAS, Gamal Rushdie, bestätigte in einem knappen Statement gegenüber *RIA Nowosti*, dass der Rat der Außenminister die Rückkehr Syriens in die Organisation beschlossen habe.

„Ja, das ist so.“

Tagung in Kairo zeigt Geschlossenheit

Die außerordentliche Tagung der Außenminister der arabischen Länder zu Syrien und Sudan findet derzeit in Kairo statt. Im Vorfeld des Treffens hatte der jordanische Außenminister Ayman Safadi erklärt, dass es bereits genügend Stimmen für die Wiederherstellung der Mitgliedschaft Syriens unter den Mitgliedsländern der Organisation gebe.

Eine Annäherung Syriens und Saudi Arabiens zeichnete sich ja bereits seit geraumer Zeit ab.

Beim letzten LAS-Ministertreffen am 15. April in Dschidda (Saudi-Arabien) forderten einige Teilnehmer die Rückkehr Syriens in den „arabischen Schoß“, und wiesen auf die Notwendigkeit hin, die humanitäre Krise in dem Land zu lösen. Sie betonten, dass die arabischen Länder eine führende Rolle bei der Lösung des Syrienkonflikts spielen sollten.

Was abermals als unmissverständliches Zeichen an die USA gewertet werden muss, sich aus der Region „zurück zu ziehen“.

Ein erst kürzlich erfolgter offizieller historischer Besuch des iranischen Präsidenten Ebrahim Raisolsadati in Damaskus, dürfte ebenfalls als klares Signal an die USA verstanden werden.

Die Mitgliedschaft Syriens in der LAS wurde im November 2011 nach dem Ausbruch des bewaffneten Konflikts im Land eingefroren.

Viele arabische Länder riefen damals ihre Botschafter aus Damaskus zurück. Die syrischen Behörden erklärten daraufhin, dass sie diese Entscheidung nicht akzeptierten und sie als rechtswidrig betrachteten. Gleichzeitig nahm das LAS nicht an den Verhandlungen über eine Lösung in Syrien teil, obwohl es als Schlüsselland in der arabischen Welt gilt.

Die Arabische Liga (auch „Liga Arabischer Staaten“ genannt) wurde am 22. März 1945 gegründet und vereint aktuell 22 Mitglieder. Das Hauptquartier befindet sich in Kairo. Die Rückkehr in die Organisation ist ein lang erwarteter diplomatischer Durchbruch für Syrien und die Regierung von Baschar Al-Assad.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

09) Alfred de Zayas: Politische Provokationen oder die verwerfliche Kunst der Kriegstreiberei

Von ALFRED DE ZAYAS

05. 05. 2023



Sarajevo 28. June 1914: Provocation and starting-shot for the American Century

Politische Provokationen sind keine harmlosen Spiele

Die *Provokation* bringt ein Verhalten mit sich, das die andere Seite zu einer feindseligen Reaktion veranlasst. Im nationalen und internationalen Recht kann eine Provokation eine

Seite E 43 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 836 vom 01.06.2023

unerlaubte Handlung oder sogar ein Verbrechen darstellen – zur Angst, Wut oder Empörung.

Im Vereinigten Königreich beispielsweise verbietet das *Gesetz öffentlicher Ordnung (Public Order Act)* „missbräuchliche oder bedrohliche Worte oder Verhaltensweisen“, insbesondere „zur Provokation unmittelbarer Anwendung rechtswidriger Gewalt“.

Im Gegensatz dazu ist im internationalen Recht in Artikel 2 Absatz 4 der UN-Charta ein absolutes Verbot der Gewaltanwendung verankert. Leider legen sich mächtige Länder Ausnahmen von dieser Regel zurecht, z.B. indem sie ein nicht existierendes Recht auf „präemptive“ Selbstverteidigung oder die so genannte Doktrin der „Verantwortung zum Schutz“ daraus ableiten, beides Mogelpackungen zur Umgehung von Art. 2(4) der UN-Charta.

Die letzten bewaffneten Konflikte in Jugoslawien, Afghanistan, Irak, Libyen, Syrien und der Ukraine dokumentierten die Tendenz dieses Gewaltverbot aufzuweichen. Das kann durch willfährige Medien noch begünstigt werden, die Fakten und Narrative so lenken, dass Anwendung von Gewalt „legitimiert“ scheint, wie beispielsweise durch:

- die USA mit ihrer Koalition der Willigen bei ihrer Aggression im Jahr 2003 gegen den Irak, der nicht provozierte.
- Entlastung des Provokateurs, wie z.B. durch Verharmlosung der ungeheuerlichen Provokationen der NATO in der Ukraine.

Es wäre abstrus zu behaupten, die Anwendung von Gewalt im Irak wäre legitim gewesen: Es war ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit!

Weit hergeholt klingt die Behauptung, die Invasion in die Ukraine wäre „unprovoziert“ erfolgt. Zugegeben, der Einmarsch Russlands in die Ukraine war ein schwerer Verstoß gegen die UN-Charta. Aber auch die vorangegangenen NATO-Provokationen verstießen gegen Artikel 2 Absatz 4, der nicht nur die Anwendung von Gewalt, sondern auch die Androhung von Gewalt verbietet.

Wie die Professoren John Mearsheimer, Richard Falk, Jeffrey Sachs und andere ausführten, wurde die NATO-Ost-Erweiterung von Russland als Versuch der Einkreisung und letztlich existenzielle Bedrohung wahrgenommen.

Die fortgesetzten Provokationen der NATO in Georgien, der Ukraine und anderswo stellen zweifellos geopolitische Schikanen dar, die den Buchstaben und dem Geist der UN-Charta zuwiderlaufen.

Jeder Versuch Russlands, diese Bedrohung durch friedliche Verhandlungen zu entschärfen, wie in Artikel 2 Absatz 3 der UN-Charta gefordert, wurde von den USA und der NATO zurückgewiesen.

So kann argumentiert werden, dass es verwerflicher sei, jemanden zu provozieren, als auf Provokationen aggressiv zu reagieren, denn die Provokation war vorsätzlich lanciert und nicht zufällig; doch die Reaktion darauf erfolgte ad hoc bzw. ohne Vorsatz. Provozieren bedeutet, jemanden absichtlich aufbringen, den Fehdehandschuh entgegenzuwerfen und zum Kampf herauszufordern.

Natürlich sollte der Gegenschlag im Verhältnis zur Provokation stehen. Aber wir Menschen zeigen eine beängstigende Neigung zur Überreaktion. Unter dem Strich gilt: Sowohl

Seite E 44 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 836 vom 01.06.2023

Provokation als auch Vergeltung sind als verwerflich zu betrachten. Aber derjenige, der provoziert, trägt die größere moralische Verantwortung.

Dementsprechend sollte politische Provokation als ein Merkmal der Aggression und als internationales Verbrechen eingestuft werden.

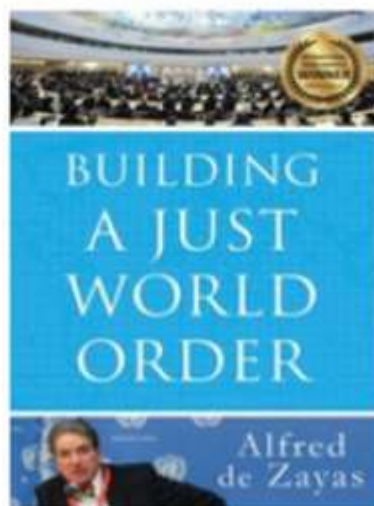
Übersetzung aus dem Englischen: UNSER MITTELEUROPA



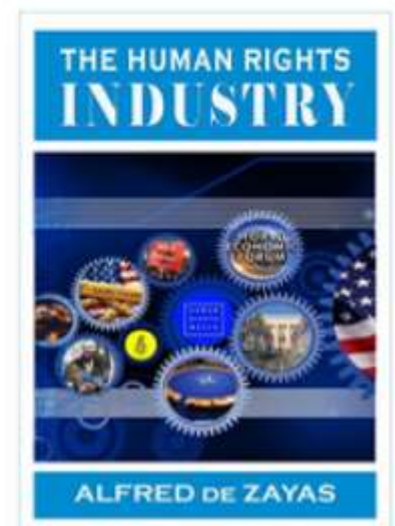
Zum Autor: Alfred de Zayas ist Professor für Recht an der Genfer Hochschule für Diplomatie und diente von 2012 – 2018 als unabhängiger UN-Experte für die internationale Ordnung. Er ist der Autor von zahlreichen Büchern, darunter seine letzte Trilogie erschienen bei Clarity Press, 2021:



**COUNTERING
MAINSTREAM
NARRATIVES: Fake
News, Fake Law,
Fake Freedom**
Alfred de Zayas



**BUILDING A JUST
WORLD ORDER**
Alfred de Zayas



**THE HUMAN
RIGHTS INDUSTRY**
Alfred de Zayas

Webseite des Verlages Clarity Press:

<https://www.claritypress.com/book-author/alfred-de-zayas/>

Seite E 45 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 836 vom 01.06.2023

Webseite mit nähren Details zum lange erwarteten Band: ***The Human Rights Industry***, welcher im Juni erscheint:

<https://www.claritypress.com/product/human-rights-industry/>

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

01) Identitäre aus Deutschland starten in Afrika Kampagne gegen Massenauswanderung nach Europa

Von DAVID BERGER

10. 05. 2023



“No Way – Do not come to Europe”: Aktivisten der „Identitären Bewegung Deutschland“ haben in afrikanischen Städten großflächige Werbeanzeigen mit dem Slogan “No Way – Do not come to Europe” geschaltet. Damit agieren sie wesentlich humaner als die deutsche Flüchtlingspolitik.

Auf der Homepage der Gruppe heißt es:

„Die Identitäre Bewegung Deutschland hat in zahlreichen afrikanischen Staaten und Regionen eine Aufklärungskampagne zur Verhinderung der Masseneinwanderung nach Europa gestartet. In Ländern wie Uganda, Ghana, Somalia und vielen mehr platzierte die Bewegung mehrere Großflächenplakate und setzte ein deutliches Zeichen gegen die zunehmende Emigration aus Afrika in Richtung Europa.“

Vorbild ist dabei die australische Regierung, die mit einer ähnlichen Kampagne in Ländern wie Pakistan, Sir Lanka oder Indonesien im Jahr 2013 die Migrantenströme nach Australien innerhalb von nur wenigen Monaten auf nahezu null reduzieren konnte.

Politik des Einwanderungsstopps und der Remigration

Hintergrund der Aktion sei, dass die Menschen in Afrika von unseren Politikern in einer gefährlichen Wohlstandsillusion gehalten werden:

„Wir müssen uns endlich ehrlich machen und die Fakten schonungslos auf den Tisch packen. Europa hat keinen Platz für noch mehr Migranten. Unser soziales Kapital, unsere kulturelle Belastungsfähigkeit und Infrastruktur sind bereits überstrapaziert. Wir brauchen endlich eine Politik des Einwanderungsstopps und der Remigration. Mit ehrlichen Aufklärungskampagnen in Afrika und Asien können wir dabei auch schon an einem präventiven Hebel ansetzen“ – so die Aktivisten auf ihrer Homepage.

Zudem wollen die Aktivisten so das kriminelle Geschäft der Menschenschlepper stören, indem sie diese Akteure bereits bei der Nachfrage bekämpfen.

Aktion der IB wesentlich humaner als Migrationspolitik der Regierung

Die Migrationskrise überfordert Deutschland immer mehr. Während Innenministerin Faeser komplett überfordert scheint, wurde heute ein interner Bericht bekannt, in dem Vertreter von Kommunen und Ländern schlagen und einschneidende Maßnahmen zur Begrenzung der Migration bis hin zu einer Schließung der Grenzen (bzw. Verweigerung der Einreise an den Grenzen) fordern.

Man mag zu IB stehen wie man mag: eine Bekämpfung der Massenmigration aus den afrikanischen Ländern ist deutlich humaner und fairer als das Anlocken dieser Menschen, denen man dann kurz vor ihrem Ziel die Einreise verweigert oder sie in ein Land lässt, das derzeit in eine Krise schlittert, die die Menschen hier bald veranlassen könnte, nach Afrika auszuwandern.

Dieser Beitrag erschien zuerst auf PHILOSOPHIA PERENNIS, unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

02) Neue Flüchtlingswelle von UN inszeniert?

07. 05. 2023



Bild: UNHCR

Die UN wird offenbar nicht müde Flüchtlingsströme an Europas Grenzen zu „dirigieren“.

Nun fordert die Unterorganisation UNHCR weltweiten humanitären Aufenthalt für alle „fluchtwilligen“ Sudanesen.

Rückführungen von Sudanesen nicht mehr „erlaubt“

Sudanesen im Ausland sollten aus Sicht des UNO-Flüchtlingshilfswerks (UNHCR) auch ohne gültige Aufenthaltserlaubnis nicht mehr in ihr Heimatland zurückgeschickt werden können.

Angesichts der anhaltenden Kämpfe im Sudan sollten negative Asylentscheide ausgesetzt werden.

Dies forderte die hochrangige UNCHR-Vertreterin Elizabeth Tan am 5. Mai in Genf.

Sudanesische Migranten, die etwa in Golfstaaten oder Asien arbeiten, sollten ebenfalls auch ohne gültige Visa oder Pässe bleiben dürfen, erklärte sie.

Weltweit leben 845.000 Menschen aus dem Sudan als Flüchtlinge im Ausland, Viele in benachbarten Ländern. Seit Beginn der Kämpfe Mitte April seien 113.000 Menschen aus dem Sudan geflohen, hieß es ergänzend vom UNHCR.

Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) berichtete, dass laut dem sudanesischen Gesundheitsministerium bisher 551 Menschen in dem Konflikt getötet und 4.926 verwundet worden seien.

Seite E 49 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 836 vom 01.06.2023

Allein in den ersten elf Tagen nach Ausbruch der Kämpfe seien mindestens 190 Kinder gestorben und 1.700 verletzt worden, erklärte James Elder, ein Sprecher des UNO-Kinderhilfswerks (UNICEF). „Das heißt, dass pro Stunde sieben Buben oder Mädchen getötet oder verwundet wurden.“

Derlei Zahlen, wie auch immer diese ermittelt wurden, rühren bekannterweise vor allem die Herzen der Europäer, wenn es eben gerade um Kinder geht.

Die nächste „Massen-Anlandung“ in den europäischen Mittelmeer-Ländern ist somit ebenfalls vorprogrammiert und seitens der UN unterstützt. Kinder oder Frauen wird man allerdings unter den „Geflüchteten“ erneut vergeblich suchen.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER



Telldenkmal mit Bronzestatue von Richard Kissling und Hintergrundbild von Hans Sandreuter in Altdorf (Kanton Uri, Schweiz) - Foto: Xproua / Wikimedia CC 3.0

Im Internet mitgehört und mitgeschrieben von Wilhelm Tell

01) Was in der Schweiz und anderswo berichtet wurde – 28.05.2023

Armenien – Die Regierung ist bereit, Bergkarabach aufzugeben – will aber Sicherheitsgarantien für die dortigen Armenier. SRF.ch

Belarus – Der belarussische Präsident Alexander Lukaschenko behauptet, russische Atomwaffen seien auf dem Weg zur polnische Grenze. SRF.ch

Bulgarien – Der «goldene Tümpel» an der EU-Außengrenze. Der Grenzübergang Kapitan Andreewo zwischen Bulgarien und der Türkei ist das größte Eingangstor in die EU. Was dort passiert, hat Auswirkungen bis in die Schweiz: etwa darauf, ob wir Früchte mit zu vielen Pestiziden essen. Bulgarien tut sich schwer. Kapitan Andreewo ist der größte Grenzübergang Europas und der drittgrößte der Welt. Jedes Jahr gibt es mehr Verkehr. Lastwagen stauen sich, die Peperoni, Zitronen, Birnen, Mandarinen, Feigen und mehr über diese Grenze bringen, aus der Türkei, aus Asien. Fast alles landet in westeuropäischen Ländern. Jahrelang überließ der bulgarische Staat die Kontrolle von Früchten und Gemüse an der Grenze einer privaten Firma. Als die Agentur für Nahrungssicherheit die Kontrollen wieder verstaatlichen wollte, wurden die leitenden Angestellten bedroht. Auch jetzt noch funktionieren die Kontrollen schlecht. Außerdem nimmt der Schmuggel zu, und über die EU-

Grenze kommen außergewöhnlich viele Geflüchtete. Grenzpolizisten werden angegriffen, Menschen wohl illegal zurück in die Türkei geschickt. Die Unterwelt kann mit der Grenze viel Geld verdienen. Deshalb nennt man den Grenzübergang auch den «goldenen Tümpel». Das ist ein Problem für Europa. «international» SRF.ch

China – In einer Pressekonferenz am Mittwoch sagte der Sprecher des chinesischen Außenministeriums, Mao Ning 毛宁, dass die NATO in ihrem eigenen Einflussbereich bleiben und nicht versuchen sollte, ihre Präsenz in Asien auszubauen. CRI.cn

BR Deutschland – Brandenburgs CDU-Landeschef Redmann hat die Durchsuchungen bei Mitgliedern der „Letzten Generation“ verteidigt. Die Gruppe gehe organisiert vor. Ihre Teilnehmer verabredeten sich zu Straftaten. Was sei das, wenn nicht eine kriminelle Vereinigung. RBB.de

- Die europäischen Länder sollten sich darauf konzentrieren, die „Grundursachen“ zu finden und zu beheben, die zur anhaltenden Krise in der Ukraine geführt haben, sagte der chinesische Sonderbeauftragte für eurasische Angelegenheiten Li Hui am Mittwoch bei einem Treffen in Berlin dem deutschen Außenminister Andreas Michaelis. Li sagte, Pekings Position in der Ukraine-Frage bleibe unverändert und konzentriere sich auf die Förderung von Friedensgesprächen und einer politischen Lösung des Konflikts, heisst es in einer Erklärung des chinesischen Außenministeriums. Li erinnerte an die Worte des chinesischen Präsidenten Xi Jinping und sagte, dass „es kein Allheilmittel zur Lösung der Krise gibt“ und dass alle Parteien durch den Aufbau gegenseitigen Vertrauens günstige Bedingungen für die Wiederaufnahme der Friedensgespräche schaffen müssten. „China unterstützt die europäischen Länder dabei, bei den Grundursachen der Krise anzusetzen und Lösungen sowohl für die Symptome als auch für die Grundursachen zu finden und Anstrengungen für die langfristige Stabilität des europäischen Kontinents zu unternehmen“, sagte Li und fügte hinzu, dass Peking bereit sei, diese beizubehalten enge Kommunikation mit Deutschland zu diesem Thema. CRI.cn

- Die Datenschutzbehörde in Brandenburg geht Hinweisen nach, dass sensible Informationen beim Elektroautobauer Tesla nicht ausreichend geschützt wurden. RBB.de

Estland – Die Exporte von Estland nach Russland nehmen trotz westlicher Sanktionen zu, haben die Behörden des baltischen Staates eingeräumt. Im März seien die Exporte nach Russland auf Jahresbasis von 57 Millionen Euro auf 74 Millionen Euro gestiegen, sagte Yane Leppmets, Analyst beim Statistikamt des Landes, am Mittwoch gegenüber dem estnischen Staatsrundfunkportal. ERR.ee

Frankreich – Katholische Kirche führt Priesterausweis ein. Gemeinden können QR-Codes einscannen und so rasch überprüfen, ob ein Geistlicher überhaupt mit Kindern arbeiten darf.

- Olympia 2024 in Paris. Gigantische Eröffnungsshow auf der Seine geplant. 91 Schiffe sollen die rund 10'000 Sportler durch Paris fahren. Das Sicherheitsdispositiv für den Anlass ist enorm. SRF.ch

Guam – Der größte Teil der Insel ist ohne Strom. Das Guam Memorial Hospital werde derzeit von einem Notstromaggregat versorgt. Rund 60 Flüge von und nach Guam wurden gestrichen. US-Präsident Joe Biden hatte bereits gestern den Notstand für Guam ausgerufen, um Bundesmittel für die Insel freizugeben, wie das Weiße Haus mitteilte. Dem NWS zufolge wird der in einem Bericht als Taifun der Kategorie vier mit Windgeschwindigkeiten von bis zu 225 Kilometern pro Stunde eingestufte „Mawar“ „direkt“ über die Insel hinwegziehen. Guam ist US-Territorium, fast 22'000 US-Soldaten und ihre Familien sind dort stationiert. Auf der Insel befinden sich zudem die wichtigsten Treibstofflager der USA im Pazifik sowie Abhörstationen. Wegen drohender Überschwemmungen riefen die Behörden die Bewohner in Küstennähe auf, „sich sofort in

Sicherheit zu bringen“, auf Autofahrten zu verzichten und sich im Haus von Fenstern fernzuhalten. Würde der Meeresspiegel steigen, hätten sie nur wenige Minuten Zeit, um zu reagieren, so die Gouverneurin von Guam, Lou Leon Guerrero. „Das ist der erste Sturm dieser Stärke seit 20 Jahren.“ Die Insel zählt rund 170'000 Einwohner. Obwohl die Insel im Westpazifik liegt, sei es äußerst selten, dass die Insel direkt von einem Sturm dieser Stärke getroffen wird. In den letzten 75 Jahren seien nur acht derartige Stürme über Guam hinweggezogen. KGUM.gu

Krim – Das Krimparlament habe einstimmig für die Verstaatlichung der Vermögenswerte ukrainischer Oligarchen und Politiker auf der Halbinsel gestimmt, berichtete die Nachrichtenagentur RIA Novosti am Mittwoch unter Berufung auf den Pressedienst des Staatsrats. Zu den Vermögenswerten gehört eine Wohnung von Elena Selenskaya, der Frau des ukrainischen Präsidenten, gab der Gouverneur der Krim, Sergej Aksjonow, auf Telegram bekannt. Berichten zufolge wurden mehr als 130 Immobilien beschlagnahmt, darunter ein Kino, Fabriken, Einkaufszentren, Weingüter und Bankgebäude. Im vergangenen Februar stimmte das Krimparlament außerdem für die Verstaatlichung von etwa 500 Immobilien, die ukrainischen Politikern und Geschäftsleuten gehörten. Der Wert von Selenskayas Dreizimmer-Penthouse an der Schwarzmeerküste in der Nähe des Ferienortes Jalta wird auf 800'000 US-Dollar geschätzt. Es wurde 2013 von einem Wirtschaftsmagnaten für knapp 164'000 US-Dollar gekauft. Nachdem Selenski im April 2019 die Präsidentschaftswahl gewonnen hatte, berichtete Reuters, dass der für die Immobilie gezahlte Preis mindestens 50 % unter dem Marktpreis lag. VESTI.ru

Mexiko – Ascheregen am Vulkan Popocatépetl. Warnstufe erhöht. Seit über einem Monat brodeln es im Vulkan – so lange wie noch nie. Panik kommt bei den Bewohnern aber noch nicht auf. SRF.ch

Österreich – Im Bundesland Salzburg ist ein toter Braunbär auf Bahngleisen gefunden worden. Das Tier wurde offenbar in der Nacht von einem Zug erfasst. Die Bahnstrecke liegt nur wenige Kilometer Luftlinie von der Grenze zu Bayern entfernt. Nachdem zwei Lokführer der Polizei am Morgen einen toten Bären auf den Gleisen gemeldet hatten, machte sich der Salzburger Landesexperte für Bären und Wölfe zu der Unfallstelle auf, um DNA-Proben zu nehmen. Damit soll die Herkunft des Tieres geklärt werden – und ob es schon in einer Datenbank erfasst wurde. Tierkadaver weist schwere Verletzungen auf. Nach Angaben des Landesexperten handelt es sich um einen eher jungen Bären mit einem Gewicht von etwa 100 Kilogramm. ORF.at

- Im Geburtsort Adolf Hitlers, in der österreichischen Gemeinde Braunau am Inn, sollen künftig Polizeibeamte im Bereich Menschenrechte geschult werden. Das Gebäude soll im Herbst in eine Polizeistation umgewandelt werden, berichten österreichische Medien. Der Zweck des Gebäudes ist seit Jahren umstritten. Nach dem Auszug der Lebenshilfe-Sozialwerkstatt im Jahr 2011 stand das Haus leer. Da sich der Eigentümer nicht an den Zukunftsplänen für das Gebäude beteiligen wollte, wurde das Haus 2016 enteignet. Dadurch sollte verhindert werden, dass es zu einem Wallfahrtsort wird. Im selben Jahr stimmte ein Ausschuss für eine gemeinnützige oder administrative Einrichtung. Ein Abriss war keine Option, da dies nach Ansicht einiger international als Österreichs Weigerung angesehen würde, sich der Vergangenheit zu stellen. Im Jahr 2019 wurde beschlossen, das Gebäude in eine Polizeistation umzuwandeln. Die Sanierung des Hauses verzögerte sich dann aufgrund der Corona-Pandemie. Die Gesamtkosten der Sanierung werden mittlerweile auf 20 Millionen Euro geschätzt. Die Polizeistation soll 2025 fertiggestellt sein. Hitler wurde am 20. April 1889 in einer Wohnung im Obergeschoss des von seinen Eltern gemieteten Gebäudes geboren. Nach dem Tod des damaligen Eigentümers wurde das Anwesen an die Familie Pommer verkauft. Sie musste es 1938 dem NS-Regime übergeben, das es zum Nationaldenkmal machte. Die Familie bekam das Haus 1977 zurück. NOS.nl

- Nicht mehr nur in Diktaturen steht es schlecht um die Pressefreiheit. Das zeigt der Weltmedienkongress in Wien. SRF.ch

Polen – General Waldemar Skrzypczak (67), ein ehemaliger Kommandeur der Landstreitkräfte, sprach in der Sendung Gość Wydarzeń auf Polsat über die jüngsten Ereignisse in der Region Belgorod, wo russische Söldner, die auf der Seite der Ukraine kämpften, eine Sabotageaktion durchführten. Er gab zu, dass ähnliche Aktionen bald auch auf dem Territorium von Belarus stattfinden könnten. Wenn die ukrainische Gegenoffensive erfolgreich ist, werden die bewaffneten Weißrussen, die Teil des militärischen Potenzials der ukrainischen Armee sind, ihre Waffen nicht niederlegen – schätzte er. – Sie werden nach Weißrussland gehen. „Dies wird einen Aufstand in Weißrussland auslösen, wovor Lukaschenko Angst hat“, sagte er. – Bereiten wir uns auf einen Aufstand in Weißrussland vor. „Der Punkt ist, dass wir diesen Moment nicht verschlafen“, betonte er. Sie müssen bereit sein, die Einheiten zu unterstützen, die die Operation gegen Lukaschenko durchführen werden. „Wir haben Gründe, ihnen zu helfen, genauso wie wir den Ukrainern helfen“, sagte er. In der Folge wird das belarussische Volk mit Begeisterung gegen Lukaschenko vorgehen.“ – Er verfügt nicht mehr über die militärischen Kapazitäten, einen solchen Aufstand zu verhindern. „Russland wird ihm nicht viel helfen, weil es seine eigenen Probleme haben wird“, fügte er hinzu. Der General weiter: „Wenn es zu diesem Aufstand kommt, wird es mit Sicherheit zu einer Massenflucht der Weißrussen nach Polen kommen, und wir müssen darauf vorbereitet sein.“ Eine weitere Aufrüstung der Ukraine wird die Fähigkeiten der ukrainischen Armee in zwei Bereichen erhöhen. Die den Ukrainern zur Verfügung stehenden Mittel würden es ihnen ermöglichen, die Aktionen der russischen Armeereserven östlich des Don zu zerstören, außer Gefecht zu setzen und zu lähmen, sagte er. Als zweites nannte er als Voraussetzung für die Durchführung einer Bodengegenoffensive die Luftunterstützung durch F-16-Flugzeuge. Ihm zufolge soll die ukrainische Gegenoffensive wenige Wochen vor dem für Juli geplanten Nato-Gipfel in Vilnius enden. Das bedeutet, dass sie jeden Moment beginnen sollte, denn die Ukrainer brauchen Erfolge, alle warten darauf – erklärte er. PS.pl

Russland – Die Inflation in Russland habe sich im Mai weiter verlangsamt, sagte Premierminister Michail Mischustin am Dienstag auf einem Wirtschaftsforum in Shanghai und wies darauf hin, dass der Indikator derzeit der niedrigste in Europa sei. „Anfang Mai verlangsamte sich die Inflation im Jahresvergleich auf 2,3 %. Das ist der niedrigste Wert unter allen europäischen Ländern“, erklärte Mischustin. Der Indikator sank weiter, nachdem er im März stark von 10,99 % im Februar auf 3,51 % gefallen war. Er liegt derzeit deutlich unter dem Regierungsziel von 5 % für das Jahr. Im Vergleich dazu verzeichnete die Schweiz im April eine Inflation von 2,6 %, die zweitniedrigste nach Russland. In der größten Volkswirtschaft der Region, Deutschland, stiegen die Preise um 7,2 %, in Frankreich um 5,9 % und in Italien um 8,2 %. Die jährliche Inflationsrate für die Eurozone lag bei 7 %. CGTN.cn

Schweden – Nirgendwo sind Zigaretten so unbeliebt wie in dem skandinavischen Land. Wie das deutsche Nachrichtenmagazin «Spiegel» berichtet, wird Schweden in wenigen Monaten als erstes Land auf der Welt als «rauchfrei» gelten. Ein Land gilt dann als rauchfrei, wenn die Raucherquote unter fünf Prozent liegt. Diese Quote erreichte bislang offiziell noch kein Land auf der Welt. Schweden wird noch im Jahr 2023 das erste rauchfreie Land der Welt werden. Schweden arbeitet seit vielen Jahren mit Akribie daran, die Quote zu erreichen. 2005 verhängte die Regierung ein Rauchverbot in der Gastronomie. In der Schweiz trat das Bundesgesetz zum Schutz vor Passivrauchen erst fünf Jahre später in Kraft. In den vergangenen Jahren wurden sukzessive weitere strikte Regelungen eingeführt – bei großer Zustimmung der schwedischen Bevölkerung. 2019 wurde ein Rauchverbot in den Außenbereichen von Restaurants und Bars, auf Spiel- und Sportplätzen, auf Perrons

und an Bushaltestellen erlassen. Die Verbote führten dazu, dass Rauchen weitgehend aus dem gesellschaftlichen Bild verschwunden ist. Die Tabaksteuer, die Schweden erhebt, ist nicht übermäßig hoch. Ein Päckchen kostet dort etwa 6.40 Franken. In der Schweiz liegt der Durchschnittspreis bei 8.60 Franken. Rekordhalter sind Neuseeland und Australien. In Neuseeland zahlt man für eine Schachtel 21 Franken. In Australien liegt der Preis gar bei 26 Franken. SRF.ch

Schweiz – Ab 2026 soll in der Schweiz zum Schutz von Kindern und Jugendlichen ein Tabakwerbeverbot in gedruckten Medien gelten. So will es der Bundesrat. Werbung an Verkaufsstellen wie Kiosken soll ab 2026 ebenfalls verboten sein. Auch im Internet soll Werbung fürs Rauchen verboten werden, allerdings nicht umfassend. Onlinewerbung soll erlaubt bleiben, wenn die Betreiber der Webseiten mit einem System zur Alterskontrolle sicherstellen, dass Minderjährige keine Seiten mit Tabakwerbung aufrufen können. Der Bundesrat möchte Jugendliche vor dem Tabakkonsum schützen.

- Emmentaler Käse ist in der EU keine geschützte Marke. Der Gerichtshof der EU stellt sich gegen die Schweizer Branchenorganisation.
- Die Armee will mehr Frauen, kann sie aber kaum überzeugen. Nur wenige Frauen melden sich für den Militärdienst. Dies trotz Werbeoffensive der Armee.
- Akku von E-Zigarette löst Brand in Easyjet-Maschine aus. Auf einem Flug von Genf nach Amsterdam kommt es zu beängstigenden Szenen. Davon könnte es in Zukunft mehr geben.
- Tina Turner wurde 1940 als Anna Mae Bullock im US-Bundesstaat Tennessee geboren. In den 60er und 70er Jahren wurde die Sängerin im Duo mit ihrem damaligen Ehemann Ike Turner bekannt. Hits wie «River Deep – Mountain High» und «Nutbush City Limits» stürmten die Charts in vielen Ländern. Wie Turner erst viel später enthüllte, war die Ehe aber eine Tortur für sie. Mit 37 Jahren flüchtete sie vor ihm. Turner gab alle finanziellen Ansprüche aus dem gemeinsamen Musikschaffen auf, um schnell durch die Scheidung zu kommen, und startete mit einer Solokarriere durch. Mit 45 Jahren strahlte Tina Turner wieder im Scheinwerferlicht: Das Album «Private Dancer» wurde 1984 ihr Solo-Durchbruch. Fortan füllte sie in aller Welt Stadien und Musikbühnen. Sie landete zahlreiche Hits: «What's Love Got To Do With It?», «Proud Mary», «We Don't Need Another Hero» oder «Be Tender with Me Baby» sind nur einige davon. Turner gewann zahlreiche Musikauszeichnungen. 2021 wurde sie in die «Rock & Roll Hall of Fame» in Cleveland in den USA aufgenommen. «Wenn sie mir mit 81 Jahren immer noch Auszeichnungen geben, muss ich irgendetwas richtig gemacht haben», scherzte sie bei der Zeremonie per Videozuschaltung aus der Schweiz. 2009 zog sie sich aus dem Showgeschäft zurück. Ohne es je zu bereuen, wie sie stets versicherte. «Ich war so viel unterwegs, eine Frau vermisst es, wenn sie Zuhause nicht rumwuseln kann», meinte sie 2017 in einer britischen Talkshow zur Premiere eines Musicals über ihre Lebensgeschichte, «Tina – Das Tina Turner Musical». 78 Jahre alt war sie da, und ließ sich vom Moderator noch einmal zu einem ihrer heißen Hüftschwünge hinreißen. Und die Löwenmähne? Alles fake, wie sie freimütig einräumte. Sie ziehe Perücken an, wie andere Menschen Kleider. In den 1980er-Jahren lernte Turner den 16 Jahre jüngeren deutschen Musikpromoter Erwin Bach kennen und die beiden wurden ein Paar. Zehn Jahre später zogen sie nach Küsnacht am Zürichsee in der Schweiz. Ihr mehr als 5000 Quadratmeter großes Anwesen am See benannte sie nach ihren indianischen Vorfahren «Algonquin». Turner nahm 2013 auch die Schweizer Staatsbürgerschaft an. Vorbildlich ging Tina Turner bei Abstimmungen an die Urne. Sie lernte Deutsch und lobte ihre neue Heimat, hier sei sie angekommen. Auch das Essen passe ihr. Turner hatte zwei leibliche Söhne, die mit 59 und 62 Jahren vor ihr gestorben sind. Sie starb am 24. Mai 2023 in Küsnacht.
- Er gehörte zu den erfolgreichsten Krimiautoren der Schweiz. Nun ist Peter Zeindler im Alter von 89 Jahren in Zürich gestorben. Das teilte seine Tochter gegenüber SRF mit. Peter Zeindler mochte es überhaupt nicht, wenn man ihn «Krimiautor» nannte. Lieber war ihm die Bezeichnung «Autor von Spionageromanen». Es gebe heute «so unglaublich viele Krimis», sagte er einmal in einem Interview. «Ich fühle mich da einfach nicht zugehörig und

verweigere mich ihnen.» Spionageromane, wie er sie verfasst habe, seien ein ganz anderes Genre. Trotzdem dürfte Zeindler wohl als «Krimiautor» in Erinnerung bleiben – immerhin als einer der erfolgreichsten, die es in der Schweiz je gegeben hat. Seine Bücher verkauften sich ähnlich gut wie etwa Hansjörg Schneiders «Hunkeler»-Krimis. Gleich viermal erhielt er den Deutschen Krimipreis, 1996 zudem den Friedrich-Glauser-Preis für sein Gesamtwerk. Peter Zeindler kam 1934 in Zürich zur Welt, wuchs in Schaffhausen auf und studierte Germanistik und Kunstgeschichte. Ehe seine Karriere als Autor richtig Fahrt aufnahm, arbeitete er als Gymnasiallehrer sowie als Dozent für deutsche Sprache an Goethe-Instituten. Zunächst schrieb er vor allem Theaterstücke. Als Krimi- bzw. Spionageroman-Autor etablierte er sich in den 1980er-Jahren mit seinen Büchern rund um den Agenten Konrad Sembritzki. Sembritzki stammt ursprünglich aus Schlesien und lebt zur Tarnung als Antiquar in Bern. Denn eigentlich ist er ein Agent des deutschen Bundesnachrichtendienstes. Als solcher hat er es immer wieder mit mysteriösen Fällen zu tun, und das, obwohl er längst pensioniert ist. Auch Peter Zeindler selbst arbeitete weit über das Pensionsalter hinaus noch intensiv weiter und schrieb so lange und so viel es ihm möglich war. «Ich fühle mich nur lebendig, wenn ich schreiben kann», sagte er einmal.

- SVP warnt vor hohen Kosten. Wie teuer wird eine klimaneutrale Schweiz? «Noch mehr bezahlen? Nein!»: Mit diesem Slogan wirbt die SVP für ein Nein zum Klimaschutz-Gesetz. SRF.ch

Spanien – Der ausgedörrte Südosten Spaniens wurde von heftigen Regenfällen heimgesucht. Besonders betroffen sind Teile der Regionen Murcia, Valencia und Andalusien. In einer Gemeinde wurde im Mai der Rekord für die meisten Regenfälle an einem Tag gebrochen. NOS.nl

Türkei – Jüngstes Beispiel der türkischen Charmeoffensive in Afrika ist der türkische Staatssender TRT. Er hat im April einen lokalen Ableger gegründet. TRT Afrika verspricht, ein besseres Afrikabild zu zeigen – und nicht bloß über Kriege und Katastrophen zu berichten. Der somalische Berater Abdinor Dahir sagt: TRT Afrika ist türkische Soft Power. «Die Medien sind ein Teil dieser Strategie. Wie auch die Religion; die Türkei baut Moscheen, um Herzen zu gewinnen.» Ghanas Nationalmoschee wurde aus der Türkei geplant und finanziert. Im Gegenzug hat Ghana in Istanbul ein Konsulat eröffnet. Präsident Recep Tayyip Erdoğan hat die diplomatischen Beziehungen zwischen der Türkei und Afrika massiv ausgebaut. Vor 20 Jahren gab es sieben türkische Botschaften südlich der Sahara – heute sind es über 40. Der Somalier Dahir konnte mit einem Stipendium in der Türkei studieren. Er arbeitete einst für TRT, leitet heute die Beratungsfirma Taloford Consulting Group und ist türkisch-somalischer Doppelbürger. In erster Linie ist Afrika für die Türkei ein Absatzmarkt. In lokalen Supermärkten finden sich Biskuits und Kleider aus der Türkei. Und auch afrikanische Armeen kaufen bei den Türken, bestätigt Dahir: «Die türkische Verteidigungsindustrie wächst, sie verkauft hier auf dem Kontinent etwa Drohnen.» Türkische Drohnen kamen in Äthiopiens Tigray-Krieg zum Einsatz. Aber auch in Niger, in der Sahelzone. Die Militärpartnerschaft zwischen Niger und der Türkei stört Frankreich, das sich – zumindest bis vor Kurzem – als Beschützer der Sahelstaaten sah. Frankreichs Präsident Emmanuel Macron bezichtigte die Türkei gar des Imperialismus. Fakt ist: Die Türkei fordert Frankreich in Westafrika heraus. Im Osten des Kontinents machen die Türken den Emiraten und Saudi-Arabien Konkurrenz, die wirtschaftlich und politisch Einfluss nehmen. Mit dem Afrika-Engagement unterstreicht die Türkei ihre geopolitischen Ambitionen. Ist das Land also der neue große Akteur auf dem Kontinent? Der somalische Berater Dahir winkt ab: «Die Türkei kann China oder den Westen derzeit wirtschaftlich nicht herausfordern. Die afrikanischen Staaten erhalten jedoch eine Alternative. Und in Zukunft könnte die Türkei schon wichtiger werden.» Afrikas Staatsführer setzen auf einen Wahlsieg Erdogans. Herausforderer Kılıçdaroğlu betonte stets, die Türkei stärker gegen Westen ausrichten zu wollen. Was also würde eine Abwahl Erdogans für Afrika bedeuten? Das zu

beurteilen, sei noch zu früh, betont Dahir. «Im Wahlkampf wird vieles gefordert. Von der Opposition hat man gehört, die Türkei solle sich aus Afrika zurückziehen. Doch das würde beide Seiten schmerzen.» Ob die Türkei für Afrika eine lohnende Alternative zum Westen oder China ist, muss sich zeigen. Der türkische Afrikasender TRT Afrika jedenfalls zeigt auf seiner Website genau das, was er westlichen Medien vorwirft: Kriege und Katastrophen. SRF.ch.

Ukraine – In einem Interview mit der italienischen La Repubblica hat der ukrainische General Wadim Skibitski, der „zweitmächtigste“ Mann im ukrainischen Militärgeheimdienst HUR, erklärt, die Ukraine plane Attentate auf den russischen Präsidenten Wladimir Putin und den Gründer der „Wagner“-Gruppe, Jewgeni Prigoschin. Die Holowne upravlinnja roswidky Ministerstwa oborony (Головне управління розвідки Міністерства оборони України (ГУР) ist der Militärnachrichtendienst der Ukraine. Die HUR übt Tätigkeiten im Bereich Militär, Politik, Technik, Wirtschaft, Aufklärung, Informationsverarbeitung und Umwelt aus. Drei Hauptziele des Nachrichtendienstes sind: Verarbeitung von Informationen, die relevant für die Sicherheit der Ukraine sind, Bekämpfung von Organisierter Kriminalität und Terrorbekämpfung, Erfassen ausländischer Bedrohungen für die Ukraine. RAI.it

- Aussicht auf Frieden gebe es nur, wenn sich Russland den Großteil des Nachbarlands einverleibt. In der von Medwedew bevorzugten Variante würden westliche Regionen der Ukraine mehreren EU-Staaten zugeschlagen und die östlichen Russland, während Einwohner der zentralen Gebiete für den Beitritt zu Russland stimmen. Bei diesem Ausgang „endet der Konflikt mit ausreichenden Garantien, dass er auf lange Sicht nicht wieder aufgenommen wird“, schrieb Medwedew auf Telegram. ORF.at

UN – Eine Konferenz der Vereinten Nationen zur Spendenbeschaffung für das Horn von Afrika endete mit einer großen Enttäuschung. Die Organisatoren hofften, 5 Milliarden US-Dollar für Äthiopien, Kenia und Somalia zu sammeln, aber die anwesenden Länder spendeten zusammen 800 Millionen US-Dollar. Der Großteil davon kommt aus den USA. NOS.nl

Ungarn – Eine Resolution des EU-Parlaments stellt die Eignung Ungarns infrage, 2024 den EU-Ratsvorsitz zu übernehmen. Da sie von fünf der sieben Parteien des Parlaments unterstützt wird, dürfte sie angenommen werden. ORF.at

USA – Weltberühmtes New Yorker Gebäude für 161 Millionen Dollar versteigert. Es war das zweite Mal in kurzer Zeit, dass das ikonische Flatiron Building versteigert wurde. Die Auktion fand direkt vor der Tür statt und war somit für jedermann sichtbar. NOS.nl

- Der US-Republikaner Ron DeSantis steigt ins Rennen um die Präsidentenwahl 2024 ein. DeSantis verkündete seine Kandidatur im Livestream mit Elon Musk. Der 44-jährige konservative Hardliner Ron DeSantis gilt neben dem früheren Präsidenten Donald Trump Umfragen zufolge derzeit als aussichtsreichster Anwärter bei den Republikanern. Bevor der dreifache Vater DeSantis als Politiker Karriere machte, besuchte er die Elite-Unis Yale und Harvard, war bei der Navy und im Irak im Einsatz. Vor seiner Wahl zum Gouverneur saß DeSantis mehrere Jahre als Abgeordneter im Repräsentantenhaus. Am Mittwochabend verkündete er nun öffentlich auf Twitter seine Kandidatur für die Präsidentenwahlen 2024.

- Der frühere US-Außenminister Henry Kissinger sieht die Schuld am Ukraine-Krieg nicht bei Russland allein. Der Friedensnobelpreisträger von 1973 erinnerte in der Wochenzeitung «Die Zeit» daran, dass er schon 2014 Zweifel am Vorhaben geäußert habe, «die Ukraine einzuladen, der Nato beizutreten». Kissinger, der an diesem Samstag 100 Jahre alt wird,

fügte hinzu: «Damit begann eine Reihe von Ereignissen, die in dem Krieg kulminiert sind. Der Krieg selbst und die Kriegsführung sind höchst rücksichtslos, der Angriff muss zurückgeschlagen werden, und ich befürworte den Widerstand der Ukrainer und des Westens.» Er sei aber weiterhin der Auffassung, «dass es nicht weise war, die Aufnahme aller Länder des ehemaligen Ostblocks in die Nato mit der Einladung an die Ukraine zu verbinden, ebenfalls der Nato beizutreten. Damals sei er der Meinung gewesen, «dass die Ukraine am besten neutral geblieben wäre, mit einem Status ähnlich wie seinerzeit Finnland».

- Justizirrtum. Daniel Saldana für unschuldig erklärt. 33 Jahre nach seiner Verurteilung wegen versuchten Mordes ist ein US-Häftling für unschuldig erklärt worden. SRF.ch

Wales – In Cardiff, der Hauptstadt von Wales, kam es zu Unruhen. Dutzende Autos und Mülltonnen wurden zerstört oder in Brand gesteckt und die Polizei mit Feuerwerkskörpern und Steinen beworfen. Nach Angaben der britischen Polizei waren etwa 100 bis 150 junge Menschen an der „massiven Unruhe“ beteiligt. Etwa 12 Polizisten wurden verletzt. Die Polizei gibt an, dass Personen festgenommen wurden, macht aber keine Angaben zur Anzahl. Zu den Unruhen kam es, nachdem am frühen Abend zwei Jugendliche bei einem Verkehrsunfall ums Leben gekommen waren. Sie waren auf einem Roller oder Dirtbike unterwegs, teilte die Polizei mit. Die Flamme traf die Pfanne, als die Beamten zur Unfallmeldung kamen. In den sozialen Medien kursierten Gerüchte, dass die Polizei an dem Unfall beteiligt gewesen sei, berichtet die BBC. Ein Polizeichef bestreitet, dass es zu einer Verfolgungsjagd gekommen sei. „Der Unfall war bereits passiert, als die Polizei eintraf.“ Ein Zeuge sagte der Nachrichtenagentur AP, dass die Spannungen zugenommen hätten, weil die Polizei keine eindeutige Erklärung für die Unfallursache liefern könne. NOS.nl

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

02) Was in der Schweiz und anderswo berichtet wurde – 25.05.2023

Afghanistan – Die regierenden Taliban haben erneut einen Journalisten festgenommen. Der Bruder des ehemaligen Präsidenten Ashraf Ghani, der Politiker Hashmat Ghani, schrieb heute auf dem Kurznachrichtendienst Twitter über die Festnahme des amerikanischen Journalisten Ali Latifi. Die Taliban hätten Latifi nach Verlassen von Ghanis Haus festgenommen und ihn beschuldigt, Alkohol getrunken zu haben. Der in Afghanistan geborene Latifi wuchs in Kalifornien auf. ORF.at

Belarus – Der belarussische Blogger, für dessen Verhaftung 2021 ein Flugzeug zur Landung gezwungen wurde, soll frei kommen. SRF.ch

BR Deutschland – Auf dem Gelände eines ehemaligen Konzentrationslagers im thüringischen Bad Sulza sollen Wohnungen und Einfamilienhäuser entstehen. RBB.de

- Köln wurde zur LGBT-Hauptstadt der Welt ausgerufen. Dem Bericht zufolge landeten Kölns 23 jährliche LGBT-Events, vier Gay-Pride-Festivals, 17 Schwulenbars und 19 Sexshops ganz oben auf der Liste, gefolgt von West Hollywood, Kalifornien auf dem zweiten Platz und Amsterdam, Madrid und Berlin Top fünf. DW.de

Frankreich – 20 Prozent des französischen Trinkwassers gehen verloren, die Regierung entwickelt einen Abfallansatz. Viele Wasserleitungen sind undicht. In manchen Kommunen gelangt sogar die Hälfte des Wassers nicht in den Wasserhahn. Nach trockenen Jahren hat Präsident Macron beschlossen, dass sich etwas ändern muss. NOS.nl

- Hunderte Häftlinge müssen in französischen Gefängnissen auf dem Boden schlafen, weil diese chronisch überfüllt sind. Das belegt der aktuelle Jahresbericht der unabhängigen nationalen Gefängnisinspektion. Dominique Simonnot ist Chefin der unabhängigen Behörde und beschreibt die Zustände in den Gefängnissen als «katastrophal». In Einzelzellen seien teilweise bis zu drei Personen untergebracht gewesen. Jene Personen, die auf dem Boden schlafen mussten, hätten sich Taschentücher in Nasen und Ohren gestopft, damit kein Ungeziefer in die Öffnungen krieche. SRF.ch

Griechenland – Griechenland hat Hunderte **archäologische Artefakte geborgen**, die sich jahrelang im Besitz eines umstrittenen britischen Antiquars befanden. Dazu gehören eine Statue Alexanders des Großen aus dem 2. Jahrhundert v. Chr. sowie Vasen, Schmuck und Skulpturen. Der betreffende Händler, Robin Symes (84), sammelte mit seinem Unternehmen jahrelang über ein Netzwerk illegaler Händler historische Artefakte. Er galt lange als einer der bedeutendsten Antiquitätenhändler Englands, bis er in den 1990er Jahren entlarvt wurde. Im Jahr 2006 leiteten die griechischen Behörden eine Untersuchung der illegal aus Griechenland verbrachten Gegenstände ein. Die Ermittlungen führten zu einem jahrelangen Rechtsstreit zwischen dem Land und dem Unternehmen von Symes, das inzwischen aufgelöst wurde. Gestern gab die griechische Kulturministerin Lina Mendoni bekannt, dass die 351 Objekte an Griechenland zurückgegeben werden. NOS.nl

- Würde man nicht hier und da ein Wahlplakat sehen an den Straßen Athens, man bekäme nicht mit, dass am Sonntag Parlamentswahlen stattfinden. Die Stimmung ist ruhig, das war bekanntlich nicht immer so. SRF.ch

- Griechenlands konservativer Premierminister Kyriakos Mitsotakis hat die nationalen Wahlen gewonnen und den großen Sieg seiner Partei als „politisches Erdbeben“ bezeichnet. Seine Mitte-Rechts-Partei Neue Demokratie steuerte auf fast 41 % der Stimmen zu, fünf Sitze fehlten ihm zur Mehrheit. Sein Mitte-Links-Konkurrent Alexis Tsipras gratulierte ihm, da seine Syriza-Partei mit einem schwachen Ergebnis von 20 % rechnen musste. Da eine Koalition unmöglich scheint, wird wohl in einem Monat erneut gewählt. BBC.uk

Großbritannien – 111 Jahre nach dem Untergang des Ozeandampfers Titanic bieten hochauflösende 3D-Bilder die bisher **genaueste Darstellung des berühmtesten Schiffwracks der Welt**. Dank eines Projektes der Kartografierungsunternehmen Magellan und der Produktionsfirma Atlantic Productions (atlanticproductions.tv/) ist erstmals ein detailgetreuer 3D-Scan der sagenumwobenen Titanic zu sehen. Das Tiefseeprojekt ist das bisher größte und umfangreichste 3D-Mapping seiner Art. Mit 700'000 Einzelaufnahmen ist es Spezialisten gelungen, die Titanic vollständig zu scannen. Mit den daraus gewonnenen Daten haben Wissenschaftler einen «digitalen Zwilling» erschaffen, der das Wrack in nie dagewesener Detailtreue und Schärfe zeigt. Die Wissenschaftler hoffen, dass die hochauflösenden Aufnahmen dabei helfen, der genauen Ursache des Schiffsunglücks näherzukommen, sagte der Titanic-Experte Parks Stephenson der BBC. Bei der Katastrophe im April 1912 waren etwa 1'500 Passagiere und Crewmitglieder ums Leben gekommen, als der Luxusdampfer auf der Fahrt vom englischen Southampton nach New York im Nordatlantik mit einem Eisberg kollidierte. Das Wrack liegt seitdem in rund 3'800 Metern Tiefe. Bisher sei wenig über die Kollision der Titanic mit dem Eisberg bekannt, sagte Stephenson. «Wir wissen nicht einmal, ob sie ihn an der Steuerbordseite getroffen hat, wie es in allen Filmen gezeigt wird – sie könnte auf dem Eisberg gelandet sein.» Das Heck könnte Aufschluss geben, wie das Schiff auf dem Meeresboden aufschlug. Auf den 3D-Aufnahmen ist das Schiff deutlich zu erkennen: Es ist in zwei große Teile gespalten, Heck und der unverkennbare Bug liegen rund 800 Meter voneinander entfernt. Die größte Herausforderung bei dem Tiefseeprojekt war nicht allein die Tiefe von 4'000 Metern: «An der Stelle gibt es Strömungen – und wir durften nichts berühren, um das Wrack nicht zu

beschädigen», sagte Magellan-Expeditionsleiter Gerhard Seiffert. Jeder Quadratzentimeter habe kartiert werden müssen, auch Schlamm, damit der Platz zwischen den Wrackteilen gefüllt werden konnte. SRF.ch

Indien – China werde eine bevorstehende G20-Veranstaltung im von Indien kontrollierten Teil des umstrittenen Kaschmir auslassen, sagte der Sprecher des chinesischen Aussenministeriums, Wang Wenbin, am Freitag. Auch Saudi-Arabien und die Türkei haben beschlossen, nicht an der Kaschmir-Veranstaltung teilzunehmen. „China lehnt die Abhaltung jeglicher **G20-Treffen auf umstrittenem Gebiet** entschieden ab. Wir werden an solchen Treffen nicht teilnehmen“, sagte Wang auf einer Pressekonferenz. Die Sitzung der G20-Arbeitsgruppe findet vom 22. bis 24. Mai in Srinagar statt und ist Teil einer Reihe von Veranstaltungen im Zusammenhang mit dem G20-Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs in Neu-Delhi im September. Nach Angaben indischer Medien werden rund 60 Delegierte zu dem Treffen erwartet. Im Jahr 2019 organisierte Indien den mehrheitlich muslimischen Staat Jammu und Kaschmir in zwei separate Einheiten. CRI.cn

Japan – Wirtschaftlich ist Japan seit Jahrzehnten eine Großmacht. Doch militärisch war es ein Zwerg und außenpolitisch äußerst zurückhaltend. Das ändert sich nun – und zwar markant. Ganz freiwillig erfolgt der Wandel nicht. Eine Demonstration gegen den G7-Gipfel gab es dann doch. Die meisten Japaner hingegen sind stolz, Gastgeber des Spitzentreffens zu sein. Und sie verstehen auch, dass sich ihr Land weltpolitisch engagieren muss. Regierungschef Fumio Kishida spricht gar vom wichtigsten Gipfeltreffen für Japan seit jeher. Und setzt mit dem Thema nukleare Abrüstung zugleich inhaltlich einen Akzent. «Der Weg zu einer Welt ohne Atomwaffen ist wegen der geopolitischen Spannungen noch beschwerlicher geworden.» Bloß: Aufgeben sei keine Option. Unterstützt wird er dabei in Hiroshima von den Hibakusha, den Überlebenden des amerikanischen Atombombenabwurfs von 1945. **Hiroshima, die Stadt der Tragödie, die heute die Stadt des Friedens sein will**, solle, so ein Vertreter der Hibakusha, «nicht nur zum Erinnern auffordern, vielmehr zum Handeln gegen Atomwaffen». Große Hoffnung auf konkrete Beschlüsse der G7-Staats- und Regierungschefs haben die inzwischen über Achtzigjährigen nicht. Selbst Premier Kishida spricht bloß von «kleinen, schwierigen Schritten». «Nicht nur für atomare Abrüstung will sich Japan einsetzen, sondern ganz generell und weltweit für Frieden und Sicherheit», sagt Professor Kazuto Suzuki von der Universität Tokio und Direktor des Instituts für Geoökonomie. Japan sei trotz der geplanten Verdoppelung des Militäretats nie imstande, sich allein zu verteidigen gegen China. Also müsse man sich künftig auf Alliierte und Freunde verlassen können. Wer Hilfe braucht, muss aber auch bereit sein, anderen bei Bedarf zu helfen. Japan braucht den Westen.

- Die meisten Staaten der Welt tragen die Maßnahmen gegen Russland nicht mit. Die G7 beraten darüber, was da zu tun sei. SRF.ch

Myanmar – Fünf Tage nach Durchzug des mächtigen Zyklons „Mocha“ hat Myanmar **weitere Todesopfer** gemeldet. Insgesamt 145 Menschen seien im Bundesstaat Rakhine ums Leben gekommen. Die meisten Opfer sind Angehörige der muslimischen Minderheit der Rohingya. ORF.at

Österreich – Der bosnische Schriftsteller **Dzevad Karahasan ist im Alter von 70 Jahren in Graz gestorben**. Dies teilte der Suhrkamp-Verlag am Freitag unter Berufung auf die Familie des Verstorbenen mit. Karahasan gilt als einer der bedeutendsten zeitgenössischen Literaten, der Bosnien-Herzegowina mit seiner komplexen Geschichte eine Stimme gab. Geboren wurde er 1953 in der bosnisch-jugoslawischen Stadt Duvno (heute bekannt als Tomislavgrad). Der Sohn muslimischer Eltern studierte Literatur- und Theaterwissenschaft in Sarajevo und Zagreb. Die bosnische Hauptstadt sollte zu seinem Lebensmittelpunkt werden. Sarajevo bezeichnete er einmal als Ort seines Schicksals. Er harrte 1992 – im Zuge

des Zerfalls Jugoslawiens – etwa ein Jahr lang im belagerten Sarajevo aus, bis ihm die Flucht gelang. Er schrieb Werke über Bosniens Geschichte und darüber hinaus. Karahasan nahm Gastdozenturen und -professuren in Deutschland und Österreich an. Von 1996 bis 2003 war er Stadtschreiber in Graz. In den letzten Jahren pendelte er zwischen Sarajevo und der steirischen Landeshauptstadt. Viele seiner Bücher wurden ins Deutsche übersetzt, darunter «Der östliche Divan» (1993), «Das Buch der Gärten» (2002), «Berichte aus der dunklen Welt» (2007) und «Der Trost des Nachthimmels» (2016). In seinem letzten Roman «Einübung des Schwebens» (Suhrkamp, Berlin 2023, €25, ISBN 978–3-518–43122-1) stellt er die Belagerung Sarajewos ins Zentrum, die er selbst erlebt hatte. «Hätte ich damals versucht, die Grausamkeiten des Krieges, das Schreckliche, das Unerträgliche zu notieren, wäre ich am Ende der Belagerung kein normaler Mensch mehr gewesen», so Karahasan im Februar 2023 gegenüber SRF. Etliche seiner Romane und Essays erzählen von der früheren islamischen Zivilisation in Bosnien und darüber hinaus. Karahasan erhielt zahlreiche Preise, darunter 2004 den Leipziger Buchpreis und 2020 den Goethepreis der Stadt Frankfurt. SRF.ch

- Wien hat sich zum schwächsten Wohnimmobilienmarkt unter den Hauptstädten Europas entwickelt. Die Stadt verzeichnete gegenüber dem Höchststand vor einem Jahr einen deutlichen Rückgang. Die Quadratmeterpreise in Wien seien im Schnitt um 12,2 Prozent gesunken, so die Nachrichtenagentur Bloomberg.
- Mit einer Überraschung haben heute die Salzburger Festspiele aufgewartet: Der Schweizer Unternehmer Hans-Peter Wild spendet dem Festival zwölf Millionen Euro. ORF.at

Portugal – 69. **Bilderberg-Treffen** – die diesjährige Zusammenkunft der Bilderberger findet in Lissabon im Pestana Palace Hotel vom 18. bis 21.5. statt. 128 Personen aus 23 Ländern stehen auf der Teilnehmerliste im Jahr 2023. Unter den diesjährigen Teilnehmern sind unter anderem dabei, der Vizepräsident der Europäischen Kommission Josep Borrell, der CEO von Pfizer Inc. Albert Bourla, Paolo Gentiloni – Wirtschaftskommissar der Europäischen Kommission, Henry A. Kissinger, Roberta Metsola – Präsidentin des Europäischen Parlaments, Mark Rutte – Premierminister Niederland und Jens Stoltenberg – Generalsekretär der NATO. Aus der Schweiz: Cassis, Ignazio, Bundesrat, Eidgenössisches Departement für auswärtige Angelegenheiten. Die deutschen Teilnehmer: Achleitner, Paul M. (DEU), Vorsitzender, Global Advisory Board, Deutsche Bank AG, Brudermüller, Martin (DEU), CEO, BASF SE, Döpfner, Mathias (DEU), Vorsitzender und CEO, Axel Springer SE, Garijo, Bélen (DEU), Vorsitzender und CEO, Merck KGaA, Hofreiter, Anton (DEU), Abgeordneter; Vorsitzender Europaausschuss, Röttgen, Norbert (DEU), MdB, Deutscher Bundestag, Schmidt, Wolfgang (DEU), Chef des Kanzleramtes, Bundesminister für besondere Aufgaben. Aus Österreich: Salomon, Martina, Chefredakteurin, Kurier, Schallenberg, Alexander, Minister für europäische und internationale Angelegenheiten. Weiters: Frederiksen, Mette (DK), Premierminister Marin, Sanna (FI), Premierministerin, Andersson, Magdalena (SE), Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei, Brink, Dolf van den (NL), CEO, Heineken NV, O’Leary, Michael (IE), Group CEO, Ryanair Group, Barroso, José Manuel (PT), Vorsitzender, International Advisors, Goldman Sachs, Kuleba, Dmytro (UA), Außenminister. Komplette Liste:

bilderbergmeetings.org/meetings/meeting-2023/participants-2023. IZ.ru

Russland – Russland hat **Greenpeace zur „unerwünschten“ Organisation** erklärt, was de facto ein Verbot der Aktivitäten der Umweltschutzgruppe bedeutet. Greenpeace sei eine „Bedrohung für die Fundamente der Verfassungsordnung und der Sicherheit“, teilte das Büro der russischen Generalstaatsanwaltschaft heute in einer Erklärung in Moskau mit. Laut der Behörde wurden die Aktivitäten der internationalen Nichtregierungsorganisation „als unerwünscht auf dem Gebiet der Russischen Föderation“ eingestuft. ORF.at

- Russlands internationale **Flugverbindungen werden ausgeweitet**. Indonesien plant, Direktflüge nach Wladiwostok aufzunehmen. „Zuerst werden wir einen Flug zwischen Jakarta und Wladiwostok eröffnen, dann über Wladiwostok nach Moskau, Baschkortostan, Nischni Nowgorod und Tomsk.“ Ebenfalls am selben Tag sagte der stellvertretende russische Ministerpräsident Dmitri Tschernyschenko, dass der Flugverkehr zwischen Russland und Kuba wieder aufgenommen werde. Ägypten hat die Forderungen der USA, seinen Luftraum für russische Flüge zu sperren, ignoriert, berichtete das Wall Street Journal am Freitag. Dieser Luftraum ist ein wichtiger Korridor zwischen Russland und seinen Militärstützpunkten in Syrien. IZ.ru
- Die G7 forderten China auf, mehr Druck auf Russland auszuüben, um den Krieg in der Ukraine zu beenden. Der russische Außenminister Lawrow wiederholte die russische Kritik, dass der Westen die Ukraine als Mittel nutzt, um Russland auf der geopolitischen Bühne zu besiegen und auszuschalten. Er sagte, die G7 konzentriere sich auf die „doppelte Eindämmung“ Russlands und Chinas. Laut Lawrow übt der Westen Druck auf die Länder aus, die Handels- und Wirtschaftsbeziehungen mit Russland abzubrechen. Aber Moskau habe die Unterstützung vieler Verbündeter, sagte Lawrow. NOS.nl
- Der russische Präsident, Wladimir Putin, hat dem privaten Militärunternehmen Wagner und der russischen Armee **zur Einnahme von Artjomowsk (Bachmut) gratuliert**. Einer Mitteilung des Kremls zufolge sollen Kämpfer, die sich bei der Befreiung der Stadt hervorgetan haben, mit Staatsorden ausgezeichnet werden. IZ.ru
- Russen werden ermutigt, **Dollar gegen Gold** einzutauschen. Die Regierung hatte zuvor eine Steuer auf den Kauf von Edelmetallen abgeschafft. Goldbarren von bis zu 20 Gramm können nun auf der Website der Moskauer Münzstätte erworben werden, teilte die Goznak Joint Stock Company, die die Münzstätte betreibt, am Mittwoch mit. Der Schritt ist Teil einer umfassenderen Agenda, die die Russen dazu ermutigen soll, sich von US-Dollar-Ersparnissen abzuwenden. Laut Aussage des Unternehmens können Russen nun ihre gekauften Goldbarren und Münzen kaufen, verkaufen oder lagern. Goznak plant, auf seiner Website Goldbarren mit einem Gewicht von 50 Gramm zum Kauf anzubieten, sagte das Unternehmen und fügte hinzu, dass die Dienste sowohl im Handelssalon der Moskauer Münze als auch über die Goznak.Investments-App zugänglich sein werden.
- Islamische Länder unterstützen die Sanktionen des Westens gegen Russland nicht, und die auf dem **Kasaner Wirtschaftsforum** diese Woche unterzeichneten Vereinbarungen beweisen dies, sagte der stellvertretende russische Ministerpräsident Marat Chusnullin am Samstag. Das Forum „Russland-Islamische Welt“ in der Stadt Kasan, das Delegationen aus Russland und den Ländern der Organisation für Islamische Zusammenarbeit zusammenbrachte, führte zu Hunderten von Treffen und der Unterzeichnung von mehr als 100 Handelsabkommen, sagte Khusnullin. VESTI.ru

Saudi-Arabien – Zwölf Jahre ist es her, dass aus friedlichen Protesten gegen das syrische Regime ein blutiger Bürgerkrieg wurde. Mehr als 350'000 Menschen sollten sterben, mehr als 14 Millionen Syrer wurden vertrieben. Nun gibt Assad sein Comeback unter alten Freunden: Er ist zum Gipfel des Staatenbundes in der saudischen Küstenstadt Dschidda geladen. SRF.ch Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenski ist überraschend zum Gipfel der Arabischen Liga nach Saudi-Arabien gereist. Selenski landete am Freitag aus Polen kommend in der Küstenstadt Dschidda. Beim Gipfel warf Selenski dann einigen der insgesamt 22 Mitgliedsländern der Arabischen Liga mangelnde Unterstützung seines Landes gegen die russischen Invasoren vor. Der saudische König Salman hatte Selenski Diplomatenkreisen zufolge als Ehrengast zum jährlichen Gipfeltreffen der Liga eingeladen. Die Golfstaaten pflegen gute Beziehungen mit Russland und bemühen sich **im Ukraine-Krieg um Neutralität**. ORF.at

Schweiz – Die Finanzierung von Technologien für **emissionsarme Schiffe** stellt derzeit ein größeres Problem dar. Shiptec, die größte Schweizer Werft, liegt direkt am Ufer des

Vierwaldstättersees. Sie ist spezialisiert auf die professionelle Schifffahrt und wartet und baut Transport- und Fahrgastschiffe sowie Patrouillenboote für Militär und Polizei. Die schnellste Methode, um bei Fahrgastschiffen den Energieverbrauch und damit die Emissionen zu senken, sei der Fahrstil, sagt Martin Einsiedler. Als technischer Leiter der Luzerner Werft plant und koordiniert er Neu- oder Umbauten von Schiffen. «Je nachdem, wie der Schiffsführer das Schiff beschleunigt und abstoppt, kann viel Treibstoff eingespart werden», betont Einsiedler. Damit eine Einsparung von bis zu 25 Prozent möglich sei, müsse allerdings auch der Fahrplan entsprechend angepasst sein. Denn der Wasserwiderstand wirkt auf ein Schiff um ein Vielfaches stärker ein, wenn es schnell unterwegs ist oder tief im Wasser liegt. Technisch ist es möglich, ein älteres Schiff so auszurüsten, dass die Schiffsführerinnen und -führer in Echtzeit Daten zum Treibstoffverbrauch des Schiffes zur Verfügung haben. Auch technisch können Fahrgastschiffe verbessert werden. Das einerseits, wenn die Schiffe im Dock überholt werden, vor allem aber, wenn neue Schiffe auf dem Reißbrett konzipiert werden. «Die Form des Unterwasserschiffes bestimmt, wie groß der Wasserwiderstand ist», sagt Einsiedler. Ein zweiter Faktor sei eine saubere Gewichtsrechnung: Ein Schiff sollte möglichst wenig Gewicht im Wasser haben, aber es sollte trotzdem so austariert sein, dass es auch voll beladen nicht kentern kann. Und nicht zuletzt brauchen die Schiffe neuartige Motoren, die für verschiedene, auch emissionsfreie Treibstoffe ausgelegt sind, oder sogar elektrisch betrieben werden. Bei Ausschreibungen für neue Fahrgastschiffe setzen die Schifffahrtsunternehmen praktisch immer auf alternative Antriebe, wie der Leiter der Luzerner Werft erklärt. Nicht zuletzt auch, weil Gemeinden oder Kantone die Gesellschaften finanziell unterstützen. Allerdings hätten moderne Motoren und Leichtbau-Materialien ihren Preis. «Ein solches Schiff kann locker 30 bis 50 Prozent mehr kosten», sagt Einsiedler. Es komme auf den Einsatz des Schiffes an, ob es überhaupt rentieren könne. Grundsätzlich haben Schifffahrtsunternehmen selten große finanzielle Polster. Dadurch werden solche Investitionen oft kaum tragbar. Umgesetzt würden dann meistens abgespeckte Projekte, stellt Einsiedler fest.

- Zeitungspapier kostete 2022 im Einkauf teilweise doppelt so viel wie im Vorjahr. Das zwingt die Verlage zum Handeln. SRF.ch

Serbien – Der serbische Präsident Aleksandar Vučić erklärte am Freitag, seine Geheimdienstkontakte hätten ihn über die Anwesenheit von **aus dem Ausland finanzierten Revolutionären** bei sogenannten Anti-Gewalt-Kundgebungen in Belgrad informiert. Der Westen, so erklärte er, mache Serbien „Probleme“, seit Belgrad sich geweigert habe, „ihnen das Kosovo auf einem Tablett zu servieren“. RTS.rs

Simbabwe – Eine Flotte von 18 russischen Ansat-Hubschraubern wurde diese Woche nach Simbabwe geliefert, um bei der Polizeiarbeit und Katastrophenhilfe zu helfen. Bei der Übergabezeremonie in Harare sagten Präsident Emmerson Mnangagwa und der russische Botschafter Nikolay Krasilnikov, dass **sanktionierte Staaten miteinander kooperieren** müssen. Zwölf der von Kazan Helicopters gebauten Ansat-Hubschrauber werden für das Katastrophenmanagement eingesetzt, während sechs von den Strafverfolgungsbehörden eingesetzt werden. Bis 2025 soll die Flotte des Landes um fast drei Dutzend wachsen. IZ.ru

Slowakei – Ein in Gericht in der Slowakei hat zum zweiten Mal einen Geschäftsmann freigesprochen, der beschuldigt wurde, den Mord an einem Enthüllungsjournalisten und seiner Verlobten im Jahr 2018 geplant zu haben. Damit folgt das Gericht einem erstinstanzlichen Urteil von 2020. Die Staatsanwaltschaft forderte lebenslängliche Strafen für beide Angeklagten. Das Spezialstrafgericht, das für die schwersten Fälle der Slowakei zuständig ist, **sprach Marián Kočner vom Vorwurf frei**, den Mord an dem Journalisten Ján Kuciak und seiner Verlobten angeordnet zu haben. Kočners Komplizin, Alena Zsuzsová, wurde jedoch wegen ihrer Beteiligung an den Morden zu 25 Jahren Gefängnis verurteilt.

Der Fall ist noch nicht abgeschlossen, da sowohl die Staatsanwaltschaft als auch die Angeklagten Berufung einlegen können. Die Staatsanwaltschaft hatte lebenslange Haft für beide Angeklagten gefordert. Der damals 27-jährige Kuciak und seine Verlobte waren im Februar 2018 zu Hause in ihrem Dorf Veľká Mača, 65 Kilometer östlich der slowakischen Hauptstadt Pressburg (Bratislava), erschossen worden. Der Enthüllungsjournalist, der auch für den Schweizer Ringier-Konzern schrieb, hatte zu Verbindungen zwischen der italienischen Mafia und slowakischen Politikern recherchiert. Sein unvollendeter Artikel wurde nach seinem Tod veröffentlicht. Kuciak hatte sich auch mit den Geschäften zahlreicher Unternehmen des Multimillionärs Kočner befasst. Die Reportage Kuciaks löste Massendemonstrationen gegen Korruption aus und führte zum Rücktritt der damaligen Regierung. Zudem wurde der Mord an Kuciak als Test für das System angesehen und die slowakische Justiz als korruptionsanfällig angeprangert. Mehrere hochrangige Politiker und Vertreter der Justiz traten danach zurück. Gewisse Richter und Staatsanwälte sitzen deswegen bereits im Gefängnis. SRF.ch

Spanien – Zuchtprogramm sorgt für **Rekordzahl an Luchsen** in Spanien und Portugal. Die Tiere waren lange Zeit vom Aussterben bedroht. Man erkennt sie an ihren spitzen Ohren, den langen Beinen und dem Leopardfell. NOS.nl

Südkorea – Kanzler Scholz besucht Südkorea. Er hat Nordkorea aufgerufen, seine Raketen- und Atomtests einzustellen. Er forderte Präsident Yoon Suk Yeol (윤석열, 62) auf die vom ukrainischen Präsidenten Selenski geforderten Waffen zu liefern. RBB.de

Südsudan – In Juba, der Hauptstadt, wohnte die Familie die letzten Jahre gemeinsam mit anderen ausländischen Mitarbeitern des Non-Profit-Flugunternehmens «Mission Aviation Fellowship» MAF in einem Compound, einer bewachten Wohnsiedlung hinter Mauern und Stacheldrahtzaun. Dort gibt es fließendes Wasser, Strom, einen kleinen Pool. Außerhalb der Mauern **leben die Menschen in bitterer Armut**, holen ihr Wasser am Überlauf des Compounds. «Es ist mega schlimm, man könnte überall helfen. Das kann ich aber nicht», sagt Sibylle Graf. Es sei darum wichtig, zu schauen, in welchem Bereich die Hilfe wirklich einen Unterschied mache. Einmal in der Woche besucht die 39-Jährige ein Kinderheim, in das sie Maurice und Melina mitnehmen kann. Dort erzählt sie Geschichten, singt Lieder mit den Kindern oder organisiert auch mal ein Geburtstagsfest mit Kuchen, Spielen und kleinen Geschenken für alle. Der Alltag von Sibylle Graf spielt sich an wenigen Orten ab – in und um den Compound, auf dem Markt, im Kinderheim. Die Sicherheitslage lässt Ausflüge nicht zu. Viele Leute hier erleben Gewalt in ihrem Leben, darum ist die Hemmschwelle für Gewalt niedriger. Es besteht die Gefahr von Raubüberfällen oder dass man zufällig in eine gewaltsame Auseinandersetzung zwischen verfeindeten Gruppen gerät. «Viele Leute erleben Gewalt in ihrem Leben, darum ist die Hemmschwelle für Gewalt niedriger», erklärt Sibylle Graf. Sicherer fühlt sie sich, wenn sie mit Melina und Maurice unterwegs und so als Mutter erkennbar ist. Kinder und Ziegen auf der Flugpiste. Anders als seine Frau kommt David Graf täglich im Land herum. Bereits um 8 Uhr morgens startet er zum ersten Flug. Im Auftrag verschiedener NGOs bringt er Hilfsgüter, aber auch Passagierinnen und Passagiere an entlegene Orte. Viele Orte sind auf dem Landweg schlecht und in der Regenzeit gar nicht erreichbar. Der Südsudan ist zwar 15-mal grösser als die Schweiz, hat aber nur rund 300 Kilometer geteerte Straßen. Mit der Cessna landet er auf unbefestigten Pisten und muss darauf achten, dass sich weder Kinder noch Tiere darauf befinden. Das größte Erfolgserlebnis für den 35-Jährigen ist jedoch, «dass wir einen Unterschied machen können». Etwa, wenn er nach Monaten wieder mit Malaria-Medikamenten im Gepäck landet und ihm die Ärzte freudestrahlend entgegenkommen. SRF.ch

Türkei – Als Dritter nach dem ersten Wahlgang um die Präsidentschaft hat Sinan Ogan eine Wahlempfehlung für Erdoğan abgegeben. SRF.ch

Ukraine – Österreichs Kanzler Nehammer erteilt Ruf nach **Entminungshilfe Absage**. ORF.at

• Ukrainische Wirtschaft fällt 20 Jahre zurück. Das BIP der Ukraine ist 2022 um fast ein Drittel eingebrochen. Jede vierte Person lebt unterhalb der Armutsgrenze. SRF.ch

USA – Neun Monate nach dem lebensbedrohlichen Messerangriff auf ihn ist der Schriftsteller Salman Rushdie überraschend erstmals wieder in der Öffentlichkeit aufgetreten. Der 75-Jährige nahm gestern Abend (Ortszeit) an einer Galaveranstaltung der Schriftstellervereinigung PEN America im New Yorker Naturkundemuseum teil und wurde mit einem Ehrenpreis ausgezeichnet. Rushdies Teilnahme an der Veranstaltung war nicht angekündigt worden.

• Das **Gemälde „4096 Farben“** des deutschen Malers Gerhard Richter ist in New York für 21,8 Millionen Dollar (rund 20,3 Millionen Euro) versteigert worden. Das gab das Auktionshaus Sotheby's heute bei den traditionellen Frühjahrsauktionen auf seiner Website bekannt. Dieses letzte Gemälde der begehrten Farbtafelserie aus dem Jahr 1974 sei auch eine Inspiration für das prächtige Fenster des Künstlers im Kölner Dom gewesen. ORF.at

• Die **Kehrtwende**: US-Präsident Joe Biden macht den Weg frei für eine Lieferung von 200 Kampffjets des Typs F-16 an die Ukraine. SRF.ch

• **Disney schließt Star-Wars-Hotel**. Den Fans wurde die Möglichkeit geboten, die Nacht in der Welt der Science-Fiction-Filme zu verbringen, aber viele hielten ein Ticket von 1.200 Dollar pro Nacht für zu teuer. Das Star-Wars-Hotel wurde am 1. März 2022 südlich von Disneys Hollywood Studios, östlich des World Drive eröffnet. Das neue Hotel hatte die Form eines Star-Wars-Raumschiffs. Die Zimmer verfügten über Etagenbetten in voller Größe, ein Queensize-Bett und in einigen Zimmern über ein ausziehbares Bett für einen fünften Gast im Stil von Star-Wars-Bunkern. Jedes Zimmer hatte Platz für vier bis fünf Personen. Es gab auch eine Lobby im Stil eines Star-Wars-Raumschiff-Interieurs. NOS.nl

• Der **weltweite Schuldenberg** ist im ersten Quartal des Jahres um 8,3 Billionen US-Dollar auf einen nahezu rekordverdächtigen Höchstwert von 305 Billionen US-Dollar gestiegen, was auf eine aggressive Straffung der Geldpolitik durch die Zentralbanken zurückzuführen ist, wie das Institute of International Finance (IIF) in Washington, D.C. bekannt gegeben hat. iif.com/ DW.de

• Wegen schwerwiegender Datenschutzverstöße ist der Facebook-Mutterkonzern von der irischen Aufsichtsbehörde DPC in Dublin zu einer Rekordstrafe in Höhe von 1.2 Milliarden Euro verurteilt worden. Außerdem dürfen Facebook, Whatsapp und Instagram nach einer Übergangsphase keine Nutzerdaten mehr in die USA übertragen. Facebook hatte jahrelang Daten europäischer Nutzerinnen und Nutzer in die USA transferiert, wo sie von den Geheimdiensten eingesehen werden konnten.

• «Pro Choice» oder «Pro Life»? Die **Abtreibungsfrage in den USA**. Im Sommer 2022 hat der Oberste US-Gerichtshof das landesweite Recht auf Abtreibung gekippt. Seither sind Schwangerschaftsabbrüche in über einem Dutzend Gliedstaaten verboten, in vielen anderen läuft der politische Prozess noch. Das Thema bewegt die Bevölkerung, politisch, juristisch, moralisch. Das Urteil des Supreme Court war ein Sieg für Abtreibungsgegnerinnen und -gegner. Und gleichzeitig «nur» ein erster Schritt. Denn auch wenn Schwangerschaftsabbrüche seither in mehreren US-Bundesstaaten verboten sind, kämpfen sie weiter: Für strengere Regeln, dort, wo sie in ihren Augen zu liberal sind. «Jede Person hat das Recht, geboren zu werden», findet eine Abtreibungsgegnerin aus New York und engagiert sich für ein radikales Abtreibungsverbot in ihrem Bundesstaat. «Wer nicht frei entscheiden kann, ein ungewolltes Kind zu gebären oder abzutreiben, ist auf dem Arbeitsmarkt benachteiligt», sagt hingegen die Rechtsprofessorin. Sie weist darauf hin, dass durch Abtreibungsverbote vor allem schwarze Frauen benachteiligt werden; junge Frauen, schlechtverdienende Frauen und solche aus ländlichen Gebieten. Das Thema Schwangerschaftsabbruch beschäftigt und bewegt die Menschen in den USA. Das Thema ist zum Politikum geworden, das demokratische Wählerinnen mobilisiert und

republikanische spaltet. Und wenn in rund anderthalb Jahren ein neuer Präsident – oder eine neue Präsidentin – gewählt wird, dürfte auch die Abtreibungsfrage im Wahlkampf ein Thema sein. «International» SRF.ch

- Die Vereinigten Staaten und die Vereinten Nationen haben den Terroranschlag auf das Türkische Haus (Türkevi) in New York verurteilt, in dem sich die Ständige Vertretung der Türkei bei den Vereinten Nationen und das Generalkonsulat befinden. TRT.tr

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

03) Was in der Schweiz und anderswo berichtet wurde – 18.05.2023

Bangladesch – Ein starker Hurrikan, Mocha, rast auf die Küste im Osten Bangladeschs und Myanmars zu und wird voraussichtlich morgen auf Land treffen. In Bangladesch wurden etwa eine halbe Million Menschen in sicherere Gebiete evakuiert. Tausende Menschen, die an der Küste im Bundesstaat Rakhine leben, wurden in Myanmar evakuiert. NOS.nl

Belarus – Zum ersten Mal seit 29 Jahren fehlte der belarussische Präsident Alexander Lukaschenko (68) bei der Feier der Staatsflagge. Er sei in ein Spital gebracht worden, berichten ukrainische Medien. Ob das stimmt und woran er allenfalls leidet, bleibt derzeit jedoch unklar. Pavel Latuschka, ein ehemaliger Regierungsbeamter zitierte unbekannte Regierungsquellen mit den Worten, Lukaschenko leide an einer Virusinfektion mit der Komplikation einer Myokarditis – einer Entzündung des Herzmuskels. SRF.ch

Bulgarien – Eineinhalb Monate nach der Neuwahl ist EU-Kommissarin Maria Gabriel mit der Bildung einer Regierung beauftragt worden. Die von ihrem Brüsseler Amt beurlaubte Gabriel war vom Mitte-rechts-Wahlsieger GERB-SDS bei der Parlamentswahl vom 2. April als Ministerpräsidentin nominiert worden, um die monatelange Regierungskrise in Sofia zu beenden. ORF.at

BR Deutschland – Forscher haben bei Schöningen in Norddeutschland 300'000 Jahre alte menschliche Fußabdrücke gefunden. Nach Angaben von Wissenschaftlern der Universität Tübingen und des Senckenberg Forschungszentrums und Naturmuseums in Frankfurt handelt es sich um die ältesten menschlichen Fußabdrücke des Landes. Es wird angenommen, dass sie zu drei Vertretern des Homo heidelbergensis gehören, einer ausgestorbenen Menschenart und direkten Vorfahren des Neandertalers und des frühneuzeitlichen Menschen. Der Heidelbergmensch lebte von etwa 500'000 bis 200'000 v. Chr. Die ältesten bekannten Fußabdrücke von Menschen wurden 2001 auf Kreta gefunden. Sie waren über 6 Millionen Jahre alt. NOS.nl

- Die Bundesregierung will der Ukraine weitere Waffen im Wert von mehr als 2,7 Milliarden Euro liefern. Darunter sind unter anderem Luftabwehrsysteme, Kampf- und Schützenpanzer, Aufklärungsdrohnen und Munition. Verteidigungsminister Pistorius hat das damit begründet, dass ein baldiges Ende des Kriegs gegen die Ukraine nicht abzusehen ist. Daher werde Deutschland jede Hilfe leisten, die es leisten kann.

- Der ukrainische Präsident Selenski ist mit dem Karlspreis der Stadt Aachen geehrt worden.

- „Wer kennt's nicht: Man steigt ins Taxi, kommt am Ziel an – und dann der Schreck. Das Handy ist weg! Dass das sogar einem Staatschef passieren kann, zeigte sich beim Berlin-Besuch von Ukraine-Präsident Selenski (44) am frühen Sonntagnachmittag. BILD-Fotograf Fabian Matzerath fing den kuriosen Zwischenfall mit der Kamera ein. Zunächst hatte Selenski Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier im Schloss Bellevue besucht.

Seite E 66 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 836 vom 01.06.2023

Anschließend ging's mit dem Wagen zum Kanzleramt, wo der Ukraine-Präsident von Olaf Scholz (64, SPD) mit militärischen Ehren empfangen wurde. Da passierte es wohl.“, schrieb die Bild. RBB.de

Ecuador – In Ecuador läuft ein Amtsenthebungsverfahren gegen Präsident Guillermo Lasso. Die Vorwürfe sind happig: Es geht um mutmaßliche Veruntreuung und um Verbindungen von engen Vertrauten Lassos zur albanischen Mafia. SRF.ch

EU – In der EU wird zurzeit über ein weiteres Sanktionspaket gegen Russland diskutiert. Die EU-Kommission will mit ihrem Vorschlag für ein elftes Sanktionspaket Schlupflöcher in den bisherigen Sanktionspaketen stopfen. Die EU hat seit Kriegsbeginn die Ausfuhr zahlreicher High-Tech-Produkte nach Russland untersagt. Dazu gehören Produkte oder Bauteile von Drohnen oder Nachtsichtgeräten. Es sind Produkte, die sowohl zivil als auch militärisch genutzt werden können. Trotz Sanktionen können diese sogenannten Dual-Use-Güter via Drittstaaten trotzdem nach Russland gelangen. Um dies zu stoppen, will die EU-Kommission nun mehr Unternehmen aus Drittstaaten sanktionieren. Der genaue Wortlaut des Vorschlags der Kommission ist nicht öffentlich bekannt. Einige Details sind aber durchgesickert. Treffen sollen die Sanktionen unter anderem Unternehmen aus der Türkei, Kasachstan, den Vereinigten Arabischen Emiraten und China. Möglich sind **Sanktionen gegen chinesische Unternehmen** – das ist besonders brisant. Denn China ist der größte Handelspartner der EU. Vor dem russischen Angriff auf die Ukraine wären Sanktionen gegen China kaum denkbar gewesen. Aber auch in diesem Fall hat der Krieg einige rote Linien verschoben. Umstritten sind Sanktionen gegen chinesische Unternehmen unter den 27 Mitgliedstaaten der Europäischen Union aber noch immer. Einige Länder sollen Bedenken wegen möglicher chinesischer Vergeltungsmaßnahmen haben. Einem neuen Sanktionspaket müssen die EU-Staaten einstimmig zustimmen – was eine Einigung deutlich erschwert.

- EU-Kommission plant eine eigene Medienkontrollbehörde, mit der die Zensur in allen EU-Ländern besser koordiniert und überwacht werden kann. SRF.ch

Finnland – Titelverteidiger und Gastgeber Finnland verliert zum Auftakt der Eishockey WM in Tampere in der Gruppe A gegen die USA überraschend 1:4. Schweden landet gegen Deutschland einen 1:0-Minisieg. Kanada gelingt in der Schweizer Gruppe B mit dem 6:0 über den 2. WM-Ausrichter Lettland ein Start nach Maß. Tschechien schlägt die Slowakei 3:2. SRF.ch

Frankreich – Die Proteste gegen die Rentenreform gehen weiter. Macron lässt dies aber kalt. RFI.fr.

Großbritannien – Die schwedische Sängerin Loreen hat Samstagnacht den Eurovision Song Contest in Liverpool mit dem Song „Tattoo“ gewonnen. Basis ihres Sieges waren vor allem die Punkte der internationalen Expertenjurys. Auf Platz zwei landete der finnische Rapper Käärijä, der wiederum beim Publikum punktete. **Untersagt wurde im Vorfeld eine Ansprache des ukrainischen Präsidenten Selenski.** Dieser wollte sich in einer Videobotschaft live an das ESC-Publikum wenden. Die Veranstalter, die Vereinigung der europäischen Fernsehanstalten EBU, hatten das mit dem Hinweis auf den unpolitischen Charakter der Veranstaltung untersagt. ORF.at

Haiti – Gewaltspirale im Karibikstaat. Lynchmorde in Haiti: Bevölkerung greift zur Selbstjustiz. Marodierende Banden ziehen durch den mausarmen Inselstaat. Die Menschen nehmen das Recht selbst in die Hand. SRF.ch

Indonesien – Die Bank of Indonesia (BI) hat ein **inländisches Kartenzahlungssystem** als Teil einer umfassenderen Strategie eingeführt, um die Abhängigkeit von ausländischen Systemen zu verringern und Transaktionen vor geopolitischen Störungen zu schützen, berichtete CNBC Indonesien am Montag. Basierend auf dem indonesischen Interbankensystem ist Gerbang Pembayaran Nasional (GPN) oder das National Payment Gateway für staatliche Unternehmen und Institutionen konzipiert und wird Visa und Mastercard ersetzen, da das Land mehr Autonomie über seine Zahlungsinfrastruktur anstrebt, indem es die Rolle ausländischer Zahlungsanbieter minimiert. RRI.id

Iran – Insel Kisch als Weltkulturerbe vorgeschlagen. Die Insel Kisch wurde als Urlaubsinsel von Reza Schah Pahlavi bekannt. Heute ist die Insel hauptsächlich eine Freihandelszone und ein Feriengebiet mit vielen Hotels und Einkaufsmöglichkeiten. Sie gehört zu den Luxusorten und Ferienzelen der Iraner, jedoch herrscht auf der Insel ein striktes Alkoholverbot. Frauen dürfen nur an mit hohen Wellblechzäunen abgesperrten Strandbereichen baden, an denen ein absolutes Aufenthaltsverbot für Männer besteht. Für Männer gibt es auch separate Strandbereiche zum Schwimmen. Auf der Insel befindet sich die Iranische Ölbörse. Bürger der Europäischen Union können aus Dubai ohne Visum einreisen. VOIRI.ir

Kolumbien – Die Marine hat das bisher größte für den Schmuggel von Drogen verwendete U-Boot gestoppt. An Bord des 30 Meter langen und drei Meter breiten „narco sub“, wie die Tauchboote auch genannt werden, befanden sich **drei Tonnen Kokain** – in sauberlich beschrifteten Kartons. ORF.at

Mexiko – Mexico stellt keine Transitdokumente mehr aus für Migranten, welche in die USA wollen. Zudem sollen Menschen ohne Papiere schneller zurück in die Heimat geschickt werden können. Die Änderung in der Migrationspolitik folgt auf eine **neue Migrationspraxis in den USA**. Mit den Transitdokumenten, welche Mexiko bislang für Asylsuchende ausgestellt hatte, konnten sich diese 30 Tage legal in Mexiko aufhalten und an die Grenze der USA reisen. Solche Dokumente würden nicht mehr ausgestellt, erklärte die mexikanische Regierung. Unklar ist, ob diese Anpassung temporär oder permanent eingeführt wird. Auch würden Menschen ohne Papiere schneller in ihre Heimatländer zurückgeschickt. Die Änderung in der Migrationspolitik folgt auf Anpassungen der USA im Umgang mit Einwanderung. In der Nacht auf Freitag ist eine umstrittene Abschieberegulung der USA ausgelaufen. Diese erlaubte es, Migranten vereinfacht zurückzuweisen. Neu haben Menschen unter bestimmten Umständen Anspruch auf Asyl. Die US-Behörden können die Migranten aber abweisen, wenn diese sich nicht zuvor bei den Behörden registriert haben oder wenn sie illegal eingereist sind. SRF.ch

Moldau – Der frühere Präsident Igor Dodon erklärte am Montag, dass der **Austritt der Republik aus der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS)**, einer losen Organisation ehemaliger Sowjetrepubliken, die wirtschaftliche Lage des Landes verschärfen würde, berichtete die Nachrichtenagentur RIA. VESTI.ru

Myanmar – Der tropische **Wirbelsturm Mocha** war gestern mit Windgeschwindigkeiten von teilweise mehr als 250 km/h an der Westküste der beiden Nachbarstaaten auf Land getroffen. Es war der heftigste Zyklon in der Region seit mehr als einem Jahrzehnt. Der Zyklon zerstört Flüchtlingscamps in Myanmar und Bangladesch. ORF.at

Niederlande – Zwei kleine Porträts, von denen angenommen wird, dass sie von Rembrandt gemalt wurden, wurden von Experten im Auktionshaus Christie's entdeckt, berichtete die Financial Times am Sonntag. Die Gemälde, die Kunstwissenschaftlern unbekannt waren, wurden laut FT Berichten zufolge in der Privatsammlung einer britischen Familie gefunden.

Die Auktionatoren von Christie's führten gerade eine routinemäßige Schätzung durch, als sie auf zwei Porträts eines älteren Ehepaars aus Leiden, Niederlande, aus dem Jahr 1635 stießen. „Ich wusste nicht, was ich sehen würde“, sagte Henry Pettifer, internationaler stellvertretender Vorsitzender für Gemälde alter Meister bei Christie's, nachdem er die Werke entdeckt hatte. „Ich habe es gewagt zu träumen“, fügte er hinzu und sagte, es sei „außergewöhnlich für mich, dass die Bilder noch nie zuvor studiert worden waren.“ In der Rembrandt-Literatur fehlten sie völlig.“ Es wird berichtet, dass Vorfahren der Familie, deren Identität nicht bekannt gegeben wurde, die beiden Gemälde 1824 bei einer Christie's-Auktion kauften. Es wird angenommen, dass die Porträts Jan Willemsz van der Pluym und seine Frau Jaapgen Carels darstellen – ein Paar, das familiäre Beziehungen zu Rembrandt gehabt haben soll, der sie zu einer Zeit malte, als er gerade seinen Ruf als Künstler etablierte. Die 20 cm hohen Porträts werden am 6. Juli in den Ausstellungsräumen von Christie's in London zum Verkauf angeboten, nachdem sie in New York und Amsterdam ausgestellt wurden. Der geschätzte Wert des Paares liegt bei 5 bis 8 Millionen Pfund (6 bis 9 Mio Franken). NOS.nl

Österreich – Die erste **Wiener Hochquellwasserleitung** wird heuer 150 Jahre alt: Ihre Eröffnung ermöglichte erstmals den Zugang zu sauberem Trinkwasser für fast die gesamte Wiener Bevölkerung. Das bedeutete auch ein Ende vieler Seuchen und Krankheiten. Seit 1873 fließt Gebirgsquellwasser in die Wiener Haushalte. Rund elf Jahre sollte es dauern, bis nach einem Baubeschluss im November 1862 die erste 95 Kilometer lange Wiener Hochquellleitung auch Realität werden konnte. Die Bauzeit selbst dauerte nur vier Jahre. Als wichtigster Wegbereiter des Projekts gilt Eduard Suess (1831–1914), ein auch oft als „Vater der modernen Geologie“ bezeichneter Wiener Geowissenschaftler. Er führte jene Vorarbeiten durch, die zu dem Beschluss führten, dass der Kaiserbrunnen im Rax-Schneeberg-Gebiet als beste Lösung zur zukünftigen Wasserversorgung auserkoren wurde. ORF.at

Rumänien – Jedes Jahr bringen zwischen 15'000 und 20'000 Minderjährige Kinder zur Welt. SRF.ch

Schweiz – Der Wohnungsknappheit beschäftigt die Politik. Eine neue Studie zeigt, welche Rolle der Denkmalschutz dabei spielt. Die Altstädte von Luzern, Wil (SG) oder Stein an Rhein (SH) gehören zur Visitenkarte der Schweiz und ziehen Touristen aus aller Welt an. Doch diese historischen Stadtteile stoßen hierzulande nicht nur auf Bewunderung. Geschichtsträchtige Gebäude erschweren es, mehr und neuen Wohnraum zu bauen, argumentiert die Immobilienwirtschaft. Markus Meier, Direktor des Hauseigentümergebietes HEV Schweiz, bezeichnet den Heimatschutz als regelrechten «Bremsklotz»: «Er verhindert die Erneuerung von Gebäuden, das heißt auch die Erweiterung und das Erstellen von Wohnraum.» Zudem würde auch die energetische Sanierung blockiert. Dass mit weniger Heimatschutz tatsächlich zusätzlicher Wohnraum geschaffen werden könnte, legt eine neue Immobilienstudie der Bank Raiffeisen dar. Darin heißt es, dass eine Lockerung des Denkmalschutzes zusätzliche oder zumindest günstigere Bauprojekte ermöglichen würden. So könnte laut der Studie sogar die Wohnungsnot teilweise gelindert werden. Der knappe Wohnraum war auch ein Thema am Freitag bei einem Runden Tisch unter der Führung von Wirtschaftsminister Guy Parmelin. Vertreter von Kantonen, Städten und Gemeinden sowie der Bau- und Immobilienbranche diskutierten über das Problem und mögliche Lösungen. Nicht eingeladen beim Runden Tisch war der Schweizer Heimatschutz. Dabei hätte Geschäftsführer Stefan Kunz gerne mitdiskutiert, denn er sieht Klärungsbedarf. «Man ist verunsichert, was der Denkmalschutz hier wirklich beiträgt oder eben nicht», sagt er mit Blick auf die Wohnsituation. Thematisiert hätte Kunz auch die Zahl der denkmalgeschützten Gebäude. Von den rund 2.7 Millionen Gebäuden in der Schweiz stehen heute etwa **zehn Prozent unter Denkmalschutz**. Davon sind 196

Gebäude teilweise schützenswert, d.h. ein Umbau oder Abbruch ist möglich. Hingegen sind rund 75'000 Gebäude gesetzlich geschützt – ein Abbruch oder Umbau ist nicht möglich. Dass aber ein Gleichgewicht zwischen Denkmalschutz und Erneuerung möglich ist, zeigt das Beispiel der Kleinstadt Lichtensteig im Kanton St. Gallen. Vor einigen Jahren hatte der Ort mit Abwanderung zu kämpfen, Gebäude waren baufällig und Wohnungen standen leer. Dank gezielter Projekte wurde der historische Kern von Lichtensteig wieder belebt und Investoren angezogen.

- Die neue Superbank – eine Hypothek für die Schweiz? Wirtschaftsprofessoren bezweifeln, dass die neue UBS/CS gerettet werden könnte. Das sind keine guten Aussichten. Niemand weiß, wann die nächste Bankenkrise kommt und wie sie aussehen wird. Aber man muss damit rechnen, dass auch die neue UBS/CS einmal in eine Krise gerät. Eine naheliegende Möglichkeit ist, dass sich die Bank verspekuliert, dass sie Verluste schreibt, dass sie das Eigenkapital anzapfen und sich rekapitalisieren muss. Je nachdem wie groß die Probleme sind, dürfte als Retter nur der Staat infrage kommen: «Die neue UBS hat Eigenkapital in der Höhe von vielleicht 70 Milliarden Franken. Im Worstcase müsste der Bund also diese Summe bereitstellen», sagt Dirk Niepelt, Wirtschaftsprofessor an der Universität Bern. Im schlimmsten Fall müsste der Bund 70 Milliarden Franken bereitstellen. **Heute hat der Bund Schulden in Höhe von 110 Milliarden Franken.** Auch mit weiteren 70 Milliarden würde er im internationalen Vergleich immer noch gut dastehen. Niepelt sagt denn auch, dass die Schweiz wohl die Möglichkeiten hätte. Aber es würde keinen Sinn machen. Gleicher Meinung ist Urs Birchler, emeritierter Bankenprofessor an der Universität Zürich. Denn trotz allem würden diese zusätzlichen Schulden das Vertrauen in das Erfolgsmodell Schweiz untergraben. Es wäre Schluss mit der tiefen Verschuldung, dem starken Wechselkurs und den tiefen Zinsen. Zudem ist Birchler überzeugt, dass es auch mit einer nächsten Rettung, mit vielleicht 70 Milliarden Franken, nicht getan wäre. Auf diese Rettung würde vielmehr immer wieder eine nächste Bankenrettung folgen, die durchaus auch mal noch teurer werden könnte. Wie man bei der Credit Suisse erneut gesehen hat, kann eine Bank auch dadurch in eine Krise geraten, dass die Kunden ihre Einlagen abziehen und die Bank in ein Liquiditätsproblem gerät. Einspringen müsste in diesem Fall die Nationalbank SNB. Die heutige **UBS hat Einlagen in der Höhe von ungefähr 500 Milliarden Franken.** Die neue UBS/CS-Superbank hat noch mehr. In der Krise müsste die Nationalbank also unglaublich viel Liquidität zur Verfügung stellen – mit Konsequenzen für die SNB. Die Nationalbank muss die Preisstabilität garantieren und die Inflation unter Kontrolle halten. Ein wichtiges Instrument dazu ist die Steuerung der Geldmenge, die real im Umlauf ist. Wenn die SNB nun aber so viel Liquidität zur Verfügung stellen müsste, würde sie die Geldmenge erheblich ausweiten. Das würde die Fähigkeit der Nationalbank einschränken, ihren Auftrag zu erfüllen, sagt Niepelt. Und: «Die Gefahr einer höheren Inflation wäre grösser – die Kosten für die Lebenshaltung würden für alle Bürger steigen.» Eine neue Super-UBS, die vom Staat gerettet werden müsste – das wäre politisch also schwierig, es würde das ökonomische Erfolgsmodell Schweiz gefährden, es würde die Handlungsfähigkeit der Nationalbank einschränken und die Schweiz einen Schritt näher in Richtung Bananenrepublik rücken. Das sind keine schönen Perspektiven.

- Sechs Greenpeace-Aktivistinnen sind am Samstagmorgen in Bern auf einen Baukran vor dem Gebäude der Schweizerischen Nationalbank (SNB) beim Bundesplatz geklettert. Die Kantonspolizei Bern bestätigte einen Einsatz. Bei der waghalsigen Aktion zum «Swiss Overshoot Day» rollten die Kletternden ein Transparent aus. «Unser Planet hat Grenzen. Sprengen wir sie nicht», steht zu lesen, darunter der Schriftzug von Greenpeace. Die Schweiz habe am Samstag alle Ressourcen dieses Jahres aufgebraucht, schrieb die Umweltorganisation in einer Medienmitteilung. Es bräuhete laut Greenpeace fast drei Erden, um den Schweizer Verbrauch zu ermöglichen.

- Schweiz will mit Grossbritannien bilaterales Abkommen aushandeln. Die britische Handelsministerin Kemi Badenoch ist heute in Bern. SRF.ch

Thailand – Die Parlamentswahl in Thailand ist beendet. Laut der Wahlkommission lag die Wahlbeteiligung bei 80 Prozent. Bis das offizielle Wahlergebnis vorliegt, könnte es Wochen dauern. Holt das Militär weniger Stimmen als die Opposition, könnte es aufgrund einer Verfassungsänderung dennoch im Amt bleiben. Der Hitze zum Trotz: Bei der mit Spannung erwarteten Parlamentswahl in Thailand zeichnet sich nach Schließung der Wahllokale eine Rekordbeteiligung ab. Die Wahlkommission teilte am Sonntag mit, es werde damit gerechnet, dass 80 Prozent der 52 Millionen Wahlberechtigten ihre Stimme abgegeben hätten. Inoffizielle Wahlergebnisse könnten innert 24 Stunden bekannt werden. Die Wahlkommission muss aber erst innerhalb der nächsten 60 Tage das Endergebnis verkünden. Beobachter haben von einer «Schicksalswahl» gesprochen. Die Zeitung «Bangkok Post» schrieb in einem Kommentar, viele sähen die Abstimmung schon als «Wendepunkt in der thailändischen Politik der Gegenwart» und erklärte sie zu einem «Test für die Demokratie». Im Vorfeld sahen alle Umfragen die Opposition vorne, die demokratische Reformen verspricht. Bei den Wählern punktete Umfragen zufolge vor allem die Oppositionspartei Pheu Thai mit der Spitzenkandidatin Paetongtarn Shinawatra. Die 36-Jährige, die erst vor zwei Wochen zum zweiten Mal Mutter geworden war, ist Erbin einer reichen Politiker-Dynastie. Zuletzt hatte die progressive Move-Forward-Partei mit Spitzenkandidat Pita Limjaroenrat (42) aber aufgeholt. Sie ist vor allem bei jüngeren Wählern beliebt. SRF.ch Die fortschrittliche Partei Move Forward (Phak Kao Klai) erhielt die meisten Stimmen, gefolgt von der anderen Oppositionspartei Pheu Thai (Für die Thailänder). Die Partei des derzeitigen Premierministers Prayuth Chan-o-cha, Palang Pracharath, landete mit Millionen Stimmen weniger auf dem vierten Platz. Die drei größten Oppositionsparteien errangen zusammen etwa zwei Drittel der Parlamentssitze. Mittlerweile sind mehr als 99 Prozent der Stimmen ausgezählt. Fast 80 Prozent der Thailänder, die wählen durften, taten dies. Move Forward-Chef Pita Limjaroenrat sagt, er sei bereit, neuer Premierminister zu werden. „Ob Sie mir zustimmen oder nicht, ich werde Ihr Premierminister sein. Ob Sie für mich gestimmt haben oder nicht, ich werde für Sie da sein.“ NOS.nl

Tschechien – Nach 8 Monaten Pause ist die Weltcup-Saison der Mountainbike-Profis wieder losgegangen – und das insbesondere für die Schweizer Frauen äußerst erfolgreich. Im Short Track schafften gleich 2 Schweizerinnen den Sprung aufs Podest. Das Kurzrennen, das nur rund 20 Minuten dauerte, war eine enge und taktische Angelegenheit. Alessandra Keller, Gesamtweltcupsiegerin des letzten Jahres, startete mit der Nummer 1 und mischte im regnerischen Nové Město immer vorne mit. Sie ging als Führende in die letzte Kurve, musste sich im Sprint aber der überraschenden Laura Stigger geschlagen geben. Die Österreicherin feierte dank einem starken Schlussspurt ihren 1. Weltcupsieg. SRF.ch

Türkei – Die staatliche Nachrichtenagentur Anadolu meldete, Amtsinhaber Erdoğan komme auf 49,5 Prozent der Stimmen, Kemal Kılıçdaroğlu auf 44,89%. In zwei Wochen gibt es eine Stichwahl. Laut Wahlbehörde sei die Wahlbeteiligung im Inland bei 88,92 % und im Ausland bei 52,69% gelegen.

- In einem Interview plädierte der türkische Präsidentschaftskandidat Doğu Perinçek (80) von der Patriotischen Partei dafür, dass die Türkei ihre Zukunft in der Vereinigung der BRICS-Staaten suchen sollte. Die NATO-Mitgliedschaft seines Landes stellte Perinçek in Frage. TRT.tr

Ukraine – Die G7-Länder (DE FR IT UK US CA JP) erhöhten ihre Zusagen zur Unterstützung der Ukraine für 2023 auf 44 Milliarden US-Dollar. IZ.ru

- Der ukrainische Präsident Wolodimir Selenski reist derzeit durch Europa. Er hat sich seit Samstag mit den Staatschefs und anderen wichtigen Landesvertretern von Italien, Deutschland, Frankreich und Grossbritannien getroffen, um die Lage in der Ukraine zu

besprechen. Russlandexperte Nauer spricht von einem Coup, einer «diplomatischen Meisterleistung»: Der Besuch in den verschiedenen Staaten habe sich mit weiteren zugesagten Waffenlieferungen materialisiert. SRF.ch

Ungarn – Der ungarische Außenminister Péter Szijjártó sagte, dass es Budapest aufgrund der Aufnahme der ungarischen OTP-Bank in die Liste der Kriegssponsoren durch die Ukraine „sehr schwerfallen“ werde, sich mit der EU auf neue Sanktionen gegen Russland zu einigen.

- Der Präsident des Finanzrates Árpád Kovács sagte am Donnerstag auf der 53. Delegiertensitzung der Industrie- und Handelskammer des Komitats Stuhlweiß (Fejér) in Stuhlweißenburg (Székesfehérvár), dass Ungarn die Maastricht-Kriterien für die Einführung des Euro bis Ende 2024 erfüllen wird. Árpád Kovács betonte, dass der Verbraucherpreisindex im Februar bei 25,4 Prozent lag, aber bis zum Sommer 2024 auf rund drei Prozent sinken könnte. Unterdessen könnte die Staatsverschuldung bis Ende nächsten Jahres deutlich unter siebzig Prozent sinken, und das gesamtstaatliche Defizit könnte bei rund 2,9 Prozent liegen.

- **Ungarn unterstütze Chinas Plan zur Beilegung des Ukraine-Konflikts**, sagte Außenminister Péter Szijjártó am Montag und warf Europa eine „kriegerische“ Mentalität vor. Bei Gesprächen mit seinem chinesischen Amtskollegen Qin Gang in Peking betonte er, dass Budapest „dafür plädiert, dass der Frieden so schnell wie möglich zustande kommt“. „Leider ist die Kriegsrhetorik weltweit extrem stark. Deshalb müssen wir die **Stimme des Friedenslagers stärken**“, erklärte der Minister. „Und im Friedenslager messen wir der Rolle Chinas große Bedeutung bei.“ KR.hu

UNO. Die USA haben **allen diplomatischen Gepflogenheiten zum Trotz** den amtierenden europäischen Generaldirektor einer UNO-Organisation in einer KampfAbstimmung herausgefordert und gewonnen. Der Portugiese Antonio Vitorino muss seinen Posten als Direktor der UNO-Organisation für Migration (IOM) für seine bisherige amerikanische Stellvertreterin Amy Pope räumen. SRF.ch

USA – Forscher haben ein Pangenom, eine Sammlung aus dem Erbgut von 47 Menschen, geschaffen, welches die Diversität der Menschheit ziemlich gut abdecken kann. Eine große Chance, bisher unverstandene genetische Eigenheiten zu entschlüsseln. Jedes Wissenschaftsprojekt ist eine Teamleistung. Das ist so wahr wie banal. Aber es gibt Wissenschaftsprojekte, bei denen trifft das besonders zu. So bei der großen Anzahl an Studien, die kürzlich im Fachmagazin Nature publiziert wurden. Die Forscher des Human Pangenome Reference Consortium (HPRC) haben erstmals ein sogenanntes Pangenom erstellt. Schon im Namen wird deutlich, wie umfassend diese Arbeit ist. «Pan» steht für alles. Es geht also um die **Genome «aller Menschen»**, und deren Vielfalt. «Big science in Bestform», sagt einer der beteiligten Forscher, Karen Miga von der Universität von Kalifornien in Santa Cruz. Nur dank der Entwicklungen in der Long-Read-Sequenzierungstechnologie und in computerbasierten Methoden wurde dieses Projekt überhaupt möglich. Um das menschliche Erbgut zu verstehen, reiche es nicht, nur das Erbgut eines einzigen Menschen zu entziffern, sagt Miga an der Pressekonferenz. «Wer nur das Erbgut eines Menschen untersuche, der verpasse das Spannende: die Unterschiede von Mensch zu Mensch», fügt US-Forscher Benedict Patten von der gleichen Universität hinzu. Das erste menschliche Erbgut wurde im Jahr 2000 sequenziert. Doch aus einem einzigen entschlüsselten Genom lässt sich nur begrenzt Wissen ziehen. Das Pan-Genom-Projekt hat hingegen 47 äußerst vollständige menschliche Genome vorgestellt, die untereinander verglichen werden können. «Diese 47 sind so gewählt, dass sie die genetische Vielfalt des Menschen weltweit ziemlich gut abdecken – jedenfalls sehr viel besser als alles, was es bisher gab», sagt Eric Greene vom National Institute of Health. Geplant ist, das Projekt auf 350 Genome auszuweiten. Schon heute erlebt jeder, der zum

Beispiel an Krebs erkrankt, wie präsent Genetik inzwischen in der Medizin ist. Krebszellen von Patienten werden genetisch charakterisiert und im Erbgut des Patienten selbst wird auch nach Risikofaktoren gesucht. Doch, für jemanden, der sich auskennt, ist klar: Hier werden nur vergleichsweise simple genetische Muster als Informationsquelle genutzt. Aber es gibt eben auch komplexe genetische Muster, von denen man bisher zwar weiß, dass sie relevant sind, aber verstanden und damit medizinisch nutzbar sind sie noch nicht. Referenzgenome funktionieren wie eine Art Blaupause, mit denen man als Forscher Genome, die man gerade untersucht abgleicht, um zum Beispiel Unterschiede oder charakteristische Eigenheiten zu finden. – Und das heißt auch: Jede Forschung ist nur so gut, wie das Referenzgenom, mit dem man arbeitet. Viele nutzen bisher die 2000 sequenzierten menschlichen Genome. Das Pangenom-Projekt liefert jetzt eine sehr viel bessere Alternative. SRF.ch

- Musk gibt Linda Yaccarino (60) als neue CEO von Twitter bekannt. Sie kommt vom Mediengiganten NBCUniversal, wo sie die Werbeabteilung leitete.
- Die Fast-Food-Kette McDonald's ist in den USA für die Verbrennungen verantwortlich, die ein Kind durch ein Chicken Nugget erlitten hat. Das hat eine Jury im Bundesstaat Florida entschieden. Nach Ansicht der Richter hätte McDonald's Anweisungen zum sicheren Umgang mit den Lebensmitteln geben müssen. Der Vorfall ereignete sich im Jahr 2019, als ein 4-jähriges Kind durch ein Chicken Nugget Verbrennungen zweiten Grades erlitt. Amerikanischen Medien zufolge kaufte eine Mutter Happy Meals für ihren Sohn und ihre Tochter in einem McDrive in Tamarac, bei Fort Lauderdale. Die Frau gab an, das Essen ihren Kindern auf dem Rücksitz gegeben zu haben und hörte laute Schreie, als sie losfuhr. Es stellte sich heraus, dass das Mädchen eine schwere Verbrennung an einem Bein hatte, die von einem der Nuggets herrührte. Der Nugget war zwischen dem Gürtel und der Haut des Kindes eingeklemmt. Die Familie sagt, das Nugget sei über 90 Grad heiß gewesen und verlangt 15'000 US-Dollar. NOS.nl
- Während die USA an ihrer neuen Botschaft im Libanon bauen, hagelt es in den sozialen Medien Kritik gegen das kolossale Gebäude. Der Bau ist mehr als doppelt so groß wie das Gelände des Weißen Hauses. Dabei ist die schwere Wirtschaftskrise in dem Nahost-Land noch nicht vorbei.
- Obwohl die USA Russland infolge des Ukraine-Krieges mit drakonischen Sanktionen und Handelseinschränkungen belegt haben, gibt es einen Bereich, bei dem Washington weiterhin auf Moskau angewiesen ist. Es handelt sich um Kernbrennstoff, den viele Atomkraftwerke aus Russland beziehen. KFAR.us

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

04) Was in der Schweiz und anderswo berichtet wurde – 11.05.2023

Australien – Australien geht vehement gegen E-Zigaretten vor. Das Land werde künftig die Einfuhr aller Vapes verbieten, die nicht für Apotheken bestimmt seien, kündigte Gesundheitsminister Mark Butler heute an. Zudem werden nicht nur Einweg-E-Zigaretten aus den Regalen verbannt, sondern auch bestimmte Verpackungen und Geschmacksrichtungen verboten – vor allem, um Jugendliche zu schützen. „Keine Kaugummiaromen mehr, keine rosa Einhörner oder E-Zigaretten, die als Textmarker getarnt sind, damit Kinder sie in ihren Federpennalen verstecken können“, sagte Butler. „Stattdessen werden wir einfache Verpackungen haben, mit einfachen Aromen.“ „Vaping wurde an Regierungen und Gemeinden auf der ganzen Welt als therapeutisches Produkt verkauft, um Langzeitrauchern beim Aufhören zu helfen“, so der Minister. Stattdessen würden gerade junge Menschen, die dampften, mit dreimal höherer Wahrscheinlichkeit anfangen, auch normale Zigaretten zu rauchen. ORF.at

Seite E 73 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 836 vom 01.06.2023

- Fünf Tage nach dem Verschwinden eines Anglers im tropischen Norden Australiens sind menschliche Überreste im Bauch eines Krokodils gefunden worden. „Die Polizei glaubt, dass die Überreste die des vermissten 65-jährigen Mannes sind. NPO.nl

Botswana – Caroni meint, dass die Schweizer Außenpolitik sich an ihren eigenen Interessen orientieren solle und so auch die Besuche, namentlich des Bundespräsidenten, dementsprechend wählen müsste. «Bei Botswana sticht mir nicht ins Auge, was die außenpolitischen Interessen der Schweiz wären.» Alain Berset legt den Schwerpunkt seiner Kontakte im Präsidentschaftsjahr auf Afrika. Bei Botswana gehe es auch darum, die demokratische Tradition des südafrikanischen Landes zu würdigen, so das Eidgenössische Departement des Innern (EDI). SRF.ch

BR Deutschland – Das Deutschlandticket zu 49 Euro pro Monat wurde zum 1. Mai 2023 eingeführt. Die Ausgabe erfolgt grundsätzlich digital als E-Ticket über App oder auf Chipkarte gemäß dem technologischen Standard. Verkehrsunternehmen, die noch nicht in der Lage zur Bereitstellung eines digitalen Produktes sind, können das Ticket bis zum 31. Dezember 2023 übergangsweise als digital kontrollierbare Papierfahrkarte mit einem zur Verwendung in der App analogen 2D-Code ausgeben. Das Ticket wird ausschließlich im Abonnement angeboten und ist monatlich kündbar. Es gilt dabei jeweils vom ersten Kalendertag eines Kalendermonats bis zum ersten Kalendertag des Folgemonats um 3 Uhr. Beim Kauf für den laufenden Monat gilt das Ticket unabhängig vom Kaufzeitpunkt ebenfalls bis zum ersten Tag des folgenden Kalendermonats. Das Abonnement verlängert sich automatisch um einen weiteren Monat, sofern es nicht bis zum Zehnten des Vormonats gekündigt wurde. So kann ein Ticket für einen einzelnen Monat ab dem 11. des Monats nicht mehr einzeln erworben werden, sondern bedingt notwendigerweise auch einen Kauf des Tickets für den Folgemonat. Die Kündigung muss bei demjenigen Unternehmen erfolgen, bei dem das Deutschlandticket gekauft wurde. Das Deutschlandticket erlaubt die Beförderung einer Person in der zweiten Klasse in allen Nahverkehrsmitteln in Deutschland wie Regionalbahn, S-Bahn, U-Bahn, Straßenbahn sowie im ÖPNV-Angebot enthaltenen Bussen. Zum Teil gilt das Ticket auch für Fahrten zu und von grenznahen Zielen im Ausland. DLF.de

Frankreich – Die Reporter ohne Grenzen (rsf.org/) mit Sitz in Paris veröffentlichen die Rangliste jeweils am 3. Mai zum Tag der Pressefreiheit. Gut oder eher gut bestellt ist es um die Freiheit der Medien in 52 Ländern. Hier behält Norwegen den 1. Platz zum siebten Mal in Folge. Irland schafft es auf Platz 2, gefolgt von Dänemark, Schweden, Finnland und den Niederlanden (um 22 Plätze gestiegen!). Weiters Litauen, Estland, Portugal, Osttimor, Liechtenstein, Schweiz. Die Schweiz belegt bei der Pressefreiheit 2023 den 12. Platz unter 180 Ländern. Im Vorjahr war sie auf der Rangliste der Reporter ohne Grenzen noch auf Platz 14 gelandet. Grund für die Verbesserung ist vor allem das Ende der Covid-19-Pandemie. Dadurch entspannte sich ein vorher beispiellos gehässiges Klima von Einschüchterung, Feindseligkeit und sogar physischer Gewalt vonseiten der Gegner der Pandemiemaßnahmen, wie die Reporter ohne Grenzen mitteilen. Diese Aggressionen hatten die Schweiz 2022 vom 10. auf den 14. Rang zurückgeworfen. Schweizer Journalisten drohen bei Berichten aufgrund geleakter oder gestohlener Bankdaten bis zu drei Jahre Gefängnis. Die wirtschaftliche Lage vieler Medien bleibt weiterhin fragil, was den Teilindikator Medienvielfalt beeinträchtigte. Deutschland ist in der Rangliste der Pressefreiheit abgestiegen – bereits zum dritte Mal in Folge – um fünf Plätze auf Rang 21 zurückgefallen. Österreich belegt Platz 29. SRF.ch

Großbritannien – König Charles' Krönung wurde ein Treffen der Religionen. Hindus, Sikh und Muslime wirkten bei der britischen Krönung am 6. Mai mit – ein Novum, das Erzkonservative empört.

- Der Krönungseid hat sich über die Jahre gewandelt. Neu ist eine Formulierung, welche die Religionsvielfalt in Grossbritannien berücksichtigt.

Italien – Die Zahl der Bambini hat einen historischen Tiefpunkt erreicht. Italien altert rasant. Meloni aber sagt, flexiblere Arbeitsverträge würden neue Stellen schaffen. Und mit den Einsparungen beim Bürgergeld will sie die Sozialabgaben reduzieren, um bis zu 100 Euro pro Monat. Das werde die Jungen bei der Gründung einer Familie unterstützen.

- Venedigs Kommunalpolitiker liebäugeln seit Jahren mit dem Verkauf eines Gemäldes von Gustav Klimt. Das fast zwei Meter hohe Ölbild «Judith II» stammt aus dem Jahr 1909, der sogenannten goldenen Periode des Malers. Derzeit hängt es im venezianischen Museum für moderne Kunst im Palazzo Ca' Pesaro. Auf dem Kunstmarkt würde das berühmte Werk rund 120 Millionen Franken kosten. Venedigs Bürgermeister könnte den Gegenwert des Klimt-Gemäldes gut gebrauchen. Denn wahrscheinlich entfallen EU-Gelder für ein geplantes städtisches Sportstadion.

- Bei der Brücke, die Leonardo Da Vinci hinter Mona Lisas Schulter malte, soll es sich um die etruskisch-römische Brücke Romito handeln. Die Überreste der Brücke, die auch Ponte di Valle genannt wird, stehen im toskanischen Dorf Laterina.

- Bei einem internationalen Großeinsatz gegen die Mafia heute sind insgesamt 108 Haftbefehle vollstreckt worden. Mehrere Personen wurden aufgrund eines Europäischen Haftbefehls in Deutschland festgenommen, wie die italienischen Carabinieri heute bekanntgaben. Außerdem wurden gegen sechs Menschen in Belgien, drei in Frankreich und jeweils eine Person in Portugal, Rumänien und Spanien Europäische Haftbefehle vollstreckt. Ein Gericht in der Hafenstadt Reggio Calabria hatte auf Antrag der Anti-Mafia-Staatsanwaltschaft die mehr als 100 Haftbefehle ausgesprochen. ORF.at

Katar – In Katar fand eine zweitägige Konferenz der Vereinten Nationen zur Situation in Afghanistan begonnen. Auf Einladung von Uno-Generalsekretär Guterres beraten die Mitgliedsstaaten. Ziel des Treffens ist der Uno zufolge, einen einheitlichen Umgang der internationalen Staatengemeinschaft mit dem Taliban-Regime zu finden. Afghanistans kritisiert die Veranstaltung. Ein hochrangiger Vertreter der Taliban beklagte im Gespräch mit der Deutschen Presse-Agentur, es sei „diskriminierend“, von der Uno nicht eingeladen worden zu sein. Dadurch könnten die Standpunkte der Taliban nicht vorgetragen werden. RBB.de

Mayotte – Die Insel vor der afrikanischen Ostküste gehörte früher zur Inselgruppe der Komoren. Ihre Bevölkerung entschied sich in einer Volksabstimmung gegen die Unabhängigkeit und wollte bei Frankreich bleiben. Inzwischen ist Mayotte ein eigenständiges Departement Frankreichs. Es zieht viele Migrantinnen und Migranten aus Nachbarländern an, besonders von den 70 Kilometer entfernten Komoren. Die Bevölkerung auf Mayotte hat in den vergangenen 30 Jahren massiv zugenommen. Die Infrastruktur des Departements ist überlastet, und die Gewalt hat zugenommen. 2000 französische Sicherheitskräfte sollen nun die illegal eingereisten Migrantinnen und Migranten ausschaffen und in ihre Herkunftsländer zurückführen. Mayotte ist Frankreichs Departement der Extreme. Dies zeigt der Blick in die Statistik: Die Einkommen sind die mit Abstand tiefsten in ganz Frankreich, drei Viertel der Bevölkerung leben unter der offiziellen Armutsgrenze. Mit einem Durchschnittsalter von 23 Jahren ist die Bevölkerung deutlich jünger als in Kontinentalfrankreich (Durchschnittsalter 41). Die Geburtenrate ist mit 4.6 Kindern pro Frau mehr als doppelt so hoch wie im Landesdurchschnitt. Die Arbeitslosigkeit ist nirgends in Frankreich so hoch wie in Mayotte: Nur 30 Prozent der Bevölkerung im arbeitsfähigen Alter hat Arbeit. Das Bildungsniveau ist sehr tief, die Kriminalität liegt weit über dem nationalen Durchschnitt. Warum ist die Insel so attraktiv für Migranten? Als die Inselgruppe der Komoren 1975 von Frankreich unabhängig wurde, blieb Mayotte nach einer Volksabstimmung bei Frankreich. Zuerst als sogenanntes Überseegebiet. 2011 wurde Mayotte zum 101. französischen Departement aufgewertet und damit den anderen

gleichgestellt. Dadurch hat die Bevölkerung beispielsweise auch Anrecht auf Sozialhilfe. Auch wenn Mayotte das ärmste Departement ist: Der Lebensstandard in Mayotte ist vielfach höher als auf den Komoren. Und das lockt jedes Jahr Zehntausende von Migrantinnen und Migranten an und führt zu einem massiven Bevölkerungswachstum. Bereits 2017 schätzten die Behörden, dass mehr als die Hälfte der Bevölkerung Migranten oder deren Nachkommen sind. Was bezweckt Frankreich mit den 2000 Sicherheitskräften? Diese Aktion soll die lokale Bevölkerung beruhigen. In den vergangenen Jahren haben die sozialen Spannungen massiv zugenommen. Immer wieder sind Unruhen ausgebrochen. Immer wieder gingen Bürgerwehren gegen Migranten vor und zerstörten deren Unterkünfte. Die Regierung will jetzt wohl demonstrieren, dass sie das Problem ernst nimmt und das Feld nicht einfach der Selbstjustiz von Bürgerwehren überlassen will. Wie ist die Zusammenarbeit Frankreichs mit den Komoren? Diese gestaltet sich schwierig. Die Komoren anerkennen Mayotte nicht als Departement Frankreichs. Sie beharren darauf, dass Mayotte eigentlich zu ihrem Staat gehört, eine Rückführung von Migranten also eigentlich gar nicht möglich sei. De facto wollen die Komoren damit vor allem aber Kompensationsleistungen für zurückgeführte Menschen aus Frankreich erreichen. Auf Mayotte wird die Aktion der Sicherheitskräfte von der Bevölkerung und den politischen Vertretern mehrheitlich unterstützt. Menschenrechtsorganisationen dagegen kritisieren die Behandlung der Menschen aus den Komoren ohne Papiere als unwürdig. Linke Parteien in Kontinentalfrankreich teilen diese Kritik. Rechte Parteien bezeichnen Mayotte schon länger als schlechtes Beispiel einer unkontrollierten Migration. Marine Le Pen hat die Insel im Wahlkampf um die Präsidentschaft 2022 intensiv bereist. Im ersten Wahlgang hat sie auf Mayotte unter allen Kandidaten mit Abstand das beste Resultat erzielt und dann in der Stichwahl gegen Präsident Macron fast 60 Prozent der Stimmen erreicht. SRF.ch

Nepal – Beim Versuch, den höchsten Berg der Welt zu erklimmen, ist ein US-Bürger tödlich verunglückt. Es ist der vierte Tote am Mount Everest in der diesjährigen Frühlingssaison. In Nepal haben diese Saison mindestens 466 Alpinisten eine Genehmigung für die Besteigung des Bergs bekommen – so viele wie noch nie. SRF.ch

Österreich – Die Teuerung hat sich im April beschleunigt: Laut Statistik Austria beträgt die Inflationsrate für April voraussichtlich 9,8 Prozent, im März lag die Teuerungsrate bei 9,2 Prozent. Im Monatsabstand stiegen die Verbraucherpreise um 0,8 Prozent. Die Teuerung nimmt zunehmend in den Bereichen Freizeit, Reisen und Dienstleistungen an Fahrt auf.

- Drei Jahre Bachelorstudium um 75'000 Euro und dann noch drei Jahre Masterstudium um weitere 75'000, so war das Medizinstudium an der Sigmund Freud Uni in Wien aufgebaut. Doch dann sah im Vorjahr ein Gutachten im Auftrag der Akkreditierungsagentur AQ Austria Qualitätsmängel im Studium und deshalb „Gefahr in Verzug“. Anfang März bestätigte das Bundesverwaltungsgericht den Entzug der Zulassung. Vor zwei Wochen hieß es, dass rund 600 Masterstudierende ihr Studium noch beenden können. In der Luft hängen bleiben aber rund 750 Bachelorstudierende. Dieses Übergangs- oder Brückenjahr soll statt 12'500 Euro im Semester nur rund die Hälfte kosten und könnte in Zusammenarbeit mit Hilfe einer Uni in der Slowakei stattfinden.
- Afrikanischer Elefant bis Zebra-Passionsblumenfalter: Einmal im Jahr werden im Wiener Tiergarten Schönbrunn die Tiere gezählt. Die aktuelle Inventur ergab, dass in dem Zoo 649 Arten und 7'749 Tiere leben. ORF.at

Polen – Polen könnte von Russland als Nachfolgestaat der UdSSR Reparationen für den Zweiten Weltkrieg verlangen, aber nur, wenn es Deutschland überredet, zuerst eine ähnliche Rechnung zu bezahlen, behauptete ein hochrangiger Beamter in Warschau. Berlin hat bisher eine Forderung Polens in Höhe von 1,3 Billionen Euro wegen der Nazi-Besatzung mit dem Argument zurückgewiesen, dass die Angelegenheit längst beigelegt sei. RPI.pl

Schweiz – Wie umgehen mit linksextremer Gewalt? Gewalttätige Demonstrationen nehmen zu. Ein allgemeines Rezept dagegen gebe es nicht, sagt der Kriminologe Dirk Baier.

- SVP jagt SP Sitz ab. «Für die SP wird es im Ständerat immer enger»
- Nach Pandemietief. Swiss setzt Steigflug im ersten Quartal fort. Die Fluggesellschaft Swiss hat im ersten Quartal einen Betriebsgewinn von 78.4 Millionen Franken eingeflogen. Noch im Vorjahr hatte die Airline einen Betriebsverlust von knapp 48 Millionen Franken erlitten. Der Umsatz stieg auf 1.1 Milliarden Franken nach 712 Millionen Franken im Vorjahresquartal.

- Der 9. Mai ist in vielen ehemaligen Sowjet-Staaten ein Feiertag – auch in Russland. Der Feiertag wurde in den 60er-Jahren in der Sowjetunion eingeführt, um an den Tag des Sieges über Nazideutschland zu erinnern. Auch auf dem Friedhof Hörnli in Riehen bei Basel, wo ein Grabmal an mehrere gefallene sowjetische Soldaten erinnert, wurde der Gedenktag in den letzten Jahren begangen. Das Grabmal mehrerer sowjetischen Soldaten auf dem Friedhof Hörnli in Riehen bei Basel ist ein ziemlich unscheinbarer Ort. Bis vor einem Jahr hatte sich denn auch niemand daran gestört, dass jedes Jahr am 9. Mai die russische Botschaft zu einem Gedenk Anlass einlädt und Russen, aber auch Ukrainer, das Grabmal besuchen. Gross war die Aufregung im letzten Jahr, als die russische Botschaft in Bern ankündigte, sie wolle trotz Krieg in der Ukraine an der Feier festhalten. Auflage für russische Siegesfeier in Basel: Kein Z-Symbol.

- Blick und Tamedia waren vom Cyberangriff auf die NZZ betroffen.
- Seit Anfang Woche bis kommenden Dienstag findet in der Romandie die Armeeübung «LUX 23» statt. Etwa 4000 Miliz- und Berufsmilitärs aus der ganzen Schweiz sind mobilisiert, darunter die Territorialdivision 1 und Teile der Luftverteidigung. Hinzu kommen Angehörige des Kommandos Spezialkräfte, des Bundesamts für Zoll und Grenzsicherheit, der Polizeikorps, der SBB und sogar der französischen Armee. SRF.ch

Serbien – Neun Tote nach Schüssen in Belgrader Schule. ,

- Erneute Schießerei in Serbien – mindestens acht Tote. In Mladenovac erschießt ein Mann aus einem Auto mehrere Menschen. SRF.ch

Südafrika – Der 15. BRICS Gipfel im August 2023 könnte von Durban nach Moskau oder St. Petersburg verlegt werden, damit auch der russische Präsident teilnehmen kann. SABC.za

Taiwan – Für SP-Nationalrat Fabian Molina ist die Stärkung der Beziehung zu Taiwan ein Zeichen gegen das große, China. Mit 97 zu 87 Stimmen folgte der Nationalrat am Dienstagabend Molina. Abgelehnt haben den Vorstoß die FDP, die SVP und Teile der Mitte. Darunter auch FDP-Nationalrat Hans-Peter Portmann: «Taiwan ist international kein souveräner und eigenständiger Staat, es ist ein Teilstaat von China. Deshalb sind uns hier die Hände gebunden.» Mit Taiwan unterhält die Schweiz zwar Kultur-, Wissenschafts- und Wirtschafts-Kontakte, aber keine diplomatischen Beziehungen. SRF.ch

- Der Versand des Waffenrückstands in Höhe von 19 Milliarden US-Dollar, den die USA für Taiwans Verteidigung genehmigt haben, ist jetzt nach der russischen Invasion in der Ukraine noch wichtiger, sagte ein wichtiger republikanischer Gesetzgeber am Mittwoch. Rep. Don Bacon (R-Neb.), ein Mitglied des House Armed Services Committee, benutzte diese Zahl, um zu sagen, dass die Vereinigten Staaten „in dem, was wir für Taiwan bereitstellen müssen, hinterherhinken“. Der Verkauf dieser Waffen – einschließlich der Harpoon-Over-the-Horizon-Langstrecken-Anti-Schiffs-Raketen – und anderer Systeme wie F-16-Jäger war Teil einer Vereinbarung von 2019, die sich aufgrund von Lieferkettenproblemen im Zusammenhang mit COVID-19 verzögert hat. USNI News berichtete, dass 2,37 Milliarden US-Dollar der autorisierten Verkäufe für 400 Harpoon Block

Ils und 100 Harpoon Coastal Defense Systems bestimmt waren, die der Schlüssel zur Abwehr eines amphibischen Angriffs sind. Die Ukrainer haben diesen Sommer mindestens eine Harpunenbatterie in der Nähe ihrer Schwarzmeerküste stationiert. [VOA.us](https://www.voa.us)

Tschechien – Die Europäische Kommission will die Munitionsproduktion in Europa mit einer Milliarde Euro ankurbeln. Das sei eine gute Nachricht für die Ukraine, stärke aber auch die europäischen Verteidigungsfähigkeiten, so EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen gestern in Prag. ORF.at

Türkei – Es wurde ein Ölfeld mit einer geschätzten Produktionskapazität von 100'000 Barrel (à 159 Liter) pro Tag entdeckt, teilte Präsident Recep Tayyip Erdoğan (69) am Dienstag mit. Die neuen Ressourcen wurden in der Nähe eines bestehenden Ölfeldes im Gabar-Gebirge (Gabar Dağı) in der südöstlichen Provinz Şırnak identifiziert, sagte Erdoğan und fügte hinzu, dass das Feld in der Lage sei, mehr Öl zu produzieren als jedes andere türkische Feld und die Energieunabhängigkeit des Landes stärken werde. „Wir werden ein energielieferfähiger Staat“, proklamierte er. Der türkische Führer behauptete sogar, dass Rohöl aus dem neuen Feld bereits zu Ö Raffinerien fließt. TRT.tr

Uganda – Schimpansen setzen verschiedene Rufe wie „Huu“ und „Waa“ zu einer Art Zweiwortsatz zusammen. Ihre Artgenossen verstehen offenbar die spezielle Bedeutung der Minisätze, wie ein internationales Forschungsteam in einem Experiment mit wilden Schimpansen in Uganda zeigt. ORF.at

Ukraine – Offizielle Berichte behaupten, dass die Hälfte des ukrainischen Territoriums (550'000 km²) vermint wurde. Das entspricht ganz Großbritannien (244'000 Quadratkilometer). Laut Premierminister Denis Schmigal ist sein Land zum größten Minenfeld der Welt geworden, was die Regierung sogar dazu veranlasst hat, ein spezielles Zentrum zur Bewältigung der Folgen zu schaffen. Experten gehen davon aus, dass die Situation in der Ukraine schlimmer ist als in Afghanistan und Syrien. Die Zahl der Blindgänger, Antipersonen-, Panzerabwehr-, Schmetterlings- und anderen Minen und Sprenggranaten wird auf Millionen von Einheiten geschätzt. Unterdessen wachsen die Minenfelder der Ukraine exponentiell. Im vergangenen Jahr wurde die gesamte Länge der Frontlinie auf beiden Seiten vermint. Sie werden oft verstreut und ohne Kartierung verlegt. Angesichts der Größe der Ukraine erschwert dies den Prozess, sie zu finden und zu neutralisieren, erheblich.

- Das russische Militär hat einen großangelegten Raketenangriff auf die ukrainische Militärindustrie gestartet und die Produktion von Waffen und Munition unterbrochen, teilte das Verteidigungsministerium am Montag mit. Während das russische Militär nicht genau angab, welche Orte angegriffen wurden, berichteten ukrainische Medien von Angriffen in den Regionen Kiew, Sumy und Dnepropetrowsk. Letzterer offenbar das Schlimmste, als eine massive Explosion am Rande der Stadt Pawlograd gemeldet wurde. VESTI.ru
- Ein Mangel an Munition schränkt die Fähigkeit der Ukraine ein, sich gegen russische Streitkräfte zu verteidigen oder ihre wohlüberlegte Gegenoffensive erfolgreich zu starten, sagte der tschechische Präsident Petr Pavel. Pavel sprach am Sonntag nach seiner Rückkehr von einem dreitägigen Besuch in der Ukraine, bei dem er Gespräche mit seinem ukrainischen Amtskollegen Vladimir Zelensky und anderen Beamten in Kiew führte, mit den Medien. Er reiste auch in die Stadt Dnepr, die nicht weit von der Front entfernt liegt, und war damit der erste ausländische Führer, der seit dem Ausbruch des Konflikts zwischen Moskau und Kiew vor mehr als einem Jahr in den östlichen Teil des Landes ging. Der tschechische Präsident sagte, dass seine vielen Gespräche mit ukrainischen Beamten „ziemlich deutlich gemacht haben, dass das, was die Ukraine heute am meisten für eine erfolgreiche Verteidigung braucht, Munition ist“. RŽ.cz

- Die ukrainische Flugabwehr über der Hauptstadt Kiew eine Drohne der eigenen Streitkräfte abgeschossen. Militärs hatten die Kontrolle über das unbemannte Flugobjekt verloren. ORF.at

UNO – Chinas Top-Diplomat hat aufgefordert, im UN-Sicherheitsrat Entwicklungsländern mehr Mitspracherecht zu geben. Die Äußerungen von Wang Yi kamen eine Woche, nachdem der russische Außenminister Sergej Lawrow einen ähnlichen Vorschlag gemacht hatte und sagte, die westlichen Mächte seien in dem wichtigsten internationalen Gremium überrepräsentiert. Während eines Treffens mit den Botschaftern Kuwaits und Österreichs bei den Vereinten Nationen, Tareq Albanai und Alexander Marschik, sagte Wang am Samstag: „Die Reform des Sicherheitsrates sollte Fairness und Gerechtigkeit wahren, die Vertretung und Stimme der Entwicklungsländer stärken und mehr kleine und mittelgroße Länder mehr Möglichkeiten geben, sich an der Entscheidungsfindung des Rates zu beteiligen.“ Der Beamte, der im Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Chinas für auswärtige Angelegenheiten zuständig ist, fügte hinzu, dass „historische Ungerechtigkeiten gegenüber Afrika“ wiedergutmacht werden sollten. Der chinesische Diplomat machte seine Bemerkungen vor Gesprächen über die Reform des Sicherheitsrates, wobei Kuwait und Wien die Verhandlungen leiteten. CRI.cn

- Moskau wünscht sich eine Verlegung des UN-Hauptquartiers von New York City in die Schweiz oder nach Österreich. SRF.ch

USA – Die Staatsverschuldung der USA hat sich gegenüber dem Vorjahr um circa 1,5 Billionen US-Dollar auf insgesamt rund 31 Billionen US-Dollar im Jahr 2022 erhöht. Für das Jahr 2023 wird die Staatsverschuldung der USA auf etwa 32,8 Billionen US-Dollar prognostiziert. Die Vereinigten Staaten weisen in absoluter Höhe die höchste Staatsverschuldung weltweit auf. Im Streit um die Schuldenobergrenze in den USA erhöht Finanzministerin Janet Yellen den Druck und warnt vor einem möglichen Zahlungsausfall der Regierung. Die Schuldenobergrenze könnte bereits am 1. Juni erreicht sein, schrieb Yellen in einem Brief an den Vorsitzenden des US-Repräsentantenhauses, Kevin McCarthy. Die Reserven könnten aber auch erst einige Wochen später aufgebraucht sein, das präzise Datum sei unmöglich vorauszuahnen, heißt es im Brief weiter. Die Schätzung basiere auf derzeit verfügbaren Daten. Wird die Schuldenobergrenze nicht bald erhöht, könnte es zu einem beispiellosen Zahlungsausfall der US-Regierung kommen – der die Weltwirtschaft in eine Krise stürzen könnte. In den USA legt das Parlament in unregelmäßigen Abständen eine Schuldenobergrenze fest und bestimmt, wie viel Geld sich der Staat leihen darf. Die Schuldengrenze liegt zurzeit bei rund 31.4 Billionen US-Dollar (rund 28.1 Billionen Schweizer Franken). Zahlungsausfall könnte globale Finanzkrise auslösen. Mittlerweile ist dieser Schuldendeckel erreicht, und das US-Finanzministerium muss die Kapitalreserven anzapfen – denn die USA dürfen nun keine neuen Schulden mehr aufnehmen, um ihre Rechnungen zu begleichen. Für eine Anhebung der Schuldenobergrenze brauchen US-Präsident Joe Biden und seine Demokraten die Republikaner. Diese stemmen sich aber gegen eine Anhebung ohne deutliche Einsparungen bei gewissen Staatsausgaben. Ein Zahlungsausfall der weltgrößten Volkswirtschaft kann eine globale Finanzkrise und einen starken wirtschaftlichen Abschwung auslösen. Die USA könnten einen Großteil ihrer Rechnungen nicht mehr begleichen – Millionen Menschen könnten in der Folge ihren Arbeitsplatz verlieren. Ein Zahlungsausfall würde auch das Vertrauen in die Kreditwürdigkeit der USA beschädigen, was ökonomische Verwerfungen auslösen dürfte. Die US-Finanzministerin hat immer wieder deutlich gemacht, dass das eine Katastrophe wäre. Yellen hatte schon im Januar vor einem Zahlungsausfall Anfang Juni gewarnt. Die Schätzung des unabhängigen Haushaltsamtes des US-Kongresses prognostizierte zuletzt ohne Anhebung der Schuldenobergrenze einen Zahlungsausfall zwischen Juli und September. Die Finanzministerin mahnte nun, dass es dem Vertrauen in die US-Wirtschaft schade, mit einer Aussetzung oder Anhebung der Schuldengrenze bis zum letzten Moment zu warten. Die Schuldenobergrenze wurde seit ihrer Einführung 1917 dutzendfach erhöht,

da sonst das Geld ausgegangen wäre. Mit den neuen Schulden werden keine zusätzlichen Ausgaben finanziert – sie dienen dazu, bereits eingegangenen Verpflichtungen nachzukommen. Die Schuldengrenze ist nicht zu verwechseln mit dem Haushalt. Auch hier kommt es im Kongress regelmäßig zum Streit, weil sich die Demokraten und Republikaner nicht auf ein neues Haushaltsgesetz einigen können, was eine Stilllegung der Regierungsgeschäfte zur Folge haben kann.

- In der Nacht von Montag auf Dienstag ist in den USA der Vertrag zwischen den Drehbuchautoren der Writers Guild of America und den Produzenten und Studios ausgelaufen. Jetzt streiken die Screenwriters wieder, wie vor 15 Jahren. Damals dauerte der Streik 100 Tage und kostete rund 2 Milliarden Dollar.
- Spam feiert seinen Geburtstag. Fast die Hälfte aller E-Mails sind immer noch unerwünschte E-Mails. Aber wir sehen sie kaum noch. Spam gab es schon vor dem Internet: Am 3. Mai 1978 schickte der Marketingleiter Gary Thuerk eine Nachricht an etwa 600 Adressen im Arpanet – einem Vorläufer des heutigen Internets. 393 von ihnen erreichten ihr Ziel und bewarben ein neues Computersystem von Digital Equipment Corp. (Compaq-Hewlett-Packard) Die meisten Empfänger hätten verärgert reagiert, heiÖt es. Aber wenn wir Thuerk glauben dürfen, hätte die unerwünschte Werbung zu Millionenumsätzen geführt. Spam war geboren – auch wenn die unerwünschten Nachrichten noch keinen Namen hatten. Als das kommerzielle Internet, wie wir es kennen, Mitte der 1990er Jahre aufkam, war Spam nicht mehr aufzuhalten. Konservative Schätzungen gehen davon aus, dass Mitte der 1990er Jahre bis zu 85 Prozent aller E-Mails Spam waren. Andere Zahlen sprechen sogar von 96 Prozent. Laut der Statistikplattform Statista macht Spam immer noch fast die Hälfte des weltweiten E-Mail-Verkehrs aus. Besonders viel Spam soll aus Ländern wie Indien, Russland, China und den USA kommen. Doch unerwünschte Werbung oder Massenbetrugsversuche finden heute nicht mehr nur per E-Mail statt. Viel Spam ist in die sozialen Medien gewandert. Bis zu 40 Prozent aller Social-Media-Konten sind im Besitz von Spam-Bots. Ursprünglich ist Spam der Markenname einer bestimmten Art von Billigfleischkonserven von der Firma Hormel Foods USA (hormelfoods.com/). Der Begriff Ham wird als Gegenstück zum bekannten Begriff Spam verwendet. Dies ist dann das Fleisch von „guter Qualität“ im Gegensatz zu Spam von „schlechter Qualität“. Ham ist alles E-Mail, das kein Spam ist. SRF.ch

Usbekistan – In der zentralasiatischen Ex-Sowjetrepublik haben die Bürger nach offiziellen Angaben per Referendum mit großer Mehrheit eine neue Verfassung bestätigt. Mit Ja hätten 90.21 Prozent gestimmt, teilte der Chef der Wahlkommission, Sajniddin Nisamchodschajew, der staatlichen Nachrichtenagentur Uza zufolge mit. Beobachter sehen in der Verfassungsänderung vor allem ein Mittel, um die Amtszeit von Präsident Schawkat Mirsijojew zu verlängern. Laut Nisamchodschajew lag die Wahlbeteiligung bei 84.54 Prozent. Damit hätten knapp 16.7 Millionen Usbeken von ihrem Stimmrecht Gebrauch gemacht. Die neue Verfassung war zuvor schon von Unter- und Oberhaus des Parlaments verabschiedet worden. Vorgesehen ist darin unter anderem die Verkleinerung des Senats, dem Oberhaus des Parlaments, von 100 auf 65 Abgeordnete. Darüber hinaus wird die Amtszeit des Präsidenten von fünf auf sieben Jahre verlängert und die Todesstrafe abgeschafft. SRF.ch

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

05) Was in der Schweiz und anderswo berichtet wurde – 07.05.2023

BRICS. Der Wirtschaftsblock besteht derzeit aus Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika und ist bemerkenswert als potenzielle Handels- und politische Kraft, von der viele voraussagen, dass sie als Alternative zu den Vereinigten Staaten und dem von ihnen geführten globalen Wirtschaftssystem dienen könnte, insbesondere, wo Washingtons Einfluss auf der Weltbühne als rückläufig gilt. China, der prominenteste Mitgliedsstaat und mit einem BIP, das mehr als doppelt so groß ist wie das aller anderen vier Mitglieder zusammen, war Berichten zufolge derjenige, der die Diskussion über die Erweiterung initiiert hat, da er dies als einen Weg sah, den Block stärker zusammenzubringen gegen aktuelle globale Finanzinstitutionen wie die Weltbank, den Internationalen Währungsfonds (IWF) und die Vereinten Nationen. Neben Saudi-Arabien und dem Iran hat sich im vergangenen Jahr auch Algerien um den BRICS-Beitritt beworben, die Türkei und Ägypten werden voraussichtlich bald Mitglieder werden. CRI.cn

China. Es steuert die Welt auf eine bipolare Ordnung zu. Der französische Präsident Emmanuel Macron, EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen, Brasiliens Präsident Lula da Silva: Sie geben sich dieser Tage in Peking die Klinke in die Hand. China will gemeinsam mit dem globalen Süden die aktuelle Dominanz des Westens durchbrechen. Es gehe darum, die globale Ordnung nach chinesischen Vorstellungen zu ändern, sagt Mikko Huotari, Direktor des Mercator-Instituts für Chinastudien in Berlin. Gemäß Huotari will China in den internationalen Organisationen seine eigenen Interessen durchsetzen. «Und es will mit dem globalen Süden gemeinsam die Vorherrschaft oder die aktuelle Dominanz des Westens durchbrechen.» Huotari verweist auf die zahlreichen globalen Initiativen, die China gestartet hat, angefangen mit der neuen Seidenstraße vor rund zehn Jahren: Peking finanziert die Infrastruktur in zahlreichen Entwicklungs- und Schwellenländern. In den letzten ein bis zwei Jahren lancierte China zusätzlich eine globale Sicherheitsinitiative, eine globale Entwicklungsinitiative, eine globale Datensicherheitsinitiative und eine globale Zivilisationsinitiative. Es sind Vertragswerke, mit denen China Länder rund um den Globus als Partner gewinnen will. Und auch in den bestehenden internationalen Organisationen will China Einfluss nehmen. «Zum Beispiel möchte Brasilien ständiges Mitglied des UNO-Sicherheitsrates werden. China unterstützt das», sagt Professor Jiang Shixue, der Chinas Außenpolitik seit Jahrzehnten beobachtet und kommentiert. Ein anderes brennendes Thema für China und den globalen Süden ist die Vorherrschaft des Dollars im globalen Finanzsystem: «Die USA handeln unverantwortlich. Deshalb müssen die Entwicklungsländer etwas gegen diese globale Währung machen», fordert Jiang. Er spricht darauf an, dass die USA Länder vom Dollarhandel ausschließen können und dies auch tun, wie zum Beispiel Russland. Der Dollar ist ein Machtinstrument für die USA. Darauf reagiert Peking, indem es mit den Besuchern aus dem globalen Süden vereinbart, dass künftig vermehrt der chinesische Renminbi (1 Franken = 7.7 ¥) im bilateralen Handel eingesetzt werden soll. So unternimmt das Reich der Mitte gerade sehr viel, um sich geopolitisch im Zentrum der Welt zu positionieren. SRF.ch

BR Deutschland. In Berlin ist die Polizei wegen der Demonstrationen zum 1.Mai in diesem Jahr mit 6'300 Kräften im Einsatz. In Stuttgart kam es zu Unruhen.

- In Berlin hat die Freibad-Saison begonnen. Als erstes nahm heute das Sommerbad am Olympiastadion den Betrieb auf, morgen soll das Prinzenbad in Kreuzberg folgen. Die Bäder Am Insulaner und in Neukölln und verschiedene Strandbäder öffnen nach Angaben der Bäderbetriebe am Montag. Das Strandbad Wannsee ist schon seit Karfreitag offen. Die Bäderbetriebe haben angekündigt, den Einlass in die Schwimmbäder besser zu organisieren: So soll es Express-Eingänge geben, die für Badegäste mit Dauer-, Mehrfach oder Online-Tickets reserviert sind. RBB.de

Seite E 81 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 836 vom 01.06.2023

- Acht Mitglieder des Ausschusses für internationalen Handel (INTA) des Europäischen Parlaments haben sich bei der Abstimmung am Donnerstag über die Verlängerung der ukrainischen Handelsliberalisierungsmaßnahmen (ATM) der Stimme enthalten. „Unsere Länder stehen der Ukraine voll und ganz zur Seite und leisten in diesen schwierigen Zeiten alle notwendige Unterstützung, aber das kann nicht bedeuten, dass unsere Bauern den Preis des Krieges zahlen, betonten sie in einer gemeinsamen Erklärung. KR.hu

Frankreich. Der Boulevard Périphérique, die Ringstraße um Paris, ist fünfzig. Diese 35 km lange Autobahn wurde in einiger Entfernung von der ehemaligen Pariser Stadtmauer (erbaut 1841–1844 und 1919 abgebrochen) gebaut, und zwar auf der sogenannten Zone non-œdificandi, wo feste Bebauung verboten war (dies in Verbindung mit einem freien Schussfeld für die Artillerie). Der Bau der Autobahn begann 1958. Der letzte Teil wurde am 25. April 1973 von Premierminister Pierre Messmer eröffnet. Die Ein- und Ausfahrten entsprechen in vielen Fällen den alten Stadttoren. Das Stadion Stade Charléty befindet sich in der Nähe des Boulevards. Der Boulevard Périphérique gilt nicht als Autobahn. Weite Teile haben keinen Seitenstreifen, die Ein- und Ausfahrten sind nur kurz und der Verkehr von rechts hat Vorrang. Für die Straße ist eine Crit’Air-Luftqualitäts-Vignette erforderlich. RFI.fr

Grönland. Nach mehrjähriger Vorarbeit hat eine Kommission einen Entwurf für eine mögliche erste grönländische Verfassung vorgelegt. Das Dokument wurde dem Parlament der größten Insel der Erde heute auf einer feierlichen Zeremonie in der Hauptstadt Nuuk überreicht, wie Livebilder des Rundfunksenders KNR zeigten. Der Verfassungsentwurf wird als ein wichtiger Schritt betrachtet, damit das heute zum Königreich Dänemark zählende Grönland eines Tages möglicherweise zu einem souveränen Staat werden könnte. ORF.at

Großbritannien. König Charles III. (74) tritt am 6. Mai 2023 in die Fußstapfen seiner Mutter Queen Elizabeth II. († 96). An der Seite des Monarchen wird auch seine Frau Camilla (75) gekrönt. Eine teure Angelegenheit, wie jetzt bekannt wird: Die Kosten für die Krönung von Charles III. sollen sich laut britischen Medien auf umgerechnet rund 280 Millionen Franken belaufen. SRF.ch

Israel. Zehntausende Befürworter der Justizreform demonstrierten am Donnerstag in Jerusalem vor dem Parlament und forderten die Weiterführung der Justizreform. SRF.ch

Italien: Ndrangheta-Boss Pasquale Bonavota (49) verhaftet. In letzter Zeit gab es immer wieder Verhaftungen von Mafiosi in Italien. Doch die Mafia bleibt eine Bedrohung. «Ich glaube, dass Italien das Problem sehr ernst nimmt. Vor allem in Kalabrien ist der Staat ernsthaft dagegen vorgegangen.» Allerdings seien Ermittlungen gegen gefährliche Personen wie Bonavota nur ein Teil einer vielfältigen Strategie zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität. «Diese Strategie sollte vor allem aus strukturellen Ermittlungen gegen komplexe Netzwerke bestehen. SRF.ch

- Rund 150 Nostalgiker sind heute wieder nach Predappio, dem Geburtsort des faschistischen Diktators Benito Mussolini nahe der Adria-Stadt Rimini, gepilgert, um dessen Todestages am 28. April 1945 zu gedenken. RAI.it

Kasachstan. Ding Liren (丁立人, 30) triumphiert in der kasachischen Hauptstadt Astana gegen den Russen Jan Nepomnjaschtschi und wird als erster Chinese Schach-Weltmeister. SRF.ch

Kuba. Wegen des Benzin- und Heizölmangels fällt in dem sozialistischen Inselstaat die traditionelle Parade am 1. Mai in Havanna aus. Während der Monatslohn 150–200 Franken beträgt, kostet ein Liter Öl 30.- SRF.ch

Libanon. Der iranische Außenminister Hossein Amir-Abdollahian ist im Süden des Libanon direkt an die Grenze zu Israel gereist. Im Ort Maroun ar-Ras traf er heute mit einer Delegation ein. Er legte einen Kranz an einer Märtyrerstatue nieder und pflanzte einen Olivenbaum. Amir-Abdollahian sagte laut dem von der Hisbollah geführten Fernsehsender al-Manar, Israel verstehe „nur die Sprache der Gewalt“. Mit Widerstand könne Sicherheit erlangt werden, wurde der Minister weiter zitiert. Bei seinem Besuch traf Amir-Abdollahian auch den Chef der libanesischen Schiitenorganisation Hisbollah, Hassan Nasrallah. Die iranische Führung betrachtet Israel als Erzfeind, einige iranische Politiker haben Israel das Existenzrecht abgesprochen. ORF.at

Die **Meeresoberflächen** weltweit sind derzeit deutlich wärmer als im langjährigen Durchschnitt. Anfang April erreichte die Durchschnittstemperatur den Rekord von 21.1 Grad, wie die Universität von Maine berechnete. Seither ist die Temperatur nicht mehr unter 21 Grad gesunken, was dem bisherigen Rekord aus dem Jahr 2016 entspricht. Die Folgen könnten schwerwiegend sein, sagt Thomas Frölicher von der Universität Bern. Der wichtigste Faktor ist die menschengemachte Klimaerwärmung. Dadurch steigt die Temperatur im Ozean immer mehr an – und jetzt messen wir eine neue Rekordtemperatur. Etwas überraschend ist, dass die Oberflächentemperatur nach dem Peak Ende März nicht wieder etwas abgenommen hat, wie wir das erwarten würden. Die letzten drei Jahre waren durch La Niña geprägt, was den Anstieg der globalen Mitteltemperatur an der Meeresoberfläche eher gedämpft hat – trotz des weiterhin zunehmenden Ausstoßes an Treibhausgasen. Die La-Niña-Phase ist jetzt zu Ende und es geht in eine El-Niño-Phase rein. Dadurch erwarten wir eine stärkere Zunahme der Temperatur des Oberflächenwassers der Weltmeere. Bei der Wetteranomalie El Niño, die alle paar Jahre im äquatorialen Pazifik auftritt, flauen die westwärts wehenden Passatwinde ab, das Meerwasser an der Oberfläche an der südamerikanischen Küste erwärmt sich, weil aus der Tiefe kein kaltes Wasser mehr «nachgesogen» wird. El Niño hat regionale, aber auch weltweite Auswirkungen auf das Wetter: An der süd- bis mittelamerikanischen Westküste kommt es zu intensiven bis katastrophalen Niederschlägen, während östlichere Teile des Kontinents ebenso wie Australien und Indonesien tendenziell unter Dürren leiden. Weltweit gelten El-Niño-Jahre als eher warme Jahre. Das Gegenteil davon ist die Wetteranomalie La Niña: Dabei verstärken sich die von Ost nach West wehenden Passatwinde am äquatorialen Pazifik, was dort zu kälteren Oberflächentemperaturen führt. Die Folgen sind vermehrte Tiefdruckgebiete oder gar Taifune, die Ostasien treffen, auch Australien oder Neuseeland können von heftigen Niederschlagsereignissen heimgesucht werden. Nordamerika wird tendenziell von mehr Hurrikans heimgesucht. Ostafrika dagegen leidet meist unter verheerenden Dürren. La Niña hat weltweit eher eine temperaturdämpfende Wirkung. Seit 2020 herrschte nun La Niña – trotzdem geht das Jahr 2022 als weltweit fünftwärmstes je gemessenes Jahr in die Geschichte ein. Und jetzt schein es ohne Pause gleich mit dem El Niño weiterzugehen, vermuten Klimaexperten. Mit all den zu erwartenden Folgen. Mit der Erwärmung der Ozeane steigt auch der Meeresspiegel, weil sich das Wasser mit der zunehmenden Temperatur ausdehnt. Wärmeres Meerwasser könnte auch das Abschmelzen des Eises an den Polen beschleunigen. Außerdem spielt die Temperatur eine wichtige Rolle in der Biologie und Ökologie von Meeresorganismen. Entsprechend groß können die Auswirkungen von höheren Wassertemperaturen auf maritime Ökosysteme sein. Es kann zu Korallenbleichen kommen – wie 2016, als die Temperatur im tropischen Pazifik extrem hoch war. Es kann auch zu einem Verlust von Seegräsern oder Kelpwäldern kommen. Maritime Hitzewellen können sogar zum Aussterben gewisser Seevögel oder Organismen führen. Erwärmung im nördlichen Teil der südamerikanischen Westküste deutet auf den sich anbahnenden El Niño hin. Der Ozean bedeckt 70 Prozent der Erdoberfläche. Wenn er also warm ist, wird auch die Atmosphärentemperatur wärmer. Damit sind die Chancen relativ hoch, dass es dieses Jahr zu einem neuen Temperatur-Rekordjahr kommt. Das wiederum kann zu Hitzewellen, Trockenheit und all den anderen

Dingen führen, die wir in den letzten Jahren bereits erlebt haben. Je höher die Temperaturen, desto mehr Energie ist im System, es verdunstet mehr Wasser, was zu starken Stürmen führen kann. Eine Anomalie in der Ozean-Temperatur hält länger an, als dies in der Atmosphäre der Fall ist. Man kann also davon ausgehen, dass die Meeresoberflächen-Temperatur noch längere Zeit extrem hoch bleibt und nicht so schnell wieder zurückgeht. SRF.ch

Nordkorea – hat US-Präsident Joe Biden beschuldigt, senil zu sein, nachdem er gedroht hatte, die DVRK im Falle eines Atomangriffs zu vernichten. Die Kommentare folgten auf Bidens jüngstes Treffen mit seinem südkoreanischen Amtskollegen, bei dem er versprach, die nukleare Zusammenarbeit zwischen den beiden Verbündeten zu stärken. Kim Yo-jong (김여정, 35), die Schwester des Führers Kim Jong-un (김정은, 41), gab am Freitag eine scharfe Erklärung ab, in der sie Washington und Seoul verurteilte, und hob Kommentare von Biden nach einem Treffen mit dem südkoreanischen Präsidenten Yoon Suk-yeol in der US-Hauptstadt hervor. VOK.kp

Österreich. Die Wiener Weltausstellung, eröffnet am 1. Mai 1873, streckte ihre Hände gleich in zwei Richtungen aus. Von einem diffus verorteten „Orient“ erhoffte man sich neue Handelsbeziehungen: In Ägypten war der Sueskanal gerade errichtet worden, mit der Abschaffung des alten Feudalsystems im Zuge der Meiji-Restauration setzte Japan ab 1868 auf ein weltoffeneres Image. Richtung Westen, namentlich Paris und London, galt es hingegen, den eigenen Metropolenstatus unter Beweis zu stellen. Und zugleich war die Ausrichtung im gesamteuropäischen Rahmen als ideologische Kompensationshandlung zu sehen: Österreich hatte erst 1866 im Deutschen Krieg gegen die Preußen verloren, mit dem Österreichisch-Ungarischen Ausgleich war man gezwungen, den Einheitsstaat zum Vielvölkerstaat zu entwickeln. Durch die Weltausstellung versprach man sich nun, den Status als Großmacht wiederzuerlangen – und sich erneut als Vermittlerin zwischen Orient und Okzident zu profilieren. Die Eröffnung der Großschau selbst stand unter keinem guten Stern: Die spektakuläre Eröffnungszeremonie um Kaiser Franz Joseph versank in Regen und Matsch. Acht Tage später kam es zum Börsenkrach, der – neben einem Ausbruch einer Choleraepidemie im Sommer – dazu beitrug, dass anstelle der erwarteten 20 Millionen nur 7,25 Millionen Besucher kamen. Während die Weltausstellung zum finanziellen Desaster wurde – statt sechs Millionen Gulden (140 Mio Franken) kostete sie 19 Millionen (450 Mio Franken) –, prägte sie doch maßgeblich die Stadt: Es blieben nicht nur die Infrastrukturprojekte, sondern auch der ersehnte Handel wurde angekurbelt. Und nicht zuletzt schrieb sich Wien nachhaltig auf der Städtetourismus-Landkarte ein. Baulich blieben dagegen von damals nur die Prater-Bundesateliers bestehen – die Rotunde, die im Jahr 1937 abbrannte, soll aber noch in diesem Sommer im neuen Gewand wiederauferstehen. ORF.at

Paraguays zweitgrößte Stadt Ciudad del Este liegt an der Grenze zu Brasilien. Die Grenzstadt lebt vom Einkaufstourismus und vom Drogenschmuggel. Die mit dem Drogengeschäft verbundene Korruption im Land ist zum wichtigsten Thema geworden bei den Präsidentschafts- und Parlamentswahlen vom Wochenende. Tausende brasilianische Einkaufstouristen zieht es täglich nach Paraguay. In der Grenzstadt Ciudad del Este können sie steuerfrei einkaufen. Über den Paraná-Fluss und die «Brücke der Freundschaft» geht es von Brasilien ins Nachbarland Paraguay. Die Grenzstadt Ciudad del Este (früher Puerto Flor de Lis und Puerto Presidente Stroessner), ganz im Osten Paraguays, ist mit rund 300'000 Einwohnern die zweitgrößte Stadt des Landes, nach der Hauptstadt Asunción. Neben Spanisch ist auch die Indigenen-Sprache Guaraní offizielle Landessprache in Paraguay. Die meisten brasilianischen Touristen wollen in eines der großen Einkaufszentren. Die Namen «Shopping Paris» und «Shopping China» signalisieren importierte Ware: Von der Playstation über Zigaretten bis zu edlem Whiskey lässt sich hier

alles steuerfrei kaufen. Allerdings nicht ohne Risiko: Immer wieder kommt es zu Überfällen, auch auf Touristen. Ciudad del Este gilt als Schmuggel-Hochburg. Brasilianische Drogenkartelle nutzen den Paraná-Fluss, um Kokain aus den Anbaugebieten in Peru, Bolivien und Kolumbien durch Paraguay bis an die Atlantikküste zu schmuggeln – dort wird das Kokain verschifft Richtung Europa. Für internationales Aufsehen sorgte die Ermordung des paraguayischen Staatsanwalts Marcelo Pecci – er kämpfte gegen die Drogenkriminalität in seinem Land und wurde im Mai 2022 erschossen. Paraguay steht möglicherweise vor einer Zeitenwende: Am Wochenende könnte die rechtskonservative Regierung abgewählt werden – nach über 30 Jahren an der Macht. Die Umfragen deuten auf einen möglichen Sieg für den Mitte-links-Präsidentschaftskandidaten Efraín Alegre hin. Auch rund um die beliebten Einkaufszentren kommt es zu blutigen Abrechnungen unter Drogenkartellen: Sie haben sich von Ciudad del Este längst bis in die Hauptstadt Paraguays ausgebreitet. Im Februar wurde in Asunción einer der Drogenbosse des brasilianischen Kartells «Primeiro Comando da Capital» erschossen. Der Mann, bekannt unter dem Namen «Ryguasú», starb in einem Kugelhagel von 34 Schüssen am helllichten Tag – vor einem Supermarkt. Die Korruption ist auch eines der Hauptthemen bei den Präsidentschafts- und Parlamentswahlen vom 30. April. Die regierende rechtskonservative Colorado-Partei ist derzeit in einen Korruptionsskandal verwickelt. Parteichef und Ex-Präsident Horacio Cartes wurde kürzlich von den USA auf eine Sanktionsliste gesetzt, wegen bedeutenden Korruptionsverdachts. Cartes ist der wichtigste Geldgeber von Santiago «Santi» Peña, dem aktuellen Präsidentschaftskandidaten der Colorado-Partei. Obwohl die Colorado-Partei, die einst auch Langzeitdiktator Alfredo Stroessner als Basis diente, schon seit 76 Jahren fast ununterbrochen das politische Geschehen in Paraguay lenkt, wittert die Opposition dieses Jahr eine Chance: Mitte-links-Kandidat Efraín Alegre verspricht, die Korruption im Land zu bekämpfen. In den Umfragen liegt Alegre derzeit leicht vorne. Handwerkskünstlerin Angélica weiß noch nicht, wen sie wählen wird. Die Maka-Frau gehört zu einem der rund 20 Urvölker Paraguays. «Wir Maka werden so wählen, wie es unser Häuptling entscheidet», erklärt sie. Die meisten brasilianischen Touristen bekommen von all dem kaum etwas mit. Sie knipsen vor dem nahegelegenen Wasserfall «Salto del Monday» noch schnell ein Foto, bevor sie von Ciudad del Este nach Brasilien zurückfahren.

- Santiago Peña in Paraguay zum Präsidenten gewählt. Peña kommt auf 42.7 Prozent der Wählerstimmen. Damit bleibt die Partido Colorado Regierungspartei. SRF.ch

Polen hat beschlossen, Russlands Botschaftsschule in Warschau zu konfiszieren. Mit diesem Schritt will Warschau angeblich die jetzige Disparität von Russlands Eigentum in Polen und Polens Eigentum in Russland beseitigen. Moskau sieht darin einen Verstoß gegen das Wiener Übereinkommen. RT.ru

Russland. Attentat auf Wladimir Putin: Die Ukraine soll am Sonntag versucht haben, den russischen Präsidenten mit einer Kamikaze-Drohne zu töten. Gemäß «Bild»-Recherchen sei eine Drohne in Richtung eines Industriekomplexes nahe Moskau, weit hinter der ukrainischen Grenze, geflogen, in dem der ukrainische Geheimdienst den Kreml-Chef vermutete. Die Drohne ist allerdings rund 20 Kilometer von ihrem Ziel entfernt abgestürzt. Putin habe sich zum Zeitpunkt des Attentats nicht am Zielort befunden. DW.de

Schweden. Der schwedische Ökonom Anders Åslund (71), schrieb auf Twitter, dass Ungarn und die Türkei aus der Nato geworfen und durch die angeblich „demokratische“ und „pro-westliche“ Ukraine ersetzt werden sollten, die seiner Meinung nach die stärkste Armee in Europa hat. SR.se

Schweiz. Der 28. April ist der offizielle Tag des Schweizer Bieres. Brauereien präsentieren ihre Biere. Und ab diesem Jahr können sie auch offiziell den am weitesten verbreiteten Bierstil der Welt brauen – das Pils. Denn seit Anfang Jahr gilt ein Verbot aus einem

Staatsvertrag mit Tschechien von 1927 nicht mehr: Schweizer Brauereien dürfen ihre Biere nun auch als «Pils» bezeichnen. Doch der Markt dafür ist überschaubar. Alex Künzle führt durch seine Braukeller: Vor über 20 Jahren hat er in einer ehemaligen Fabrik in Solothurn die Öufi-Brauerei gegründet. Mittlerweile produziert die Kleinbrauerei 6000 Hektoliter Bier pro Jahr. In einem der Chromstahlkessel in der Fabrikhalle vermischen sich Malzschrot und Wasser und werden langsam erwärmt. «Diese Flüssigkeit sieht am Anfang aus wie Gerstensuppe», sagt Künzle. «Nach zwei Stunden ist sie süß. Sie kommt ins nächste Gefäß, das ist der Läuterbottich. Da wird das Lösliche vom Unlöslichen getrennt.» Die Flüssigkeit – die sogenannte Würze – kommt in einen Tank, wird mit Hefe versetzt und gärt zum Bier. «Der Löwenanteil unserer Produktion ist immer noch Lager hell. Wir haben auch begonnen, ein Dosenpils zu machen, und jetzt kommt ein Flaschenpils dazu. Es ist markant gehopft, wie es bei einem Pils sein sollte.» Sein Bier komme auch stilecht daher. «Die klassische Pilsflasche ist eine Halbliter-Euroflasche mit Kronkorken. Das richtige Glas ist eine Tulpe, und wer sein Bier gediegen trinkt, hat noch ein Tropfdeckchen.» Für den Brauereichef ist das klassische, hopfig-herbe Pilsner Bier eines seiner Lieblinge. «Das ist das wichtigste Bier der Welt. Da wollen wir schon dabei sein. Andererseits ist in der Schweiz der Name Pils gar nicht so verwurzelt.» Das bestätigt auch Marcel Kreber, der Direktor des Schweizer Brauereiverbandes. Vier von fünf in der Schweiz getrunkenen Biere sind Lager- oder Spez-Biere – das ist eine Art Schweizer Pils. «Wir haben in der Schweiz einen eigenen Bierstil entwickelt, und das ist das Spezial hell.» Kreber rechnet deshalb nicht mit mehr Pils auf dem Markt. «Ob die Brauereien wirklich ein Pils nach Definition Pils brauen, das lässt sich noch nicht abschätzen. Aber ich glaube, wir sind mit der Biervielfalt, die wir jetzt haben, schon gut bedient.» Und das herbe Pils treffe nicht zwingend den Geschmack der Biertrinkenden. Die meisten wollten milde Biere, wie sie in Süddeutschland gebraut werden.

- **Volg** – Ein stiller Riese erobert das Land. Im Schatten der Großverteiler übernimmt Volg Dorfläden um Dorfläden. Was macht die Kette so erfolgreich? «Es war ein großer Glücksfall für uns», sagt David Stoffel und lächelt. Stoffel lebt in Visperterminen, einem Walliser Dorf auf fast 1400 Meter. Er war der letzte Präsident in der Geschichte der örtlichen Konsumgesellschaft. Also dem Verein, der während einem Jahrhundert ein Lädenli mitten im Dorf betrieben hat. Mit «Glücksfall» meint er das Angebot von Volg vor gut 12 Jahren, den Dorfladen zu übernehmen. «Damals hatten wir Probleme mit unserem Lieferanten und wir waren auf der Suche nach einem Verwalter», so Stoffel. Aber keiner wollte. Bis ein paar Monate später ein Anruf kam: «Es war ein Vertreter von Volg. Sein Angebot konnten wir nicht ausschlagen.» Konsequenz: Das Überleben des Dorflädenlis in Visperterminen war gesichert und Volg, der Detailhändler aus der Ostschweiz, eröffnete seinen ersten Laden in der Westschweiz. Seither ist der Volg-Schriftzug immer mehr auch in der Westschweiz zusehen. Der Detailhändler übernahm beispielsweise mehrere Dutzend darbenende Pam- und Proxiläden. «Es gehört zu unserer Kernkompetenz, solche Läden zu betreiben», so Martin Jakob, Volg-Bereichsleiter in der Romandie. «Das Personal im Laden kennt die Kundinnen und Kunden persönlich. Das kommt an.» Mittlerweile betreibt Volg über 600 Filialen in der ganzen Schweiz – mit Ausnahme des Tessins. «Gerade in der Pandemie haben die Menschen in der Schweiz ihre Dorflädenli schätzen gelernt», so Martin Jakob von Volg. Das bestätigt auch SRF-Wirtschaftsredaktorin Denise Joder: «Der Trend hält sogar an. Das zeigt zum Beispiel der Umsatz der Volg-Läden, der auch nach der Pandemie weiter gestiegen ist.» Aber vom Trend profitieren nicht alle Dorflädenli gleich stark. Im Gegenteil: Viele kämpfen auch weiterhin ums Überleben. «Für die Kleinen wird es immer schwieriger, zu überleben», so Wirtschaftsredaktorin Denise Joder. Der Grund: Anders als die eigenständigen Lädenli profitieren die grossen Ketten vom Skaleneffekt. «Sie können in großen Mengen einkaufen und profitieren darum von günstigen Einkaufsbedingungen.» Volg gehört zu den größten 500 Unternehmen der Schweiz und ist ein Tochterunternehmen der Agrargenossenschaft Fenaco. Zu dieser gehören auch die Landi-Läden und Agrola-Tankstellen. «Fenaco ist ein Koloss und geht im Schatten von Migros und Coop gerne mal vergessen. Es ist aber ein wichtiger Name im Schweizer Detailhandel.» Das Besondere an

Fenaco: Das Unternehmen ist an der gesamten Wertschöpfungskette beteiligt. «Fenaco ist eine Art Rundumversorger für die Landwirte.» Auch Marken wie Ramseier, Elmer Citro, der Fleischverarbeiter Ernst Sutter oder der Futtermittelhersteller UFA gehören zu Fenaco. «Das Unternehmen kann eigene Produkte und die Produkte von Landwirten in den Volg- und Landi-Läden verkaufen.» Das wiederum lockt Landwirte in die Läden: «Weil bei Volg und Landi ihre Produkte verkauft werden, kaufen viele Bäuerinnen und Bauern dort ein.» Zurück nach Visperterminen: Dort wissen die Menschen im Dorf «ihren» Laden zu schätzen. Viele kaufen regelmäßig hier ein. «Es ist mir wichtig, das einheimische Gewerbe zu unterstützen», sagt ein junger Mann. «Es hat alles, was wir brauchen», meint eine ältere Kundin. Und ein älterer Herr ergänzt: «Die Ware ist frisch und ich spare mir Zeit, um nach Visp zu fahren.»

- Jetzt hat es also geklappt. Es ist der erste Besuch des Ex-US-Präsidenten in der Schweiz überhaupt. Laut dem Veranstaltungsprogramm auf Ticketcorner tritt Obama innerhalb einer Fragerunde vors Publikum. Moderiert wird sie von der deutschen TV-Bekanntheit Klaas Heufer-Umlauf. Das Hallenstadion soll gemäß den Veranstaltern praktisch ausverkauft sein. Beim Start waren noch viele der gegen 12'000 Sitzplätze unbesetzt, sie füllten sich erst im Laufe des weiteren Abends. Die Besucher, die für ein Ticket zwischen 59 und 564 Franken bezahlten, hatten sich beim Einlass einer strengen Sicherheitskontrolle zu unterziehen. SRF.ch

- Die Patrouille des Glaciers (pdg.ch/), die alle zwei Jahre Ende April im südlichen Wallis unterhalb der Walliser Alpen stattfindet, hat einen militärischen Ursprung. Während des Zweiten Weltkriegs organisierte die Schweizer Armee einen Wettlauf, um die Fähigkeiten ihrer Soldaten zu testen. Die erste Ausgabe der Militärpatrouille fand Ende April 1943 dank der Arbeit von zwei Hauptmännern der Gebirgsbrigade 10 (Rodolphe Tissières und Roger Bonvin) statt. In diesem Jahr legten 18 Patrouillen, die jeweils aus drei Mitgliedern bestanden, 63 Kilometer zurück, um Verbier zu erreichen. 1944 nahmen 44 Mannschaften teil, aber wegen der Kriegsmüdigkeit der Jahre der militärischen Mobilisierung während des Zweiten Weltkriegs wurden einige Jahre lang keine Rennen organisiert. Am 10. April 1949 wurde das Rennen erneut organisiert, aber der Tod von drei Teilnehmern aus Orsières (Mauritius Crettex, Robert Droz und Louis Thétaz), die in einer Gletscherspalte ums Leben kamen, löste eine Kontroverse aus. Infolge dieses Unfalls wurde die Organisation des Rennens vom Eidgenössischen Militärdepartement bis 1984 verboten. SWI.ch

Slowenien droht Österreich im Grenzkontrollstreit mit Vergeltungsmaßnahmen. Derzeit werden alle Möglichkeiten in Ljubljana geprüft. RSI.si

Spaniens Markt für Hochgeschwindigkeitszüge verschärft sich mit einem neuen Betreiber, der am Freitag den Personenverkehr aufnimmt, und ist damit Europas erste Nation mit drei Akteuren in diesem Sektor. Die neuen Firmen haben die Preise gesenkt und den Passagierverkehr auf dem Hochgeschwindigkeitsnetz erhöht, das mit 4'000 Kilometern nach China das zweitlängste der Welt ist. Spanien ist nach Frankreich das zweitbeliebteste Reiseziel der Welt. Der private Betreiber Iryo, der sich zu 45 Prozent im Besitz der italienischen Trenitalia befindet, unternahm am Montag eine symbolische Antrittsreise von Madrid nach Valencia an der spanischen Mittelmeerküste. Er wird am Freitag den Personenverkehr mit 16 täglichen Hin- und Rückfahrten zwischen Madrid und Barcelona, den beiden größten Städten Spaniens, aufnehmen. Iryo wird mit der Firma der französischen Eisenbahngesellschaft SNCF in dem Land, Ouigo, konkurrieren, die seit Mai 2021 in Betrieb ist, und mit dem staatlichen spanischen Bahnbetreiber Renfe, der 1992 seinen ersten Hochgeschwindigkeitsdienst eröffnete. „Bisher hat noch kein Hochgeschwindigkeitsnetz mit drei Konkurrenten operiert. Spanien könnte als Vorbild dienen“, sagte er der Nachrichtenagentur AFP. Iryo, das seinen Betrieb in Spanien mit 20 Zügen aufnimmt, wird Mitte Dezember sein Angebot um eine Strecke Madrid-Valencia erweitern. Ab Mai 2023 werden Züge von Madrid nach Sevilla und Malaga in der

südwestlichen Region Andalusiens verkehren. Ouigo betreibt bereits Züge auf den Strecken Madrid-Barcelona und Madrid-Valencia und plant, im nächsten Jahr Dienste zum Mittelmeerhafen Alicante sowie nach Andalusien aufzunehmen. Renfe hat einen Sitzplatzverkauf mit Preisen für eine 500-Kilometer-Fahrt zwischen Madrid und Barcelona für nur sieben Euro gestartet. Die Höchstgeschwindigkeit liegt bei 350 km/h. Auch in Saudiarabien verkehren spanische Hochgeschwindigkeitszüge. Talgo lieferte 350 Züge ähnlich den auf spanischen Hochgeschwindigkeitsstrecken für 1'600 Milliarden Euro (mit Wartung) und eine Option auf 23 weitere für 800 Millionen Euro. Sie haben je 13 Waggons mit 417 Sitzplätzen. Renfe und Adif werden die Züge betreiben und die Strecke 12 Jahre lang verwalten. Der Gesamtauftragswert beträgt 6'736 Milliarden Euro. ORF.at

Im **Sudan** kämpfen seit Mitte April die Generäle der sudanesischen Armee und der paramilitärischen Rapid Support Forces (RSF) um die Kontrolle der Hauptstadt Khartum. Eine Mitverantwortung für den Konflikt sieht das US-Politikmagazin „Foreign Policy“ auch bei den USA. ORF.at

Taiwan. Eine chinesische Langstreckenkampfdrohne hat nach Angaben des taiwanesischen Verteidigungsministeriums Taiwan umkreist. Insgesamt seien innerhalb von 24 Stunden bis heute früh 38 chinesische Flugobjekte rund um Taiwan gesichtet worden, darunter eine TB-001-Drohne mit dem Spitznamen „doppelschwänziger Skorpion“, erklärte das Ministerium. 19 der Flugzeuge hätten „die Mittellinie der Taiwanstraße überquert“ oder seien in die Zone eingedrungen, in der sich Flugzeuge anderer Nationen identifizieren müssen. Das chinesische Militär erklärte unterdessen, chinesische Kampffjets seien aufgestiegen, um ein US-Aufklärungsflugzeug zu verfolgen, das durch die Straße von Taiwan geflogen sei. Die US-Navy bestätigte den Flug. ORF.at

Ukraine. Pandora Papers: Führer der Ukraine versuchten ihre Offshore-Konten zu rechtfertigen. Von ICIJ erhaltene Dateien behaupten, Selenski und seine Partner hätten 2012 ein Netzwerk von Offshore-Unternehmen aufgebaut. Ein Berater des Stabschefs von Selenski sagte, der Präsident habe die Offshore-Unternehmen gegründet, um die Einnahmen vor dem damaligen Präsidenten Viktor Janukowitsch zu „schützen“. Selenski, ein ehemaliger Slapstick-Komiker, wurde 2019 mit dem Versprechen, die Korruption zu bekämpfen und den Einfluss der Oligarchen im ehemaligen Sowjetland zu verringern, zum Präsidenten gewählt. Aber die vom Internationalen Konsortium des Investigativ-Journalismus (ICIJ) erhaltenen und veröffentlichten Akten behaupten, dass er und seine Partner bereits 2012 ein Netzwerk von Offshore-Unternehmen aufgebaut hatten. Die Pandora-Papiere basieren auf Dokumenten, die dem ICIJ zugespielt wurden, und deckten die Offshore-Geschäfte von Königen, Präsidenten und Premierministern auf, darunter Jordaniens König Abdullah II, des tschechischen Premierministers Andrej Babiš und des kenianischen Präsidenten Uhuru Kenyatta. Ihren Erkenntnissen zufolge wurden zwei der Offshore-Gesellschaften von Selenskis Partnern zum Kauf von drei verschwenderischen Immobilien im Zentrum von London verwendet. Der Bericht stellte auch fest, dass Selenski kurz vor seiner Wahl seinen Anteil an einer der Offshore-Gesellschaften an seinen Top-Berater Sergi Schefir übertrug. Berater Podoliak äußerte sich jedoch nicht zu den Einzelheiten anderer Enthüllungen aus der Untersuchung, wonach die Frau des Präsidenten weiterhin Dividenden von einer Offshore-Gesellschaft erhalten habe. Anhänger eines anderen Ex-Präsidenten, Petro Poroschenko – eines Milliardärs, der 2019 von Selenski besiegt wurde und der auch in einer früheren Untersuchung von Offshore-Unternehmen auftrat – beschuldigten Selenski der Steuerhinterziehung in großem Umfang. „Er und seine Komplizen haben Gelder ins Ausland gebracht, ohne Steuern an den ukrainischen Haushalt zu zahlen“, schrieb Iryna Geraschtschenko, eine Abgeordnete aus Poroschenkos Fraktion, auf Facebook. Bevor er Präsident wurde, spielte Selenski 2015–2019 im TV einen Geschichtslehrer in einer Comedy-Serie, der zum Präsidenten gewählt

wurde, nachdem er die endemische Korruption angeprangert hatte. Regisseur war der russische Theater- und Kinoregisseur Alexej Adolfovitsch Kirjuschtschenko. Die Serie wurde vom ukrainischen Fernsehsender 1+1 ausgestrahlt, der seit 2010 mehrheitlich im Besitz des Oligarchen Igor Kolomojski, der die Staatsbürgerschaften Israels und Zyperns besitzt und damit EU-Bürger ist. Kolomojski war 1992 Mitgründer und danach einer der Hauptgesellschafter der ukrainischen Privat Bank und der Privat-Business- Gruppe. Ab März 2014 war er Gouverneur der Oblast Dnipropetrowsk. Gegen Kolomojski wurde wegen organisierter Verbrechen ermittelt, er soll „rechtsextreme Todesschwadronen“ finanziert haben, wegen Mordes und des Einsatzes unerlaubter Waffen im Donbass. In seinem Wahlkampf kultivierte Selenski das Image eines Führers, der „das System brechen“ wollte, und versprach einen erbitterten Kampf gegen die Korruption im ärmsten Land Europas. Die Pandora Papers sind die jüngsten in einer Reihe von Massenlecks von Finanzdokumenten durch das ICIJ, von Lux Leaks im Jahr 2014 bis zu den Panama Papers von 2016, die den Rücktritt des Premierministers von Island auslösten. Es folgten 2017 die Paradise Papers und 2020 die FinCen-Akten. JAZ.qt

- Selenski lässt kein gutes Haar an Ungarn. Länder wie Ungarn und die Türkei, die gute Beziehungen zu Russland pflegen, gehören nicht in die NATO, findet Selenski. Die anderen 28 NATO-Länder sind für einen sofortigen Beitritt der Ukraine, meint Selenski. Dann wird Selenski (45) wohl sofort auch dem scheidenden Generalsekretär Jens Stoltenberg (64) nachfolgen, scherzt Korrespondentin Rachel in Vancouver. RT.ru

USA. Nachdem die Riesenpandabärin Ya Ya mehr als zwei Jahrzehnte im Zoo von Memphis verbracht hatte, verließ sie am Mittwoch Tennessee, um die Heimreise nach China anzutreten. In einer Erklärung bestätigte der Memphis Zoo, dass Ya Ya „ihre Reise zurück nach China begonnen hat“ und „vom leitenden Tierarzt und Chief Zoological Officer des Memphis Zoo begleitet wird“. Im Dezember kündigte der Zoo von Memphis an, Ya Ya zurückzugeben, die 2003 in die USA kam. Le Le, ein männlicher Großer Panda, der 2003 mit Ya Ya ankam, war am 3. Februar schon im Alter von 25 Jahren gestorben. Der Memphis Zoo sagte zuvor, ein vorläufiger Bericht über den Tod von Le Le habe darauf hingewiesen, dass er an einer Herzkrankheit gestorben sei. Der Zoo veranstaltete am 8. April 2023 eine Abschiedsparty für das 23-jährige Pandaweibchen, und Hunderte von Menschen nahmen an der Veranstaltung teil, berichtete Xinhua. Im Januar zeigten chinesische Internetnutzer ihre Besorgnis um Ya Ya und sagten, sie sehe dünn aus. Im Jahr 2006 begann Ya Ya, Fell zu verlieren, und die Situation verschlechterte sich 2014. Experten des Zoos von Memphis und China versuchten viele Behandlungsmöglichkeiten, erzielten jedoch keine guten Ergebnisse. So holte man die Bärin vorsichtshalber nach China zurück. CGTN.cn

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

06) Was in der Schweiz und anderswo berichtet wurde – 02.05.2023

Brasilien – Präsident Lula verfolgt eine eigene Linie in der Außenpolitik und riskiert dabei die Abhängigkeit von China. SRF.ch

China – Dongfeng (东风导弹, Dōngfēng dǎodàn, Ostwindrakete) ist eine Serie chinesischer mittlerer und interkontinentaler ballistischer Raketen. In Übersee wird der Name Dongfeng oft zu „DF“ abgekürzt. Nach dem Abschluss des Vertrags über Freundschaft und gegenseitige Unterstützung im Jahr 1950 zwischen der VR China und der UdssR unterstützte die Sowjetunion chinesische Militärentwickler aktiv bei der Ausbildung, indem sie technische Dokumentation und Produktionsausrüstung bereitstellte und die lizenzierte Produktion sowjetischer Waffen organisierte. So übertrug die UdssR auf dem Gebiet der

ballistischen Raketen nach China Technologien für die Schaffung und den Einsatz der operativ-taktischen landgestützten Raketen R-1, R-2 und R-11F auf See. Die ersten chinesischen ballistischen Raketen basierten auf sowjetischen Raketen (die wiederum auf der deutschen V-2-Rakete basierten). Seitdem hat China große Fortschritte in der ballistischen Raketen- und Raketentechnologie gemacht. Auch die Trägerraketen der Changzheng-Serie haben ihre Wurzeln in den Dongfeng-Raketen. Die erste der Dongfeng-Raketen, das sogenannte „Projekt 1059“, war eine Kopie der sowjetischen R-2-Rakete (NATO-Code: ss-2 Sibling), deren Produktionslizenz und eine vollständige Dokumentation wurden durch Beschluss der Sowjetregierung vom 6. Dezember 1957 in die VR China verlegt. Dongfeng-1 war mit einem RD-101-Raketentriebwerk ausgestattet, als Brennstoffpaar wurden flüssiger Sauerstoff und Ethylalkohol verwendet. Die Rakete konnte einen Sprengkopf mit einem Gewicht von bis zu 500 kg in einer Entfernung von bis zu 550 km transportieren. Der erste Start von Dongfeng-1 erfolgte am 5. November 1960 von der Shuangchengzi-Basis. In den 1960er Jahren wurde eine begrenzte Anzahl von Dongfeng-1 in China hergestellt und mit konventioneller Kampfausrüstung eingesetzt, woraufhin die Rakete außer Dienst gestellt wurde.

Die dreistufige Festtreibstoff-Interkontinentalrakete „Dongfeng-41“ kann bis zu 12 Mehrfachsprengköpfe von je 1 Megatonne mit einer Reichweite von 4'000 bis 14'000 km tragen. Trägheitsleitsystem mit Satellitennavigationssystemen „Compass“ und „Beidou“. Der Einsatz der ersten Brigade erfolgte am 23. Januar 2017. Drei Raketenbrigaden werden gemeldet: in der östlichen Provinz Heilongjiang, in der zentralen Provinz Henan und in der uigurischen Region Xinjiang im Nordwesten Chinas. Die Stationierung chinesischer Interkontinentalraketen in der Nähe von russischem Territorium (sowie die Stationierung der Novosibirsk Strategic Missile Forces-Formation mehrere hundert Kilometer vom Territorium der VR China entfernt) ist ein Zeichen des großen zwischenstaatlichen Vertrauens. Von den westlichen Regionen Chinas oder von der östlichen Provinz Heilongjiang nach New York und Washington sind es etwa 10'000 km. Chinas Verteidigungsministerium hat bestätigt, dass sein Militär eine neue mobile interkontinentale ballistische Rakete testet. Eine neue chinesische Rakete könnte die Pazifikinsel Guam erreichen, was es den dort stationierten US-Streitkräften erschwerte, im Namen Taiwans einzugreifen. „China verbessert schnell seine Fähigkeit, Tausende von Kilometern von seinen Küsten entfernt anzugreifen und die Vereinigten Staaten am Eingreifen zu hindern. Der Test beinhaltete, dass die Rakete in 12 Minuten eine Entfernung von 2'100 Kilometern zurücklegte, aber eine Bewertung des Pentagon geht davon aus, dass z. B. die DF-17 eine Reichweite von bis zu 8'000 Kilometern haben könnte. Die neue Rakete verfügt auch über die Fähigkeit zum „Hyperschallgleiten“, was sie zu einem besseren „Killer“ als ihre Vorgänger macht.

• 65 Mio Wohnungen stehen aus Spekulationsgründen leer. CGTN.cn

BR Deutschland – „Im Februar 2023 waren die deutschen Importe aus Russland um 91 Prozent geringer als im Februar 2022. Wie das Statistische Bundesamt (Destatis) mitteilt, belief sich der Wert der aus Russland importierten Waren nur noch auf 0,3 Milliarden Euro (Februar 2022: 3,7 Milliarden Euro).“ „So ging der Import von russischem Erdöl und Erdgas von 2,2 Milliarden Euro im Februar 2022 auf nur noch 4,2 Millionen Euro im Februar 2023 zurück (-99,8 %), der Import von Kokerei- und Mineralölerzeugnissen sank von 353 Millionen Euro auf 30 Millionen Euro (-91,4 %), die Kohleimporte nahmen von 347 Millionen Euro auf 26 Millionen Euro ab (-92,5 %).“ Aus Deutschland wiederum wurden im Februar dieses Jahres Waren im Wert von 0,8 Milliarden Euro nach Russland exportiert (der Link zur gesamten Auflistung ausgewerteter Daten). Gegenüber Februar 2022 gingen damit die Exporte um 60,5 Prozent zurück (Februar 2022: 2,1 Milliarden Euro). Der Wert der nach Russland exportierten Waren „war damit im Februar 2023 um 0,5 Milliarden Euro höher als der Wert der von dort importierten Waren“, so die Mitteilung. Das Hamburger Nachrichtenmagazin Spiegel kommentierte die mehr als bedenkliche Entwicklung. DW.de

- Die Deutsche Gesellschaft für Kinder- und Jugendmedizin (DGKJ) sieht die geplante Freigabe des Cannabis-Konsums kritisch. Die Erfahrungen mit Alkohol zeigten, dass es für Jugendliche kein Problem sei, an legalisierte Drogen zu kommen, sagte DGKJ-Generalsekretär Burkhard Rodeck der „Rheinischen Post“. „Das ist nach der Legalisierung des Cannabis-Konsums für diese suchterzeugende Substanz auch nicht anders zu erwarten.“ Die Gefahren des Cannabis-Konsums in jugendlichem Alter seien eindeutig, wie eine vom Gesundheitsministerium in Auftrag gegebene Studie zeige, betonte Rodeck. „Regelmäßiger Cannabis-Konsum bei Jugendlichen führt zu strukturellen und funktionellen Veränderungen im Gehirn mit Einschränkungen von Aufmerksamkeit, Denkleistung, Intelligenz und sozialer Kompetenz.“ TRT.tr
- Öffentliche Gebäude in Berlin sollen noch mindestens bis Herbst nächsten Jahres nicht von außen beleuchtet werden. Betroffen sind rund 150 Wahrzeichen und repräsentative Bauten wie der Berliner Dom, das Alte Palais am Bebelplatz und das Reiterstandbild Unter den Linden. Damit solle auch in Zukunft ein Zeichen zum Energiesparen gesetzt werden, hieß es.
- «Dank Bitcoin hat man einen verlässlichen Geldspeicher». «Der immense Energieverbrauch ist zweifellos ein heikler Punkt am Bitcoin, zugleich garantiert er aber auch die Sicherheit des Netzwerks. Wer das Netzwerk heute knacken wollte, müsste dazu mehr Energie hineinstecken, als in den vergangenen 14 Jahren in den Bitcoin gesteckt worden ist. Für die Zukunft scheint mir entscheidend zu sein, dass das Bitcoin-Mining immer mehr auf Ökostrom zurückgreift und damit auf grüne Energie.» Der Literaturkritiker Ijoma Mangold hat ein Buch über Bitcoin geschrieben. Er ist von der digitalen Währung begeistert. „Die orange Pille“, Erscheinungsdatum: 16.03.2023, dtv, 256 Seiten, EUR 24,00, ISBN: 978-3-423-28312-0. SRF.ch

Finnland – Nach dem NATO-Beitritt Finnlands hat das Land mit dem Bau eines 1'300 Kilometer langen Zauns entlang seiner Grenze zu Russland begonnen. Nach Angaben der Behörden wird es keine militärische Barriere sein: Der Zaun muss Russland daran hindern, Migranten die Grenze nach Finnland überqueren zu lassen. Auch Russen, die fliehen wollen, werden vom Zaun aufgehalten. Bis Ende 2026 soll auf 200 Kilometern der Grenze ein drei Meter hoher Zaun stehen, der mit Stacheldraht und Kameras überwacht wird, sagen die finnischen Behörden. Kosten wird der Zaun fast 400 Millionen Franken. Finnland folgt dem Beispiel Polens und der baltischen Staaten. SRF.ch

Frankreich – Der Mitbegründer der Partei Front National, Jean-Marie Le Pen, musste in Spitalbehandlung gebracht werden. Jean-Marie Le Pen führte die Partei fast vier Jahrzehnte und baute sie von einer rechten Splittergruppe zu einer ernstzunehmenden politischen Kraft auf. Le Pen erreichte 2002 die Stichwahl der französischen Präsidentschaftswahlen. Er konnte sich nicht gegen den damals amtierenden Präsidenten Jacques Chirac durchsetzen. Der 94-Jährige habe am Samstag in seinem Haus in Rueil-Malmaison plötzlich über starke Erschöpfung geklagt. Grund dafür seien möglicherweise Herzprobleme. Le Pens Tochter, Marine Le Pen übernahm die Parteiführung des Front National 2011. Die Partei schloss Jean-Marie Le Pen 2015 aus, nachdem er die Ermordung von Juden durch die Nazis mehrmals als «Detail der Geschichte» des Zweiten Weltkriegs bezeichnet hatte. SRF.ch

Irak – Das Alkoholverbot ist jetzt zwar vom Präsidenten durchgewinkt worden, ist jedoch noch nicht rechtskräftig. Denn noch ist eine Klage beim Obersten Gericht hängig. Die Menschen im Irak hatten in den letzten Jahrzehnten mit vielen Problemen zu kämpfen – doch einen Whisky, ein Bier oder eine Flasche Rotwein zu kaufen, war bisher nie eines. Gerade in der irakischen Hauptstadt Bagdad findet man praktisch in jeder Straße ein Spirituosengeschäft. Der Preis für ein Bier habe sich in den letzten Wochen fast verdreifacht auf 2 bis 6 Franken per Liter. Die meisten Alkoholverkäufer im Irak sind Christen. Christliche

Seite E 91 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 836 vom 01.06.2023

Politiker lehnen sich gegen das Verbot auf. Wenn nötig, werden wir beim Papst in Rom intervenieren. In der Tat wird der irakischen Regierung nachgesagt, dass sie unter dem Einfluss des Irans stehe. SRF.ch

Israel – Seit einigen Monaten klingelt bei Ocean Relocation (ocean-il.co.il) das Telefon. Das Unternehmen mit Sitz in der Nähe von Tel Aviv (Tel: 972-9971-2000, Industrial District, Kibbutz Yakum, 6097200 Israel) bietet Dienstleistungen für Menschen an, die migrieren möchten. Die derzeitige Regierung ist die religiös konservativste. „Ich habe Angst, dass ich irgendwann nicht mehr so leben kann, wie ich es möchte. Und dass meine Töchter nicht mehr frei leben und die Entscheidungen treffen können, die sie selbst treffen wollen.“ Ziv ist deshalb damit beschäftigt, deutsche Pässe für seine beiden Töchter zu beantragen, die aufgrund der Herkunft seiner Großeltern bereits einen deutschen Pass haben: „Sie sind vor den Nazis aus Deutschland geflüchtet und haben sich hier niedergelassen.“ Die allermeisten Anträge gehen nach Europa, zum Beispiel, haben mehr Israelis über ihre Eltern Anspruch auf einen ausländischen Pass. Laut Shay Obazanek, Chef von Ocean, ist dies einer der Gründe, warum viele Israelis nach Europa auswandern wollen: „Die überwiegende Mehrheit der Anträge bezieht sich auf Europa. Menschen haben bereits einen europäischen Pass und es ist für hochqualifizierte Menschen relativ einfach, dort einen Job zu finden“, erklärt er. Die Niederlande sind eines der beliebtesten Länder. Auch die Niederlande hat Tom Ziv auf seiner Liste: „Wir schauen nicht nur nach Deutschland, sondern auch in andere Länder. Uns ist wichtig, dass wir uns gut auf Englisch verständigen können, denn das ist die Sprache, die wir auch sprechen, neben Hebräisch.“ Antisemitismus im Ausland ist für Ziv kein Grund, in Israel zu bleiben. NOS.nl

- Iranischer Ex-Kronprinz Reza Pahlavi (62) will «uralte Bande» zu Israel stärken. Ausgerechnet am Gedenktag des Holocaust besucht er Israel. Israels Geheimdienstministerin Gila Gamliel, die den ehemaligen Thronfolger empfing, sprach von einem «historischen Besuch». Sie freue sich, neue Brücken zwischen Iran und Israel zu schlagen. SRF.ch

Italien – Naturkatastrophen sind das eine. Die wahre Katastrophe ist aber der Umgang mit Erdbeben, Überschwemmungen und so weiter. Camerino in den Marken beispielsweise wurde am 26. Oktober 2016 Opfer eines heftigen Bebens. Die mittelalterliche Stadt scheint auf den ersten Blick unverändert, aber 80 Prozent der Gebäude sind nicht mehr bewohnbar und müssten eigentlich abgerissen werden. Doch geschehen ist in den letzten sieben Jahren faktisch nichts. Es herrscht Totenstille in der Altstadt. Erzbischof Francesco Massara vom Bistum Camerino-San Severino Marche nimmt kein Blatt vor den Mund. Die materiellen und wirtschaftlichen Schäden seien das eine, die Traumata der Menschen das andere. Die Verschreibung von Antidepressiva sei um 75 Prozent gestiegen, 23 Suizide habe die kleine Stadt seit dem Beben zu beklagen. SRF.ch

Japan – Die G 7-Staaten, zu denen Deutschland, Frankreich, Grossbritannien, Italien, Japan, Kanada und die USA, gehören, wollen bis 2040 keinen Plastikabfall mehr. Dies haben die Energie- und Umweltminister der G7-Staaten am Sonntag in Sapporo in Japan beschlossen. SRF.ch

Österreich – Im Mai und im November wird die Juwelensammlung der 2022 verstorbenen Milliardenerbin Heidi Horten versteigert. Der Schätzwert beträgt 135,7 Millionen Euro. 40 Stück der Juwelensammlung sind ab morgen in der Horten-Collection in Wien ausgestellt. ORF.at

Russland – Durchgesickerte Dokumente behaupten, dass Russland GPS-Störungen und andere Taktiken einsetzt, um den Zielprozess der JDAMs zu stören. Mit JDAM ausgerüstete Bomben werden von einem integrierten Leitsystem geführt, das mit einem GPS-Empfänger

gekoppelt ist, wodurch sie eine Reichweite von bis zu 15 Seemeilen (28 km) haben. Mit JDAM ausgestattete Bomben wiegen 230 bis 910 kg. Das Leitsystem des JDAM wurde gemeinsam von der United States Air Force und der United States Navy entwickelt, daher das „Joint“ in JDAM. Solche Taktiken wurden auch gegen andere amerikanische Waffen eingesetzt, einschließlich Lenkraketen, wodurch sie ihre Ziele verfehlten. Laut dem Council on Foreign Relations schickte Washington der Ukraine zwischen Januar 2022 und Januar 2023 fast 77 Milliarden US-Dollar an Hilfe, darunter 46,6 Milliarden US-Dollar an Waffen und anderer militärischer Hilfe. Seit Beginn der russischen Militäroperation gegen Kiew im vergangenen Jahr hat der US-Gesetzgeber der Ukraine Hilfe in Höhe von 113 Milliarden US-Dollar bewilligt. Das FBI hat am Donnerstag einen Verdächtigen festgenommen, der geheime Pentagon-Dokumente durchsickern ließ und von den Medien als ein 21-jähriges Mitglied der Massachusetts Air National Guard namens Jack Teixeira identifiziert wurde. Die durchgesickerten Dateien sollen Geheimnisse über das Sammeln von US-Geheimdiensten zum Russland-Ukraine-Konflikt und Washingtons Spionage von Verbündeten enthüllen. KFAR.

- Ehemalige Zara-Geschäfte in Russland sollen bis zum 1. Juni unter dem neuen Namen MAAG wiedereröffnet werden, berichtete die Nachrichtenagentur Izvestia am Freitag unter Berufung auf Dmitry Tomilin, Vorstandsmitglied des Russian Council of Shopping Centers. Laut seiner Website plant MAAG, in naher Zukunft rund 60 Geschäfte in ganz Russland zu eröffnen, darunter in den größten Einkaufszentren Moskaus. Auch in St. Petersburg, Tscheljabinsk, Surgut, Chabarowsk, Wolgograd, Krasnodar und anderen Großstädten werden Geschäfte wiedereröffnet. Die Filialen gehörten früher dem spanischen Bekleidungskonzern Inditex, aber das Unternehmen schloss sie kurz nach Beginn der Moskauer Militäroperation und beschloss später, den russischen Markt unter Sanktionsdruck ganz zu verlassen. Ende letzten Monats erhielt das Unternehmen die Genehmigung der russischen Regierung, sein Geschäft im Land an Fashion and More Management DMCC zu verkaufen. Das Unternehmen ist in der Freihandelszone der VAE registriert. Ihr Lizenzmanager ist Hassan Ghaleb Daher, einer der Anteilseigner von Azadea, einer libanesischen Tochtergesellschaft der Investmentgesellschaft Daher Group, die eines der größten Einkaufszentren der Welt besitzt, die Dubai Mall. Neben Zara wird der neue Eigentümer voraussichtlich auch die anderen ehemaligen Inditex-Geschäfte Pull & Bear, Bershka und Massimo Dutti unter neuen Markennamen – Dub, Ecrú bzw. Vilet – wiedereröffnen

- Die Mehrheit in Russland steht hinter Putin – aber ohne Euphorie. Das Verdikt gegen Kremlkritiker Kara-Murza sorgt für Emotionen. Ein Teil ist schockiert, andere begrüßen das Urteil.

- Zu Beginn, im ersten russischen Staat, der Kiever Rus' ab dem 9. Jahrhundert, waren die Verbindungen zwischen Russland und dem Westen gemäß Hildermeier «intensiv». Trennend wirkte jedoch die Kirchenspaltung im 11. Jahrhundert: Die westlich-lateinische Kirche und die orthodoxe Ostkirche zerstritten sich. Die Kontakte wurden weniger. Mit dem «Reform-Zar» Peter dem Großen setzte zu Beginn des 18. Jahrhunderts ein fundamentaler Umschwung ein. Peters Ziel war es, sein rückständiges Imperium nach dem Vorbild des Westens zu modernisieren und es in einen Teil des europäischen Macht- und Wirtschaftsraums zu verwandeln. Allerdings blieb diese mit staatlicher Gewalt durchgedrückte Öffnung zum Westen nicht ohne Widerspruch. Denn im 19. Jahrhundert, als sich in ganz Europa Nationalstaaten bildeten, gewannen in Russland jene Kräfte an Einfluss, die betonten, dass Russland «Besonderes hervorgebracht» habe – in der Kultur, in Sprache und Literatur, im politischen System. Nach den Revolutionen 1917 als Lenin und seine Anhänger, die Bolschewiki, die Macht ergriffen, begriff sich Russland als Gegenmodell zum kapitalistischen Westen. Doch der Bruch war laut Manfred Hildermeier weniger tiefgreifend, als dies die Propaganda in Ost und West glauben machen wollte. Ob Lenin, Stalin oder später auch Breschnew: Sie alle seien bestrebt gewesen, «das technische und industrielle Knowhow des Westens in den sozialistischen Staat zu importieren». Allerdings

ohne gleichzeitig den Kapitalismus zu übernehmen. Tatsächlich spielte die westliche Technik eine zentrale Rolle, als etwa Stalin in der Sowjetunion gigantische Staudämme und Kanäle erbauen ließ oder als das Land Hitlers Invasion abwehren musste. Als die Sowjetunion 1991 zusammenbrach, versuchte Russland mittels umfassender wirtschaftlicher und politischer Reformen, Teil der europäischen Staatenwelt zu werden. Die enormen sozialen Kosten des Radikalumbaus machte sich Putin politisch zunutze: Er sorgte für Stabilität und steigenden Wohlstand und stieg zum mächtigen Staatschef auf.
Buchhinweis: Manfred Hildermeier: «Russland und der Westen». C.H. Beck, 2022, ISBN 978-3-406-79353-0. SRF.ch

Saudi-Arabien – Der syrische Außenminister Faisal Mekdad hat einen bahnbrechenden Besuch in Saudi-Arabien absolviert, die erste derartige Reise, seit Riad 2012 die diplomatischen Beziehungen zu Damaskus abgebrochen hat. In einer gemeinsamen Presseerklärung, die nach dem Besuch veröffentlicht wurde, befürwortete Saudi-Arabien die Einheit und Integrität Syriens, verurteilte den Terrorismus und unterstützte Syrien eine politische Lösung für den 12-jährigen Krieg. Der saudische Außenminister Prinz Faisal bin Farhan Al Saud hatte seinen syrischen Kollegen nach Jeddah eingeladen, um „Bemühungen um eine politische Lösung der Syrienkrise zu erörtern, die Syriens Einheit, Sicherheit, Stabilität, arabische Identität und territoriale Integrität bewahrt und gleichzeitig den Interessen von Syrien dient sein brüderliches Volk“, heißt es in der von den staatlichen Nachrichtenagenturen beider Länder zitierten Erklärung. Prinz Faisal und Dr. Mekdad einigten sich auf die Notwendigkeit, humanitäre Probleme anzugehen und zu ermöglichen, dass die Hilfe „alle Gebiete Syriens erreicht“, Bedingungen für die Rückkehr von Flüchtlingen und Vertriebenen schafft und „die Situation in den gesamten syrischen Gebieten stabilisiert“. RD.sy

Schweiz – Schweizer Kunsthändler Eberhard W. Kornfeld gestorben. Er war Mitbegründer der Art Basel und galt als Grandseigneur im globalen Auktionsbusiness. Nachruf auf einen Kunsthändler, der im Fall Gurlitt eine Schlüsselrolle spielte. Vom Sterben hatte er eine genaue Vorstellung. Er wünsche sich, über seinem Schreibtisch zusammenzubrechen, mitten bei der Arbeit, sagte Eberhard W. Kornfeld einmal im Gespräch. So wie einst sein «Lehrer», der legendäre Kunsthändler August Klipstein. Auch Kornfeld arbeitete und arbeitete, bis ins hohe Alter. Nun ist er gegangen, wenige Monate vor seinem 100. Geburtstag (* 23. September 1923 in Basel; † 13. April 2023 in Ostermundigen). Friedlich zu Hause eingeschlafen sei er, meldet seine Berner Galerie. Kornfeld war Kunsthändler, Sammler und Forscher. Im langen Leben des gebürtigen Baslers spiegelt sich der Wandel des Kunstbetriebs im 20. und 21. Jahrhundert. Er habe sein Haus zu einer der berühmtesten Adressen im globalen Auktionsgeschäft gemacht, schrieb die «Frankfurter Allgemeine Zeitung». In seinem Büro an der Berner Laupenstrasse schien die Zeit stillzustehen. Einen Computer hatte er nicht. Aber Kunstwerke, Fotografien, Bücher, einen Tresor. Und eine riesige Lupe, um Grafiken zu studieren. Kornfelds scharfem Blick entging nichts. Er besaß Charme und Schalk. Nur die Stimme war brüchig geworden mit der Zeit. Kornfeld begann früh, sich für Kunst zu interessieren. Als junger Mann kam er nach Bern, wurde Volontär bei August Klipstein. Nach dessen Tod führte Kornfeld die Firma weiter, mit großem Erfolg. Mitte der 1950er-Jahre gelang ihm der Durchbruch. Überall, so schien es, hatte er seine Hände im Spiel – auch 1968 als die Kunstmesse in Basel gegründet wurde. Kornfeld bewegte sich während Jahrzehnten in einem goldenen Netzwerk des Kunstbetriebs, in dem Diskretion zu den harten Währungen zählt. Von seinem Großmut haben manche profitiert. In Bern, seiner Wahlheimat, war der Ehrenbürger bis zuletzt so gut wie unantastbar. Es gab aber auch Kritiker. Solche, die ihm unterstellten, allzu unbekümmert Handel mit historisch belasteten Kunstwerken betrieben zu haben. Unliebsame Aufmerksamkeit erfuhr er 2013, als der Fall Gurlitt publik wurde. Kornfeld stand in einer Geschäftsbeziehung zu Cornelius Gurlitt – und hatte wohl einen wesentlichen Anteil daran, dass dieser seine Sammlung dem

Kunstmuseum Bern vererbte. Noch Jahre später ärgerte sich Kornfeld über die Rolle der Medien im Fall Gurlitt, er sah sich als Opfer einer Sensationskampagne. Gurlitt war für ihn nur einer unter vielen. Kornfeld vertrat die Meinung, dass mit zweierlei Maß gemessen werde. So gelte beispielsweise Ferdinand Möller in Deutschland als Held und Retter „entarteter“ Kunst, jedoch werde Hildebrand Gurlitt für die gleiche Tat verteufelt und sein noch vorhandenes Erbe 2012 beschlagnahmt. Kornfeld hat in seinem Leben unvorstellbar viele Werke verkauft. Über 100'000 sollen es gewesen sein. Viel Kunst hat er aber auch gesammelt. Vor allem Werke Ernst Ludwig Kirchners, mit dem er sich ein Leben lang beschäftigt hat. Kornfeld war ein Kunsthändler mit Talent zur Freundschaft: Albert Giacometti, Sam Francis, Pablo Picasso, Marc Chagall: Mit ihnen und manch anderen Größen war «Ebi» freundschaftlich verbunden. «Ich habe immer den persönlichen Kontakt gesucht», sagte er. «Es war aber auch eine sehr gute Zeit. Die Künstler waren zugänglicher als heute.» So konsequent er seine Sammlung zusammentrug, so konsequent plante er auch, was damit geschehen soll: Ausgewählte Werke hat er längst Museen vermacht, «um Lücken zu füllen». Doch der große Rest soll nicht in Museen landen, diesen «Leichenkammern der Kunst», wie er sie nannte. Seine Erben sollen die Sammlung zurück auf den Kunstmarkt bringen.

- Das Kampfflugzeug Mirage III geht in den Ruhestand. Grund für das vorzeitige Aus ist die Alterung einiger Teile und Komponenten. Im Mai hebt die Mirage III in der Schweiz das letzte Mal ab. In Europa gäbe es kein Unternehmen mehr, das die in die Jahre gekommenen Jet-Antriebe revidiere, bestätigte das Bundesamt für Zivilluft entsprechende Informationen der «Neuen Zürcher Zeitung». Die letzten Flüge hätten aber ohnehin Ende dieses Jahres stattgefunden. Bis letztes Jahr startete die Mirage III jährlich rund 24 Mal – zu einem Preis von 15'000 Franken pro Person. Betrieben wurde die letzte flugfähige Mirage III in der Schweiz vom Verein Espace Passion. Haupteigentümer ist das Militärflugzeugmuseum Payerne VD. Der letzte Flug der «Mirage IIIDS J-2012» wird von einem ehemaligen Kommandanten einer Mirage-III-Aufklärungsstaffel durchgeführt. Er findet am 25. Mai vom Militärflugplatz Payerne VD statt. Angeschafft wurden die Mirage-Kampfflugzeuge in der Schweiz vor rund 60 Jahren. 1961 hatte das Schweizer Parlament 871 Millionen Franken für den Kauf von 100 Mirage-Flugzeugen bewilligt. Die Kosten waren jedoch aus dem Ruder gelaufen. 1964 musste der Bundesrat einen Zusatzkredit von 576 Millionen Franken beantragen. Der Skandal führte zum Rücktritt des Verteidigungsministers Paul Chaudet und einer Reduzierung der Anzahl der Flugzeuge. Bis 1970 wurden schließlich 57 Flugzeuge ausgeliefert. Sie wurden als Abfangjäger und Aufklärungsflugzeuge eingesetzt. Insgesamt kaufte die Schweiz 61 Mirage-Flugzeuge, von denen im Laufe der Jahre zehn durch Absturz verloren gingen. Bis Ende der 1990er-Jahre bildeten sie das Rückgrat der Schweizer Luftwaffe. Im Jahr 2003 wurden die letzten 16 Maschinen außer Dienst gestellt.

- Kein Witz: In den Hochalpen liegt im April am meisten Schnee. Der Frühling versucht, das Schneedefizit des Winters aufzuholen. Am Wochenende folgt die nächste Ladung Neuschnee.

- Seit zehn Jahren ist «Le Gruyère» auch in der EU und Grossbritannien als geschützte Ursprungsbezeichnung anerkannt. Schwieriger ist es im Rest der Welt. Vor einem Monat entschied ein US-amerikanisches Gericht: «Gruyère» kann als Marke nicht geschützt werden. Begründung: «Gruyère» steht in den USA allgemein für eine Sorte Hartkäse. Wo und wie der Käse produziert wurde, spielt keine Rolle. Die Produzenten müssen aus der Region kommen. Zur «Region» gehören die Kantone Freiburg, Neuenburg, Waadt und Jura sowie ein paar Gemeinden im Kanton Bern. Die Leibgröße liegt bei 55 bis 65 Zentimeter Durchmesser bzw. bei 25 bis 40 Kilogramm Gewicht. Einige wenige kleine Löcher sind erwünscht, aber nicht erforderlich. Die Kühe, die Milch für den Gruyère liefern, dürfen nur Gras und Heu fressen. Die Milch muss roh und frisch innert wenigen Stunden in die Käserei gebracht und dort verarbeitet werden. «Das Urteil macht mir Sorgen», sagt Philippe Bardet. Er ist Direktor der Sortenorganisation «Le Gruyère». «Ich habe Angst, dass nun andere Länder zum gleichen Schluss kommen könnten wie die USA.» Als Beispiele nennt er

Australien, Neuseeland oder südamerikanische Länder. «Der Einfluss der USA dort ist groß. Sie könnten Druck machen, dass auch in diesen Ländern Gruyère als Marke nicht anerkannt wird.» Die USA sind nach der Schweiz und Europa der drittgrößte Absatzmarkt: Im Schnitt wird jeder achte Schweizer Gruyère in die USA exportiert; 2021 wurden dort über 4100 Tonnen «Le Gruyère» verkauft. Ganz vom Tisch ist der Markenstreit auch nach dem jüngsten Gerichtsurteil aber noch nicht. Die Sortenorganisation könnte den Entscheid noch beim höchsten US-Gericht, beim Supreme Court, anfechten. Für Philippe Bardet macht dies aber wenig Sinn. Erstens, weil der Supreme Court ganz grundsätzlich nur wenige Rekurse behandle, zweitens, weil die Chancen für einen Sieg – wenn das Gericht sich des Rekurses annehmen würde – gering seien. «Das Gericht fällt seine Entscheidungen dem Prinzip «America first». Ein Erfolg ist also unwahrscheinlich.»

- Traditionen sind häufig anders entstanden als man denkt. Dies gilt zum Beispiel auch für die Schweizer Volksmusik – den Ländler. Er gehört eigentlich noch keine hundert Jahre zur Schweizer Tradition. In vielen Städten, in der Romandie oder auch im Tessin war diese Art Musik vorher kaum bekannt. Der große Aufschwung zur nationalen Musik begann unter anderem in Zürich. Dort, wo man den Ländler heute kaum mehr vermutet: im Altstadtquartier Niederdorf. Hintergrund ist die Landflucht, die mit der Industrialisierung im 19. Jahrhundert zusammenhing. Die Leute vom Land strömten in die Fabriken in den Städten. «Und diese Arbeiter brachten dann halt ihre Musik mit», weiß Madlaina Janett. Sie hat sich mit der Geschichte der Volksmusik beschäftigt und ist Co-Autorin des Buchs «Ländlerstadt Züri». Richtig los ging es in Zürich mit dem Ländler nach dem Ersten Weltkrieg, so Janett. Zuvor war das Zürcher Ausgangsleben von ausländischen Formationen und den aufkommenden Charleston und Swing geprägt. «Wahrscheinlich lechzten die Leute damals nach Abwechslung», erklärt sich Madlaina Janett den Erfolg der Ländlermusiker in Zürich. Es waren keine bieder-gemütlichen «Stubeten», die im Niederdorf zum Besten gegeben wurden. Im Gegenteil, es ging durchaus feuchtfröhlich zu und her. Auch aufseiten der Musiker: Grundsätzlich sei die Szene «kein Kind von Traurigkeit» gewesen, sagt Madlaine Janett: «Abstürze gehörten bei fast allen dazu.» Dazu passt auch die Geschichte vom «Stocker Sepp», einer der großen Ländler-Stars jener Zeit: «Man sagt von ihm, dass er im Suff eine Treppe hinunterstürzte und daran starb.» Das war allerdings im Jahr 1949, als die Zürcher Ländlerwelle bereits wieder abebbte. Die Volksmusik machte in den Zwischenkriegsjahren eine erstaunliche Entwicklung durch – insbesondere auch in ideologischer Hinsicht. «Am Anfang war sie nur eine exotische, urige Abwechslung. Im Laufe der Jahre hat sie sich aber zu einer Art nationalem Heiligtum entwickelt. Und man fand wirklich, es sei die Pflicht als Einwohner der Schweiz, Ländlermusik zu hören», beschreibt Janett den stetig steigenden Stellenwert der Volksmusik. Ihren Höhepunkt fand diese Entwicklung während der Schweizerischen Landesausstellung von 1939 in Zürich, die ganz im Zeichen der geistigen Landesverteidigung stand. «Im Landi-Dorf gab es eigentlich nur Ländlermusik zu hören.» Dies war der Wendepunkt. Noch nie zuvor waren so viele Leute in Kontakt mit Ländler gekommen. «Spätestens da war allen klar: Das ist unsere nationale Musik.» In Zürich lässt man aktuell die früheren Zeiten aufleben. Grund dafür ist, dass der Kanton Schwyz Gastkanton des diesjährigen Sechseläutens ist. Diverse Schwyzer Formationen spielen deshalb in Zürich – unter anderem auf dem Hirschenplatz im Niederdorf. Nach dem Zweiten Weltkrieg ging es allerdings auch wieder schnell bergab mit dem Ländler in der Großstadt. «Das Publikum wollte auch mal wieder anderes hören und hatte wieder Zugang beispielsweise zu amerikanischer Musik», sagt Madlaina Janett und bilanziert: «Spätestens im Jahr 1950 kann man die große Ländler-Blüte als beendet erklären.»

- Banker: «Hört auf mit dem Boniverbot, es bringt uns nicht weiter» Parlamentsmitglieder debattierten über geeignete Maßnahmen, damit der Staat keine Großbank mehr retten muss.

- Der grüne Waadtländer Kantonsrat David Raedler fühlt sich ohne Mundartkenntnisse in der Deutschschweiz ausgeschlossen und möchte, dass in den Westschweizer Schulen

Schweizerdeutsch unterrichtet wird. Das findet die Genfer Linguistikprofessorin Juliane Schröter eine gute Idee. SRF.ch

Südafrika – Die Nahrungsmittelproduktion ist bedroht. Mehrstündige Stromausfälle schaffen riesige Probleme in der Landwirtschaft. Mehrere Großbauern gingen bereits bankrott. SRF.ch

Türkei – Der Rüstungskonzern Aselsan (aselsan.com.tr/) hat vier Exportverträge für sein neues Drohnen-Abwehrsystem IHTAR unterzeichnet. Bei den Käufern handelt es sich um die Türkische Republik Nordzypern, Kirgisistan, Niger und Angola, wie die Nachrichtenagentur Anadolu am Sonntag berichtete. Das Abwehrsystem ist in der Lage, kleine und mittelgroße Drohnen in städtischer und ländlicher Umgebung zu treffen. Es dient unter anderem dem Schutz kritischer Infrastrukturen, Grenzen und Großveranstaltungen. Das IHTAR-System wird in der Türkei vielseitig eingesetzt. Neben dem Präsidialkomplex in Ankara werden etwa wichtige Anlagen des Energiesektors damit geschützt. So soll IHTAR künftig auch das türkische Kernkraftwerk Akkuyu 120 km westlich von Mersin sichern.

- Der neue türkische Beobachtungssatellit IMECE wurde in Betrieb genommen. Der mit „nationalen Mitteln“ gebaute Satellit wurde in die Umlaufbahn gebracht. Damit schreitet die Türkei beim globalen Wettlauf in der Raumfahrt weiter voran. IMECE wurde vom türkischen TÜBİTAK Forschungsinstitut für Weltraumtechnologien (uzay.tubitak.gov.tr/) entwickelt und besteht größtenteils aus inländischen Komponenten. Es besitzt eine elektro-optische Satellitenkamera mit einer hohen Auflösung im Submeterbereich. Nach Angaben des türkischen Technologieministeriums wird der Satellit in einer Höhe von 680 Kilometern zum Einsatz kommen. TRT.tr

Ukraine – Die EU werde Kiew nicht unbegrenzt mit Geldern versorgen, warnte Ungarns Ministerpräsident Viktor Orbán in einem Interview mit Kossuth-Radio. „Eigentlich ist die Ukraine in finanzieller Hinsicht ein nicht existierendes Land“, erklärte er. „Der Rückgang der Wirtschaftsindikatoren ist enorm, was aufgrund des Krieges völlig verständlich ist. Offensichtlich kann sich die Ukraine nicht selbst finanzieren“, erklärte der ungarische Staatschef. Die EU zahlt jetzt ukrainische Gehälter, Renten und Gesundheitsversorgung und stellt „riesige Summen bereit, die der europäischen Wirtschaft entgehen“, betonte der Premierminister. Er fügte hinzu, dass diese Unterstützung „nicht unbegrenzt fortgesetzt werden kann“. Die Frage sei, so Orbán, ob der Westen die Ukraine weiter stützen wolle. „In dem Moment, in dem Amerika und Europa diese Frage mit ‚Nein‘ beantworten, wird der Krieg enden“, betonte er. Budapest ist auch an der Finanzierung der Kiewer Regierung durch gemeinsame EU-Mechanismen beteiligt, aber trotzdem verschlechtert sich die Situation für die ungarische Minderheit in der ukrainischen Region Transkarpatien weiter, sagte der Premierminister. Orbán hatte sich zuvor darüber beschwert, dass die Ukraine ethnische Ungarn in der westlichen Region des Landes misshandelt. Ungarische Symbole werden in ganz Transkarpatien zerstört, Leiter von ungarischen Sprachschulen werden entfernt, während „viele ethnische Ungarn an der Front sterben“. Seit dem Ausbruch der Kämpfe zwischen Russland und der Ukraine vor mehr als einem Jahr haben die EU, ihre Mitgliedstaaten und Finanzinstitute mehr als 50 Milliarden Euro an finanzieller Unterstützung für Kiew bereitgestellt, darunter 12 Milliarden Euro für Waffen und 30 Milliarden Euro Finanzhilfe. KR.hu

- Laut einem Dekret des ukrainischen Ministeriums für Jugend und Sport wurde ukrainischen Sportlern die Teilnahme an internationalen Veranstaltungen mit Athleten aus Russland und Weißrussland untersagt. RU.ua

USA – Sehr brisant: Schwächelnde ukrainische Luftabwehr: Bislang hat eine starke Luftverteidigung die Ukraine vor Schlimmerem bewahrt. Doch die US-Militärs zeichnen ein pessimistisches Bild davon, wie lange das so bleiben wird. Kiew weist demnach einen hohen

Raketen-Verschleiß auf, Nachschub kommt nur spärlich an. Bereits am 2. Mai könnten die Raketen für das Luftabwehrsystem S-300 ausgehen, völlig ausgeschossen könnte Kiew gemäß den Dokumenten am 23. Mai sein. Gemäß dem diplomatischen Korrespondenten von SRF, Fredy Gsteiger, sind die Informationen explosiv. «Sie liefern Moskau Informationen, wo es aus der Luft erfolgreich angreifen kann.» Waffenlieferungen an beide Kriegsparteien: Das Logistikprojekt der USA und ihrer Partner hat mittlerweile riesige Ausmaße angenommen. Überraschenderweise soll auch Serbien, historisch ein Verbündeter Moskaus, sich bereit erklärt haben, Waffen an Kiew zu liefern. Es ist nicht klar, ob es tatsächlich dazu gekommen ist. Belgrad dementiert. Ägypten und die Vereinigten Arabischen Emirate sollen hingegen Waffenlieferungen an Moskau geprüft haben. Die Informationen waren gemäß Fredy Gsteiger bislang nicht bekannt. «Sie könnten zu Verstimmungen unter den Ländern führen.» Lecks im russischen Sicherheitsapparat: In den Lageberichten wird deutlich, wie tief die US-Geheimdienste den russischen Sicherheitsapparat infiltriert haben. Es finden sich neben Details zu Plänen des russischen Militärs auch Verweise auf Machtkämpfe innerhalb des Kremls. So soll etwa der Auslandsgeheimdienst FSB dem Militär vorwerfen, die wahren Todeszahlen in der Ukraine zu verschleiern. «Diese Enthüllungen erlauben es Russland, Rückschlüsse über eigene Lecks zu ziehen, diese zu schließen und Informanten zu bestrafen», so Fredy Gsteiger. Mäßig brisant: Unterstützung der Ukraine durch den Westen: Die veröffentlichten Lageberichte enthalten detaillierte Angaben über den Kriegsverlauf. An mehreren Stellen werden Vorbereitungen für eine anstehende Frühlingsoffensive Kiews angesprochen, mitsamt Artillerielieferungen und der Anzahl benötigter Panzer. Gemäß Fredy Gsteiger zeigen die Veröffentlichungen, wie stark das Engagement der USA und der Nato für die Ukraine ist. Wirklich neu sei das aber nicht. Bspitzelung von Partnern: Die US-Geheimdienste spionieren Alliierte offenbar genauso aus wie geopolitische Gegner. Innerhalb der südkoreanischen Regierung herrscht offenbar Uneinigkeit in der Frage von Waffenlieferungen an die Ukraine. Zudem finden sich in den Dokumenten Verweise auf die Überwachung des ukrainischen Präsidenten Wolodimir Selenski sowie des UNO-Chefs Antonio Guterres. In Israel haben offenbar Teile des Geheimdienstes Mossad aktiv versucht, die Proteste gegen die Justizreform von Premierminister Benjamin Netanyahu zu unterstützen. «Diese Enthüllungen kommen nicht wirklich überraschend. Dennoch können sie zu einem Vertrauensverlust und politischer Verstimmung unter Partnern führen», sagt Fredy Gsteiger. Wenig brisant: Zahlen zu Kriegsopfern: Die USA gehen davon aus, dass Russland bislang 189'500 bis 223'000 Tote oder Verwundete zu beklagen hat (43'000 in direkten Kampfhandlungen). Auf Seiten der Ukraine sollen es 124'500 bis 131'000 (17'500 in direkten Kampfhandlungen) sein. Fredy Gsteiger dazu: «Die Zahlen sind weitgehend bekannt, auch wenn es je nach Quelle Unterschiede gibt.» Hackerangriffe, Gerüchte über kranken Putin, Nordkorea: Neben den Zahlen und Details zum Kriegsgeschehen in der Ukraine sowie Details aus abgehörten Gesprächen beinhalten die Lageberichte auch Spekulationen und mögliche Zukunftsszenarien. Eine Auswahl: China soll sich in Gesprächen mit Moskau bereit erklärt haben, tödliche Waffen an Russland zu liefern. Das Land will dies aber geheim halten. Die militärische Führung der USA geht davon aus, dass der Konflikt in der Ostukraine andauern wird und auch in diesem Jahr keine Partei siegreich daraus hervorgehen wird. Im vergangenen September ist es über dem Schwarzen Meer beinahe zu einem Zwischenfall mit diplomatischem Sprengpotenzial gekommen. So soll ein russischer Kampfjet kurz davor gestanden haben, einen britischen Jet abzuschießen. Nur durch Zufall soll es nicht so weit gekommen sein. Russische Hacker sollen auf Geheiß des Kremls Angriffe auf kritische Infrastruktur in Kanada lanciert haben. Die brasilianische Regierung bemüht sich um eine Vermittlerrolle im Ukraine-Krieg. Es bestehen Pläne für einen entsprechenden Gipfel in Moskau in den kommenden Monaten. In den Briefings werden auch Spekulationen innerhalb Russlands aufgenommen, wonach der russische Präsident, Wladimir Putin, an Krebs erkrankt sein könnte. Auch finden sich Details zum Raketenprogramm Nordkoreas. Dieses soll zwar schnell voranschreiten,

Seite E 98 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 836 vom 01.06.2023

dennoch soll Pjōngjang an einer Militärparade im Februar «nicht-operative» Raketen vorgeführt haben • Das Material, das Teixeira angeblich geteilt hatte, machte deutlich, wie tief amerikanische und alliierte Geheimdienste in die russische Regierung vorgedrungen waren. Damit wurde deutlich, dass die Amerikaner den Ukrainern fast sofort Informationen über geplante russische Angriffe geben konnten. Sie zeigten auch, dass US-Geheimdienste Verbündete wie Israel und Südkorea sowie die ukrainischen Führer belauschten. NOS.nl

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

Keine Berichte

01) Der ungebremste Abstieg Westeuropas: Migranteninvasion und Geburtenrückgang

10. 05. 2023



London, UK - September 16, 2018: People arab muslim family walking with woman in hijab clothing on sidewalk street with child in Kensington. Foto: shutterstock

Von M.Sc. TADEJ IAN | Die letzte Dimension des Zusammenbruchs von Europa, über die wir sprechen werden, ist die Migrationspolitik der Europäischen Union. Die EU nimmt Millionen von Wirtschaftsmigranten aus Afrika und Asien auf, von denen die meisten islamischen Glaubens sind. Langfristig sind die europäischen Gesellschaften gefährdet, da diese Migrationen sie destabilisieren werden.

Die von Brüsseler Technokraten vorgebrachte und von vielen europäischen Politikern übernommene Begründung für die Aufnahme einer großen Zahl von Migranten aus Asien und Afrika in die EU ist demografischer Natur. Aufgrund des Rückgangs der Geburtenrate in Europa (Geburtenhäufigkeit) wird in Zukunft ein Problem entstehen, weil es in Europa eine zu alte Bevölkerung geben wird, die von den jüngeren Europäern nicht versorgt und gepflegt werden kann. Da die Geburtenrate in Asien und Afrika sehr hoch ist, gingen die europäischen Entscheidungsträger davon aus, dass die Lösung für Europa in diesem Sinne darin besteht, Migranten aus anderen Kontinenten zu importieren. Im Gegenzug für ein besseres Leben sollen sich diese Migranten um die alten Europäer kümmern, d. h. Beiträge zahlen, aus denen die Renten für die alten Europäer gespeist werden, und Dienstleistungen erbringen, die die alten Europäer benötigen. Das klingt zu schön, um wahr zu sein. Und das ist es auch, denn die Hypothese ist völlig falsch.

Die außereuropäische Migration ist keine demografische Lösung

Die beschriebene Hypothese fällt flach, weil sie viele Annahmen enthält, die überhaupt nicht wahr sind.

Das erste Problem besteht darin, dass die potenziellen Arbeitskräfte, die nach Europa kommen, meist ungelernt sind. Die Migranten, die nach Europa kommen, stammen aus einigen Teilen der Welt, die im Vergleich zu Europa so wenig entwickelt sind, dass sie den Neuankömmlingen nicht einmal die Möglichkeit geben, in Europa zu arbeiten, weil das Leben in Europa so viel komplizierter oder herausfordernder ist als in den genannten Teilen der Welt, dass viele Migranten in Europa nie einen Job bekommen werden, selbst wenn sie einen wollten, weil sie einfach nicht über genügend entwickelte Fähigkeiten verfügen. Hier liegt der Grund natürlich nicht in der Rasse, sondern in der Umgebung, denn dasselbe würde einem Europäer passieren, der als Baby in diesen rückständigen Teil der Welt gebracht wurde und später als Erwachsener nach Europa kommt.

Ein weiteres Problem besteht darin, dass viele Neuankömmlinge aus anderen Kontinenten nicht einmal einen Arbeitsplatz in Europa wollen. Die soziale Unterstützung, die sie in Europa erhalten, bedeutet in einigen Teilen der Welt sogar Wohlstand. Wenn ein Migrant einen Teil davon nach Hause schickt, kann dieses – für europäische Verhältnisse – Kleingeld ganze Familien dort sehr gut unterstützen. Selbst ein schlechtes Leben in Europa ist besser als das Leben der Mittelschichten in der Dritten Welt, so dass Migranten, die in Europa keine Arbeit suchen, überhaupt keinen Mangel an Lebensstandard empfinden und nicht einmal die Motivation haben, eine Arbeit zu suchen.

Das dritte Problem besteht darin, dass die im vorangegangenen Abschnitt beschriebene Hypothese von einem hohen Maß an europäischer Humanität ausgeht. Es ist zu betonen, dass sich die europäische Humanität im letzten Jahrhundert entwickelt hat. Sie wurde durch den europäischen Wohlstand ermöglicht. Humanität gibt es natürlich auch in unterentwickelten Teilen der Welt, da Menschen soziale Wesen sind, aber dieses Niveau an Humanität und Gegenseitigkeit ist bei weitem nicht so hoch wie in Europa. Die Vorstellung, dass asiatische und afrikanische Neuankömmlinge sich um ältere Europäer kümmern werden, ist daher völlig illusorisch.

Das vierte und zugleich größte Problem besteht darin, dass die Hypothese auf der Theorie des Multikulturalismus beruht, die davon ausgeht, dass die kulturelle Toleranz der asiatischen und afrikanischen Neuankömmlinge in Europa der kulturellen Toleranz der Europäer ähnlich oder gleich ist. Die Europäer haben nicht nur aufgrund ihres Wohlstands eine hohe Toleranz entwickelt, sondern auch aufgrund der Erfahrung der Zerstörungen zweier Weltkriege in Europa, die Europa völlig verwüstet haben und zig Millionen Europäer das Leben kosteten. Asiaten und Afrikaner haben diese Erfahrung nicht gemacht. Im Gegenteil. Sie verstehen die Gründe für diese europäische Migrationspolitik überhaupt nicht. Die europäische „Großzügigkeit“ wird von vielen mit der Dummheit und Schwäche der Europäer in Verbindung gebracht, was bedeutet, dass sie keinen Respekt vor den Europäern haben, da sie sie für Schwächlinge halten. Da sie aus einem Umfeld kommen, in dem das System so gestaltet ist (wie es einst in Europa war), dass nur die Stärksten überleben, ist ihr Motiv vor allem, auf Kosten der Europäer das Beste aus sich zu machen.

Seite E 102 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 836 vom 01.06.2023

Außerdem halten sie in Europa an ihren Werten und ihrer Lebensweise fest, wie sie es von zu Hause gewohnt waren, weshalb in Europa in den Großstädten immer mehr islamische Ghettos entstehen.

Europäisches Missverständnis des Islam

Die große Mehrheit der asiatischen und afrikanischen Migranten, die in Europa ankommen, sind islamischen Glaubens. Die europäischen Entscheidungsträger, die Millionen dieser Migranten nach Europa lassen, verstehen den Islam nicht. Würden sie den Islam wirklich verstehen, hätten sie diese Migranten nicht in solcher Zahl nach Europa gelassen. Die Geschichte lehrt uns, dass islamische Einwanderer anfangs relativ friedlich sind und sich schnell in die Umgebung integrieren, in die sie kommen. Sie sind auch zu einer teilweisen Assimilierung bereit. All dies ändert sich, wenn ihre Zahl oder ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung zunimmt. In einer solchen Situation radikalieren sie sich massiv und fordern die Einführung islamischer Gesetze, also der Scharia.

Wir haben in Europa den Nationalismus erfunden. Den gibt es aber in der islamischen Welt nicht. Natürlich gibt es auch bei den Muslimen interne Konflikte. Aber der Islam funktioniert so, dass Muslime dort, wo sie in der Minderheit sind, sich immer mit anderen Angehörigen der islamischen Religion verbinden, egal, woher sie kommen. Unter Muslimen können gegenseitige Streitigkeiten und Konflikte immer auf die Zeit warten, in der der Islam die Kontrolle übernimmt oder die politische Autorität und die Scharia in einer Region etabliert.

Islamische Revolution in Europa?

Es ist alarmierend, dass sich ein Teil der Muslime in Europa bereits radikalisiert hat. In Zukunft kann es nur noch schlimmer werden. Die niedrige Geburtenrate der einheimischen Europäer, der Grund, warum die EU die Einwanderung aus anderen Kontinenten überhaupt unterstützt, ist auf lange Sicht die Achillesferse Europas. Die nach Europa einwandernden Muslime kommen aus traditionellen Verhältnissen, in denen ein Paar viele Kinder hat. Islamistische Führer in Europa und anderswo fordern die Muslime in Europa auf, so viele Kinder wie möglich zu bekommen. Selbst wenn die EU morgen die Zuwanderung nach Europa stoppt, wird das demografische Bild in Europa aufgrund der beschriebenen Trends in 50 Jahren ein völlig anderes sein als heute. Der Anteil der Muslime in Europa wird hoch sein. Wenn die Zuwanderung weiterhin politisch geduldet wird, ist es nur eine Frage der Zeit, wann zumindest in einigen Teilen Europas (wahrscheinlich zuerst in Frankreich und Italien) die Muslime in der Mehrheit sein werden. Bei solchen Einwanderungstrends, wie wir sie derzeit erleben, kann dies in einigen Jahrzehnten, aber sicher in einem Jahrhundert geschehen. Ansonsten kann niemand mit Sicherheit vorhersagen, was dann passieren wird. Da es aber mit Sicherheit immer mehr Spannungen zwischen der einheimischen Bevölkerung und den Zuwanderern geben wird und da es nie an radikalen Islamisten mangelt, die die meist gemäßigtene islamische Mehrheit aufhetzen, können wir damit rechnen, dass es an einigen Orten in Europa irgendwann zu Bürgerkriegen und zumindest zu versuchten islamischen Revolutionen kommen wird.

Eine vernünftige Lösung für das demografische Problem

Würden die EU-Mitgliedsstaaten all das Geld, das durch die afrikanische und asiatische Migration nach Europa verschwendet wird, dazu verwenden, junge europäische Familien und Paare zu fördern und zu unterstützen, würde die Geburtenrate in Europa sicherlich steigen. Es wäre auch nichts gegen die Migration aus Asien und Afrika einzuwenden, wenn ihre Zahl gering wäre und die europäischen Behörden auswählen würden, wen sie nach Europa einladen. Wenn Tausende oder gar Zehntausende von Ärzten, Ingenieuren,

Seite E 103 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 836 vom 01.06.2023

Wissenschaftlern usw. nach Europa einwandern würden, anstatt Millionen von unqualifizierten Menschen aus der islamischen und der übrigen dritten Welt, wäre dies definitiv besser und nachhaltiger. Hochgebildete oder hochqualifizierte Menschen passen sich leichter an neue kulturelle Muster an und würden in geringerer Zahl weder kurz- noch langfristig eine Bedrohung für die Mehrheitsbevölkerung darstellen.

Zum Autor:

M.Sc. TADEJ IAN ist Politikwissenschaftler, Sozialwissenschaftler und Publizist.

DEMOKRACIJA

Dieser Beitrag erschien zuerst auf [DEMOKRACIJA](#), unser Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

Europäische Union (EU) (Seiten E 104 - E 107)

01) EU darf „eingefrorenes“ russisches Vermögen nicht an Ukraine „verteilen“

29. 05. 2023



Bild: Fp

Insgesamt haben die Mitgliedsstaaten der EU 200 Milliarden Euro der russischen Zentralbank illegal eingefroren.

Brüssel darf aber offenbar das russische Geld nicht beschlagnahmen um es wie geplant, für den Wiederaufbau der Ukraine zu verwenden.

Kein Wiederaufbau der Ukraine mit russischem Vermögen

Die Mitgliedsstaaten der Europäischen Union (EU) haben einem Bericht zufolge insgesamt 200 Milliarden Euro der russischen Zentralbank eingefroren.

Das teilte die EU-Kommission der *Welt am Sonntag* mit. Insgesamt beläuft sich die Höhe des festgesetzten Auslandsvermögens der Notenbank in den G7- und EU-Ländern laut dem Bericht auf rund 300 Milliarden Euro.

Ende Dezember hatte die Summe des eingefrorenen Vermögens 18,9 Milliarden Euro betragen.

Die deutschen Behörden haben in den vergangenen drei Monaten kein zusätzliches Vermögen festgesetzt, wie das Bundesfinanzministerium der *Welt am Sonntag* mitteilte.

Dem Ziel, Moskau für den „Wiederaufbau der Ukraine“ bezahlen zu lassen, kommt die EU dem Bericht zufolge keineswegs näher.

Brüssel dürfe das russische Geld nicht beschlagnahmen, teilte ein Kommissionssprecher mit. Es müsse zurückgegeben werden, sobald die Sanktionen aufgehoben werden.

Die Diskussionen über einen Alternativplan, die eingefrorenen Gelder am Kapitalmarkt zu investieren und Kiew die Erlöse daraus zu überweisen, „dauern noch an“.

Bereits im November 2022 plädierte Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen dafür, die eingefrorenen Vermögenswerte der russischen Zentralbank in einen Fonds umzuleiten, um Kiew zu helfen.

Es scheint also so, als würde die EU mit ihrem „selbstgestrickten“ höchst fragwürdigen Rechtsverständnis langsam an seine Grenzen zu kommen.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

02) Bernhard Zimniok: EU-Beitritt von Serbien und dem Kosovo brächte zusätzliche Probleme

09. 05. 2023



Zu den EU-Berichten über Serbien und den Kosovo äußert sich Bernhard Zimniok, außenpolitischer Sprecher der AfD-Delegation im EU-Parlament, wie folgt:

„Weder der Kosovo noch Serbien erfüllen die Kopenhagener Kriterien, die Voraussetzung für eine Aufnahme in die EU sind. Insbesondere im Kosovo genießt die organisierte Kriminalität Hochkonjunktur, was im Falle eines EU-Beitritts nicht spurlos an der EU vorbeigehen würde. Außerdem flammen die Nationalitätenkonflikte zwischen Serbien und dem Kosovo immer wieder auf, wie neulich während des Kennzeichenstreits. Es ist nicht im Interesse der EU, diese Konflikte zu importieren.“

Insbesondere für Deutschland wäre ein Beitritt beider Länder nachteilig, weil es eine EU-Erweiterung um Nettoempfänger wäre, für die Berlin am tiefsten in die Tasche greifen müsste. Ehe die EU über eine Erweiterung nachdenkt, sollte sie erstmal ihre eigenen Probleme lösen, anstatt sich zusätzliche ins Haus zu holen.“

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

03) Petr Bystron (AfD) zur Diskussion in Schweden über möglichen EU-Austritt

06. 05. 2023



Der „Brexit“ schockte ganze Europa. Nach einem Referendum im Jahr 2016 trat das Vereinigte Königreich offiziell am 31. Januar 2020 aus der Europäischen Union aus. Nun kommt es in einem weiteren Land zu einer Diskussion über einen EU-Austritt. Der Chef der Schwedendemokraten, der zweitstärksten Partei des Landes (20,5 Prozent bei der Wahl im letzten Jahr), Jimmie Åkesson (43), fordert in einem Zeitungsartikel, dass Schwedens EU-Mitgliedschaft auf den Prüfstand gestellt werden müsse. Dazu erklärt der außenpolitische Sprecher der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag, Petr Bystron:

„Nach den Briten denkt nun mit den Schweden ein zweiter Nettozahler darüber nach, diese EU zu verlassen. Niemand will sich aus Brüssel diktieren lassen, wie er zu Hause zu leben hat. Die immer übergreifigere Brüsseler Bürokratie stößt immer mehr Menschen ab. Viele Empfängerländer wie Polen und Ungarn denken noch kritischer, bleiben jedoch wegen der Finanztransfers.“

Das Einzige, was diese EU noch zusammenhält, ist das Geld der deutschen Steuerzahler. Würde Deutschland aufhören zu zahlen, würde es die EU am nächsten Tag nicht mehr geben. Die AfD-Fraktion fordert eine drastische Kürzung deutscher Beiträge an die EU und eine grundlegende Reform des Bürokratiemonsters.“

Seite E 107 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 836 vom 01.06.2023

Bystron trifft damit den Nagel auf den Kopf, denn Åkesson kritisiert dabei eine „weitreichende Symbolpolitik“ der EU, der für Schweden zur „Zwangsjacke“ werden. Zudem hätten die großen Länder wie Deutschland oder Frankreich zu viel Macht und würden damit auch das Leben der Schweden bestimmen, so Åkesson.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

Keine Berichte

Belgien (Seiten E 109 – E 112)

01) „Allahu-Akbar“ skandierende Jung-Muslime vertreiben LGBTQ-Aktivisten
(Video)

Von DAVID BERGER

16. 05. 2023



Alisdare Hickso (c) flickr CC BY-NC 2.0

Sie riefen „Allahu Akbar“ und bespuckten die Studenten: Im belgischen Gent haben muslimische Jugendliche einen Stand von LGBT-Aktivisten gestürmt. Diese mussten flüchten.

Gäbe es die sozialen Medien und Politiker wie [Paul Golding](#) nicht, wäre dieser Vorfall vermutlich gar nicht bekannt geworden: Studenten mit einem LGBT-Stand und einer Regenbogenfahne an einem belgischen Gymnasium in der Stadt Gent mussten fliehen, weil muslimische Jugendliche die Schüler und die Fahne bespuckten und „Allahu Akbar“ riefen:

Video-Player

<https://unser-mittleuropa.com/allahu-akbar-skandierende-jung-muslime-vertreiben-lgbtq-aktivisten-video/>

Sind das nicht die queeren Aktivisten, die gestern noch „Refugees Welcome“ riefen?



Unterdessen bekommen die LGBT-Aktivisten wenig Mitleid von den Kommentatoren in den sozialen Netzwerken. Immer wieder taucht die Frage auf: Sind das nicht die gleichen Aktivisten, die noch vor Kurzem mit „Refugees welcome“-Schildern an den Bahnhöfen standen und jeden der Ihren, der vor der von Immigranten mit islamischem Migrationshintergrund ausgehende Gewalt warnte, als homophob beschimpften?

Andere rücken den Vorgang in einen größeren Zusammenhang: „Die EU-Länder haben sich von muslimischen Flüchtlingen überrennen lassen. Jetzt werden sie den Preis dafür zahlen. Hohe Kriminalität, hohe Steuern, religiöser Extremismus und mangelnde Toleranz gegenüber LTGB-Leuten.“ ([Quelle](#))

Dieser Beitrag erschien zuerst auf [PHILOSOPHIA PERENNIS](#), unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

02) Belgien „spendet großzügig“ beschlagnahmtes russisches Vermögen an Ukraine

06. 05. 2023



De Croo bei seinem Besuch in Kiew Bild: screenshot

Brüssel ist offenbar in Zeiten wie diesen, nicht nur das geographische Zentrum von „EU-Anmaßung und Präpotenz“.

So beschließt nun Belgien, der Ukraine 200 Millionen Euro aus den Einnahmen von russischen Vermögenswerten zu überweisen.

Belgien im „Gleichschritt mit EU-Spitze“

Nachdem Brüssel bereits angekündigt hatte, der Ukraine die Steuereinnahmen aus russischen Vermögenswerten zu überweisen, geht es nun obendrein auch noch um die Zinsen daraus.

Brüssel beabsichtigt also, 200 Millionen Euro an Einnahmen aus eingefrorenen russischen Vermögenswerten zur Unterstützung Kiews zu verwenden.

Dies verkündete der belgische Premierminister Alexander de Croo auf einer gemeinsamen Pressekonferenz mit dem niederländischen Premierminister Mark Rutte und dem ukrainischen Präsidenten Wladimir Selenskij in Den Haag.

Ende Februar gaben die belgischen Behörden bekannt, dass das Land russische Vermögenswerte im Wert von 58 Milliarden Euro sowie Finanztransaktionen im Wert von 191 Milliarden Euro eingefroren hätten.

Im März schließlich beschloss Brüssel, Steuern auf Zinserträge aus der Anlage russischer Vermögenswerte zur Unterstützung der Ukraine zu verwenden.

Nun wolle es auch die Zinsen selbst in vollem Umfang verwenden, so de Croo. Das Land arbeite derzeit mit der Europäischen Kommission an einem rechtlichen Rahmen für einen solchen Schritt, hieß es.

„Mit fremdem Geld lässt sich leicht prassen“

Der belgische Politiker erklärte, „die Verwendung dieser Mittel für den militärischen Bedarf und den Wiederaufbau der Ukraine ist sowohl wirtschaftlich als auch moralisch sinnvoll.“

Über Moralität und Sinnhaftigkeit lässt sich freilich im Kontext der Ukraine nicht „streiten“.

Anfang April berichtete *Le Soir*, dass die belgischen Behörden 625 Millionen Euro an Steuern aus russischen Vermögenswerten im Land erhalten hätten.

Wiederum betonte der Kreml, wenn das Ausland beschließe, die eingefrorenen russischen Guthaben zu verwenden, um der Ukraine zu helfen, „wäre das eigentlich direkter Diebstahl“.

Der russische Präsident Wladimir Putin unterstrich dazu, „die Verletzung der Regeln und Vorschriften im Bereich der internationalen Finanzen und des Handels führt zu nichts Gutem. Um es einfach auszudrücken, es wird nur zu Problemen für Diejenigen führen, die es tun.“

In einer „zivilisierten“ Staatengemeinschaft, von der wir uns zweifelsfrei in Lichtgeschwindigkeit zu entfernen scheinen, würde ein solches Vorgehen fraglos unter den „Tatbestand“ des Diebstahles fallen.

Der belgische Premierminister beendete seine Rede vielsagend mit dem Gruß der ukrainischen Nazis aus den Zeiten des Zweiten Weltkriegs, „Slawa Ukraini“, was übersetzt so viel wie „Ruhm der Ukraine“ bedeutet.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

01) Faerer als Herrin über das neu eingeführte Digitale Bürgerkonto für Jedermann

26. 05. 2023



Die Intention der Bundesregierung soll es vermeintlich sein, den Bürgern Behördengänge zu ersparen. Man setzt also dort an wo die Bürger ohnehin nicht gerne ihre Zeit „verplempern“.

In diesem Sinne also ein kluger Schachzug um den Bürgern die „digitale Zukunft schmackhaft zu machen“.

Gesetz zur Verwaltungsdigitalisierung

Bundesinnenministerin Faerer hat nun ein neues Gesetz zur Digitalisierung der Verwaltung initiiert. Das Gesetz diene einer faktischen Abschaffung der Schriftform und würde somit einen „Meilenstein auf dem Weg zum digitalen Staat“ darstellen.

Auf der Webseite des Bundesministeriums des Innern und Heimat (BMI) wird im Rahmen einer [Pressemitteilung verlautbart](#), dass die Bundesregierung im Kabinett am 24. Mai „ein von Bundesinnenministerin Nancy Faerer (SPD) vorgelegtes Paket für die digitale Verwaltung beschlossen hat“.

Der 77-seitige sogenannte „[Gesetzesentwurf zur Änderung](#) des Onlinezugangsgesetzes (OZG 2.0)“ schaffe damit den beabsichtigten Rahmen „für die weitere Digitalisierung der

Seite E 114 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 836 vom 01.06.2023

Verwaltung sowie zentrale Voraussetzungen für nutzerfreundliche und vollständig digitale Verfahren“.

Registriermodus und digitale Identitäten

Die Großprojekte des neuen Gesetzes lauten „Registermodernisierung und digitale Identitäten“.

Erst jüngst wurde bekannt, dass der Bund bereits im letzten Jahr dahingehend Steuergelder in Höhe von insgesamt 771,4 Millionen Euro für Software und IT-Dienstleistungen ausgegeben hat, davon allein 209 Millionen Euro für Produkte des Unternehmens Microsoft.

Einer Mitteilung zu Folge erklärte Innenministerin Faeser zur Begründung dieser Notwendigkeit, „wir wollen das Leben der Menschen leichter machen, wertvolle Zeit sparen, der Zettelwirtschaft ein Ende bereiten und Behördengänge vermeiden.“ Faeser weiter, „zukünftig können digitale Anträge deutschlandweit über die Bund-ID als zentrales Bürgerkonto gestellt werden. Für Unternehmen wird es in Zukunft nur noch digitale Anträge geben.“

Die Bundesregierung will ein [digitales Behörden-Postfach für alle Bürger:innen](#) schaffen.

Der Bund plant sich zusammen mit den verantwortlichen Ländern und Kommunen dabei auf „15 besonders wichtige Leistungen“ fokussieren, die bis spätestens 2024 digital umgesetzt werden müssen.

Darunter fallen unter anderem auch laut dem BMI:

- die wohnliche Ummeldung
- das Elterngeld
- die Eheschließung
- die Kfz-An- und Ummeldung
- die Baugenehmigung
- der Führerschein
- das Wohngeld

Die Innenministerin betont dazu explizit in der Pressemitteilung des BMI, „das ist ein großer Gewinn für die Bürgerinnen und Bürger – und **ein Meilenstein auf dem Weg zum digitalen Staat.**“

Damit die digitalen Anträge nicht mehr auf Papier eingereicht und unterschrieben werden müssen, wird bei der digitalen Abwicklung auf die bislang notwendige Schriftform zukünftig verzichtet.

Durch die Gesetzesänderung könnten zukünftig alle Leistungen rechtssicher, einfach und einheitlich mit der Onlineausweisfunktion des Personalausweises digital beantragt werden. „Es ist keine händische Unterschrift mehr notwendig“, so Ministerin Faeser.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

02) Hans-Georg Maaßen stuft „Letzte Generation“ als staatsfeindlich ein

25. 05. 2023



Die Strafverfahren gegen die Mitglieder dieser sog. „Letzte Generation“ häufen sich und laut zahlreicher Juristen erfüllt die Gruppe die Kriterien einer kriminellen Vereinigung. Ende April stimmte der Staatsschutzsenat des Landgerichts Potsdam dieser Einschätzung zu und erklärte, dass zumindest ein Anfangsverdacht für die Bildung einer kriminellen Vereinigung nach Paragraph 129 des Strafgesetzbuches besteht.

Weisungsgebundener Staatsanwaltschaft waren Hände gebunden

Die sog. „Letzte Generation“ wird somit wegen zahlreicher Vergehen, darunter Sachbeschädigung, Nötigung und gefährliche Eingriffe in den Straßenverkehr, als kriminelle Vereinigung eingestuft. Die Staatsanwaltschaft Berlin, die aufgrund der Vielzahl an Straftaten besonders betroffen ist, hatte diesen Anfangsverdacht bisher nicht erkannt oder durfte ihn nicht erkennen, da sie weisungsgebunden ist. Nun hat jedoch die neue Justizsenatorin Felor Badenberg eine Überprüfung der bisherigen Haltung angekündigt. Dies könnte dramatische Auswirkungen haben, denn jede finanzielle Unterstützung könnte zur Strafbarkeit führen.

„Klimaschutz“ soll Rechtsstaat aushebeln

Dass die „Letzte Generation“ auch als kriminelle Vereinigung behandelt wird, ist darüber hinaus ein noch ganz anderer Fall. Laut Hans-Georg Maaßen, dem ehemaligen Präsidenten des Bundesamtes für Verfassungsschutz, ist der Tatbestand allein nicht ausreichend. Die „Letzte Generation“ ist nicht nur eine kriminelle Vereinigung im Sinne des allgemeinen

Seite E 116 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 836 vom 01.06.2023

Strafrechts, die ähnlich wie mafiöse Clans agiert, sondern sie verfolgt auch politische Ziele, die die freiheitlich-demokratische Grundordnung bedrohen. Die Mitglieder dieser Gruppe streben einen Staat an, in dem der Klimaschutz absoluten Vorrang hat und Demokratie oder Rechtsstaatlichkeit keine Rolle mehr spielen. Maaßen fordert daher, dass dieses Vorhaben verhindert werden muss. Der Rechtsstaat und Demokratie sind jedenfalls erhaltenswerte Güter.

Dieser Beitrag erschien zuerst auf [ZURZEIT](#), unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER



KW 20

In dieser Woche kamen die Freunde der Brückentage wieder voll auf ihre Kosten. „**Christi Himmelfahrt**“ stand im Kalender. Am 40. Tag der Osterzeit, also 39 Tage nach dem Ostersonntag, somit immer an einem Donnerstag, wird dieser Tag gefeiert. Von wem eigentlich? Den Kirchen rennen die Gläubigen scharenweise davon und die Frage darf erlaubt sein, welchen Sinn ein christlicher Feiertag macht, wenn es immer weniger Christen gibt. Wer als Christ seine Feiertage begehen will, soll dies tun, aber in seiner Freizeit. Ostern wie Weihnachten sind im Wesentlichen ein jährlich wiederkehrendes Konjunkturprogramm für die Wirtschaft.

Feiertage müssen einen Bezug zum jeweiligen Land haben. Es ist also nichts gegen Nationalfeiertage zu sagen. Anstatt aber den 23. Mai, den Tag des Grundgesetzes zu feiern, wurde nach der Wiedervereinigung der 3. Oktober als Nationalfeiertag festgelegt. Allein aus ideologischen Gründen wurde in Berlin der 8. März, der Weltfrauentag, zum Feiertag erklärt. Warum wird in Berlin nicht der 1. Oktober gefeiert, unser Verfassungstag? Oder warum begehen wir nicht den 30. April, den Tag der gewaltfreien Erziehung? Es gäbe viele Tage, an denen es sich lohnt, nachzudenken. Dass Jesus auf einer Wolke oder wie auch immer in den Himmel entwand, gehört sicherlich nicht dazu.

Wer feiert denn Himmelfahrt, abgesehen von den immer weniger werdenden Christen? Aus einem religiösen Anlass ist längst ein Tag zur Förderung des Alkoholkonsums geworden. Vatertag oder Herrentag sind die gebräuchlichen Bezeichnungen. Vor allem sind es junge Männer, die an diesem Tag versuchen, ihre Zeugungsfähigkeit durch übermäßigen Alkoholkonsum zu zerstören. Viele von denen, die tatsächlich als Väter bezeichnet werden können, feiern inzwischen mit ihren Familien und ziehen nicht mit albernem Bollerwagen durch die Gegend.

Besaufen sich eigentlich die Frauen am Muttertag genauso sinnlos? Inzwischen wird aber von jungen Frauen berichtet, die auch am Vatertag trinkend und lallend durch die Straßen laufen. Auf diesen Emanzipationsbeweis kann gestrost verzichtet werden.

Was **Dietmar Wischmeyer** von diesen Feiertagen hält, erfahren Sie ab Minute 31:00 unter <https://www.zdf.de/comedy/heute-show/heute-show-vom-19-mai-2023-102.html>

Der neue Berliner Senat hatte noch nicht viele Möglichkeiten, unter Beweis zu stellen, dass er es besser machen kann, getreu dem CD-Motto „*Das Beste für Berlin.*“ **Der Tagesspiegel** verfällt in sein übliches Muster, nämlich den jeweils amtierenden Regierenden Bürgermeister zu demontieren. Das war bei **Klaus Wowereit** nicht anders als bei **Michael Müller** und auch **Franziska Giffey** konnte ein Lied davon singen. Warum soll es **Kai Wegner** anders gehen.

Seit Tagen beschäftigt sich der Tagesspiegel mit einer Wahlkampfspende eines Bauunternehmers an die CDU, immerhin 820.000 Euro. Ungeklärt scheint zu sein, ob an diese Spende eine Bedingung gebunden war. Dann nämlich wäre sie illegal. Ob es ein „Wunsch“, eine „Forderung“, eine „Bedingung“ oder nur ein „Hinweis“ war, dass **Kai Wegner** „alles dafür tun solle, dass es nicht so viele Obdachlose in der Stadt gibt“, kann offenbar nicht geklärt werden.

Inzwischen wurde der Vorgang so weit hochgeschaukelt, dass sich **Transparency Deutschland** damit beschäftigt und Bundestagspräsidentin **Bärbel Bas** aufgefordert wurde, zu prüfen. Um die vermutete schwere des Deliktes zu unterstreichen, zitiert der Tagesspiegel **Sophie Schönberger**, Professorin für Öffentliches Recht, die <einen solchen Vorgang, als> „ein Paradebeispiel einer illegalen Parteispende“ <bezeichnet.>

Die CDU hat die Wahl am 12. Februar sicherlich nicht wegen dieser Spende gewonnen. Daraus nun eine Staatskrise zu machen, ist überzogen. Vielmehr sollten wir darauf schauen, was bei den **Grünen** los ist. Mit der Auswahl seiner Staatssekretäre hat **Robert Habeck** offenbar in die Kloschüssel gegriffen. Ersparen wir uns die sattsam bekannte Auflistung, wer bei wem Trauzeuge war, wessen Schwester irgendwo tätig und wer an welchen Unternehmen beteiligt ist.

Staatssekretär **Patrick Graichen**, „*Mister Wärmepumpe*“, mag ein Fachmann auf seinem Gebiet sein, niemand ist aber unersetzbar. Wer nicht über so viel Sensibilität verfügt, Personen aus dem privaten Umfeld aus seinem dienstlichen Handeln herauszuhalten, dem möchte ich auch nicht meine Heizungsanlage anvertrauen. Diese ganze Wärmepumpengeschichte ist saumäßig kommuniziert worden. Keiner hat verstanden, was wann zu tun ist, welche Kosten entstehen, welche Ausnahmen es gibt und so weiter. Dabei kann doch **Robert Habeck** eigentlich ganz gut Sachverhalte erklären. Mit dieser Geschichte hat er sich allerdings selbst ein Bein gestellt. Die Quittung kam unverzüglich aus Bremen.



Die Spende eines Bauunternehmers an die CDU, die Vetternwirtschaft bei den Grünen, über die sich vor allem die Amigos aus Bayerns CSU künstlich aufregen, sind pillepalle im Gegensatz zu dem, was wir aus Russland und der Türkei zu lesen bekommen. Durch eine beispiellose Ausbeutung des Staates sind deren Führungscliquen milliardenschwer geworden. An staatlichen Aufträgen wird immer fleißig mitverdient. Der türkische Präsident hat große Angst davor, sein Amt zu verlieren, weil dann seine Immunität aufgehoben werden kann. Das durch und durch korrupte System in der Türkei wird alles tun, damit ihr Kassenwart an der Macht bleibt. So lange Korruption Bestandteil des Systems ist, hat die Türkei nichts in der EU verloren.

Und wenn man es genau nimmt, hat auch die Ukraine so lange nichts in der EU zu suchen, bis sie die Korruption im eigenen Land ausgerottet hat. Als habe dieses geschundene Land keine anderen Sorgen, werden beim Gerichtspräsidenten mal eben 2,5 Millionen Euro Bestechungsgelder gefunden. „Es handelt sich um Korruption auf höchstem Niveau, um kriminelle Organisationen auf höchster Machtebene.“, sagt **Semen Krywonos**, Direktor des Nationalen Antikorruptionsbüros. Es geht hier nicht um einen Einzelfall. Korruption ist in der Ukraine wie ein Krebsgeschwür verbreitet.

Während **Präsident Selenskyj** durch die Welt reist, um Geld und Waffen für die Verteidigung seines Landes zu sammeln, bringen hochrangige Staatsdiener zu Hause ihr Schäfchen ins Trockene. Wer kontrolliert eigentlich die Verwendung der milliardenschweren Geld- und Sachspenden?

Wladimir Putin ist von seinem Ziel, die Ukraine in ihrer jetzigen Form zu vernichten und Russland als Satellitenstaat anzugliedern, nicht abgerückt. Keine Gedanken macht er sich offenbar darüber, wie und mit welchem Geld er im Falle seines Sieges die zerstörten Städte und Regionen wieder aufbauen will. Gemeinsam mit China, Indien und Brasilien, die immer dabei sind, wenn es um gute Geschäfte geht? Die zahllosen Sanktionspakete gegen Russland haben Putin bislang nicht zum Einlenken bewegt. Es gibt zu viele Schlupflöcher und zu viele Staaten, denen das Schicksal der Ukraine egal ist, nicht aber das Schicksal ihrer eigenen Wirtschaft. Mit den Sanktionen ist Putin nicht beizukommen.

Wenn es nicht so traurig wäre, könnte man ja darüber lachen, dass sich ausgerechnet Brasilien und China als Vermittler anbieten. Was gibt es zu vermitteln? Was gibt es zu verhandeln? Die Ukraine beharrt

zu Recht auf ihr Territorium. Das ändert sich auch nicht durch erzwungene Referenden, nach denen die dort lebenden Menschen angeblich lieber zu Russland gehören möchten. Und es ändert sich auch nicht dadurch, dass man den Menschen russische Pässe ausstellt. Putin wird die „eroberten“ Gebiete nie wieder freiwillig verlassen.

Die Naivität der Menschen hierzulande, die Einstellung der Waffenlieferungen an die Ukraine zu fordern, ist erschreckend. Würde sich die Ukraine nicht mehr wehren können, würde sie in kürzester Zeit von Russland unterjocht und ein Marionettensystem wie in Belarus eingesetzt werden. Die demokratischen Staaten der freien Welt und vor allem wir Deutschen, müssen die Frage beantworten, ob wir wieder Eroberungskriege zulassen oder verhindern wollen. Mit dem Ende des Zweiten Weltkriegs sollte diese Frage eigentlich beantwortet worden sein.

Schon aus Prinzip können wir die Ukraine nicht aufgeben. Selenskyj muss nicht **Ernst Reuter** zitieren und die „Völker der Welt“ auffordern, auf sein Land zu schauen, das nicht preisgegeben werden darf. Die Ukraine muss sich mit allen Mitteln verteidigen können, denn fällt sie, fallen danach auch andere. Das öffentliche Geschwätz darüber, welche Waffen geliefert werden sollen, ist kontraproduktiv. Am Einsatz von Kampffjets führt kein Weg vorbei, ebenso an der Lieferung weiterer Abwehrraketen. Der Krieg eskaliert nicht durch Verteidigungsmaßnahmen, sondern durch den anhaltenden und sich verschärfenden Angriff. Erst wenn Putin begreift, dass er die Ukraine nicht erobern kann, wird er einlenken.

Natürlich darf nicht übersehen werden, dass Russland das weitaus größere Potenzial an Soldaten hat. Dass er auf Söldner angewiesen ist, wirft ein schwaches Licht auf seine eigene Armee. Die Möglichkeit, dass Russland die Ukraine trotz der immensen Waffenlieferungen besiegt und unterjocht, ist gegeben. Das darf uns aber nicht daran hindern, mit der Unterstützung nachzulassen. Der Krieg in der Ukraine ist längst zu einem Krieg der Systeme geworden, Freiheit gegen Unterdrückung.

Zum Schluss zurück nach Berlin. Der beste Trainer kann nichts bewirken, wenn es die Mannschaft nicht hergibt. Im letzten Jahr noch in der Relegation gegen Hamburg gerettet, steigt **Hertha** nun ab, während der **HSV** wieder sein Aufstiegs Glück in der Relegation versuchen muss. Es ist immer gut, wenn man zwei Clubs hat, so bleibt wenigstens **Union** erstklassig. Jetzt noch ein Sieg am 27. gegen **Werder Bremen** und die Champions League geht klar. **Ed Koch**

04) Grüne im Bundestag: „Ach, Bismarck war Kanzler? Witzig!“
Wo Dummköpfe das Sagen haben

19. 05. 2023



Die jüngste Bundestagsabgeordnete Emilia Fester besticht durch enorme Bildung.

Dass das Personal der grünen Regierungsfraktion sich vorwiegend aus Personen zusammensetzt, die weder eine Berufsausbildung vorweisen können, noch jemals gearbeitet haben, ist hinlänglich bekannt. Weniger bekannt hingegen ist, dass diese Leute, die vorgeben alles besser zu wissen, auch fundamentale Bildungslücken aufweisen.

Blödes Gequasseltes etwa, dass es neben der Ost-Kokaine auch Kobold als Rohstoff und Solala-Energie gibt, mögen uns noch ein gewisses Maß an Heiterkeit abnötigen, aber wenn eine Bundestagsabgeordnete nicht einmal weiß, dass Bismarck Reichskanzler war, wird es schon bedenklich. Da drängt sich die Frage auf: Von welchen Dummköpfen wird Deutschland denn regiert?

Wundern brauchen wir uns nicht über derart ungebildete Personen, denn diese Leute sind offensichtlich nur das Resultat einer linksversifften Bildungspolitik. Man darf höchstens erstaunt sein, dass es möglich ist, dass man als „Politiker*in“ keinerlei Mindeststandards für hohe Ämter zu erfüllen hat und wie man es schafft es als 25-jährige Dutzendfigur bis zur Abgeordneten im Bundestag zu bringen, wie etwa Emilia Fester.

So überraschte die grüne Bundestags-Abgeordnete in einem Video-Interview von Journalist Mirko Drotschmann (37). Der TV-Moderator hatte die Hamburger Abgeordnete für das ZDF-Format „MrWissen2go Geschichte“ vor der Kamera. Thema: ein Geschichts-Quiz, an dem u. a. auch Philipp Amthor (30, CDU), die Hamburger CDU-Abgeordnete Franziska Hoppermann (41) und FDP-Verteidigungsexpertin Marie-Agnes Strack-Zimmermann (65) teilnahmen, berichtet [BILD](#).

Auf die Frage, wer 1871 deutscher Reichskanzler wurde, antwortet die 25-jährige Politikerin: „Das weiß ich nicht.“ Der Moderator versucht, die Grünen mit Tipps auf die richtige Spur zu

Seite E 120 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 836 vom 01.06.2023

bringen, gibt ihr unmissverständliche Hinweise: „Ein Mann, nachdem z. B. ein Hering benannt wurde.“ Fester kichert: „Waaas?“ Immer noch Ahnungslosigkeit.

Erst als Drotschmann den Anfangsbuchstaben „B“ nennt, fällt bei der Grünen der Groschen: „Der Bismarck“, orakelt sie. Als sie merkt, dass das stimmt, ist sie baff: „Ach was, wirklich? Der war Kanzler? Witzig!“

Auf die Frage, so BILD weiter, wann die Bundesrepublik Deutschland gegründet wurde, schwankt Fester zwischen 1945 und 1946. Die richtige Antwort wäre 1949 gewesen – Grundwissen in Geschichte, das vor allem für Abgeordnete des Deutschen Bundestages ein absolutes Muss ist, oder sein sollte.

Auch mit der nächsten Frage konnte Fester, wie alle Grünen stramme Antifaschistin, nichts anfangen: Woran scheiterte Hitler-Attentäter Georg Elser 1939?

Da verwundert es wenig, dass die Grünen-Außenministerin Annalena Baerbock (42) für Schlagzeilen sorgte, weil sie den berühmten Bismarck-Saal im Auswärtigen Amt umbenannte – in „Saal der Deutschen Einheit“. Gut möglich, dass ihr zu Bismarck ebenfalls nur nichts, oder höchstens ein Heringssalat einfiel.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

05) Extrem-Bergsteiger Messner: Absage an Grüne Woke-Politik (II) – Alpha-Wolf-Liebhaber

Von_ELMAR FORSTER

19. 05. 2023



Ein Kommentar von unserem „Alter weißer weiser Mann-“ Korrespondent ELMAR FORSTER



Alte weiße weise Männer erkennt u.a. daran: Sie finden im Alter zu ihrem Ich, indem sie sich all des unsinnigen gesellschaftlich-politischen Ballastes entledigen – und strahlen dann als Alpha-Wölfe eine gewisse Aura aus... – Doch dazu später...

Irrweg: Politisches Engagement

Immerhin hatte sich der junge Messner (fünf lange Jahre von 1994 – 2004) einmal als EU-Abgeordneter bei den Grünen Polit-Aktivisten versucht – wenn auch damals schon als „*ein etwas widerwilliger*“ ([news](#)). Indem er – „*ein wenig unglücklich in all der Bürokratie*“ – lustlos seine Politverpflichtung in der muffigen EU-Tintenburg abstotterte :

„Ich baue keine politische Karriere auf. Ich werde nicht noch einmal kandidieren. Die Grünen sind auf mich zugekommen. Sie kamen dreimal. Die ersten beiden Male habe ich nein gesagt.“ ([news](#))

„Die Klimakleber sind für mich eine Sekte“

Nun, auf dem Lebensweg-Finish, weiß auch er, „dass „*die Welt nicht in fünf Jahren untergehen wird.*“ ([Bild](#)). Diese Wahnsinnsvorstellung, einer wohlstandsversauten Youngster-Fast-Food-Generation, die jetzt schon prekär von Jugend-Diabetes gefährdet ist, zu erklären, ist zwar sinnlos... Einer Generation von I-Phone-Youngsters...

...„die noch keinen Tag gearbeitet haben. ... Unzufrieden? Kein Wunder! Ihr seid die verwöhntesten Kids, die die Erde je hervorgebracht hat. Viele haben null Ahnung von Arbeit, Politik, Wirtschaft oder Wissenschaft.“ (Leserbrief auf „EpochTimes“, siehe unten:)

Sehr wahrscheinlich weiß das auch „*der König der 8000-der*“ ([Bild](#)).

Seite E 122 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 836 vom 01.06.2023

„Den Klimawandel gibt es seit Millionen von Jahren... Das ist nie eine statische, geradlinige Entwicklung... Die Welt wird nicht in fünf Jahren untergehen. Das ist viel Hysterie, die jetzt geschürt wird – sie ist teilweise unerträglich.“

Und er weiß, dass man als alter weißer weiser Mann mit einer Tugend am weitesten kommt: mit dem Warten-Können.

„Die Klimakleber erreichen nichts für das Klima, sondern das Gegenteil, mehr Spaltung. Für mich sind Gruppierungen wie die ‚Letzte Generation‘ Sekten. Viele sind nicht mehr erreichbar für die Vernunft.“

„Allons enfants, tut nicht so wichtig!“ (G. Benn)

Darin sind sich alle alte, weiße, weise Männer einig:

„Die Erde war schon vor da, und auch das Wasser war schon richtig. Hipp, hipp, hurra!“
(Benn)

Absage an Weltverbesserung

Bezüglich großer gesellschaftlicher Veränderungs-Wünsche gibt sich Messer somit gelassen-zurückhaltend:

BILD: *„Was wünschen SIE sich für die Zukunft unserer Gesellschaft?“*

Messner: *„Ich habe mich inzwischen mit meiner Frau zurückgezogen nach Sulden am Ortler. Wir leben auf ca. 2000 Metern. Ich bin bald 80 Jahre alt und sage: ‚So schlimm war es nie.‘ Der Mensch muss wieder lernen zu verzichten. Freiwilliger Verzicht gibt uns Menschen auch Sinn. Sich auf die Straße kleben ist absolut sinn- und nutzlos.“*

Alpha-Wolf mit 35-Jahre Jünger_in

Und somit hat sich der große alte Bergfex Messner auf seine letzten Lebensjahre hin, sich einen uralten Männertraum vom Jungbrunnen durch eine weibliche Geliebte, die in seine Welt passt, verwirklicht:

„Wir haben eine gemeinsame Begeisterung: die Berge. Wir sind ein gleichberechtigtes Paar da oben. Diane bewegt sich gut, ich bin langsamer geworden und ich bin nicht mehr so geschickt.“ ([Messner](#))

Auch wenn alles immer durch Altersblindheit verschönt wird.

„Ich spüre den Altersunterschied kaum. Darf ich sagen, dass eine junge Frau einen älteren Mann verjüngt?“ (Messner)

Ja, darf er... Aber auch dieser Traum wird einmal zu Ende gehen... Doch dafür hat es sich gelohnt zu leben – und zu sterben...

ANHANG: „Ihr gehört zu den verwöhntesten Kids auf der Erde“ (EpochTimes)

„Ihr gehört sowohl nach historischen als auch nach aktuell geopolitischen Maßstäben zu der schätzungsweise 1 Prozent der privilegiertesten Menschen, die je diesen Planeten bevölkert haben. Ihr habt mehr Komfort, Bequemlichkeit, Rechtssicherheit, Freizeitangebote, Sport, Hobbys, gesunde Ernährung, Bildung, Reisemöglichkeiten, Konsummöglichkeiten, medizinische Versorgung, etc. als jede Generation vor euch. Und noch nie in der Geschichte der Menschheit gab es irgendwo so viele kostspielige effiziente und flächendeckende Umweltschutzmaßnahmen wie heute.

Wenn man euch beim Demonstrieren und Herumschreien zusieht, könnte man meinen, ihr müsstet auf verbrannten Feldern spielen, ihr müsstet frieren, oder aus verseuchten Gewässern trinken.

Doch das Gegenteil ist der Fall. Zudem werden all eure Gadgets in China und Co. hergestellt, die Akkus teilweise ohne Umweltschutz ohne Arbeitssicherheit, ohne faire Löhne. Kinder produzieren zum Teil die Bestandteile eurer Geräte, die sind leider nicht so privilegiert wie ihr und wenn sie stattdessen in die Schule könnten, würden sie nicht auf der Straße herumschreien und reklamieren wie ihr. Und die Gewinnung von Lithium für die Herstellung von Akkus richtet in Südamerika, Afrika etc. gewaltige Umweltschäden an, damit ihr immer schön genug Akku habt, um Selfies zu posten.

Habt ihr das schon mal gegoogelt ihr Superschlaunen? Ihr seid die iPhone-Generation, die 24x7 h Internetzugang braucht. Damit ihr auch jederzeit posten könnt. Sogar Eure Kopfhörer haben Akkus drin. Auch diese natürlich auf dem Frachtschiff um die halbe Welt gereist.

Eure coolen Kleider stammen aus Bangladesch, Vietnam, China. Oberteile von h+m. Kann jemand von euch noch mit einer Nähmaschine umgehen? Kleider flicken? Kennt ihr so was? Vermutlich findet ihr das altmodisch. Ihr werft lieber alles weg und kauft Neues. Also ihr, die privilegiertesten der privilegiertesten, die noch keinen Tag gearbeitet haben, ihr wollt der Gesellschaft sagen, was falsch läuft? Ihr seid unzufrieden? Kein Wunder! Ihr seid die verwöhntesten Kids, die die Erde je hervorgebracht hat. Viele haben null Ahnung von Arbeit, Politik, Wirtschaft oder Wissenschaft.“

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

06) Letzte Generation bettelt nun – versiegt US-Geldfluss?

19. 05. 2023



Den Klimakleber-Terroristen der „Letzten Generation“ geht offenbar das Geld aus.

Jenseits des Atlantiks bei deren „fleißigen Spendern“ könnte möglicher Weise bereits aufgefallen sein, dass es in Europa, wenn auch nicht seitens der Exekutive oder Politik, dennoch großen Widerstand seitens der Bevölkerung gibt.

6-stellige Kosten pro Monat

Die Kosten für Unterkunft, Verpflegung, Material und Fahrten sind angeblich jeden Monat sechsstellig. Nun bitten die selbsternannten Aktivisten im Netz um Spenden. Dafür ernten sie jedoch vor allem Wut und Hohn. Den sogenannten „Klimarettern“ der „Letzten Generation“ geht nach eigenen Angaben das Geld aus. Auf Twitter schrieb die Gruppe dazu am 18. Mai:

„Trotz tausender Kleinspenden jeden Monat leeren sich unsere Kassen. Denn der Widerstand wächst immer schneller. Und mehr Widerstand braucht auch mehr Geld. Um die aufgekommene Kraft der letzten Wochen zu nutzen und bis September Banner, Fahrtkosten und Miete, Vorträge und Trainings bezahlen zu können, brauchen wir grob überschlagen noch 840.000 Euro. Es geht nur mit deiner Hilfe! Spende jetzt (...)“

Der Nachricht beigefügt war eine Grafik, die die Kosten der „Letzten Generation“ im Monat April darstellte:



Letzte Generation
@AufstandLastGen

...

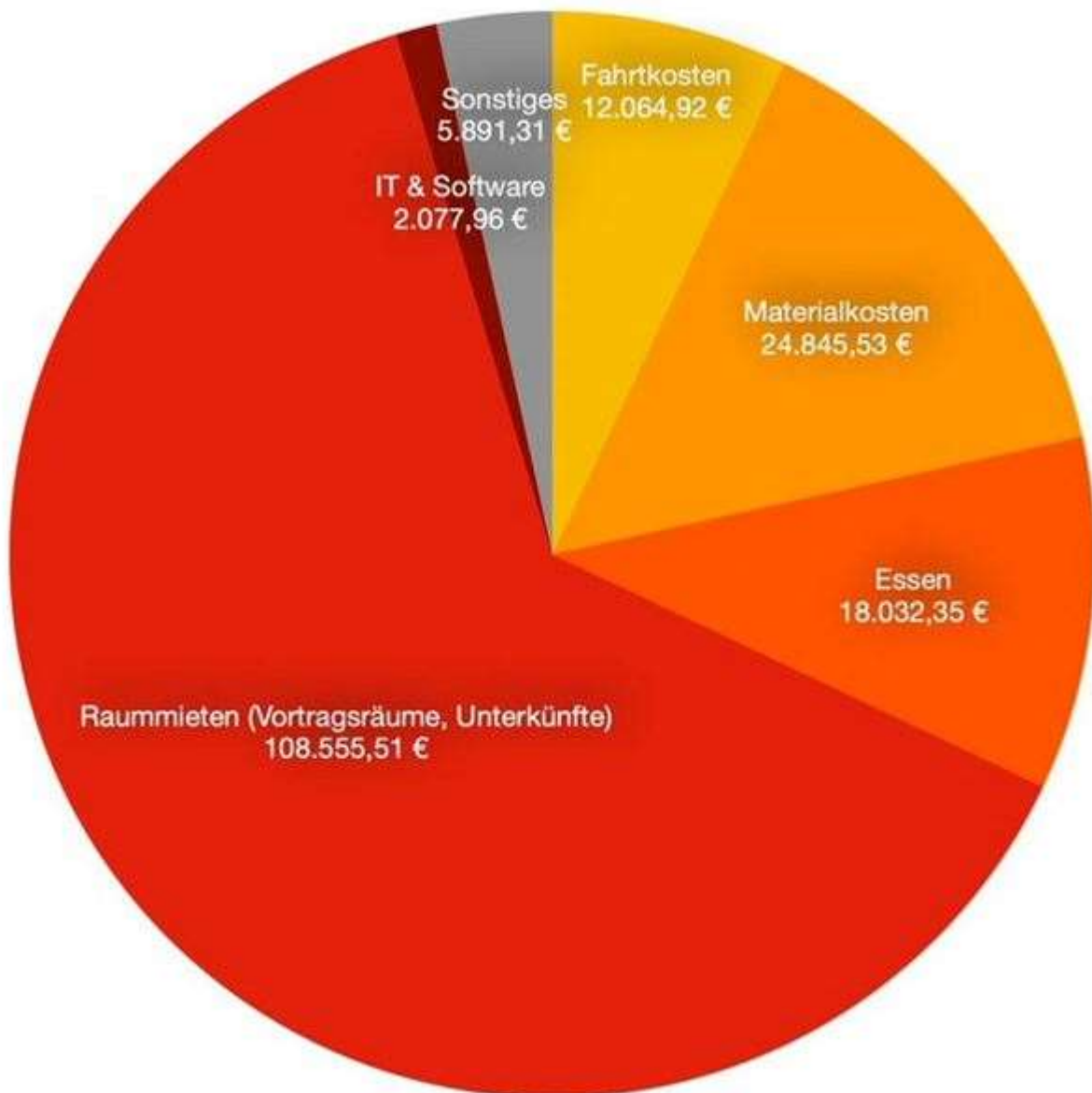
💰 Wir brauchen Geld!

Nicht nur bei der Wandelbündnis-Initiative ist das gerade Thema:

👉 bz-berlin.de/berlin/einstel...

Trotz tausender Kleinspenden jeden Monat leeren sich unsere Kassen. Denn der Widerstand wächst immer schneller. Und mehr Widerstand braucht auch mehr Geld.

Gesamte Kosten April 2023: 171.467,58 €



1

Die Gesamtkosten werden mit 171.467,58 Euro angegeben. Der mit Abstand größte Einzelposten sind Raummieten für Vortragsräume und Unterkünfte (108.555,51 Euro),

Seite E 126 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 836 vom 01.06.2023

gefolgt von Materialkosten (24.845,53 Euro), Verpflegung (18.032,35 Euro) und Fahrtkosten (12.064,92 Euro).

Keine Neuanstellungen mehr aus Geldmangel

Im Tweet verlinkt ist ein Artikel des Boulevardblatts *B.Z.*, aus dem hervorgeht, dass es bei den Klimaklebern keine Neuanstellungen gibt. Manche der „Aktivisten“ erhielten ein Monatsgehalt über den Verein „Wandelbündnis – Gesamtverband für den sozial-ökologischen Wandel e.V.“, dem nun aber offenbar auch das Geld für neue Stellen fehlt.

Die Kommentare unter den Tweets der „Letzten Generation“ sind fast ausschließlich ablehnend und höhnisch. Zahlreiche Nutzer empfehlen den Aktivisten, arbeiten zu gehen.

„Ich empfehle: Arbeiten hab ich mein Leben lang gemacht, wenn ich Geld brauchte. Klappt prima.“

Andere Kommentatoren empfehlen der „Letzten Generation“, sich an ihre reichen Gönner zu wenden.

„Fragt mal die Millionäre in euren Reihen, die ihr Vermögen aus nicht gerade umweltschonender Industrie haben.“

Bislang hatte der Climate Emergency Fund als Hauptfinanzier der „Letzten Generation“ gegolten. Neben diesem finanziert ein ganzes Netzwerk ähnlicher Organisationen die fragwürdigen „Klimaproteste“ in zahlreichen Staaten der Erde und bietet sowohl juristische als auch mediale Unterstützung. Hinter dem Climate Emergency Fund „verbirgt“ sich eine US-Oligarchin aus dem Getty-Clan, Aileen Getty.

In der Bundesrepublik werden die Klimakleber trotz ihrer kriminellen Aktivitäten von Politik, Medien, Justiz und Polizei eher wohlwollend behandelt. Die Apokalyptiker dienen regelmäßig als Beleg dafür, dass die „Klimapolitik“ der Ampel-Regierung im Grundsatz richtig ist.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

07) Plauen: Krisenlage wegen „Vorfällen“ mit Schutzsuchenden

17. 05. 2023



Der Plauener Oberbürgermeister Steffen Zenner (CDU) wird, nachdem es am 11. Mai 2023 wieder zu Unruhen mit Flüchtlingen im Zentrum von Plauen gekommen ist, einen Sicherheitsgipfel mit dem Polizeidirektor von Zwickau und der Staatsanwaltschaft einberufen.

Anlass seien diverse „Vorfälle“ rund um die zentrale Straßenbahnhaltestelle „Tunnel“ am Postplatz, mit allein zwei Schlägereien am 11. Mai. Laut Polizeiangaben waren am Abend ein Tschetschene und ein Tunesier aneinandergeraten. Am vergangenen Sonntag war bei einer Schlägerei ein Mann schwer verletzt worden, tatverdächtig ist ein 22 Jahre alter Syrer.

Angespannte Lage vor Stadtfest

Für das, dieses Wochenende stattfindende Stadtfest „Plauener Frühling“ wird Schlimmes befürchtet. Auch weil Teile der Bevölkerung „auf Grund der aktuellen Ereignisse“ verunsichert sind.

„Entsprechende Sicherheitsvorkehrungen wurden getroffen“.

So etwa die Errichtung eines stationären Einsatzcontainers mit einem Security-Dienst. Dafür müsse jedoch der Stadtrat zustimmen, da Mehrkosten entstehen.

https://www.youtube.com/watch?v=TtG2w6egGSA&embeds_referring_euri=https%3A%2F%2Funser-mittleuropa.com%2F&source_ve_path=OTY3MTQ&feature=emb_imp_woyt

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

08) Türkeiwahl wird in Deutschland entschieden. Von Ed Koch



paperpress

seit 1976



Nr. 613-16

16. Mai 2023

48. Jahrgang

Türkeiwahl wird in Deutschland entschieden

Jeder in Deutschland lebende Mensch mit Einwandererhintergrund muss für sich selbst entscheiden, ob er bei bestimmten Anlässen die deutsche oder die Flagge seines Herkunftslandes auf seinem Balkon hisst. Bei Umfragen unter Bürgern mit türkischen Wurzeln haben einige deutlich gesagt, dass sie es unangemessen finden, sich an der Wahl in der Türkei zu beteiligen, weil sie nun mal dauerhaft in Deutschland leben. Nur, weil sie einmal im Jahr für vier Wochen das Land ihrer Großeltern besuchen, stünde ihnen ein Wahlrecht dort nicht zu. Ähnlich äußerte sich der Journalist **Deniz Yücel** gestern Abend in der ARD-Sendung „*hart aber fair*.“ Dennoch habe er von seinem Wahlrecht Gebrauch gemacht, um vor allem gegen den Amtsinhaber Erdogan zu stimmen. Das kann man ihm nicht verübeln, hat doch der Präsident dafür gesorgt, dass er fast ein Jahr lang in Untersuchungshaft sitzen musste, bevor er formell angeklagt wurde.

Die heutige Türkei ist weit davon entfernt, ein demokratischer Rechtsstaat, wie wir ihn verstehen, zu sein. Erdogan hat als Präsident seine Macht immer weiter ausgebaut, und sein Volk im In- und Ausland stimmte dem Demokratieabbau begeistert zu. So gibt es keinen Ministerrat, vergleichbar mit unserem Bundeskabinett mehr. Das auf eine Person angelegte Präsidialsystem ersetzte das parlamentarische Regierungssystem. Erdogan ist die Ein-Mann-Regierung, ohne auf die Zustimmung der Abgeordneten der Nationalversammlung angewiesen zu sein.

Zu 95 Prozent sind die Medien in der Türkei staatlich kontrolliert. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk ist Erdogans Privatsache. Die Justiz arbeitet nicht unabhängig. Der Präsident hat immer das letzte Wort. So ein System kann man bequem finden, so lange es aber existiert, hat die Türkei nichts in der EU zu suchen.

Dass es bei der aktuellen Wahl Erdogans Gegenkandidaten Kilicdaroglu überhaupt gelungen ist, bei einer für unsere Verhältnisse unglaublichen Wahlbeteiligung von 89 Prozent 44,9 Prozent zu erlangen, ist eine Sensation. Es gab keinen fairen Wahlkampf, Erdogans Staatsmedien haben ihn 32 Stunden im Fernsehen gefeiert, über Kilicdaroglu wurde 32 Minuten berichtet. Bei der Wahlberichterstattung wurden zuerst immer nur Ergebnisse präsentiert, bei denen Erdogan vorn lag.

Es ist unglaublich, dass Erdogan nach dem verheerenden Erdbeben mit einem noch verheerenderen Krisenmanagement in den betroffenen Regionen dennoch die meisten Stimmen gewinnen konnte. Von der Vetternwirtschaft in der Baubranche und davon, ob jedes Haus, das zu Staub zerfiel, nicht mit widerstandsfähigeren Materialien hätte gebaut werden müssen, wollen wir erst gar nicht reden.

49,5 Prozent erzielte Erdogan bei der Präsidentschaftswahl. Das ist hauchdünn unter der erforderlichen Mehrheit. Am 28. Mai gibt es also eine Stichwahl, bei der sich Erdogan auf seine Deutsch-Türken wieder verlassen können. 64,8 Prozent von ihnen stimmten für ihn, nur 21,9 Prozent für Kilicdaroglu. Die Entscheidung darüber, ob Erdogan im Amt bleiben kann, wird also in Deutschland gefällt.

Es ist unbegreiflich, wie Menschen, die seit Jahrzehnten, sehr viele von ihnen seit ihrer Geburt, den deutschen Rechtsstaat mit all seinen Vorzügen genießen können, in dem Herkunftsland ihrer Ahnen ein höchst undemokratisches System wählen.

Alles andere als hilfreich waren mal wieder die Grünen, vor allem jene mit türkischen Wurzeln, die dazu noch politisch tätig sind. Es gehört sich nicht, anderen Wahlempfehlungen zu geben. Herr Özdemir sollte sich um die Butterpreise kümmern, aber nicht den Türken vorschreiben wollen, wen sie wählen sollen.

Am 14. Mai ging es nicht nur darum, wer Präsident wird, sondern auch um die Zusammensetzung des so genannten Parlaments. „Zur Wahl des türkischen Parlaments gibt es noch keine vorläufigen Endergebnisse.“, berichtet das **ZDF** heute Morgen. „Laut der staatlichen Nachrichtenagentur Anadolu hält die Allianz um Erdogan aber weiter ihre Mehrheit. Sie hat voraussichtlich weniger Sitze als in der vorigen Regierungsperiode, aber eine absolute Mehrheit. Das Parlament ist unter Erdogan stark entmachtet worden. Dennoch könnte die AKP ihre Mehrheit dort dazu nutzen, Kilicdaroglu zu blockieren, sollte er die Stichwahl gewinnen.“

Man muss schon über sehr viel Optimismus verfügen, um zu glauben, dass Erdogan die Stichwahl verlieren könnte. Die Staatsmedien werden in den nächsten zwei Wochen das Volk völlig einnebeln. Und da hierzulande die Deutsch-Türken lieber die türkischen Sender sehen und hören als die deutschen, werden auch sie im Propagandanebel eingehüllt ihr zweites Kreuz wieder bei ihrem Lieblingsdiktator machen.

Ed Koch

09) Werbung oder politische Propaganda?

16. 05. 2023



Die [Webseite der BMW-Bank](#) ist ein gutes Beispiel: Obwohl die meisten BMW-Kunden hierzulande indigene deutsche Männer sind, zeigt BMW fast nur Immigranten und Frauen in der Werbung. Dass Immigranten die Werbung in Deutschland dominieren, kennen wir heute aus vielen Branchen: Bevorzugt Schwarzafrikaner werben in Deutschland für Produkte jeder Art. Sofern indigene Deutsche überhaupt noch auf Werbefotos abgebildet werden, handelt es sich meistens um Frauen. Abbildungen indigener deutscher Männer sind aus der Werbung in Deutschland weitgehend verschwunden.

Wer die Webseite der BMW-Bank Deutschland anklickt und dann die sich automatisch einstellende Bildfolge abwartet, sieht folgende Werbeaufnahmen:

- Bild 1: Schwarzafrikaner vor seinem BMW
- Bild 2: Schwarzafrikaner am Steuer seines BMW
- Bild 3: Schwarzafrikaner vor seinem BMW
- Bild 4: Frau, Typ indigene Europäerin, hinter ihrem BMW
- Bild 5: Frau, Typ indigene Europäerin, vor ihrem BMW
- Bild 6: Frau, Typ Immigrantin, und Mann – unscharf -, Typ indigener Europäer.

Von sieben abgebildeten Personen entspricht also nur eine einzige, unscharf auf der letzten Seite dargestellte Person dem tatsächlichen BMW-Kunden: Der Durchschnittskäufer eines BMW-Neuwagens in Deutschland ist bekanntlich ein indigener deutscher Mann im Alter von Mitte 50.

Natürlich kann man argumentieren, dass Werbung nur in den allerwenigsten Fällen den Kunden zeigt, an den sich die Werbung richtet. Werbung bildet vielmehr die Wünsche dieses Kunden ab, sie soll beim Kunden die Illusion schüren, dass die Wünsche des Kunden mit dem Kauf des Produkts in Erfüllung gehen. Der Werbeträger im Werbefoto dient dazu, diese Wünsche zu verkörpern. Obwohl der BMW-Kunde im Durchschnitt Mitte 50 ist, bewirbt BMW

Seite E 130 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 836 vom 01.06.2023

daher seit Jahrzehnten seine Fahrzeuge grundsätzlich mit jungen Fotomodellen, sowohl Frauen als auch Männern, die alle Mitte 30 sind. Der typische BMW-Käufer möchte nicht nur Auto fahren, sondern er wünscht sich, jung und dynamisch zu sein.

Ethnischer Umbau Deutschlands in der Werbung

Die jungen Frauen Mitte 30 werden in der Werbung der BMW-Bank auch heute noch gezeigt – zwei indigene Frauen, eine Immigrantin –, allerdings werden die jungen Männer, unter denen sich auf BMW-Fotos bisher auch junge indigene Deutsche fanden, auf der Webseite der BMW-Bank Deutschland nunmehr ausschließlich von jungen Schwarzafrikanern repräsentiert.

Dieser auffällige Austausch wirft die Frage auf, ob mit diesem Austausch junger indigener deutscher Männer durch junge immigrierte schwarzafrikanische Männer tatsächlich eine Werbewirkung erzielt werden soll, oder ob die Zielsetzung dieser Werbung eine völlig andere ist. Bildet der junge immigrierte Schwarzafrikaner auf dem Werbefoto also die Wünsche des BMW-Durchschnittskunden – indigen deutsch, männlich, Mitte 50 – besser ab als ein junger indigener Deutscher?

Dies könnte durchaus so sein: Der junge Schwarzafrikaner vermittelt neben seiner Jugend und Dynamik ja noch eine weitere Botschaft, er verkörpert die Befürwortung des ethnischen Umbaus. Dieser ethnische Umbau Deutschlands wird von der Politik als Zeichen von Fortschritt und Modernität beworben. BMW übernimmt also die Werbesprache der Politik: das BMW-Markenimage „jung und dynamisch“ wird durch die Markeneigenschaften „Fortschritt und Modernität“ erweitert, symbolisiert durch die immigrierten Schwarzafrikaner.

Doch diese Schlussfolgerung ist voreilig. Wenn es tatsächlich die Absicht von BMW gewesen sein soll, „Fortschritt und Modernität“ durch den Austausch der Fotomodelle – Schwarzafrikaner statt indigene Deutsche – darstellen zu wollen, wäre zu Recht an den beruflichen Fähigkeiten der BMW-Marketingabteilung zu zweifeln. Bei allem wohlwollenden Verständnis für die Immigrationspolitik der Regierung kann es auch dem BMW-Marketing nicht entgangen sein, dass die Radikalität dieser Politik zumindest umstritten ist, gerade im BMW-Kundensegment der über 50-jährigen indigenen Männer. Es wäre eine höchst riskante Strategie, Werbung einzusetzen, die vermutlich doch einen gewissen Teil dieser wichtigen Kundengruppe, statt ihn werbewirksam zu umschmeicheln, vor den Kopf stößt.

Bilder richten sich an die Politik, nicht an die Kunden

Aber bei BMW arbeiten keine dummen Leute, und deshalb bleibt nur eine einzige Schlussfolgerung: Die Werbung der BMW-Bank Deutschland ist gar keine Werbung. Der komplette Austausch junger indigener Deutscher durch immigrierte Schwarzafrikaner auf der Webseite der BMW-Bank soll den BMW-Kunden sowieso nicht überzeugen. Diese Bilder richten sich nämlich gar nicht an den Kunden.

Diese Bilder richten sich an die Politik. Wie viele andere deutsche Unternehmen steht BMW unter massivem Druck der Regierung: Otto-Motor abschaffen, Diesel-Motor abschaffen und das E-Auto kommt aus China, niemand braucht mehr Bayerische Motorenwerke – das ist die Zukunft von BMW, wie sie nicht wenigen Politikern in Berlin vorschwebt. Die politischen Visionen und Planungen der Regierung gefährden daher das Unternehmen BMW in seiner gesamten Existenz und zwar nicht in ferner Zukunft, sondern in den nächsten zehn Jahren.

Die Werbung der BMW-Bank ist also keine Werbung für Produkte von BMW, sondern Werbung für Produkte der Regierung: Der Schwarzafrikaner symbolisiert Angela Merkels

Immigrationspolitik, BMW macht sich mit solchen Werbeauftritten lieb Kind in Berlin. Die Hoffnung ist, mit Werbung im Interesse der Regierung im Gegenzug Wohlwollen der Regierung zu erlangen. Dieses politische Wohlwollen ist für ein Automobilunternehmen wie BMW in der aktuellen Lage nötiger als alles andere, es ist so wertvoll, dass man dafür sogar ein paar verlorene Kunden in Kauf nimmt.

Was wir also auf der Webseite der BMW-Bank sehen – stellvertretend für viele andere Unternehmen in Deutschland mit ähnlichen Werbeauftritten –, ist keine Werbung, sondern reine politische Propaganda.



Dieser Beitrag erschien zuerst bei [PI NEWS](#), unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER



KW 19

Der spannendste Teil der zu Ende gehenden Woche findet am Schluss statt. Es wird gewählt, im eigenen Land und ziemlich weit weg. In der Türkei und Thailand geht es um nicht mehr oder weniger als die Demokratie. Entwickelt sich die Türkei unter Erdogan weiter zu einem autoritären Staat, bleibt in Thailand das Militär bestimmend? Das mag uns egal sein, wenn es nicht darum ginge, dass freiheitliche Demokratien als Staatsform immer größere Probleme haben. Das ganze Gewähle, das Diskutieren um den besten Weg ist zunehmend vielen Menschen einfach zu anstrengend. Sie bevorzugen einfache Lösungen, die ihnen starke Männer versprechen.

Es ist an Widerlichkeit nicht zu toppen, dass diese schreckliche Figur namens **Trump** immer noch so viele Anhänger hat, die ausreichen könnten, ihn erneut zum Präsidenten zu wählen. Die Gerichtsverfahren gegen ihn nennt er eine „Hexenjagd“. Für mich ist das Teufelsaustreibung. Was muss man diesem Menschen noch alles nachweisen, ehe er endlich im Gefängnis landet?

Es ist ein komisches Gebilde, dieses **Bundesland Bremen**. Es besteht aus zwei Städten, Bremen selbst und Bremerhaven, 66,7 Kilometer, 41 Minuten über die A27, voneinander entfernt, dazwischen Niedersachsen. Nach der letzten Umfrage vom 11. Mai der Forschungsgruppe Wahlen sieht es für die amtierende Rot-Grün-Rote-Koalition gut aus, 53 Prozent werden ihr vorausgesagt. SPD 29, Grüne 13, Linke elf Prozent. CDU 26 und FDP sechs. Die AfD hat sich selbst ein Bein gestellt und darf gar nicht zur Wahl antreten, das sollte Schule machen. Dafür gibt es aber zehn Prozent „Bürger in Wut“. Meine Fresse, wenn ich das schon höre: „Bürger in Wut!“ Worüber denn? Weil wir in einer Demokratie leben, in der die Freiheiten fast grenzenlos sind? Früher konnte man solchen Menschen noch sagen: „geh doch rüber“, aber dort drüben gibt es jetzt auch eine Demokratie, die aber offenbar von vielen Leuten nicht gewollt wird. Wie anders wäre es erklärbar, dass die Rechtspopulisten so gut dastehen?

Brandenburg: 23%, gleichauf mit der SPD; Mecklenburg-Vorpommern 25%, Platz 2; Sachsen 28%, Platz 1; Sachsen-Anhalt 26%, Platz 2; Thüringen 28%, Platz 1. Wie lange dauert es noch, bis es einen AfD-Landtagspräsidenten gibt? Im Herbst 2024 könnte es in Brandenburg und Thüringen so weit sein.

In Berlin sollten wir sehr froh darüber sein, dass **Kai Wegner** im dritten Wahlgang genauso viele Stimmen bekommen hat wie die Koalition aus CDU und SPD stark ist, nämlich 86. Nachdem er im ersten Wahlgang nur 71 Ja-Stimmen und im zweiten 79 erhielt, waren es im dritten 86? Glauben wir es bitte, denn, was wäre gewesen, wenn er 87 oder 88 bekommen hätte. Dann wäre die Unterstützung der AfD manifestiert gewesen. Unsere Demokratie hat einfach Glück gehabt.

Was verbindet Bremen mit dem **Eurovision Song Contest**? Immer auf dem letzten Platz. „Lord of the Lost“, der „Herr der Verlorenen“, hat sich in die Riege seiner Vorgänger eingereiht. Ich kann nicht beurteilen, ob das gerechtfertigt ist, weil ich mich seit vielen Jahren mit diesem unsäglichen Schauspiel nicht mehr belaste. Allein der Name **Barbara Schöneberger** im Vorprogramm, lässt meinen Finger instinktiv auf die Programmtaste drücken. Doch, wohin? Da hat man mal einen Abend Zeit, fernzusehen und es läuft nur Murks. Also bin ich beim MDR hängengeblieben, als zum wiederholten Male **André Rieu** aus Maastricht gute Stimmung verbreitete. Übrigens: 20. Januar 2024, 19:30 Uhr Mercedes Benz Arena live.

Was wäre die Welt ohne **Gewerkschaften**? Sie haben viel zum Guten für die Arbeitnehmenden bewirkt, richten sich mit ihren Streiks aber auch immer wieder gegen die Mehrheitsgesellschaft. Eigentlich wollte ich morgen nach Hamburg fahren. Dann kam der Streik. Also storniert. Nun sollen die Züge doch rollen, aber die Bahn warnt ihre Kunden. „Obwohl der Streik abgewendet wurde, wird es weiterhin in den nächsten Tagen Einschränkungen im Zugangebot im Fern- und Nahverkehr geben.“ Eigentlich wie immer.

Ausgestattet mit dem päpstlichen Segen ist **Wolodymyr Selenskyj** in Berlin eingetroffen und wird voraussichtlich heute in Aachen den Karlspreis entgegennehmen. Der Preis wird an „Persönlichkeiten verliehen, die den Gedanken der abendländischen Einigung in politischer, wirtschaftlicher und geistiger Beziehung gefördert haben“. Dazu hatte Herr Selenskyj zwar noch nicht ausreichend Gelegenheit, aber die Verleihung soll natürlich ein Zeichen sein. Ebenso wie der Gewinn des ESC 2022. Mit 2,8 Milliarden Euro hat Deutschland bisher die Ukraine im Verteidigungskampf gegen Russland unterstützt. Jetzt gibt es nochmal 2,7 Milliarden obendrauf. „As long as it takes“ will Deutschland die Ukraine militärisch unterstützen.

Ed Koch

11) Baerbock erneut „in pathologischem Droh-Modus“ – auf Verdacht ist nun S-Afrika dran

13. 05. 2023



Bundesaußenministerin Annalena Baerbock hatte am 12. Mai einmal mehr eine Warnung von ihrem „diplomatischen Stapel“ gelassen.

Diesmal galt diese der südafrikanischen Regierung.

Mögliche Waffenlieferungen S-Afrikas an Russland

Der Hintergrund für Baerbocks neuerliche „Drohgebärden“ war wohl der Hintergrund einer Behauptung des US-Botschafters in Südafrika, wonach das Land Waffen an Russland liefere.

Bundesaußenministerin Annalena Baerbock (Bündnis 90/ Die Grünen) hat die Regierung von Südafrika nun vor Waffenlieferungen an Russland gewarnt.

Berlin nehme die Behauptungen der US-Regierung, Moskau habe eine Waffenlieferung aus Südafrika erhalten, „sehr ernst“, erklärte Baerbock am 12. Mai anlässlich eines Treffens der EU-Außenminister in Stockholm.

„Wenn jemand Waffen an den Aggressor liefert, wäre das das Gegenteil von einer Beendigung des Krieges“, so Baerbock.

In der „Anschauungswelt“ einer Frau Baerbock dürften allerdings ausschließlich Waffenlieferung an einen „Aggressor“ ein Grund zur Weiterführung eines Krieges sein.

Am 11. Mai hatte der US-Botschafter in Südafrika, Reuben Brigety, behauptet, dass das unter russischer Flagge fahrende Frachtschiff Lady R. im Dezember 2022 den Hafen von Simon's Town mit Waffen und Munition beladen verlassen habe.

Brigety wurde im Anschluss an seine Äußerungen in das südafrikanische Außenministerium zitiert.

Baerbocks Drohung beweislos und obsolet

Wie zahllose andere, kommt auch dieses Statement der Bundesaußenministerin entweder viel zu spät (nachdem sich die Dinge ohnehin bereits erledigt hatten), oder sachlich völlig deplatziert.

Zum Zeitpunkt von Baerbocks „diplomatischer Drohgebärde“ hatte die südafrikanische Regierung in Pretoria die Vorwürfe bereits längst zurückgewiesen. Das Büro von Präsident Cyril Ramaphosa erklärte, es gebe keinerlei Beweise für die Behauptung des US-Gesandten.

Abermals scheint man also seitens der deutschen Regierungsmannschaft bewusst oder aber unbedarft in eine ausgelegte US-Falle getappt zu sein.

Der Sprecher des südafrikanischen Außenministeriums, Clayson Monyela, twitterte dazu am 12. Mai, die Rüstungskontrollbehörde des Landes habe „keine Aufzeichnungen über einen genehmigten Waffenverkauf des Staates an Russland im Zusammenhang mit dem fraglichen Zeitraum bzw. Vorfall“. Dennoch leitete Pretoria eine Untersuchung der Angelegenheit ein.

Südafrika zeigt sich „standhaft“ und unbeeindruckt

Im Gegensatz zu Deutschland und den meisten anderen NATO-Mitgliedern weigert sich Südafrika, im Konflikt zwischen Russland und der Ukraine Partei zu ergreifen.

Pretoria hat keine Sanktionen gegen Moskau verhängt und keine Waffen an Kiew geliefert. Im vergangenen Jahr verteidigte Präsident Ramaphosa die Haltung des Landes mit den Worten, „wir sollten uns von niemandem vorschreiben lassen, mit wem wir uns zusammentun, und wir sollten niemals in eine Lage gebracht werden, in der wir uns entscheiden müssen, wer unsere Freunde sind.“

Dabei, also in der Auswahl seiner Freunde, scheint Deutschland historisch betrachtet aber auch im Besonderen mit seiner derzeitigen Ampel-Regierung, kein besonders geschicktes Händchen zu beweisen.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

12) Skandal um Benin-Bronzen: Afrikanische Königsfamilie von Dummheit Baerbocks überrascht

13. 05. 2023



Joyofmuseums.- Wikimedia (CC BY-SA 4.0)

Das Fiasko rund um die Rückgabe der sogenannten Benin-Bronzen aus Deutschland an den gleichnamigen afrikanischen Staat bzw. dessen Königsfamilie aufgrund des „kolonialen Diebstahls“ ist ein Paradebeispiel linker, feministischer Außenpolitik im Sinne der deutschen Außenministerin Baerbock. Nicht nur wird sie nun von der Königsfamilie verhöhnt, auch die im Privatbesitz verschwundenen, kostbaren Artefakte dürften nie ein Museum, das es ebenfalls nie geben wird, von innen sehen.

Baerbock: Jung, unerfahren, dumm

In einem Interview betonte Okpame Oronsaye, der als erstes Mitglied der Königsfamilie von Benin über die Rückgabe der Benin-Bronzen mit der [Berliner Zeitung sprach](#):

„Es tut mir leid, Ihre Außenministerin ist zu jung, hat keine Erfahrung, und manchmal merkt man das, wenn sie spricht“.

Seite E 136 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 836 vom 01.06.2023

Für die Königsfamilie sei es verwunderlich und geradezu absurd gewesen, dass man sich von deutscher Seite mit der Rückgabe derart aufdrängte, wenngleich man natürlich die Kunstgegenstände und auch viel Geld für ein versprochenes Museum gerne annahm.
5 Millionen Euro für imaginäres Museum

[Wie die Junge Freiheit berichtet](#), will derzeit weder das Auswärtige Amt noch das Kulturstaatsministerium erklären, ob Deutschland die fünf Millionen Euro für den geplanten Museumsbau in Nigeria, wo die Benin-Bronzen eigentlich ausgestellt hätten werden sollen, zurückfordert. Ein Sprecher Claudia Roths findet noch immer, dass alles in Ordnung sei: „Richtig bleibt es, Raubkunst an die Staaten zurückzugeben, die heute die Menschen und Kultur repräsentieren, denen diese Kunst einst gestohlen wurde.“

In deutschen Museen befinden sich noch 1100 solcher Benin-Bronzen. Auch diese wollen Baerbock und Roth an Nigeria übergeben.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

13) Das Ende des Schreckens. Von Ed Koch



paperpress

seit 1976



Nr. 613-11

8. Mai 2023

48. Jahrgang

Das Ende des Schreckens

Mit der Unterzeichnung der Kapitulationsurkunde am 8. Mai 1945 in Berlin Karlshorst endete offiziell der Zweite Weltkrieg. In Berlin endete der Krieg bereits eine Woche früher, und zwar in Tempelhof. Der Kapitulationsbefehl für die in Berlin noch kämpfenden Truppen wurde in der Nacht vom 1. auf den 2. Mai im Haus Schulenburgring 2, unweit des Flughafens Tempelhof, vom deutschen General Weidling ausgestellt und dem sowjetischen General Tschuikow übergeben. Damit war für Berlin der Krieg zu Ende.



In diesem Haus befand sich der Gefechtsstand des Befehlshabers der 8. sowjetischen Gardedivision, General Tschuikow. Hier unterzeichnete am 2. Mai 1945 General Weidling als Befehlshaber des Verteidigungsbereiches Berlin den Befehl an die deutschen Truppen in Berlin, sofort die Kampfhandlungen einzustellen. Für Berlin bedeutete dies das Ende des Schreckens.

Diese Gedenktafel am Haus erinnert an den Tag, der das Ende des Schreckens markiert. In jedem Jahr erinnern die Bewohner des Hauses mit einer Feierstunde an diesen Tag. **Joachim Dillinger**, der seit Jahrzehnten in dem

Haus wohnt, legte mit anderen Bewohnern einen Kranz nieder. Anschließend las **Lore Kujawa**, sie war 1945 14 Jahre alt, aus dem Buch „Kriegskinder“ in der Wohnung der Familie Dillinger. Die Veranstaltung wurde durch die Hausbewohnerinnen **Lea Hartung** und **Brigitte Dillinger** musikalisch umrahmt.



Über die geschichtlichen Ereignisse informiert die Website www.schulenburgring2.de



Erst Bundespräsident **Richard von Weizsäcker** gab dem Tag den einzig richtigen Namen in seiner Rede am 8. Mai 1985. „Der 8. Mai war ein Tag der Befreiung. Er hat uns alle befreit von dem menschenverachtenden System der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft.“, sagte der Bundespräsident in seiner bis heute maßgebenden Rede.

Tatsache ist, dass es vor allem der Sowjetunion zu verdanken ist, dass Berlin befreit werden konnte und der Krieg damit sein Ende fand. 27 Millionen Tote haben die Staaten der Sowjetunion zu beklagen, einen erheblichen Anteil daran hat die Ukraine mit acht Millionen Opfern. Auf ihrem und dem Territorium von Weißrussland fanden vor allem die Kämpfe statt.

Und heute? Wir leben wieder im Krieg, und wieder auf dem Gebiet der Ukraine. Die Sowjetunion gibt es nicht mehr. Ein Teil dieser Union, Russland, hat einen anderen Teil, die Ukraine, im Februar 2021 mit dem Ziel überfallen, sie zu vernichten. Diese geschichtliche Entwicklung ist schwer zu ertragen.

Im Gedenken an den Tag der Befreiung finden heute Auseinandersetzungen vor Gericht um die Frage statt, welche Flaggen gezeigt werden dürfen. Die Flagge Russlands und/oder die der Ukraine. Was für ein unwürdiges Schauspiel. Nicht einmal im Gedenken an das Ende dieses fürchterlichen Zweiten Weltkrieges gibt es eine Gemeinsamkeit. Ganz im Gegenteil. Der russische Präsident Putin „feiert“ den Tag auf seine Weise, indem er das Land seines Brudervolkes mit Raketen überzieht und Menschen tötet. Warum ist niemand in der Lage, aus den Schrecken eines Krieges zu lernen?

Die weitaus wichtigere Frage ist allerdings, wann endlich der Tag kommt, an dem die Ukrainer ihren Tag der Befreiung von Russland feiern kann.

Ed Koch

Foto: Haus Schulenburgring 2

1



KW 18

In der zu Ende gehenden Kalenderwoche mit der laufenden Nummer 18 war mal wieder **Barak Obama** in Berlin. Der ehemalige Präsident der Vereinigten Staaten hat in seinem Land zwar nichts mehr zu melden, aber, er ist nach wie vor beliebt. Nach Europa kam er im Wesentlichen, nicht um Botschaften zu verkünden, sondern um Geld zu verdienen.

Die Pensionszahlungen, die er vom Staat erhält, scheinen für ein auskömmliches Leben nicht auszureichen. Er bekommt jährlich 205.700 US-Dollar. Weitere Leistungen: Übernahme der Krankenversicherung und anderer Behandlungskosten, Staatsbeibrägnis, Gelder zur Unterhaltung eines Büros, lebenslanger Personenschutz, dessen Ehepartner und Kinder unter 16 Jahren oder Erstattung von Reise- und Sicherheitskosten in Höhe von bis zu einer Million US-Dollar jährlich (falls der Personenschutz nicht in Anspruch genommen wird).

Ein ehemaliger Bundespräsident erhält 214.000 Euro „Ehrensold“. Zusätzlich hat der Altpräsident Ansprüche auf Beihilfe nach Maßgabe der für Bundesbeamte geltenden Bundesbeihilfeverordnung. Ein Büro, Mitarbeiter, Dienstwagen und Personenschutz gehören natürlich auch dazu. Das gönnen wir allen Ex-Präsidenten.

Bei der Obama-Talk-Show in der Mercedes-Benz-Arena war ich nicht dabei, ich hatte einen anderen Termin, dazu später mehr. Was ich über die Obama-Show gelesen habe, muss es recht banal gewesen sein, abgesehen von den Eintrittsgeldern bis 600 Euro pro Karte.



Wer 2.500 Euro übrig hatte, konnte sich mit Obama fotografieren lassen. Das Foto mit unserem Präsidenten **Frank-Walter Steinmeier** kostete mich

nichts, nur ein Lächeln. „Obamas Programm in Berlin besteht daraus, dass er auf der Bühne sitzt und über dieses und jenes redet. Der Moderator **Klaas Heufer-Umlauf** stellt zwischendurch Fragen. Obama macht zwischendurch Witze.“, kommentiert die **Berliner Zeitung** seinen Auftritt. Ein Interview wie es **Theo Koll** oder **Tina Hassel** geführt hätte, war es offensichtlich nicht. Wohl eher nach dem Motto: „Bitte sagen Sie mir, was ich Sie fragen soll, es fällt Ihnen leichter.“ **Wolfgang Neuss** nannte diese Form einst ein „Laubsägeinterview.“

Zeitgleich zum Obama-Auftritt, saß ich im Admiralspalast, wo es zwei Eintrittskarten zum Preis der billigsten Obama-Karte gab.



Foto: Torsten Sträter.de

Torsten Sträter stand auf dem Programm. Inhaltlich hatte Sträter genauso wenig zu berichten wie Obama, dazu noch ohne jeglichen politischen Bezug zu irgendetwas. Fast zweieinhalb Stunden, also mehr als doppelt so lange wie Obama, stand Sträter auf der Bühne und holte sich im Sekundentakt einen Lacher nach dem anderen ab. Die kurze Pause nach einer Stunde war dringend notwendig, um sich zu erholen. Ich muss zugeben, in keiner der vorangegangenen 17 Kalenderwochen so viel gelacht zu haben, wie an diesem Abend. Aber worüber eigentlich?

Sträter erzählt aus seinem Leben. Sein Vater muss ein ziemliches Arschloch gewesen und sein Sohn ist ein Klugscheißer. Dafür, dass er eigentlich nicht über seinen Sohn sprechen wollte, widmete er ihm einen breiten Raum im Programm. Wie schmerzhaft muss es sein, wenn ein Nierenstein seinen Weg aus der Dunkelheit ans Licht findet. Die Wegbeschreibungen schlug voll auf die Lachmuskeln.

Es ist unbeschreiblich, wie dieser Mann das Erzählen von Banalitäten des Alltags zur Kunstform erhoben hat. Er ist ein Meister im Umgang mit der Sprache, wobei er Doppeldeutungen einzelnen Wörter herausarbeitet und in Frage stellt.



In der Rubrik „Akte Wachs“ in seiner TV-Show beschäftigte er sich beispielsweise mit Grußformeln: „Wir verbleiben mit freundlichen Grüßen“ oder „Wir sehen Ihrer Antwort entgegen.“ Einfach mal Googlen. Kleine Hörprobe zum Thema „Nosferatu Spinne.“

<https://www.youtube.com/watch?v=mYc9qIWOy4c>

Mein Geld war mit dem Ticket für Sträter auf jeden Fall sinnvoller eingesetzt, als wenn ich es Herrn Obama überwiesen hätte.

Es gab in dieser Woche noch eine dritte Persönlichkeit, die nichts Inhaltsschweres zu sagen hat, aber trotzdem redet. Die komplette Zeremonie der Krönung von **King Charles III.** sah ich mir natürlich gestern nicht an, aber die Zusammenfassung nach der **tagesschau.** Was für ein Schauspiel. Um solche Ereignisse beneide ich die Briten. Bei der Amtseinführung unseres Präsidenten findet keine Parade statt, niemand steht jubelnd am Straßenrand. Und das Schloss Bellevue hat nicht einmal einen Balkon, auf den die Präsidentenfamilie treten könnte.

Corona hat uns zermürbt, Putins Krieg zermürbt uns weiter, die Flüchtlingskrise spaltet zunehmend unser Land, mein Gott, was ist da gegen eine Krönung zu sagen. Mein einziger Kritikpunkt ist, dass der britische Steuerzahler die Show bezahlen muss und nicht Charles selbst in seine Schatulle greift.

Wer das Krönungs-Konzert heute Abend finanziert, wissen wir nicht. Leider gibt es keinen deutschen Sender, der es überträgt, man kann sich aber bei der BBC kostenlos registrieren lassen: BBC One bzw. BBC-News-Channel bei Google eingeben:

Um 20:00 Uhr startet das Krönungskonzert. Unter anderem werden **Katy Perry, Lionel Richie, Tom Jones, Andrea Bocelli,** Pianist **Lang Lang** und **Take That** – ohne **Robbie Williams** – auf Schloss Windsor auftreten.

Sie können sich aber auch in der Mediathek die WDR-**Mitternachtsspitzen** ansehen, die gestern Abend ausgestrahlt wurden:

https://www.wdr.de/programmvoerschau/wdrfernsehen/sendung/2023-05-06/21-45/whatson_11099287380527/mitternachtsspitzen.html

Worum geht's?

Gastgeber **Christoph Sieber, Michael Hatzius, Philip Simon,** Musiker **Tobi Hebbelmann** sowie die Gäste **Karen Dahmen, Stefan Danziger, Eva Karl-Faltermeier** und endlich mal wieder dabei **Wilfried Schmickler** gestalten die elfte Ausgabe

während des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine.



Foto: WDR

Es gibt sie noch, die guten Nachrichten: Der FC Bayern München wird nicht zwingend Deutscher Meister im Herrenfußball. Der Freistaat Bayern darf auf die Umwandlung in eine Monarchie hoffen - und dann auf eine Krönung wie die von King Charles III. -, denn auch der **Söder-Markus** will wegen seiner einzigartigen Atompolitik und seinen kühnen Raumfahrtplänen auf einen Königsthron.

Alle SPD-Anhänger, SPD-Mitglieder und -Wähler verstehen künftig wieder ihre Partei, weil die „Mitternachtsspitzen“ durch eine politische Analyse final Klarheit schaffen.

Die ärmeren Kinder in Deutschland müssen sich nicht sorgen, dass ihre Eltern neue finanzielle Zuwendungen zweckentfremdet verwenden, denn es wird keine so genannte Kindergrundsicherung in Höhe von zwölf Milliarden Euro geben.

Ganz Deutschland freut sich auf die Wärmepumpe, denn niemand wird künftig bei deren Installation allein gelassen, sondern zu Hause jeweils von mehreren Gewerken sowie unterschiedlichen Politikerinnen und Politikern vielstimmig beraten.

Die Welt atmet auf, denn all die zaghaften Maßnahmen, den Klimawandel abzumildern oder zu stoppen, verschonen auch künftig Reiche und Superreiche, deren Lebenswandel also nach wie vor **Trost spendet** wie sonst nur Heile-Welt-Fernsehen.

Oder eben die „Mitternachtsspitzen“ mit ihren tröstenden Vorträgen über den richtigen Gebrauch des Begriffes „Katastrophe“, über den Sinn von deutschen Legenden, die Lautmalerei von Pflanzen, den Reiz prokologischer Untersuchungen oder oder oder
Quelle: WDR

Letzte Frage: Treffen sich Hertha und der HSV wieder in der Relegation?
Ed Koch

15) Zur deutschen Comprador Elite im Allgemeinen und den Grünen im Besonderen

Von MECHTHILD SCHWARZ

06. 05. 2023



Mit Scholz, Lindner, Habeck, Baerbock kann es nur abwärts gehen.- *Bildquelle: <https://winfuture.de/news,131607.html>*

Zur „Comprador Elite“ gehören Personen, die als Agenten für ausländische Organisationen handeln, die Investitionen, Handel oder wirtschaftliche oder politische Ausbeutung betreiben.

Scholz, Lindner, Habeck, Baerbock sind Vertreter einer neuen Generation von Politikern. Sie haben mit Deutschland nichts weiter am Hut, außer dass sie zufällig hier aufgewachsen sind. Sie sind eine Comprador-Elite, gekauft, gemacht, gehalten, ver- und bei Bedarf entsorgt.

Dieses Modell einer lokalen Statthalterkaste ist Kern jener „Governance“ oder „foreign policy“, mit dem England und die Vereinigten Staaten Kolonien und Vasallengebetskörperschaften steuern. Deren Mitglieder sind sich ihrer Funktion oft gar nicht bewusst, sondern (für die meisten unter uns unfassbar) glauben, sie seien zur Führung des Landes berufen.

In Afrika ist dieses Modell im Auslaufen begriffen, denn dort waren die Spielregeln schon immer offensichtlich: Eine lokale Kaste verscherbelt Land und Leute an den sogenannten „Westen“ und wird dabei „filthy rich“. Das Bild schwarzer S-Klassen-Konvois, die durch ein Shithole der Subsahara rollen, hat wohl jeder im Kopf. In Deutschland steht dieses Modell noch vor seinem Höhepunkt. Immerhin erkennen weite Kreise der Bevölkerung nun auch hierzulande, auch die offiziellen Medien, welche Früchtchen uns immer schamloser ans nationale Bein gebunden werden.

Seite E 141 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 836 vom 01.06.2023

Das WEF, um gleich die notorischste Brutstätte einer selbsternannten Weltelite zu nennen, führt in seinen Listen der Alumni ja nicht nur Markus Söder und Annalena Baerbock. Baerbock, jenes seltsame Wesen ohne Hirn und Herz, das der Öffentlichkeit gleichsam aus dem Nichts als Kanzlerkandidatin präsentiert wurde. Es finden sich auch fast alle Regierungsfrauen der westlichen Welt (Moldavien, Neuseeland, Finnland, Kanada, Estland). Das WEF ist das zentrale Organ der Machtübernahme qua Modell der Comprador Eliten, das teilweise in der Öffentlichkeit agiert. Es ist aber bei Weitem nicht das einzige und es ist auch nicht das mächtigste.

Recherchieren Sie mit der Suchmaschine Ihrer Wahl nach „Rockefeller Foundation“ oder „Trilaterale Kommission“, wenn Sie sich in jenes Scheißloch hinabbegeben möchten, in dem kranke Geister das Schicksal der Welt zu bestimmen suchen und dabei keinen Krieg auslassen.

Was zeichnet die Mitglieder von Comprador-Eliten aus? Kurz, sie sind ignorant, narzisstisch, talent- und charakterlos, meist ohne Ausbildung, die den Namen verdient, ohne tiefe Überzeugung – dafür stets voll bis Oberkante Unterlippe mit Selbstüberzeugung oder Hass oder Beidem. Ihre Reden sind mit leerer, aber für Ihre Anhänger magisch wirkender Symbolik gesättigt. Die Variante „Lindner“ ist insofern bemerkenswert, als dass sie nur noch gehirntote Slogans von sich zu geben in der Lage zu sein scheint. Der grundverflentete Timbre ist gleichsam ein Markenzeichen des gescheiterten Gebrauchtwaschmaschinenvertreters, der sowohl seiner Rente entgegenseht, als auch der Monetarisierung seiner politischen Connections, wenn er in wenigen Jahren wegen Inkompetenz aus dem Amt gewählt wird.

Man könnte, menschliches Format und Humor vorausgesetzt, darüber lachen oder zumindest hinwegsehen und sich, produktiver, der täglichen Sicherung der eigenen Existenz widmen. Das Problem ist: Wo die Comprador-Elite, die Klasse der Käuflichen, handelt, sind Zwangsmaßnahmen, Umerziehung und Völkerhass angesagt. Selbst Lindner, bei dem man nur in sehr langen Abständen – schmerzhaft – daran erinnert wird, dass er noch lebt, spielt in diesem Reigen der Nationalparasiten und Schadpolitiker nicht nur die Rolle des sinnlos sabbernden Opportunisten. Von ihm bleibt kein Satz in Erinnerung, weil das, was er sagt, schlicht nichts bedeutet. Vielmehr glänzt er mit Vorschlägen, die das Land für immer amerikanisieren sollen.

Bei den Grünen indes ist am deutlichsten zu erkennen: Es hat eine totale Inversion stattgefunden. Die Ur-Bewegung, die Umweltschutz- und Friedensbewegung mit deutlicher Abneigung der Nato und amerikanischer Hegemonie wird von Habeck und Konsorten nur noch verhöhnt. Zwar verdanken sie dieser Gruppe überhaupt ihre politische Existenz, die Frauen und Männer der ersten Generation werden freilich nicht mehr benötigt. Sie waren die Trägerrakete der Grünen und die wurde bereits von Joseph Fischer im Krieg gegen Serbien abgesprengt.

Überhaupt Fischer: Keine Vita bei den Grünen lässt so klar die Aufzucht, Hege und Steuerung durch die USA erkennen. Früh erkannte man dort das populistische Talent des jungen Joseph, seines Zeichens Taxifahrer, Pornoheftübersetzer und Molotow-Werfer. Einmal in die Macht gehievt, von Madeleine Albright persönlich betreut, wurde er nach seinem Auftritt als Kriegstreiber Nr. 1 mit einem Dozentenamt in Harvard vergütet.



Die Grünen genießen ihr neues Eigenleben in der Macht, nehmen konstruktiv an Nato-Meetings teil, fördern Braunkohle, hetzen gegen unsere russischen Nachbarn, gestatten die Verseuchung des Wattenmeers durch Gasterminals und betreiben die Verödung weiter Landstriche mit Windmühlen.

Wenn Sie den Verdacht haben, dass die Grünen eine transatlantisch gesteuerte shit show mit satanischem Grundmuster sind, dann liegen Sie wahrscheinlich richtig.

Dieser Beitrag erschien zuerst auf AnderweltOnline.com

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

16) Wenn die „Klima“-Weltrettung Pause macht – „Kampf gegen Putin“ geht vor

Von REDAKTION

05. 05. 2023



der Sewastopol und der Region Krasnodar brennen die Öllager. | *Bilder: Screenshot youtube*

Viele werden sich fragen, warum man denn plötzlich die Furcht vor dem drohenden Hitzetod, der uns alle ja demnächst ereilen wird, abgelegt hat, wenn es darum geht, den Krieg in der Ukraine mit Waffenlieferungen zu befeuern – und das im wahrsten Sinne des Wortes. Die Antwort ist nicht schwer zu erraten:

Die Agenda „Kampf gegen Putin“ hat gegenüber der Agenda „Klimawende durch CO² Ersparnis“ Vorrang. Oder anders gesagt: Wenn die ganze Hysterie vor dem drohenden Hitzekollaps der Erde berechtigt wäre, nehmen wir das Weltenende gerne in Kauf damit der Russe den Krieg verlieren möge. Und damit die wunderbaren Ukrainer weiter unsere westlichen Werte hochhalten können.

Da spielt es auch keine Rolle, wenn wir wieder Kohle statt Gas verfeuern und gerne gönnen wir unseren amerikanischen „Freunden“ die enormen Gewinne aus den Fracking-Gas-Exporten. Dass das Flüssiggas mit extrem umweltschädlich Schweröl-Tankern über den großen Teich erst zu uns gebracht werden muss, mag vielleicht mag vielleicht einen Eisbär stören, uns sicher nicht. Und am allerwenigsten die „Klimakleber“ – die haben eine andere Mission zu erfüllen, ganz im Sinne der milliardenschweren Profiteure der „Klimawende“.

Auch die einst so friedliebenden Grünen haben den Schalter vom friedfertigen Turnschuh-Marschierer auf Kriegstreiber umgelegt. So ist ein Habeck voll der Sorge um die „unsicheren“ deutschen Kernkraftwerke, die rasch abgeschaltet wurden – den Weiterbetrieb der „sicheren“ ukrainischen AKWs begrüßte dieser geniale Wirtschaftsstrategie auf Anfrage.

Seite E 144 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 836 vom 01.06.2023

Sollte uns der Schrott dort, ähnlich wie einst bei Tschernobyl, um die Ohren fliegen, ist vermutlich auch Putin schuld. Oder wir, weil wir nur halbherzig bereit sind einen Weltkrieg zu provozieren, indem wir das korrupteste Regime Europas nicht ausreichend mit Leoparden etc. beliefern.

So dürfen wir uns nicht wundern, wenn aktuell ein russisches Öllager nach dem andern mit den gelieferten Waffen der „Wertegemeinschaft“ in die Luft gejagt wird und dabei vermutlich so viel Dreck freigesetzt wird, der, geschähe das bei uns, bereits zum Klima-Weltuntergang geführt hätte.

Und der Irrsinn geht ungebremst weiter, ohne dass bei uns die Alarmglocken läuten:

So ist In der Nacht zum Donnerstag ein Brand eines Öltanks in einer Raffinerie nahe dem Schwarzmeerhafen Noworossijsk in Südrussland verursacht worden. Das berichtet die Nachrichtenagentur Tass. Das Öllager sei mit einer Drohne angegriffen worden.

Zuvor wurde in der Nacht zum Mittwoch ist in der Region Krasnodar ein Treibstofflager nahe der Krim-Brücke in abgefackelt. Auf Videos in russischen sozialen Medien ist zu sehen, wie Flammen und schwarzer Rauch aus großen Tanks schlugen.

Am Samstag sind im Krim-Hafen Sewastopol zehn Tanks mit einem Fassungsvermögen von rund 40.000 Tonnen durch einen Drohnen-Angriff zerstört worden.

Von den sonstigen kriegsbedingten Umweltschäden wollen wir hier nicht berichten – Dieser Umstand ist ohnehin jedem klar. Außer den „Klimaklebern“ und sonstigen grünen Spinnern natürlich, die glauben mit behindern von arbeitenden Menschen etwas erreichen zu können.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

17) Habecks Traumwelt – Wärmepumpen stehen still wegen Strommangel

05. 05. 2023



Der deutsche Immobilien-Konzern Vonovia SE, mit Sitz in Bochum und über 565.000 in Deutschland, Österreich und Schweden, ist mit „hausgemachten Schwierigkeiten“ aus dem „Hause Habeck“ konfrontiert.

Wärmepumpen gehen wegen Strommangel nicht in Betrieb

Den Großteil der vom Unternehmen bislang installierten Wärmepumpen kann man nicht in Betrieb nehmen. Wie das Unternehmen jetzt bekannt gab ist der Grund hierfür, nach Aussage von Firmenchef Rolf Buch, Strommangel wegen fehlenden Netzausbaus.

Das Immobilienunternehmen Vonovia hatte bereits im Januar 2022 ein Wärmepumpen-Sonderprogramm aufgelegt, doch rund 70 der bislang 115 installierten Geräte konnten noch nicht in Betrieb gehen, wie eine Firmensprecherin mitteilte.

Der Grund dafür sei, dass wegen fehlenden Netzausbaus nicht genügend Strom zur Verfügung stehe, so Vorstandsvorsitzender Rolf Buch dazu am 4. Mai.

Vonovia wolle aber insbesondere auch selbsterzeugten Strom aus Photovoltaikanlagen nutzen.

Hierzu betonte Buch, ganz auf „Regierungsschiene“, „Klimaneutralität bis 2045 bleibt auch weiterhin ein wichtiges Ziel.“

Ende 2022 hatte das Unternehmen bereits 533 Anlagen installiert.

Seite E 146 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 836 vom 01.06.2023

Als Zwischenziel bis 2030 wolle der Immobilienkonzern 17.000 Dächer mit Photovoltaikanlagen versehen und bis 2045 sollen dann auf nahezu allen 30.000 geeigneten Dächern des Gebäudebestandes Photovoltaikanlagen installiert sein, so Buch weiter.

Vonovia besitzt in Deutschland, Schweden und Österreich knapp 550.000 Wohnungen. Hinzu kommen dann noch fast 71.000 verwaltete Wohnungen.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

18) BERNHARD ZIMNIOK zur skandalösen EU-Flüchtlingspolitik

BERNHARD ZIMNIOK

03. 05. 2023



In einem beispiellosen antidemokratischen Akt wollten die Altparteien einen Bericht ohne Abstimmung im Parlament durchwinken, was wir zum Glück verhindern konnten. Leider haben ihn CDU und Co. trotzdem verabschiedet und damit für die Zwangsaufnahme von illegalen Migranten gestimmt. Eine Debatte über diesen Bericht wurde trotz der weitreichenden Folgen für die Mitgliedstaaten weiterhin verweigert!

<https://www.youtube.com/watch?v=JbHhPL1j7Qk>

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

19) ACHTUNG REICHELT!

So plündert der Grüne Clan unser Land aus! Habeck erhebt jetzt Graichen-Steuer

JULIAN REICHELT

03. 05. 2023



Wir sagen es hier Woche für Woche: Die Mehrheit in diesem Land ist gegen die politischen Irrsinns-Ideen der Grünen Partei, gegen Atomausstieg und Wärmepumpen-Wahnsinn. Aber jetzt sagen es nicht mehr nur wir, jetzt sagt es sogar Robert Habeck!

Vizekanzler Habeck versucht nicht einmal mehr so zu tun, als hätte er in einer Demokratie eine Mehrheit für seine Ideen. Er gibt offen zu, dass er grüne Ideologie gegen das Land, gegen die eigene Bevölkerung durchsetzen will. Glauben Sie nicht? Wir haben die Szene im Video!

Früher forderten SPD und die Grüne Partei eine Reichensteuer. Heute fordern sie von uns allen die Graichen-Steuer. Die Graichen-Steuer sollen wir alle entrichten, um die Ideen eines Mannes zu finanzieren: Patrick Graichen.

Staatssekretär Graichen ist der mächtigste Mann hinter Wirtschaftsminister Robert Habeck. Er ist sein Staatssekretär, aber vor allem sein Chefideologe. Was Graichen will, ist nichts anderes als Kontrolle über das Leben von 80 Millionen Menschen, um seine Ziele zu verwirklichen.

Graichen ist 51 Jahre alt und hat in seinem Leben, Sie ahnen es, nie in der freien Wirtschaft gearbeitet. Er ist Berufs-Grüner. Während der Pandemie forderte er, dass nur Geimpfte staatliche Leistungen beziehen dürften. Totalitäres Gedankengut ist Graichen also nicht fremd. Nun ist ihm die Wirtschaft unseres Landes in die Hände gefallen!

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

20) Faeser bei Maikundgebung in Hessen ausgebuht: „Hau ab! Hau ab! Hau ab!“

Von DAVID BERGER

02. 05. 2023



Eigentlich sollte Faesers Auftritt bei einer Gewerkschaftsveranstaltung im hessischen Herbhorn ein umjubeltes Heimspiel werden. Doch die Rede der Ministerin war durch die vielen Buh-Rufe und Protest-Pfiffe an vielen Stellen der Veranstaltung kaum hörbar.

Unter dem Titel „Mai-Kundgebung: Faeser fordert mehr Bildungsgerechtigkeit“ [berichtete](#) die „Tagesschau“ gestern am späten Abend über eine Maikundgebung mit der v.a. wegen ihrer verfehlten Einwanderungspolitik, ihrem komplizierten Verhältnis zum Rechtsstaat und ihren linksextremen Tendenzen umstrittenen Politikerin:

Lückenmedium Tagesschau

„In Herbhorn rief Bundesinnenministerin und Hessen-SPD-Vorsitzende Nancy Faeser zu mehr Bildungsgerechtigkeit auf. „Es ist skandalös, dass in Hessen immer noch der Geldbeutel der Eltern darüber entscheidet, ob die Tochter oder der Sohn in der Schule erfolgreich ist“, sagte Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) am Montag bei einer Mai-Kundgebung der IG Metall in Herbhorn (Lahn-Dill).“ – so die Tagesschau.

Was die Vorzeige-Propaganda-Sendung des Staatsfunks verschweigt: Faeser war – trotz Unterstützung durch das starke Lautsprechersystem dank der Pfiffe und Buhrufe an vielen

Seite E 149 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 836 vom 01.06.2023

Stellen des Veranstaltungsbereichs kaum hörbar. Ein Besucher der Veranstaltung sprach gegenüber PP davon, dass mehr als die Hälfte der Teilnehmer lautstark gegen Faeser protestierten.

Faeser in Herborn so beliebt wie Habeck in Flensburg

Hier einige Eindrücke:

https://www.youtube.com/watch?v=Z2esVNM-QT4&embeds_referring_euri=https%3A%2F%2Funser-mittleuropa.com%2F&source_ve_path=OTY3MTQ&feature=emb_imp_woyt

Auch Faeser, die sich in ihrer Rede mehrmals an die zahlreichen und lautstarken Demonstranten richtete, tut auf ihrem Facebookprofil so, als habe es keine Gegenproteste gegeben. Zu den geposteten Bildern, die alle Faeser mit typischem SPD-Publikum, meist jenseits der 60 zeigen, vermerkt sie: „Danke! Heute so viele von Euch für Solidarität und gerechte Löhne auf den Marktplätzen und Straßen unterwegs gewesen. Lasst uns gemeinsam kämpfen!“

Aber auch hier – sozusagen in ihrer eigenen Fangemeinde – muss sie sich heftige Kritik gefallen lassen: „Was nützen gerechte Löhne wenn die Abgaben stetig steigen? Je höher die Löhne, desto höher die Preise, desto mehr Einnahmen für den Staat. Und dieses Geld wird dann fleißig in der Welt verteilt. Nebenbei wird das Sozialsystem in Deutschland dank eurer ungezügelter Einwanderung zu Grunde gewirtschaftet. Und für den dt. Steuerzahler bleibt nichts. Marode Schulen, marode Infrastruktur, der Gesundheitssektor total überlastet und Wohnungen werden auch kaum noch gebaut. Pfui Faeser“ schreibt da einer. Und ein anderer: „Wir kämpfen das diese unfähige verschwindet. So eine unfähige Regierung in allen Bereichen hat Deutschland noch nie erlebt!“

Gewalt des Volkes gefürchteter denn je

Fazit: Der Graben zwischen der Bevölkerung, der schon im System Merkel immer unüberwindbarer wurde, wird immer breiter. Ohne ausgeklügelte Schutzmaßnahmen kann sich keiner der sich immer totalitärer gebenden Regierenden mehr unter das Volk, von dem alle Gewalt ausgeht, mehr wagen. So gerne viele Faeser in Berlin loshaben würden, so sehr steht Faesers Wahlkampfauftritt (Faeser ist SPD-Spitzenkandidatin für die Landtagswahl im Oktober) nun unter einem schlechten Stern.

Dieser Beitrag erschien zuerst auf [PHILOSOPHIA PERENNIS](#), unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

Berlin und Land Brandenburg (Seiten E 150 – E 174)

01) Pro-Erdogan-Tumulte in D und Ö: „Absage an unsere Demokratie“ (grüner deutsch-türkischer Minister Özdemir) (VIDEOS)

29. 05. 2023



<https://unser-mittleuropa.com/pro-erdogan-tumulte-in-d-und-oe-absage-an-unsere-demokratie-gruener-deutsch-tuerkischer-minister-oezdemir-videos/>

Özdemir kritisiert demokratisches Wahlverhalten der Deutschtürken

Dass der ober-grüne deutsche Landwirtschaftsminister und türkischstämmige Cem Özdemir kein Freund von Recep Tayyip Erdogan ist, ist bekannt. Somit ist er jetzt auch „mächtig angefressen“ – wie [BILD](#) flankierte. Indem der gelernte Sozialarbeiter das demokratische „Wahlverhalten von Türken in Deutschland scharf kritisiert“, welches so gar nicht in dessen politisches Wunschenken passt (ca. 67 Prozent stimmten für Erdogan)

Özdemir interessiert sich deshalb brennend dafür...

...*„was in Deutschland los ist, wo die Anhänger von Erdogan feierten, ohne für die Folgen ihrer Wahl einstehen zu müssen.“*

In welchem Land lebt der Naiv-Grüne Özdemir eigentlich?

Erinnert er sich nicht mehr an die Pro-Erdogan-Demo in Köln vor sieben Jahren mit 50.000 Teilnehmern aus „Frauen, Kindern und Faschisten“, welche „für Erdogan jubelten und beteten und ihn wie einen Pospstar feierten“? ([Tagesspiegel](#))

Denn bereits im Februar 2008 hatte Erdogan anlässlich eines Deutschlandbesuchs von seinen Auslandstürken gefordert:

„Integriert euch, aber assimiliert euch nicht.“ ([faz](#))

Seite E 152 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 836 vom 01.06.2023

Und erst 2017 rief Erdogan die europäischen Türcinnen zu „Gebärmaschinen“ (links-feministische Einschätzung) auf:

„Habt fünf Kinder, nicht drei. Ihr seid Europas Zukunft.“ ([Spiegel](#))

Wenn der Grüne bemängelt, dass die hier lebenden Türken wenig von sich assimilieren begeistert sind, ist ihm wohl nicht klar, dass Leute, die noch geradeaus denken können, sich nicht „Werten“ unterwerfen wollen, wo man in Personen, die nicht wissen, ob sie ein Männchen oder Weibchen sind, die Krönung der Schöpfung zu erblicken hat.

„Wir müssen reden“ – solange Grüne nicht kritisiert werden

Der liberal-grüne Özdemir will also vor allem eins, was Grüne bisher immer gerne taten:

„Darüber wird zu reden sein!“

Mit einer gerade für links-grüne Gutmenschen typisch elitären Einstellung: Dass nämlich viele Menschen in der Türkei den Erdogan-Sieg durch Armut und Unfreiheit bezahlen müssten:

„Sie sind zurecht wütend.“

Warum wollen grüne Minister nicht über die „Öko-Diktatur“-Deutschland reden? Wovor nämlich erst kürzlich der ober-grüne deutsche Wirtschaftsminister „Habeck Angst“ ([BILD](#)) Angst hatte:

Während einer Sitzung der „Bundestagsausschüsse für Wirtschaft/Klima und Energie“ hatte Habeck nämlich die radikale Beschneidung des Fragerechts von Oppositions-Abgeordneten durchgesetzt. Indem zu den skandalösen Vorgängen in seinem Ministerium („Trauzeugen-Affäre“) Habeck nämlich nicht so befragt werden durfte, dass er konkret auf jede Frage hätten antworten müssen.

Von Wien bis Berlin: Tumultartige Pro-Erdogan-Kundgebungen

In Wien nämlich (die Österreich-Türken stimmten mit 73 Prozent pro Erdogan) kam es nämlich gestern Nacht im Multikulti-Bezirk Favoriten zu tumultartigen Pro-Erdogan-Kundgebungen: Der Verkehr brach zusammen, ein Krankenwagen steckte fest, die Polizei war vor Ort.

Außerdem wurden der verbotene faschistische „Wolfsgruß“ der türkischen rechtsextremen „Grauen Wölfe“ gezeigt und „Allahu Akbar“-Rufe skandiert.

DerStatus.at

[@derStatus_at](#)

[Folgen](#)

'Allahu Akbar' vorm [#Tichy](#) Wiens Türken feiern den [#Erdogan](#)-Sieg. Er bedeutet: Die Türkei bleibt islamisch, türkisch und stolz - sie lässt sich unter der AKP nicht von den USA steuern. Austro-Türken wählten im 1. Gang zu über 70% Erdogan. [#reumannplatz](#) [#Tuerkei](#) [#akp](#) [#tuerkiye](#)

https://twitter.com/derStatus_at/status/1662903251363147776?ref_src=twsrc%5Etfw%7Ctwcamp%5Etweetembed%7Ctwterm%5E1662903251363147776%7Ctwgr%5E9c68a4731976f3ced23dcc8d10b871349612f486%7Ctwcon%5Es1_c10&ref_url=https%3A%2F%2Funser-mittleuropa.com%2Fpro-erdogan-tumulte-in-d-und-oe-absage-an-unsere-demokratie-gruener-deutsch-tuerkischer-minister-oezdemir-videos%2F

Samuel Winter

[@allesmittelgrau](#)

[Folgen](#)

Jetzt gerade in [#Wien](#): Hunderte Menschen feiern den umstrittenen Wahlsieg des Autokraten Erdoğan am Reumannplatz. Darunter auch Rechtsextreme. Viele Symbole der faschistischen Grauen Wölfe zu sehen. [#w2805](#) [#tuerkeiwahl](#) [#TurkeyElections](#)

https://twitter.com/allesmittelgrau/status/1662912527435546625?ref_src=twsrc%5Etfw%7Ctwcamp%5Etweetembed%7Ctwterm%5E1662912527435546625%7Ctwgr%5E9c68a4731976f3ced23dcc8d10b871349612f486%7Ctwcon%5Es1_c10&ref_url=https%3A%2F%2Funser-mittleuropa.com%2Fpro-erdogan-tumulte-in-d-und-oe-absage-an-unsere-demokratie-gruener-deutsch-tuerkischer-minister-oezdemir-videos%2F

Dasselbe Bild mit stinkenden und lärmenden Hupkonzert-Autokorsos bot sich in Berlin, Hamburg oder Duisburg: Diese wären aber laut Özdemir keine Feiern harmloser Anhänger eines etwas autoritären Politikers:

„Sie sind eine nicht zu überhörende Absage an unsere pluralistische Demokratie und Zeugnis unseres Scheiterns unter ihnen. Übersehen geht nicht mehr.“ So aber fürchte er sich, dass „Ultranationalismus und Fundamentalismus sich nun noch stärker durch neue Imame aus Ankara hierzulande verbreiten würden.“

Erinnerts sich Özdemir nicht mehr an die türkischen Jubel-Autokorso vor vier Jahren in Berlin anlässlich des vorletzten Erdogan-Sieges?

https://www.youtube.com/watch?v=155_fLGg8iw

Und nun wieder dasselbe [Bild](#).

Multikulti- und Welcome-Kultur gescheitert

So aber hat nun der links-grüne Fantast Özdemir endgültig das Scheitern der Multikulti-Kultur erkannt. Obwohl: Dass was er mit seiner grünen Willkommenskultur-2015 angestoßen hat, lässt hupende und nicht grünkonforme Autokorsos geradezu als lächerlichen Kindergartenumzug erscheinen.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

02) Energetic Aperitivo ging in die zweite Runde. Von Ed Koch



paperpress

seit 1976



Nr. 613-23

26. Mai 2023

48. Jahrgang

Energetic Aperitivo ging in die zweite Runde

Am 22. März startete bei Schneider Electric eine neue Veranstaltungsreihe auf dem **EUREF-Campus: Energetic Aperitivo**. Siehe:

https://www.paperpress-newsletter.de/pdfs/611_mazer_2023/611-23%20-%2024.03.2023%20-%20Energetic%20Aperitivo.pdf

Studierende des TU CAMPUS EUREF erhalten hierbei die Möglichkeit, sich mit Vertretern der auf dem EUREF-Campus tätigen Unternehmen zu vernetzen. Am 25. Mai fand die zweite Veranstaltung der Reihe in den frisch umgebauten und renovierten Räumen von **CONVEX ENERGY** statt.



Gernot Bohmann von der TU stellte in einer kurzen Intro-Rede seine Studierenden des Energy Management Master of Business Administration vor.

Das Thema des Einführungsvortrags der Veranstaltung lautete: „*Modern Energy Trading: When Machine Learning meets Meteorology in the Cloud*“. Frei übersetzt: „*Moderner Energiehandel: Wenn maschinelles Lernen auf Meteorologie in der Cloud trifft.*“, anschaulich vorgetragen von **Gautam Kotian** und **Sourabh Raj**.

Die Stärken von Convex liegen in der hochmodernen Hybrid-Cloud Infrastruktur, sowie in der jahrelangen Erfahrung im physischen und finanziellen Handel von Strom, Gas und Emissionen. Ein spannendes Thema für einen Abend mit wissbegierigen Studenten.



Alexander Reinhold, der CEO von Convex (Foto), und sein Kollege **Daniel Kräuter** (Foto rechte Spalte), Chief Technology Officer, stellten ihr Unternehmen den Gästen der Veranstaltung vor.



Convex ist ein „EUREF-Campus Native“. Als „Commodities-Trading Boutique“, also einer Verkaufsstelle für den Rohstoff-handel, ist Convex auf dem europäischen Strom-, Gas- und Emissionsmärkten tätig und hat auf dem EUREF-Campus seine ersten Schritte gemacht. Seit der Gründung im Jahr 2017 hat sich das Unternehmen stetig weiterentwickelt. Zum Team gehören gegenwärtig rund 50 Mitarbeitende.

Es gehört zur DNA von Convex, fortlaufend und gezielt in Innovationsprojekte zu investieren, um die Technologisierung und Automatisierung in der Energieindustrie aktiv voranzutreiben. Die Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten fokussieren sich dabei auf den computerunterstützten Handel von Strom, Gas und Emissionen. Hierzu arbeiten die Entwickler seit Jahren an einer vollständigen Automatisierung der Daten- und Risikomanagementprozesse, Machine Learning-gesteuerten Handelssignalen sowie algorithmischen Orderausführungs-Strategien. Die Ambition von Convex ist es, das weltweit fortschrittlichste und innovativste Energiehandelsunternehmen zu sein und dabei die Standards für modernen Energiehandel zu setzen.

Zur Vision von Convex gehört, eine sonst harte, kalte und überraschend starre Branche effizienter und moderner zu gestalten und vielen jungen Talenten Wissen zu vermitteln. Dabei legt Convex großen Wert darauf, dass seine Mitarbeiter einen verantwortungsvollen Umgang mit den für unsere Gesellschaft so wichtigen Rohstoffen (Strom, Gas, Emissionen) erlernen.

Wie viele andere Unternehmen auch, kämpft Convex um das begehrte „Talent“ am Arbeitsmarkt. Deshalb bietet es seinen Mitarbeitern einen hohen Standard, mit einer eigenen Kaffee-Bar, einem Gym mit Health Coach und weiteren Annehmlichkeiten. In den Gymnastikraum hat Convex kräftig investiert. Hier fehlt es an nichts, um sich fit zu halten und vor allem

1

Impressum: paperpress – seit 1976 – paperpress ist ein Projekt des Paper Press Verein für gemeinnützige Pressarbeit in Berlin e.V.

paperpress finanziert sich zu 100 Prozent aus Spenden. Spendenkonto: IBAN DE10 1001 0010 0001 4221 01 Postbank Berlin

Vorstand: Paper Press e.V.: Ed Koch – Mathias Kraft – Gründer und Herausgeber: Ed Koch (verantwortlich für den Inhalt)

Postanschrift: Paper Press – Postfach 42 40 03 – 12082 Berlin – E-Mail: paperpress@berlin.de – Sponsor: PIEREG Druckcenter www.piereg.de

paperpress erscheint kostenlos – Bestellungen über www.paperpress-newsletter.de – Textarchiv: www.paperpress.org

Aus Gründen der besseren Lesbarkeit verwenden wir bei Personenbezeichnungen und personenbezogenen Hauptwörtern die männliche Form.

Entsprechende Begriffe gelten grundsätzlich für alle Geschlechter. Die verkürzte Sprechform beinhaltet keine Wertung.



zwischendurch nach langer sitzender Tätigkeit auch andere Körperteile zu beanspruchen.



Drei der anwesenden Studierende des TU Campus EUREF stellten sich kurz vor und hatten vor allem Fragen an das Unternehmen. **Xia Yang** aus China, **Tom Volker Heinrich** aus Deutschland, genauer gesagt Sachsen, und **Fatemeh Asadimanesh** aus dem Iran betonten, wie wohl sie sich auf dem Campus fühlen, umgeben von Unternehmen, die für ihre weitere Karriere von Interesse sein könnten.

Der Sommer ist zum Glück nicht mehr aufzuhalten. Da macht es sich besonders gut, dass zu den Convex-Räumen auch eine große Terrasse gehört, die beim Get-Together am 25. Mai mit so manchem „Energetic Aperitivo“ eingeweiht wurde. Demnächst werden hier noch Sitzmöbel aufgestellt. Bei diesen Angeboten könnte es sein, dass die Mitarbeitenden auch ihre freien Tage in der Firma verbringen, denn wer hat schon so einen großen Balkon zu Hause oder

eine Bar mit kalten Getränken, ganz abgesehen von einem so gut ausgestatteten Gymnastikraum.



Convex ist aktuell in Deutschland, Amsterdam, dem Vereinigten Königreich und Dänemark (jeweils mit eigenen Büros) tätig und als Händler zudem noch in Irland, Polen, Österreich und Belgien als physischer Händler und in ganz Europa als finanzieller Händler.

Convex ist darüber hinaus seit Anfang 2023 Kooperationspartner des EUREF-Talent Campus, um einen Beitrag zur nächsten Generation an talentierten Ingenieurinnen und Ingenieuren zu leisten und bringt sich auch bei der Entwicklung der Studiengänge am EUREF-Campus Düsseldorf ein.

Weitere Informationen unter:

<https://www.convex-energy.com/>

Ed Koch
auch Fotos

03) Unterwegs in Berlin. Von Ed Koch



Unterwegs in Berlin



So geht's auch. Wenn man schon der Meinung ist, zur Rettung der Umwelt breite Fahrradwege anlegen zu müssen, dann könnte man es so tun wie auf dem Tempelhofer Ufer, der B96, in Kreuzberg, siehe oben, und nicht so wie auf dem Tempelhofer Damm, der mit roten Poilern zugepflastert worden ist und nun wie eine Dauerbaustelle

aussieht. Die grünen Markierungen erfüllen doch auch ihren Zweck.



Nach langer Zeit war ich mal wieder in den Potsdamer Platz Arkaden. Großer Gott, was für ein Scheiß. Wer hat sich denn diese hässliche Bahnhofshalle ohne Flair und Ambiente ausgedacht. Die Geschäfte

und Restaurants im Obergeschoss, darunter dieser wunderbare Eisladen, sind abgerissen worden, um eine Markthalle entstehen zu lassen. Zum Verweilen lädt sie nicht ein. Geschaffen wurde einer dieser furchtbaren Food-Courts, in dem sich ein Fastfood-Laden an den anderen reiht und in der Mitte Tische und Stühle stehen. Ein Ort im Stile einer chinesischen Mensa an einer Universität mit tausenden von Studenten. Dazu noch untermalt mit lärmender Musik. Wer fühlt sich denn hier wohl? Touristen?

Es geht aber noch schlimmer rund um den Potsdamer Platz, den man vor lauter Baustellen gar nicht sehen kann. Der Kunstkritiker **Karl Scheffler** schrieb schon 1910, dass Berlin dazu *verdammte sei, immerfort zu werden und niemals zu sein*. Aber irgendwann müssen doch Baustellen auch mal vollendet werden. Am bevorstehenden Pfingstfest soll ja der *Hellige Geist* auf uns herniederkommen, vielleicht kümmert er sich auch mal um die vielen unvollendeten Baustellen.



Geradezu erschüttert war ich, als ich den „Boulevard der Stars“ überquerte. Dem Zitat, gefunden bei *Wikipedia*, kann ich mich nur anschließen: „Der

„Boulevard der Stars“ ist ein Panoptikum der Schäblichkeit. Ein unansehnliches, ungepflegtes Stück Mittelstreifen, das man freiwillig nur betritt, um schnell auf die andere Straßenseite zu gelangen.“ Das Zitat stammt aus dem Jahr 2013, drei Jahre nach der feierlichen Einweihung. Seitdem hat sich offenbar nichts verändert. *Fotos: Stern für Marlene Dietrich (oben) und Hans Zimmer.*



Marlene Dietrich

würde sich im Grabe umdrehen, wenn sie ihren Stern inmitten von aufgerissenem Pflaster sähe, vergilbt, verrostet, ungepflegt. An Stelle von **Hans Zimmer**, würde ich die so-

fortige Entfernung des Schandflecks, auf dem mein Name steht, fordern. Und als Tourist würde ich nach dem Besuch des Potsdamer Platzes sofort meine Koffer packen und abreisen.

Ed Koch
auch Fotos

04) 500 Meter. Von Ed Koch



paperpress

seit 1976



Nr. 613-19

24. Mai 2023

48. Jahrgang

500 Meter

Es sind nur 500 Meter von Berlins berühmtester Straße, aber die entscheidenden. Kurz vor der Wiederholungswahl die Friedrichstraße erneut für den Autoverkehr gesperrt zu haben, war offenbar Wahlentscheidend. Die Grüne Spitzenkandidatin **Bettina Jarasch** hat sich durch diese unnötige Aktion ihrer Chancen beraubt, wenigstens als zweite durchs Ziel zu gehen. Zur Belohnung für ihr Scheitern erklärte sie sich selbst zur Oppositionsführerin und ließ sich zur Fraktionsvorsitzenden wählen, anstatt die Konsequenzen zu ziehen und zurückzutreten.

Wann begreifen die Grünen endlich, dass die Menschen genug von den ewigen Bevormundungen haben.

Die Friedrichstraße wird ab Juli wieder durchgängig für den Autoverkehr freigegeben. Diese Entscheidung der neuen Verkehrsministerin **Manja Schreiner** (CDU) wird von ihren Parteifreunden gefeiert. Der neue Fraktionsvorsitzende **Dirk Stettner** erklärt: „Mit dieser Entscheidung beendet Verkehrsministerin Dr. Manja Schreiner den dogmatischen Unsinn zu Lasten von Anwohnern, Gewerbetreibenden und Autofahrern. Jetzt muss es darum gehen, zuerst ein zukunftsfähiges Konzept über die Friedrichstraße hinaus zusammen mit Betroffenen zu erarbeiten und abzustimmen. So stellen wir uns die künftige Verkehrspolitik vor: pragmatisch statt dogmatisch.“

Und der verkehrspolitische Sprecher der CDU-Fraktion, **Johannes Kraft**, ergänzt: „Das sind gute Nachrichten für die Anlieger und Berlins Verkehrsteilnehmer, die erst durch den gescheiterten Modellversuch und dann durch die Teilentwurmung vor vollendete Tatsachen gestellt wurden. Dass diese Fehlentscheidung von der neuen Senatorin jetzt korrigiert wird, ist konsequent und begrüßenswert. Eine Neugestaltung zum Wohle aller funktioniert nur mit den Betroffenen, nicht gegen sie.“

Das sehen die Grünen natürlich ganz anders. Die frühere Fraktionsvorsitzende **Antje Kapek**, jetzt Sprecherin für Verkehrspolitik, sagt: „Dass es in der Friedrichstraße zu Beginn der Sommerzeit mit zahllosen Tourist*innen, die zum großen Teil zu Fuß unterwegs sind, wieder Lärm und Abgase geben soll, ist unverständlich. Das schadet vor allem den Gewerbetreibenden vor Ort, die kaum noch Platz für Tische und Bänke vor ihren Läden haben werden. Die Berliner Mitte rund um das Regierungsviertel hat eine besondere Bedeutung für die Hauptstadtfunktion

Berlins. Die dringend erforderliche Entwicklung eines Verkehrskonzeptes für die historische Mitte mit klaren Routen für Rad- und Fußverkehr, ÖPNV und KFZ-Verkehr, dass das Gebiet großräumig entlastet, ist nicht abhängig von der Rückkehr der Autos in die Friedrichstraße. Aus dem angekündigten Miteinander wird so ein ideologisch motiviertes gegeneinander Auspielen. Das ewige Hin und Her sorgt für neue Unruhe und schadet in erster Linie der Wirtschaft.“

Das sind schon eigenartige Äußerungen und eine Verwechslung von Ursache und Wirkung. Das „ewige Hin und Her“ haben die Grünen zu verantworten. Die Gewerbetreibenden vor Ort sind mit der erneuten Rolle rückwärts offenbar sehr zufrieden.

Ein ganz normaler Tag



Es macht keinen Spaß, in der Stadt unterwegs zu sein, auch nicht bei schönem Wetter. Dass jeden Tag so genannte Klimaaktivisten für Straßensperrungen sorgen, dass Busse und Bahnen fast zu jeder Tageszeit überfüllt sind, weil nicht genügend von ihnen eingesetzt werden können, sind nur zwei von vielen Ärgernissen. Fahrradfahrende, natürlich nicht alle, aber zu viele, haben kein Benehmen und erst recht keinen Anstand.

Gestern auf dem Tempelhofer Damm: Der überdimensionierte Fahrradweg ist offenbar immer noch nicht breit genug, so dass die Radfahrer*in meint, auf dem Bürgersteig fahren zu müssen. In der Mecklenburgischen Straße kam mir später ein Radfahrer auf dem Gehweg entgegen, während ein anderer gegenüber seelenruhig bei Rot über die Ampel fuhr. Das sind keine Einzelfälle, das ist die Regel.

Während Autofahrer viel Geld für den Erwerb ihrer Fahrerlaubnis ausgeben müssen, kann jeder, der in der Lage ist, das Gleichgewicht zu halten, auf einen Drahtesel steigen. Ohne Prüfung, ohne Steuernummer, ohne Kennzeichen.

Ed Koch

1

Impressum: paperpress – seit 1976 – paperpress ist ein Projekt des Paper Press Verein für gemeinnützige Pressearbeit in Berlin e.V.

paperpress finanziert sich zu 100 Prozent aus Spenden. Spendenkonto: IBAN DE10 1001 0010 0901 4221 01 Postbank Berlin

Vorstand Paper Press e.V.: Ed Koch – Matthias Kraft – Gründer und Herausgeber: Ed Koch (verantwortlich für den Inhalt)

Postanschrift: Paper Press – Postfach 42 40 03 – 12082 Berlin – E-Mail: paperpress@berlin.de – Sponsor: PIEREG Druckcenter www.piereg.de

paperpress erscheint kostenlos – Bestellungen über www.paperpress-newsletter.de – Textarchiv: www.paperpress.org

Aus Gründen der besseren Lesbarkeit verwenden wir bei Personenbezeichnungen und personenbezogenen Hauptwörtern die männliche Form. Entsprechende Begriffe gelten grundsätzlich für alle Geschlechter. Die verkürzte Sprachform beinhaltet keine Wertung.

05) Herzlichen Glückwunsch der SPD und anderen ... Von Ed Koch



paperpress

seit 1976



Nr. 613-18

23. Mai 2023

48. Jahrgang

Herzlichen Glückwunsch

Heute können wir uns, ausgenommen die Reichsbürger, von denen zum Glück immer mehr im Gefängnis sitzen, alle gemeinsam auf die Schulter klopfen. Zwar ist der 23. Mai bedauerlicherweise nicht unser Nationalfeiertag, dennoch sollten wir daran denken, dass heute vor 74 Jahren unser Grundgesetz in Kraft trat. Damit begann die bislang beste Epoche des Landes, deren Grenzen sich im Laufe seiner langen Geschichte immer wieder verändert haben. Durch widerrechtliche Eroberungen ebenso wie durch Verluste nach verlorenen Kriegen. Die jetzigen Grenzen, das mag einigen nicht gefallen, sind unverrückbar.

Nicht alles ist perfekt, aber unsere Demokratie ist stabil. So viel Freiheit wie jetzt, gab es noch nie. Die Zahl der Demokratiefinde ist bedauerlicherweise angestiegen. Was treibt diese Menschen an, die offenbar lieber in einer Diktatur leben wollen? Unbegreiflich.

Einen wesentlichen Anteil an unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung hat unbestritten die **Sozialdemokratische Partei Deutschlands**. Heute vor 160 Jahren wurde der *Allgemeine Deutsche Arbeitsverein*, der als Vorläufer gilt, in Leipzig gegründet.

Heute am Gründungstag findet das „das Herzstück der Feierlichkeiten“, die seit Sonntag laufen, statt, wie es **Kevin Kühnert** auszudrücken pflegt. Ab 11:00 Uhr halten die beiden Parteivorsitzenden **Saskia Esken** und **Lars Klingbeil** jeweils *eine programmatische Rede*. Beide werden „einen Blick durchs Schlüsselloch“ auf den Programmprozess innerhalb der SPD gewähren, kündigt **Kevin Kühnert** an. Bis zum Parteitag im Dezember will die Partei den Entwurf für ihr erstes transformationspolitische Grundsatzprogramm formulieren. Bei derselben Veranstaltung wird Bundeskanzler **Olaf Scholz** „eine Verortung der deutschen Sozialdemokratie im globalen Rahmen“ vornehmen, verspricht Kühnert. Alle Veranstaltungen können, nicht bei Phoenix, sondern im Livestream der SPD verfolgt werden.

Es fügt sich gut, dass zum Jubiläum die SPD den Bundeskanzler stellt. Die Umfragen sehen im Augenblick allerdings nicht so gut aus, zwischen 17 und 20 Prozent werden ihr zugerechnet, 25,7 waren es im September 2021. Die Geschichte der SPD ist spannend, eine Berg- und Talfahrt. Viele Möglichkeiten blieben ungenutzt. Dass es zur Gründung der Grünen kam, liegt auch daran, dass die SPD das Thema Umwelt nicht ernst genug genommen hat. Auch ist es ihr nicht gelungen, nach der Wiedervereinigung so links zu sein, dass es der Nachfolgepartei der SED nicht bedurft hätte. Könnte man alle linken Kräfte bündeln, läge sie bei deutlich über 40 Prozent.

In Berlin schauen die Genossinnen und Genossen gebannt auf den Freitag, an dem der erste Parteitag nach der desaströsen Wiederholungswahl stattfindet. Von der *„führenden Kraft“* ist sie mit knappen Vorsprung auf die Grünen zum

Zweitplatzierten geworden. Sie hat sich auf eine Koalition mit dem Wahlgewinner CDU eingelassen, obwohl die Möglichkeit bestand, stärkste Partei wenigstens im bisherigen Bündnis mit Grünen und Linken zu bleiben.

Vor allem die Jusos wetzen die Messer. Mit einem „*Visionen Prozess*“ wollen sie die Berliner Partei aufforsten. Die amtierenden Vorsitzenden **Franziska Giffey** und **Raed Saleh** sollen dabei keine Rolle mehr spielen. Doppelfunktionen in Senat, Fraktion und Partei soll es künftig nicht mehr geben. Der jetzige Geschäftsführende Landesvorstand müsste somit fast geschlossen abtreten. Die wesentliche Frage, nämlich wer es stattdessen machen soll, beantworten die Jusos nicht. Es sollen Mitgliederforen stattfinden, eine Art Casting. Berlin sucht den Super-Sozi. Viel Spaß.

Hans-Georg Lorenz, Urgestein, Vor- und Nachdenker der Berliner SPD, schreibt seinen Parteifreunden: „*Ein Rücktritt kommt erst in Frage, wenn sich die möglichen Nachfolger bekannt und dargelegt haben, was sie anders machen wollen. Ihre Pläne sind dann nicht allein danach zu bewerten, ob die neue Politik mehr Wählerstimmen verspricht, sondern ob sie sozialdemokratische Grundsätze verwirklicht. Wer etwas besser machen will, muss die Gründe benennen, die zur Niederlage geführt haben – und zwar nicht abstrakt, sondern möglichst konkret.*“

Prognose: Der Landesvorstand der SPD wird nach diesem Parteitag derselbe sein, wie vor diesem Parteitag.

An diesem 23. Mai gilt es, an noch jemand zu denken, der sein Leben lang unser Land kritisch begleitet hat. Heute vor 96 Jahren ist **Dieter Hildebrandt** (23.05.1927-20.11.2013) zur Welt gekommen. Seine Art, Kabarett zu machen, ist unerreicht. Mit **Urban Priol** und **Dieter Nuhr** gibt es zwar würdige Nachfolger, an Hildebrandt reichen aber auch sie nicht heran. Die „*heute-show*“ oder „*extra3*“ sind hervorragend gemachte Satiresendungen, aber eben kein Kabarett im klassischen Sinne. Eine der wenig verbliebenen Kabarett-Formate im Deutschen Fernsehen ist die „*Anstalt*“ mit **Max Uthoff** und **Claus von Wagner**. Gemeinsam mit ihren Gästen **Sarah Bosetti**, **Maike Kühl** und **Moritz Neumeier** widmen sie sich heute dem „*schnöden Mamm*“ und werfen unter anderem einen satirischen Blick auf die Themen Geldwäsche, Schwarzgeld und Steuerhinterziehung. 22:15-23:00 Uhr im ZDF.

Was war noch an einem 23. Mai? **Otto Lilienthal** erblickt das Licht der Welt (1848), **Henrik Ibsen** stirbt (1906), **Bonnie** und **Clyde** sterben durch 167 Polizeikugeln, 50 davon tödlich (1934), **Heinrich Himmler** begeht Selbstmord (1945), **Karl Carstens** wird zum Bundespräsidenten gewählt (1975), **Horst Köhler** wird zum Bundespräsidenten gewählt (2004), **Roger Moore** stirbt (2017).

Kommen Sie gut durch diesen Tag.

Ed Koch

1

Impressum: paperpress – seit 1976 – paperpress ist ein Projekt des Paper Press Verein für gemeinnützige Pressearbeit in Berlin e.V. paperpress finanziert sich zu 100 Prozent aus Spenden. Spendenkonto: IBAN DE10 1001 0010 0001 4221 01 Postbank Berlin

Vorstand Paper Press e.V.: Ed Koch – Mathias Kraft – Gründer und Herausgeber; Ed Koch (verantwortlich für den Inhalt)

Postanschrift: Paper Press – Postfach 42 40 93 – 12082 Berlin – E-Mail: paperpress@berlin.de – Sponsor: PIEREG Druckcenter www.piereg.de paperpress erscheint kostenlos – Bestellungen über www.paperpress-newsletter.de – Textarchiv: www.paperpress.org

Aus Gründen der besseren Lesbarkeit verwenden wir bei Personenbezeichnungen und personenbezogenen Hauptwörtern die männliche Form. Entsprechende Begriffe gelten grundsätzlich für alle Geschlechter. Die verkürzte Sprachform beinhaltet keine Wertung.

06) Ein Tag der Befreiung. Von Ed Koch



paperpress

seit 1976



Nr. 613-13

12. Mai 2023

48. Jahrgang

Ein Tag der Befreiung

In der langen Geschichte unserer Stadt ist Berlin immer wieder befreit worden. Gerade haben wir den 2. und 8. Mai als Tag der Befreiung vom Nationalsozialismus gefeiert. Der Roten Armee der damaligen Sowjetunion sei Dank. Nur vier Jahre später wurde das eingekesselte und nur durch eine Luftbrücke versorgte Berlin erneut befreit. Diesmal nicht durch, sondern von der Sowjetunion. Den Westalliierten sei Dank. Dann folgte noch die Befreiung von der Mauer, was die Deutschen selbst hinbekommen haben. Die Wiedervereinigung jedoch verdanken wir der Sowjetunion und den USA. So wechselhaft verläuft Geschichte.

Am 12. Mai 1949 endete die Luftbrücke. Der sowjetische Diktator Stalin hatte erkannt, dass seine Blockade West-Berlins nicht zum Erfolg führen würde. Der Westen bekräftigte seine Entschlossenheit, den freien Teil der Stadt niemals aufgeben zu wollen. Ob damit nur ehrenwerte Ziele verbunden waren, ist fraglich, aber letztlich egal.

Wie auch immer. West-Berlin konnte sich weitentwickeln in Frieden und Freiheit. Ohne den 12. Mai 1949 wäre der 8. November 1989 aber nicht denkbar gewesen. Zwar sind weder der 12. Mai noch der 8. November Feiertage, aber wichtige Daten in der Geschichte Berlins.

Traditionell wird am 12. Mai auf dem Platz der Luftbrücke unter der so genannten „Hungerharke“ denen gedacht, die die Luftbrücke möglich gemacht und die Stadt am Leben gehalten haben. Der Flughafen Tempelhof war der zentrale Ort, an dem im 90-Sekunden-Takt Versorgungsflugzeuge landeten und starteten.



Gail Halvorsen bei seinem letzten Besuch in Berlin 2019 mit dem damaligen Regierenden Bürgermeister Michael Müller.

Der bekannteste Luftbrückenpilot war **Gail Halvorsen**, der im Alter von 101 Jahren im Februar 2022 verstarb. Vor einem Jahr wurde von der damaligen Regierenden Bürgermeisterin **Franziska Giffey** angekündigt, Halvorsen mit einem Denkmal zu ehren. Seitdem hat man nie wieder etwas von den Plänen gehört.



Heute hielt der neue Regierende Bürgermeister **Kai Wegner** die Gedenkrede.



Schülerinnen und Schüler der ukrainischen Willkommensklasse der Gail-Halvorsen-Schule sorgten für den kulturellen Teil der Gedenkveranstaltung, die mit dem Abspielen der Nationalhymnen der USA, Großbritanniens, Frankreichs und Deutschlands endete.

Wegner erklärte: „Vor 74 Jahren endete mit der sowjetischen Blockade West-Berlins eine der schwersten Krisen nach dem Zweiten Weltkrieg. Mehr als zehn Monate wurde die Stadt durch die alliierte Luftbrücke am Leben gehalten. Das Ende der Blockade markiert



einen entscheidenden Wendepunkt in der Geschichte Berlins und den Sieg der Freiheit über Unterdrückung und Isolation. Die Versorgung der Stadt aus der Luft wurde zum Symbol des Zusammenhalts und der Solidarität unserer Verbündeten mit Berlin. Die Toten, die ihren Einsatz während der Luftbrücke mit dem Leben bezahlten, werden uns in bleibender Erinnerung bleiben."



Seinen ersten offiziellen Einsatz als Vertreter des Bezirks Tempelhof-Schöneberg absolvierte Vize-Bürgermeister **Matthias Steuckardt** in Vertretung des Bezirksbürgermeisters **Jörn Oltmann**, auf dem Foto mit der neuen Baustadträtin **Eva Majewski**.

Apropos Tempelhof-Schöneberg



Entgegen den Gepflogenheiten feiert der Bezirk Tempelhof-Schöneberg, in dem sich sowohl der Flughafen Tempelhof als auch das Rathaus Schöneberg befinden, nicht das Ende der Luftbrücke, sondern deren Anfang am 24. Juni 1948, also den 75sten Jahrestag. 16 Jahre und zwei Tage später hielt US-

Präsident **John F.-Kennedy** seine berühmte Rede vor dem Rathaus Schöneberg, also vor 60 Jahren. Bezirksbürgermeister **Jörn Oltmann** fügt beide Jubiläen zu einem Bürgerfest am 24. Juni von 17:00 bis 21:00 Uhr vor dem Rathaus Schöneberg auf dem John-F.-Kennedy-Platz zusammen. Titel der Veranstaltung „*Ich bin ein Berliner!*“

Mit Musik und den passenden Speisen und Getränken soll vor dem Rathaus eine Atmosphäre wie in den 1960er Jahre entstehen. Einer der Höhepunkte ist die Übertragung der originalen Kennedy-Rede auf einer Großbildleinwand.

Bezirksbürgermeister **Jörn Oltmann**: „2,2 Millionen Menschen wurden aus der Luft mit Lebensmitteln, Baustoffen und Kohle versorgt. Daran wollen wir erinnern. Im Jahr 1963, zum 15. Jubiläum der Luftbrücke, hielt John F. Kennedy seine legendäre Rede vor dem Rathaus Schöneberg. Mit den Worten ‚Ich bin ein Berliner‘ eroberte er die Herzen der Menschen im Sturm und sandte ein starkes Signal für die Freiheit aus Schöneberg in die Welt. John F. Kennedy steht wie kein Zweiter für Frieden und Freiheit. Mit dem 75. Jahrestag des Beginns der Luftbrücke und dem 60. Jahrestag der Kennedy-Rede feiern wir ein Doppeljubiläum, mit dem wir der historischen Dimension beider Ereignisse und ihrer Bedeutung für die Gegenwart gerecht werden wollen.“

Teil des Bürgerfests wird ein Festakt, bei dem hochrangige Redner unter anderem über die Bedeutung von Luftbrücke und Kennedy-Rede für das Leben im heutigen Berlin sprechen.

Die Veranstaltung wird mit Fördermitteln der Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe aus den Zuschüssen für besondere touristische Projekte unterstützt und ist eine Kooperation mit visitBerlin.

Den Auftakt der Gedenkveranstaltungen im Rathaus Schöneberg bildet eine Lesung des Journalisten **Manfred Suttinger** am 18. Juni 2023 aus seinem Buch „*Als ich Kennedy verpasste*“. Die Schirmherrschaft hat Bürgermeister **Jörn Oltmann** übernommen. Alle Tickets, für die vom Paper Press e.V. veranstaltete Lesung, sind bereits vergeben.

Ed Koch

Fotos: Lothar Duclos (1)
Ed Koch (3)

07) Müller erhöht den Druck. Von Ed Koch



Müller erhöht den Druck

In einem Interview mit der **Berliner Morgenpost**, das gestern veröffentlicht wurde, erhöht der frühere Landesvorsitzende der SPD und Regierende Bürgermeister **Michael Müller** den Druck auf die Parteispitze und den am 26. Mai anstehenden Parteitag.

Auf die Frage, was er vom Landesparteitag der SPD erwarte, sagte Müller: *„Eine Aussprache zu dem Wahlergebnis. Denn die hat ja noch gar nicht stattgefunden. Normalerweise findet ja eine solche Aussprache direkt nach einer Wahl auf einem Parteitag statt, um eine Bestandsaufnahme zu machen. Das muss jetzt nachgeholt werden. Es gibt viele, die sich äußern, sich positionieren wollen. Es muss darum gehen, eine inhaltliche Debatte in Gang zu setzen: Wie kann die Berliner SPD wieder andere Wahlergebnisse erreichen?“*

Zur von vielen Sozialdemokraten ungeliebten Koalition mit der CDU sagte Müller in den Interview mit der Morgenpost: *„...die Koalition hat sich aus den Verhandlungen ergeben. Offensichtlich waren die Gespräche mit den Grünen so schwierig, dass die Koalition mit der CDU für die Verhandlungsgruppe die beste Option war.“*



Michael Müller mit den Koalitionsbefürwortern Hans-Georg Lorenz bei dessen Empfang zum 80sten Geburtstag am 15. April, Ed Koch, und SPD-Partei- und Fraktionschef Raed Saleh. Foto: privat

Davon, dass die SPD es trotzdem schaffe, die Koalition über die volle Zeit zu bringen, ist Müller überzeugt. Er weist aber darauf hin, *„dass unsere Erfahrungen mit der CDU in den 1990er-Jahren in Berlin und danach auch auf Bundesebene so schwierig waren, dass das Misstrauen tief sitzt. Viele haben die Befürchtung, dass wir uns zwar in eine Regierung gerettet haben, aber in der Regierungsverantwortung mit der CDU immer schwächer und kleiner werden. Es kommt darauf an, dass die Handelnden jetzt das Gegenteil beweisen.“*

Zu der Frage, ob ein Erneuerungsprozess in einer Regierung möglich sei, erklärte Müller: *„Ein Erneue-*

rungsprozess – egal, ob in der Regierung oder in der Opposition – ist immer wieder mal nötig, aber immer auch schwierig. Denn damit sind inhaltliche und personelle Entscheidungen verbunden. Das muss eine Partei aber bewältigen können.“

Für Müller ist die erneut aufgekommene Debatte um die Trennung von Amt und Mandat *„so sicher wie das Ungeheuer von Loch Ness.“* Er habe mit beiden Varianten Erfahrungen gemacht. Es gäbe keinen Königsweg, so Müller. *„Wenn die Partei der Meinung ist, sie braucht ein breiteres Themenspektrum, auch jenseits derjenigen, die in Regierungsverantwortung im Senat sind, dann kann man oder muss man auch über die Trennung von Amt und Mandat reden.“*

Ob **Franziska Giffey** nach dem Wahlergebnis Konsequenzen hätte ziehen müssen, beantwortete der jetzige Außenpolitiker Müller diplomatisch: *„Das ist eine ganz persönliche Entscheidung. Das kann ihr niemand abnehmen, und da will ich mich auch nicht einmischen.“*

Wesentlich deutlicher wird Müller bei der Frage, ob er den Schritt vom Regierenden Bürgermeister zum Wirtschaftssenator gemacht hätte. *„Nein. Als Regierungschef will man ja auch als führende Kraft in einer Regierung sichtbar sein. Ich war sieben Jahre Regierender Bürgermeister. Nach so einer Zeit zu sagen, ich gehe wieder zurück und ordne mich den Vorgesetzten eines anderen Regierenden Bürgermeisters unter, das wäre mir persönlich sehr schwergefallen.“*

Die Landesdelegierten der SPD, immerhin die gewählten Vertreter ihrer Partei, sind bislang ausgebremst worden. Statt auf einem Parteitag den Koalitionsvertrag abstimmen zu lassen, so wie bei der CDU, hat es der Landesvorstand mehrheitlich vorgezogen, die Mitglieder entscheiden zu lassen. Diese stimmen stets konservativer ab als die Parteitagsdelegierten. Auf einem Landesparteitag hätte vermutlich der Koalitionsvertrag keine Mehrheit gefunden. 2012 wurde **Jan Stöß** bei der Kampfabstimmung gegen **Michael Müller** nur deshalb Landesvorsitzender, weil ein Parteitag die Entscheidung traf. Zwei Jahre später, als es um die Nachfolge von **Klaus Wowereit** als Regierender Bürgermeister ging, waren die Mitglieder gefragt und Müller holte allein deutlich mehr Stimmen als seine Konkurrent Stöß und Saleh zusammen.

Ob es zum gegenwärtigen Zeitpunkt sinnvoll ist, auf dem anstehenden Parteitag die Vorsitzenden zu demontieren, ist fraglich. Dass Dampf abgelassen werden muss, ist verständlich. Da hat sich seit dem 12.



Februar viel Frust aufgestaut. Wenn die Partei einen Neuanfang aus der Regierungsverantwortung heraus vornehmen will, muss sie allerdings jetzt damit beginnen. Je näher der schon für 2026 anstehende Wahlkampf rückt, desto mehr bleiben Veränderungen den Wählern im Gedächtnis.

Die Frage nach den Landesvorsitzenden ist essenziell, haben sie doch das Erstzugriffsrecht auf die Funktion des Spitzen- und damit Regierenden Bürgermeisterkandidaten bei der kommenden Wahl. Die nächste reguläre Wahl der Landesvorsitzenden steht für 2024 an. Spätestens dann muss Klarheit herrschen. Bis dahin müssen mögliche Gegenkandidaten von Giffey und Saleh endlich aus der Deckung kommen und ihre Bereitschaft erklären. Der Autor dieses Beitrages hält es für unwahrscheinlich, dass **Franziska Giffey** noch einmal Spitzenkandidatin wird, es sei denn, die Mitglieder dürfen wieder entscheiden. Und **Raed Saleh**? Er hat bislang immer wieder seinen Kopf aus der Schlinge gezogen. Alle, die 2017 den „Brandbrief“ gegen ihn unterschrieben haben, sind entweder heute nicht mehr in Amt und Würden oder befördert worden. Nach zwölf Jahren hat sich das System Saleh eigentlich verbraucht, aber wo beziehungsweise wer ist die Alternative?

Müller, der Außenpolitiker



Es war eine kluge Entscheidung von **Michael Müller**, sich in seiner neuen Rolle als Bundestagsabgeordneter ein Betätigungsfeld ausgesucht zu haben, das möglichst keine oder nur wenige Berührungspunkte zur Stadtpolitik in Berlin hat. Er vermeidet

dadurch den Vorwurf, sich in die Arbeit seiner Nachfolger einmischen zu wollen. Foto: Ed Koch

Müller ist jetzt in der SPD-Fraktion für die Asien-Politik zuständig. Und so behandelt der größere Teil des Interviews mit der Berliner Morgenpost dieses Thema.

Über den Konflikt zwischen China und Taiwan, der aktuell an Schärfe zunimmt, sagte Müller: „Das ist eine Region, in der die beiden Großmächte USA und China direkt aufeinandertreffen. Die Verteidigungslinien stehen 150 Kilometer auseinander. Insofern muss man die Gefahr einer Konfrontation dieser beiden Großmächte ernstnehmen, auch jenseits der

Insel Taiwan geht es um Einfluss, Handel, Ressourcen und Bündnispolitik im indopazifischen Raum. Das ist eine große politische – und hoffentlich nie militärische – Auseinandersetzung.“

Müller sieht in Macrons Forderungen, dass die Europäische Union eine China-Strategie unabhängig von den USA entwickeln solle, keinen Widerspruch. „Es ist unstrittig, dass wir in einem starken und festen Bündnis mit den USA agieren. Insbesondere im indopazifischen Raum, wo die USA eine dominante Macht ist. Auf der anderen Seite ist es genauso unstrittig, dass wir, auch durch den Konflikt Russland-Ukraine, mehr über europäische Außen- und Sicherheitspolitik sprechen. Und sie gelingt auch. Wir unterstützen gemeinsam die Ukraine in ihrem Kampf gegen Russland. Europäische Interessen und Außen- und Sicherheitspolitik zusammenzudenken muss auch in Bezug auf den Indopazifik eine Rolle spielen.“

Den Ukraine-Krieg und den Taiwan-Konflikt sieht Müller als „nicht ganz vergleichbar, da Taiwan, anders als die Ukraine, im Kontext unserer Ein-China-Politik kein eigenständiger, souveräner Staat ist.“

Das gesamte Interview können Sie nachlesen unter:

<https://www.morgenpost.de/berlin/article238324875/michael-mueller-interview-berlin-wahl-2023-cdu-spd-koalition.html>

Ed Koch

08) Kai Wegner: „Ein richtig guter Tag für Berlin!“ Von Ed Koch



Kai Wegner: „Ein richtig guter Tag für Berlin!“

Die Überschrift im **paperpress-Newsletter** am 5. November 2008 lautete: „Ein guter Tag für Tempelhof-Schöneberg“ und am 8. Dezember 2008: „Wenn Träume beginnen, wahr zu werden.“



Die erste Überschrift bezog sich auf den Startschuss für den EUREF-Campus im Rathaus Schöneberg, eine Informations-Veranstaltung, bei der die Promidichte nicht geringer war als am 5. Mai 2023 beim Richtfest für den Innenausbau des Gasometers. Das Foto zeigt EUREF-Erfinder **Reinhard Müller** mit dem damaligen Außenminister **Frank-Walter Steinmeier**. Angetan von Müllers Plänen, was auf dem 5,5 Hektar großen Areal um den Schöneberger Gasometer entstehen sollte, waren alle, die meisten aber eher getreu dem Goethe-Zitat: „Die Botschaft hör' ich wohl, allein mir fehlt der Glaube“. Foto: Ed Koch

Die erste Überschrift bezog sich auf den Startschuss für den EUREF-Campus im Rathaus Schöneberg, eine Informations-Veranstaltung, bei der die Promidichte nicht geringer war als am 5. Mai 2023 beim Richtfest für den Innenausbau des Gasometers. Das Foto zeigt EUREF-Erfinder **Reinhard Müller** mit dem damaligen Außenminister **Frank-Walter Steinmeier**. Angetan von Müllers Plänen, was auf dem 5,5 Hektar großen Areal um den Schöneberger Gasometer entstehen sollte, waren alle, die meisten aber eher getreu dem Goethe-Zitat: „Die Botschaft hör' ich wohl, allein mir fehlt der Glaube“. Foto: Ed Koch



Das Foto zeigt v.l.n.r.: Thomas Drill von HOCHTIEF, den damaligen Bezirksbürgermeister Ekkehard Band, Bezirksstadtrat Oliver Schworck und Reinhard Müller. Foto: Ed Koch

Aber schon nach dem Spatenstich für den ersten Bauabschnitt am 8. Dezember 2008 hat die Zahl der Skeptiker kontinuierlich abgenommen. Es folgten zahllose Grundsteinlegungen, Richtfeste und Einweihungen. Der EUREF-Campus wuchs und wuchs und wuchs auf aktuell 150 Unternehmen und rund 5.000

Beschäftigte. Und nun geht er seiner Vollendung entgegen. Im nächsten Jahr wird die **Deutsche Bahn** mit ihrem Projekt „Digitalen Schiene“ in den Innenausbau des Gasometers einziehen und die EUREF-Community auf 7.000 Menschen anwachsen lassen.

Aus dem „guten Tag für Tempelhof-Schöneberg“ ist 15 Jahre später ein „richtig guter Tag für Berlin“ geworden, wie es der Regierende Bürgermeister **Kai Wegner** beim Richtfest am 5. Mai formulierte. Der Senat war fast beschlussfähig, so viele seiner Mitglieder ließen sich den Festakt nicht entgehen. Und auch das Bezirksamt Tempelhof-Schöneberg mit Bürgermeister **Jörn Oltmann** war fast vollständig vertreten. Für Bezirksstadtrat **Oliver Schworck**, der schon 2008 beim ersten Spatenstich dabei war und seitdem das Projekt unterstützt, schließt sich nun der Kreis.

Was musste sich das EUREF-Team um **Reinhard Müller** in den letzten 15 Jahren alles anhören. Vertreter von Parteien, die über lange Zeit viel unternommen hatten, um das Vorankommen auf dem Campus, wenn auch nicht zu verhindern, so doch zumindest einzuschränken und zu verzögern, sonnten sich am Freitag im Glanze des Erfolgs. Und auch die Medien, die immer ein weit offenes Ohr für die kritischen Anwohner hatten, die eine Verschattung ihrer Häuser durch die Gebäude auf dem Campus befürchteten, feiern nun in großen Artikeln das EUREF-Projekt. Sogar in den 06:00-Uhr Nachrichten im **rbb** wurde am Freitag auf das Richtfest hingewiesen.



Auf dem Dach des Gasometers, Kai Wegner, Reinhard Müller, die neue Wirtschaftssenatorin Franziska Giffey, EUREF-Vorstandssprecherin Karin Teichmann und Bahn-Chef Dr. Richard Lutz. Foto: CH Lietzmann

Der Innenausbau des Gasometers ist das finale Bauvorhaben auf dem EUREF-Campus mit einem Investitionsvolumen von 200 Mio. Euro. Bereits seit 2009 wurde der grüne Stahlsockel des 1995 stillgelegten Gasometers als multifunktionaler Veranstaltungsort des EUREF-Campus, eines bundesweit einzigartigen



Reallabors der Energiewende und Modellquartiers für die klimaneutrale, ressourcenschonende und intelligente Stadt von morgen, betrieben. Dieser zentrale Konferenzbereich wird auch nach dem Ausbau wieder als Forum des Campus genutzt werden.

Über dem Konferenzbereich ist auf rund 28.000 Quadratmetern Fläche ein Bürogebäude entstanden, dessen Innenausbau in vollem Gange ist. Von hier aus wird ab 2024 die Deutsche Bahn die Zukunft der Mobilität mitgestalten. Der Gasometer wird damit vom Gas-Tank zum Think-Tank. Die historische Stahlstruktur von 1910 wird unter Einsatz von Sandstrahltechnik denkmalgerecht saniert und bleibt erhalten. Aus Respekt vor dem Industriedenkmal wird der gläserne Neubau dem einst auf- und abfahrenden Gasbehälter nachempfunden. Das historische Stahlgerüst dient dabei als Rahmen für den runden Neubau. Die größtenteils gläserne Fassade wird eine hohe Lichtdurchlässigkeit des Gebäudes sicherstellen. Im historischen Stahlmantel des Gasometers sowie in den oberen Etagen entsteht zudem eine multifunktionale Eventfläche mit Amphitheater und Sky Lounge, deren Dachterrasse einen einzigartigen Blick über Berlin bietet und auch für die Öffentlichkeit zugänglich sein wird.

Schon ab Januar 2024 wird die Deutsche Bahn Etage für Etage beziehen. Und für die offizielle Eröffnung am 1. Juni 2024 haben sich schon Bahnchef Lutz, der Regierende Bürgermeister Wegner und EUREF-Gründer Müller auf einen Gin-Tonic in der Sky-Lounge verabredet. Die Sky-Lounge wird öffentlich zugänglich sein und verspricht einen 360-Grad-Blick über Berlin.

Die Eventfläche, dort wo einst die legendäre „Jauch-Kuppel“ stand, die im EUREF-Campus Düsseldorf zu neuem Leben erweckt wird, bietet Platz für bis zu 1.600 Personen. Mit flexibel trennbaren Catering- und Veranstaltungsflächen lassen sich diese individuell nutzen.

In seiner ersten Richtfest-Rede sagte **Kai Wegner**: „Nur durch die enge Vernetzung von Wirtschaft, Industrie und Wissenschaft wird es gelingen, dem Klimawandel effektiv zu begegnen. Der EUREF-Campus zeigt anschaulich, wie diese Verzahnung erfolgreich sein kann – und beweist damit, dass die CO₂-Neutralität schon heute realisierbar ist.“ Bahnchef **Richard Lutz** sagte: „Der Euref-Campus ist ein Ort, der lebendig, inspirierend, kommunikativ und unverwechselbar ist. Hier wird Zukunft gemacht. Wir freuen uns, dass hier künftig etwa 2.000 Mitarbeitende der Deutschen Bahn an Zukunftsprojekten wie

der ‚Digitalen Schiene‘ arbeiten und die Digitalisierung des Streckennetzes vorantreiben werden. Als Standort passt der EUREF-Campus perfekt zu uns.“

Lutz wies in seiner Rede darauf hin, dass die Bahn von Anfang an auf dem Campus ist und schon heute 1.200 Beschäftigte in den Bereichen Mobility, Engineering und Consulting tätig sind.



Der Regierende Bürgermeister Kai Wegner mit seinen Vorgängern Klaus Wowereit und Michael Müller, in deren Amtszeiten sich der EUREF-Campus entwickelte. Foto: Ed Koch



Der Erfolg hat ja bekanntlich viele Väter. Heute haben natürlich alle gewusst, dass das EUREF-Projekt gelingen würde. Wer will sich schon gern an frühere Aussagen erinnern? Das EUREF-Team besteht aus rund 100 Menschen, die von der Planung bis zur Realisierung hart am Erfolg gearbeitet haben. Stellvertretend für diese stehen zwei Namen, die für immer mit dem

Campus verbunden sein werden und die sich mit dem Gasometer ein weithin sichtbares Denkmal geschaffen haben. Das ist zum einen natürlich der Gründer **Reinhard Müller**, aber auch der Chefarchitekt **Johannes Tücks**. Tücks hat mit seinem Team ein beispielhaftes Gebäudeensemble geschaffen. Ohne pathetisch werden zu wollen, ist der Gasometer-Ausbau die bisherige Krönung des Schaffens von Müller und Tücks. Sie schreiben damit ein Stück Berliner Stadtgeschichte. Und in Düsseldorf geht's weiter. Foto: CH Lietzmann

Ed Koch

Quelle: EUREF AG

**09) Berlin: Messerattentat in Schule durch „psychisch kranken Erwachsenen“
+UPDATE+ Kommt „Berhan S.“ aus „strenggläubiger Familie“?**

04. 05. 2023



+++ UPDATE v. 22:42 Uhr +++

Mittlerweile haben auch andere [Medien](#) unsere Recherchen bestätigt. Auf [BILD](#) wurde ein Foto des mutmaßlichen Täters gepostet (Quelle: Facebook).

++ +UPDATE v. 17:08 Uhr +++

Kommt der „deutscher“ Täter aus „strenggläubiger Familie“?

Inzwischen wissen wir, um wen es sich bei den Messerstecher handelt. Der „38-Jährige“ ist „Deutscher“ mit türkischem Migrationshintergrund und kein unbeschriebenes Blatt. Der wegen verschiedenen Delikten Vorbestrafte ist (natürlich) psychisch krank und landet deshalb (natürlich) nicht im Gefängnis, sondern in der Psychiatrie.

Wie von unserer Redaktion schon vermutet wäre es für den Mainstream (natürlich) unangenehm eingestehen zu müssen, dass der gute Mann am Ende etwa „religiös“ ist. (siehe unsere Befürchtung im Update weiter unten).

Bleiben wir bei den Mainstreammedien und „arbeiten“ uns von heute bis in die Vergangenheit durch. Beginnen wir mit dem [Tagesspiegel von heute](#):

Die Schlagzeile von heute:

„Messerangriff auf Schülerinnen in Berlin-Neukölln: Täter soll in Psychiatrie – wohl wegen Drogenkonsums krank“

und weiter:

„Die Staatsanwaltschaft Berlin sieht beim Täter Berhan S. Anhaltspunkte für eine psychische Erkrankung infolge von Drogenkonsum ...“

Und jetzt werfen wir einen Blick in den [Tagesspiegel vor 14 Jahren](#):

„01.09.2009

*Nach der Messerattacke auf eine 24-Jährige am Sonnabend in Kreuzberg erhebt die Mutter des Opfers schwere Vorwürfe gegen deren Lebensgefährten. Er soll es gewesen sein, der ihre Tochter niedergestochen und geschlagen hat. Er tyrannisiere sie seit Jahren. Aus Angst vor der **streng gläubigen türkischen Familie** ihres Lebensgefährten habe ihre Tochter sich bislang nicht getraut, sich von dem Mann zu trennen. Wie in einer Teilaufgabe berichtet, haben die Ermittler Zweifel an dem, was sich angeblich am Samstagabend in der Wohnung am Mehringplatz abgespielt haben soll. Das Opfer, Sonja S. – eine Deutsche, deren Mutter Türkin ist – sagte aus, es habe an der Tür geklingelt. Als sie öffnete, habe ein schwarz maskierter Mann sie wortlos niedergestochen. Ihr Lebensgefährte, **Berhan S.** sei in der Wohnung gewesen und habe die Polizei gerufen. Sonja S. kam in eine Klinik.*

*„Seit Jahren wird meine Tochter von ihrem Freund verprügelt“, sagte die Mutter, Gürsel S., dem Tagesspiegel. Das Paar habe eine gemeinsame Tochter (1). „Das Kind ist jetzt bei seiner Familie“, sagte sie. Ihre Tochter habe **Berhan S.** als 17-Jährige kennengelernt. Schon vor fünf Jahren habe der Mann Sonja S. während ihres Praktikums in einem Kosmetiksalon ‚grün und blau geschlagen‘, schildert sie. **„Doch er und seine streng gläubige Familie haben ihr immer wieder gedroht, sie und mich umzubringen, wenn sie bei der Polizei aussagt“**, behauptet die Mutter. Nach Tagesspiegel-Informationen ist Berhan S. polizeibekannt: Elf Anzeigen wegen Bedrohung, mehrerer Nötigungen, Körperverletzungen und Beleidigungen stehen in seiner Akte ...“ (Hervorhebungen durch Red.)*

War es derselbe Berhan S.?

Die Polizei und auch die Behörden wissen das natürlich, verrät es uns jedoch nicht. Deshalb sehen wir uns an, was die [BZ am 30.08.2008](#) dazu schreibt:

„ ... Die Ermittler gehen von einem Beziehungsdrama aus. Aber wer ist der Täter? Ein ehemaliger Liebhaber oder sogar der Freund, der während der Tat in der Wohnung war?

*Opfer Sonja S. lebt mit ihrem türkischen Freund **Berhan (24)** und der gemeinsamen Tochter (1) am Mehringplatz. Sie hat der Polizei die Version mit dem Maskenmann erzählt. Doch die Familie der jungen Frau hat einen schlimmen Verdacht, hält den Freund für den Täter.*

„Das kann nur er gewesen sein“, sagt ihre Mutter Gürsel S. (43). „Er schlägt sie seit acht Jahren, schließt sie zu Hause ein und hat ihr sogar verboten, eine Ausbildung zu machen.“ Über zwanzig Anzeigen habe Gürsel S. wegen seiner Gewalttätigkeit gegen Berhan S. erstattet.“

Damals war Berhan demnach 24 Jahre alt. Das kommt gut hin, wenn der „Deutsche“ jetzt 38 Jahre alt ist.

Und täglich grüßt der Einzelfall

Im Zuge des Herunterspielens diese „isch mach dich Messer“ spricht man natürlich sofort wieder von einem „Einzelfall“. Lesen wir wieder in der *Tagesspiegel* – Ausgabe von heute:

„Der Messerangriff war aus Sicht des Senats ein „absoluter Einzelfall und eine Tragödie“. Den Angriff hätte man nach aktuellem Wissensstand nicht verhindern können, sagte eine Sprecherin der Senatsbildungsverwaltung am Donnerstag. Der Schutz vor Angriffen, so gut man ihn überhaupt gewährleisten könne, sei an Berliner Schulen sehr gut vorhanden. Der Fall vom Mittwoch sei aber nach derzeitigem Stand nicht zu verhindern gewesen. Das Personal an Berliner Schulen sei für Notfälle dieser Art geschult. „Ein Restrisiko wird man niemals ausschließen können“, so die Sprecherin. ...

Doch, liebe Frau Sprecherin, das wäre zu verhindern gewesen, wenn man religiös angehauchte polizeibekannte Messerstecher aus dem Verkehr zieht oder besser noch, solche Figuren umgehend repatriiert und nicht die Staatsbürgerschaft nachschmeißt!

+++ UPDATE v. 15:36 Uhr +++

Heiteres Herkunftstraten: Wer ist „Berhan S.“ ?

Die Vernebelungstaktik des politisch korrekten Neu-prechs zu wird immer grotesker:

Bei dem Täter soll es sich um einen gewissen, für einen autochthonen Deutschen mit 38 Jahren, doch eher unüblichen Vornamen (1 [von](#) 100.000) handeln: Berhan S.

Der Zusatz der Staatsanwaltschaft: „ein Deutscher, der in Berlin geboren ist und lebt“ schließt zumindest nicht aus, dass er Migrationshintergrund haben könnte.

Nach Informationen des „[Tagesspiegel](#)“ soll er in der Vergangenheit bereits wegen anderer Delikte aufgefallen, darunter Beleidigung, Diebstahl und Leistungerschleichung (mit anderen Worten: Sozialdienstleistungsbetrug), weiters: (gefährliche) Körperverletzung, Leistungerschleichung, Betäubungsmitteldelikten und Sachbeschädigung.

Weil Recherchieren noch nicht verboten ist:

„Der Name kommt aus dem osmanischen Reich.“ ([firstname](#))

Hier die Beschwichtigungs-Reaktionen des politisch korrekten Berlins:

Nach dem Messerangriff auf zwei Kinder (7 und 8 Jahre alt) in der Evang. Schule Berlin-Neukölln, bei der ein Mädchen lebensgefährlich verletzt wurde, gibt es laut Bildungssenatorin Günther-Wünsch derzeit keine Anhaltspunkte für ein religiöses oder politisches Tatmotiv.

https://twitter.com/glr_berlin/status/1653798947452858371?ref_src=twsrc%5Etfw%7Ctwcamp%5Etweetembed%7Ctwterm%5E1653798947452858371%7Ctwgr%5E8f1614268c79ed2a591d7ae8db6170fd6ac4e4d2%7Ctwcon%5Es1_&ref_url=https%3A%2F%2Ffunser-mittleuropa.com%2Fberlin-zwei-maedchen-in-evangelischer-schule-von-erwachsenem-niedergestochen%2F

+++ UPDATE v. 04.05.2023 – 11:08 Uhr +++

„38-Jähriger“

Die Angaben zur Nationalität oder Staatsbürgerschaft des Täters werden weiterhin vernebelt:

Es soll sich um einen „38-Jährigen“ handeln, der gegen 15 Uhr über den Zaun der Schule geklettert ist, um die Mädchen im Garten zu attackieren.

Wie zu erwarten gewesen, gehen die Behörden von keiner religiös motivierten Tat aus. ([Bild](#), [BZ](#))

Wer ist der Täter?

Nachdem bis dato nichts über die Herkunft des Täters zu erfahren war ist Folgendes klar:

- Wäre er ein eingewanderter „Schutzsuchender“, würde man nicht sich bis jetzt nicht in Schweigen hüllen (können) – denn das würde die Frage aufwerfen, warum man das tut. Zu offensichtlich wäre das „Schweigen“.
- Wäre er ein „lupenreiner“ Deutscher, hätte man das natürlich sofort mit großer Begeisterung hinausposaunt. Das wäre wohl zu „schön“ für die pathologischen Selbsthasser auf das eigene Volk gewesen, um es zu verschweigen.
- Die Schlussfolgerung: Vermutlich ein „Deutscher“ mit Migrationshintergrund.

Die „Gefahr“ für den **Mainstream**: Falls dieser womöglich „religiös“ war, würde man das dann – Staatsbürgerschaft hin, Herkunft her“ wohl entsprechend zuordnen (müssen). Will man das verhindern? Vermutlich ja! Warten wir ab.

+++ ERST-Artikel 03.05.2023 +++

Zwei Mädchen in evangelischer Schule von „psychisch krankem Erwachsenen“ niedergestochen



Zu einer erneuten schrecklichen Messerattacke ist es heute Nachmittag in Berlin in der [evangelischen Schule](#) in der Mainzer Straße in Berlin-Neukölln gekommen:

Zwei Mädchen im Alter von sieben und acht Jahren wurden brutal niedergestochen. Eines von ihnen schwebt in Lebensgefahr, das andere ist schwer verletzt. Sie wurden per Helikopter ins Krankenhaus geflogen.

Seite E 170 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 836 vom 01.06.2023

Zahlreiche Kinder mussten die Tat mitansehen und sind traumatisiert. Bei dem festgenommenen Täter soll es sich nach bisherigen ominösen Angaben um einen „psychisch kranken Erwachsenen“ handeln. Er soll am Tatort auf das Eintreffen der Polizei gewartet haben. Ein religiöses oder politisches Motiv kann laut Bildungssenatorin „vermutlich“ ausgeschlossen werden.

Der Hintereingang der Schule wurde bis 17 Uhr von der Polizei abgesperrt. Verzweifelte Eltern standen vor dem Haupteingang und warten auf ihre Kinder. ([bz](#))

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

10) Himmelfahrtskommando in der Senatsbildung. Von Ed Koch



paperpress

seit 1976



Nr. 613-03

2. Mai 2023

48. Jahrgang

Himmelfahrtskommando



Bild: SenBfF

Als jemand, der seit 1968 ununterbrochen mit der Senatsverwaltung für „Familie und dem ganzen Gedöns“, wie es **Gerhard Schröder** einst auszudrücken pflegte, zu tun hatte und hat, bin ich voller Anerkennung über den Mut, sich freiwillig an die Spitze dieser Verwaltung zu stellen. Es ist auch mutig von der CDU, dieses Ressort gewählt zu haben.

Der neuen Senatorin **Katharina Günther-Wünsch** ist es gelungen, einen dritten Staatssekretärsposten zu installieren. **Torsten Kühne** ist ab heute zuständig für den Schulbau und die Schuldigitalisierung. **Christina Henke** trägt die Verantwortung für den Bereich Bildung, also die inhaltlichen Schulangelegenheiten, und **Falko Liecke** kümmert sich um die Jugend und die Familien in der Stadt. Liecke war von 2011 bis 2021 Jugendstadtrat in Neukölln, zuletzt zuständig für Senioren. Seit 2015 ist er CDU-Chef in Neukölln und seit 2019 Vize-Vorsitzender des Berliner Landesverbands seiner Partei.

Es gibt kaum eine Senatsverwaltung, die nach einer Wahl so oft ihr Briefpapier, die Stempel und das Eingangsschild neu anfertigen lassen musste. Das Ressort war immer wieder Manövriermasse in den Koalitionsverhandlungen. Ein wenig so wie beim Zusammenstellen zweier Fußballteams aus einer Klasse im Sportunterricht, wo der unsportlichste, den kein Team wollte, immer bis zuletzt übrigblieb. Ich weiß, wovon ich schreibe.

Werfen wir einen Blick zurück in die Geschichte und die unterschiedlichen Bezeichnungen der Verwaltung:

Joachim Tiburtius CDU

1. Februar 1951 bis 11. März 1963

Bezeichnung: Volksbildung

Carl-Heinz Evers SPD

11. März 1963 bis 4. März 1970

Gerd Löffler SPD

12. März 1970 bis 25. April 1975

Walter Rasch FDP

25. April 1975 bis 11. Juni 1981

Bezeichnung während dieser Zeit: Schulwesen

Hanna-Renate Laurien CDU

11. Juni 1981 bis 16. März 1989

Bezeichnung: Schulwesen, Jugend und Sport; ab 18. April 1985: Schulwesen, Berufsausbildung und Sport

Sybille Volkholz parteilos für die Grünen

16. März 1989 bis 19. November 1990

Bezeichnung: Schule, Berufsbildung und Sport

Jürgen Klemann CDU

24. Januar 1991 bis 25. Januar 1996

Ingrid Stahmer SPD

25. Januar 1996 bis 9. Dezember 1999

Bezeichnung bei beiden: Schule, Jugend und Sport

Klaus Böger SPD

9. Dezember 1999 bis 23. November 2006

Bezeichnung: Schule, Jugend und Sport; ab 17. Januar 2002: Bildung, Jugend und Sport

Jürgen Zöllner SPD

23. November 2006 bis 30. November 2011

Bezeichnung: Bildung, Wissenschaft und Forschung

Anmerkung: Obwohl nicht namentlich erwähnt, gehörte auch der Bereich Jugend zu Zöllners Ressort, was er allerdings erst bemerkte, als er zum Senator ernannt worden war.

Sandra Scheeres SPD

30. November 2011 bis 21. Dezember 2021

Bezeichnung: Bildung, Jugend und Wissenschaft;

ab 8. Dezember 2016: Bildung, Jugend und Familie

Astrid-Sabine Busse SPD

21. Dezember 2021 bis 27. April 2023

Bezeichnung: Bildung, Jugend und Familie

Nicht vergessen werden darf, dass der Bereich Jugend und Familie lange Zeit ein eigenständiges Leben führte und auch der Sport noch dazu gehörte, bis man ihn, analog zur Bundesebene, der Innenverwaltung zuschlug, obwohl die meisten Sportanlagen von den Schul- und Jugendverwaltungen in den Bezirken betreut wurden.

Hier also die Liste der Senatsmitglieder für Jugend, Familie und Sport.

Ella Kay SPD

22. Januar 1955 bis 6. Dezember 1962

Bezeichnung: Jugend und Sport



Kurt Neubauer SPD

11. März 1963 bis 6. April 1967

Bezeichnung: Familie, Jugend und Sport

Horst Korber SPD

19. Oktober 1967 bis 20. April 1971

Ilse Reichel-Koß SPD

20. April 1971 bis 23. Januar 1981

Anke Brunn SPD

23. Januar 1981 bis 11. Juni 1981

Bezeichnung bei den drei Genannten: Familie, Jugend und Sport

Cornelia Schmalz-Jacobsen FDP

18. April 1985 bis 16. März 1989

Bezeichnung: Jugend und Familie

Anne Klein partellos für die Grünen

16. März 1989 bis 19. November 1990

Bezeichnung: Frauen, Jugend und Familie

Thomas Krüger SPD

24. Januar 1991 bis 9. November 1994

Bezeichnung: Jugend und Familie

Quelle: Wikipedia

Man kann ohne Übertreibung sagen, dass diese Ressorts über weite Strecken SPD-dominiert waren. In der Senatsjugendverwaltung Am Karlsbad sollen Gerüchten zufolge sogar die Pförtner ein SPD-Partei-buch gehabt haben.

In den vielen Jahren ist immer wieder am Schulsystem herumgedokterte worden. Nicht alle Reformen waren wirklich nachhaltig und haben den Schülerinnen und Schülern etwas gebracht. Die meisten Gesamtschulen, die durch ihre Architektur schon begeistern sollten und ein Herzensanliegen der SPD waren, sind inzwischen wieder abgerissen worden, weniger durch Erfolglosigkeit als wegen des eingebautes Asbests.

Statt Differenzierungen gab es im Schulsystem gern Einheitsbrei. Die Gymnasien wurden als Eliteschulen verpönt. War aber tatsächlich ein Abitur eines Gymnasiums gleichwertig mit dem auf einer Gesamtschule erlangten? Zweifel sind angebracht.

2010 wurde die „Integrierte Sekundarschule“ geboren, die die früheren Haupt-, Real- und Gesamtschulen ersetzen sollte. Nochmal Einheitsbrei. „Die Sekundarschule bietet ihren Schülerinnen und Schülern alle Abschlüsse: Nach zehn Schuljahren die Berufsbildungsreife (BB, früher Hauptschulabschluss), die erweiterte Berufsbildungsreife (eBB, früher erweiterter Hauptschulabschluss), den Mittleren Schulab-

schluss (MSA, früher Realschulabschluss) und an Sekundarschulen mit gymnasialer Oberstufe das Abitur nach 13 Jahren. Sie ist damit in den Bildungsstandards und den Schulabschlüssen gleichwertig mit dem Gymnasium.“ Tatsächlich?

Wenn ich zu meiner Zeit beim Bewerbungsgespräch erzählt hätte, ich habe MSA, wäre ich vermutlich zum Amtsarzt geschickt worden. **Kai Wegner** hat in seiner viel beachteten Rede auf dem Parteitag am 24. April 2023 ganz klar angekündigt, dass die CDU die freien Schulen fördern und die Gymnasien stärken wolle. Mal wieder Zeitenwende?

Die größte Herausforderung für die Bereiche Schule und Jugend war zweifelsohne die Übernahme der Einrichtungen aus der ehemaligen Hauptstadt der DDR, Ost-Berlin.

Jürgen Kleemann hatte erst einmal nach der Wiedervereinigung damit zu tun, die Symbole der DDR aus den Schulgebäuden zu entfernen, und **Thomas Krüger** hatte plötzlich eine Vielzahl von zusätzlichen Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtungen, darunter FDP-Clubs, zu versorgen. Viele wurden geschlossen mit Folgen, die heute noch zu spüren sind. Vor allem Ost-Bezirke entledigten sich der Einrichtungen durch die Abgabe an freie Träger, die dann sehen mussten, wie sie zurechtkamen.

So wie sich heute andauernd irgendwelche Politiker für viele unsinnige Corona-Maßnahmen entschuldigen, müssten sie auch für viele Fehlentscheidungen im Jugendbereich Verantwortung übernehmen. Jugendliche in ihrer Freizeit ohne vernünftige Angebote allein zu lassen, hat sich noch nie gerechnet.

So, nun haben wir seit Jahrzehnten sozialdemokratischer Schul- und Jugendpolitik, mal wieder eine CDU-geführte Verwaltung. Besonders gespannt bin ich auf die Arbeit von **Falko Liecke**, den man sehr häufig als Hardliner wahrgenommen hat. Das Jugendressort als Sparsbüchse anzusehen, wie es oft der Fall war, funktioniert nicht mehr. Es muss investiert werden. Hoffen wir überdies, dass sich die Einrichtung eines dritten Staatssekretärs amortisiert und der Schulbau und die Schuldigitalisierung vorankommen. Wünschen wir also dem neuen Team viel Erfolg, damit seine Aufgabe nicht zum Himmelfahrtskommando wird und der Spruch widerlegt werden kann, dass mit dem Ressort kein Blumentopf zu gewinnen ist.

Ed Koch

11) (Parlaments)Abstimmungen mit offenem Visier. Von Ed Koch



paperpress

seit 1976



Nr. 613-02

2. Mai 2023

48. Jahrgang

Abstimmen mit offenem Visier

Es ist keine neue Erkenntnis, aber immer wieder erschreckend, wenn einem deutlich vor Augen gehalten wird, dass im Parlament Lügner sitzen. Von den Bürgern gewählte Abgeordnete, Volksvertreter also, die lügen, dass sich die Balken biegen. Neuester Beweis ist die Wahl des Regierenden Bürgermeisters **Kai Wegner** am 27. April 2023.

Beweisen lässt sich der Vorwurf ganz einfach. Von den 86 Abgeordneten der neuen CDU-SPD-Koalition haben Wegner im ersten Wahlgang nur 71 und im zweiten 79 gewählt. Es fehlten also einmal 15 und einmal sieben Stimmen. Fast alle haben aber in den Fraktionsitzungen, in denen versucht wurde, alle auf Linie zu bringen, den Anschein erweckt, als haben sie Wegner gewählt, was rechnerisch nicht möglich sein kann. Angeblich soll es zwei Abgeordnete in der SPD-Fraktion gegeben haben, die sich zu ihrer Nein-Stimme bekannten, dann aber einsichtig waren. Spekulationen darüber, ob im dritten Wahlgang alle 86 Ja-Stimmen tatsächlich aus der Koalition kamen, oder doch Stimmen der AfD darunter waren, führen zu nichts. Es ist vielleicht Glück, dass Wegner nicht 87 Ja-Stimmen erhielt.



Der aus zahlreichen Phoenix-Diskussionsrunden bekannte Politologe **Frank Decker** hat am 28. April, also einen Tag nach Wegners Wahl, einen Gastbeitrag im Tagesspiegel veröffentlicht, in dem er fordert: **„Schluss mit der Geheimwahl von Regierungen!“** Die Berliner Blamage, so Decker, zeige erneut, dass über die Wahl der Regierungschefs in den Parlamenten of-

fen abgestimmt werden sollte. Foto: promo

Decker erinnert an die vielen Vorgänge, wo den Regierungschefs Stimmen aus den eigenen Reihen fehlten. Auch **Klaus Wowereit** wurde bei seiner Wiederwahl 2006 nicht gleich im ersten Wahlgang gewählt, es fehlte eine Stimme. Legendär auch die Abstimmungen im Landtag von Schleswig-Holstein, wo **Heide Simon**s auch im vierten Wahlgang nicht die erforderliche Mehrheit bekam. Alle behaupteten, sie gewählt zu haben, aber eine Stimme fehlte, also hat einer gelogen. **Angela Merkel** fehlten bei ihrer ersten Wahl zur Bundeskanzlerin 2005 sogar 49 Stimmen aus den eigenen Reihen. „Auch **Reiner Hase-**

loff brauchte für seine Wahl zum Ministerpräsidenten in Sachsen-Anhalt 2021 (wie zuvor schon 2016) trotz komfortabler Mehrheit einen zweiten Wahlgang – genauso wie **Georg Milbrath** in Sachsen 2004. **Christine Lieberknecht** wurde in Thüringen 2009 sogar erst im dritten Wahlgang gewählt.“, listet Decker die Wahlpannen auf.

Frank Decker findet es merkwürdig, dass in der Bundesrepublik kaum jemand Anstoß daran nimmt, dass die Wahlen der Regierungschefs mit „verdeckten Stimmzetteln“, also geheim stattfinden. **„Die geheime Wahl lässt sich nämlich mit demokratischen Grundsätzen nur schwer vereinbaren. Indem sie es den Wählerinnen und Wähler unmöglich macht nachzuvollziehen, wie die Abgeordneten das von ihnen erteilte Mandat ausüben, enthebt sie diese von der Pflicht, sich gegenüber der Wählerschaft für ihr Tun und Lassen zu verantworten. Verantwortlichkeit ist aber das Grundprinzip der parlamentarisch-demokratischen Regierungsform.“** „Die geheime Stimmabgabe hat die rechtspopulistische AfD eingeladen, in Berlin dasselbe Spielchen zu spielen wie drei Jahre zuvor in Thüringen.“, so Decker in seinem Gastbeitrag im Tagesspiegel.

Die geheime Stimmabgabe, argumentiert Decker, die eigentlich eine Vertrauensabstimmung sein sollte, gerät somit „fast automatisch zu einer Misstrauensabstimmung.“ „Wohlfel!“ nennt es Decker, dass sich CDU und SPD über die AfD empören, „waren es doch ihre eigenen Abgeordneten, die der AfD dieses Spiel durch die fehlenden Stimmen im ersten und zweiten Wahlgang erst ermöglicht haben.“

Wenn es zur Wahl des Regierungschefs im Parlament kommt, sind alle Messen gesungen. Wochenlange Koalitionsverhandlungen gingen der Wahl voraus. Die Koalitionsverträge werden von den Parteigremien oder durch Mitgliederentscheide genehmigt. Wer nach diesem Vorlauf im Parlament immer noch meint, sein eigenes Süppchen kochen zu müssen, ist definitiv für ein politisches Amt nicht qualifiziert. Es steht jedem Abgeordneten frei, sein Mandat zurückzugeben, wenn er mit dem Koalitionsvertrag nicht einverstanden ist. Mit einer Nein-Stimme oder Enthaltung schädigt der Abgeordnete seine Partei, den Kandidaten, das Ansehen des Parlaments und das Land.

Decker fordert die Abschaffung der Geheimwahl, „die es in dieser Form fast nur in Deutschland gibt. In Berlin bräuhete man dazu noch nicht einmal die Verfassung zu ändern – eine Anpassung der Geschäftsordnung reichte aus.“

1



„Wenn Befürworter der Geheimwahl diese mit dem Schutz des freien Mandates begründen, übersehen sie, dass die Demokratie hierzulande nicht nur auf der freien Zustimmung der Abgeordneten beruht, sondern auch darauf, dass diese Abgeordneten als Vertreter einer Partei gewählt werden.“, schreibt Decker.

Der Autor dieses Beitrages wüsste gern, wie der von ihm gewählte Abgeordnete über Personen und Gesetze abstimmt. Das ist nicht seine Privatangelegenheit. Nach vier oder fünf Jahren kann man dann seine Bilanz ziehen und dem Abgeordneten erneut seine Stimme geben, oder auch nicht. Bei der Wahl von Regierungschefs sollte es ohnehin namentliche Abstimmungen geben, das heißt, man kann später im Protokoll nachlesen, wer wie abgestimmt hat.

Der Artikel 38 des Grundgesetzes erhöht den Abgeordneten auf eine Stufe, auf die er nicht gehört. Abgeordnete sind nach dem GG „Vertreter des ganzen Volkes“, richtig. Sie sind „an Aufträge und Weisungen nicht gebunden und nur ihrem Gewissen unterworfen.“ Das zumindest ist sehr problematisch. Wie soll Demokratie funktionieren, wenn sich eine Partei mehrheitlich auf ein Abstimmungsverhalten verständigt hat, die unterlegenen Abgeordneten aber dennoch dagegen stimmen? Und was heißt hier Gewissen? Was für ein Gewissen haben die Lügner im Parlament? Und welche Verantwortung hat der Abgeordnete gegenüber seinen Wählern?

Frank Decker hat vollkommen recht. Die geheime Wahl von Regierungschefs muss abgeschafft werden, allein schon deshalb, um es der AfD nicht zu ermöglichen, sich als Mehrheitsbeschaffer zu profilieren.

Zur Person

Professor **Frank Decker** lehrt Politikwissenschaft an der Universität Bonn. Er ist Mitglied im wissenschaftlichen Beirat des Progressiven Zentrums in Berlin. Seine derzeitigen Forschungsschwerpunkte sind westliche Regierungssysteme, Parteien, Populismus, Föderalismus und die Demokratiereform. Decker ist langjähriges Mitglied der SPD und Mitglied der Grundwertekommission der Partei. Soeben ist sein neues Buch „**Die deutsche Demokratie**“ bei der Bundeszentrale für politische Bildung erschienen und dort für 4,50 Euro zu beziehen. Quellen: Tagesspiegel Wikipedia
<https://www.bpb.de/shop/buecher/zeitbilder/514401/die-deutsche-demokratie/>

paperpress verlost vier Exemplare.

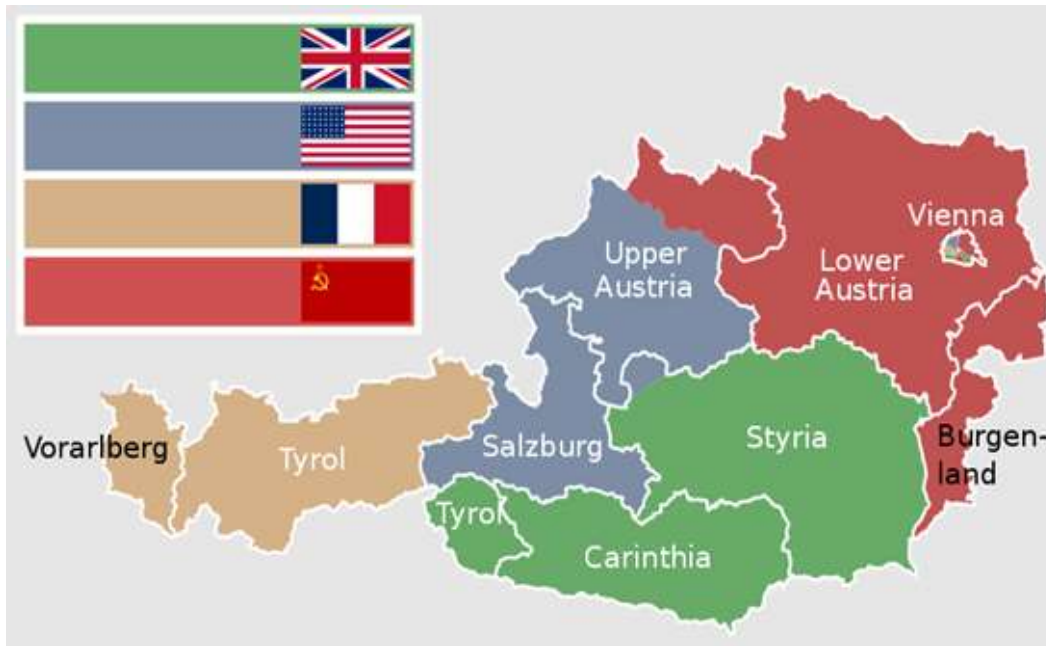
Ed Koch

2

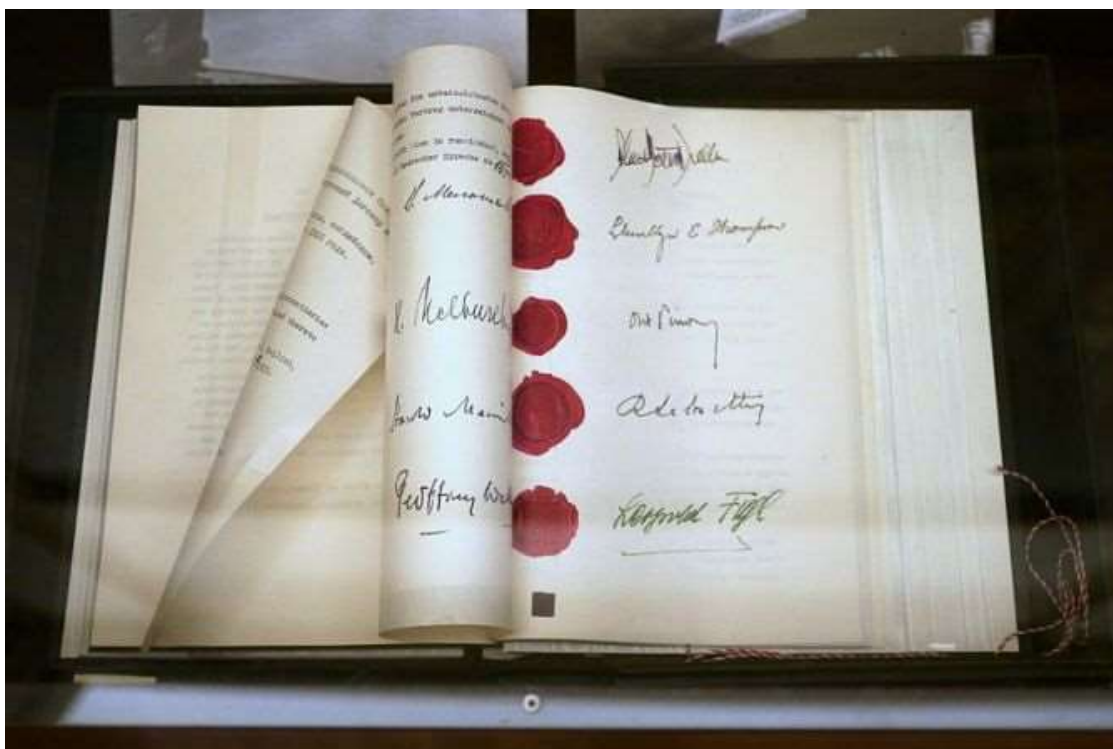
Österreich (Seiten E 175 – E 191)

01) Russisches Außenministerium bestätigt Österreich Aufgabe seiner Unabhängigkeit und Prinzipien zur Neutralität

29. 05. 2023



Besatzungszonen Österreichs vor Unterzeichnung des Österreichischen Staatsvertrages 1955.- Quelle: Austria Occupation Zones 1945-55.svg: Master Uegly (talk · contribs)derivative work: Hanzlan, CC BY-SA 4.0 , via Wikimedia Commons



Österreichischer Staatsvertrag unterzeichnet am 15. Mai 1955 im Schloss Belvedere
Quelle: Thomas Ledl, CC BY-SA 4.0 <creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/>, via Wikimedia Commons

Stellungnahme der Sprecherin des Außenministeriums Russlands, Maria Sacharowa, auf eine Medienanfrage zur Aufgabe der vormaligen Rolle Österreichs in internationalen Angelegenheiten und zum jüngsten diplomatischen Fauxpas seines Bundesministers



Frage: Die deutsche Zeitung „Die Welt“ hat am 22. Mai ein Interview mit dem Bundesminister für europäische und internationale Angelegenheiten der Republik Österreich, Alexander Schallenberg, veröffentlicht, wo er mehrere Erklärungen machte, darunter dass Wien informelle Gesprächskanäle mit Russland unterhalte, es dem Außenminister Österreichs sehr schwerfallen würde, dem Außenminister der Russischen Föderation, Sergej Lawrow, die Hand zu geben. Wie können Sie diese Aussagen des österreichischen Diplomaten kommentieren?



*... möchten wir den Bundesminister Schallenberg
beruhigen - niemand wird nach
seinem Händedruck suchen.*



Außenministerium der Russischen Föderation - 23/05/2023

Antwort: Es war eine Überraschung zu erfahren, dass Wien informelle Gesprächskanäle mit den russischen Behörden unterhält. Wir wissen über solche Kanäle nichts. Zudem ist aktuell auch kein Gegenstand für einen solchen Dialog mit Wien zu erkennen – Österreich stellte sich eindeutig auf die Seite der feindseligen Russland-Politik des Westens, gab seine einst unabhängige Rolle bei internationalen Angelegenheiten auf, wobei die Prinzipien der Neutralität zur Seite geschoben wurden.



Die Sprecherin des Außenministeriums Russlands, Maria Sacharowa

Hinter solchen Erklärungen des Bundesministers Schallenberg steht wohl der Wunsch, sich für seine Handlungen zu rechtfertigen und einen freien Handlungsspielraum während der Turbulenzen in der internationalen Situation beizubehalten.

Was seine Besorgnisse über die Notwendigkeit, dem russischen Minister Sergej Lawrow bei einem hypothetischen Treffen die Hand zu geben, betrifft, möchten wir den Bundesminister Schallenberg beruhigen – niemand wird nach seinem Händedruck suchen.

Quelle:

https://mid.ru/en/press_service/spokesman/answers/1871784/?lang=de#sel=1:1:yP,1:2:Py

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

02) Dr. Norbert van Handel – Friedman im Parlament und Van der Bellen in England

19. 05. 2023



Baron van Handel · Foto: privat

Herr Friedman beehrte die Republik

Am Freitag vor zwei Wochen fand ein würdiges Gedenken im österreichischen Parlament anlässlich der Befreiung der KZs statt. Besonders ein über 90 Jahre alter polnischer Herr, der die KZs überlebt hatte, berichtete von seinem Lebensweg und forderte in beachtlicher und sympathischer Form zur Versöhnung auf. Peinlich war jedoch der Auftritt eines Herrn Michel Friedman, der die ÖVP und auch die FPÖ, ohne sie freilich beim Namen zu nennen, als antidemokratisch verurteilte, polarisierte und eine Dämonisierung der Minderheiten in unserer heutigen Gesellschaft behauptete.

Wissen muss man dazu, dass die moralische Qualität des Herrn Friedman doch eher bedenklich ist, wenn man sich erinnert, dass dieser Mann 2003 im Zuge von Ermittlungen wegen Menschenhandels im Rotlichtmilieu nicht nur Sex mit Zwangsprostituierten aus der Ukraine hatte, sondern auch wegen Kokainbesitzes rechtmäßig seitens der deutschen Justiz verurteilt wurde. Wieso der erste Präsident des Nationalrates, Herr Sobotka, Friedman einlud ist rätselhaft und wir wollen keine böse Absicht sondern eher die Unkenntnis Herrn Sobotkas über die Persönlichkeit Friedmans vermuten. Alles in allem haben wir es in Österreich nicht not von bundesdeutschen Exkriminellen politisch belehrt zu werden. Darüber hinaus hat der Unterzeichnete, der sich ohne Wenn und Aber zu einer nationalkonservativen Regierung bekennt, selbst eine Ur-Urgroßmutter jüdischen Ursprunges, wie dies in einschlägigen Familien oft der Fall war.

Nicht nur das: zwei enge Verwandte wanderten 1938 unmittelbar nach dem Anschluss ins KZ Dachau. Einer, ein außerordentlicher und bevollmächtigter Minister unter Kurt von Schuschnigg, kam schwer gezeichnet aber lebend zurück, der andere wurde in Dachau erschlagen. Niemals haben wir in unseren zahlreichen Gesprächen und Versammlungen in den letzten Jahren einen steigenden Antisemitismus bemerkt. Im Gegenteil, Antisemitismus

steigt dann, wenn Leute wie Herr Friedman beleidigend in würdigen Veranstaltungen, die den Versöhnungscharakter tragen, auftreten und eitel und sachlich falsch argumentieren. Festzuhalten ist noch, dass die Regierung aber auch die indirekt von Friedman angegriffenen Exponenten der FPÖ, nämlich Bundesparteiobmann Herbert Kickl und der 3. Nationalratspräsident Norbert Hofer nicht aufstanden und weggingen, sondern sich die Wortspenden eines Exkriminellen höflich anhörten.

Das eine sind Anstand und Höflichkeit, die immer mehr verloren gehen und das andere ist Provokation, die alles das, was zur Versöhnung beiträgt, zerstört.

Van der Bellen in England

Die Krönungsfeierlichkeiten in London haben wohl Millionen Zuseher live oder im Fernsehen verfolgt. Viele meinten, dass in diesen Krisenzeiten, die vor allem auch das United Kingdom aus verschiedenen Gründen hart treffen, die Krone wohl die einzige Institution in England ist, die das Vereinigte Königreich und das Commonwealth zusammenhält.

Auch Bundespräsident Van der Bellen war geladen, sprach mit dem König und lud diesen zu einem Besuch nach Österreich ein. So weit so gut. Peinlich aber war, dass Herr Van der Bellen unmittelbar nach seiner Rückkehr meinte – sinngemäß – dass er nach seinen Eindrücken bei der Krönung nun noch ein viel stärkerer Republikaner wäre als zuvor. Diese öffentlich gemachte Bemerkung scheint uns aus dem diplomatischen Schatzkästlein von Frau Annalena Baerbock entsprungen zu sein. Wie taktlos ist es denn, zuerst eingeladen und vom Gastgeber, dem König, freundlichst empfangen worden zu sein und dann das britische System der Monarchie mehr als deutlich zu kritisieren?

Van der Bellen hat nicht nur seine Einstellung, die jeder haben kann, betont, sondern vor allem auch, wie schon so oft, die Neutralität, also vor allem das Verhältnis zu anderen Staaten, die er als oberster Repräsentant Österreichs zu wahren hätte, negiert. Man muss aber den Herrn Bundespräsidenten auch bedauern, dass er in der Hofburg residieren muss. Immerhin dem Zentrum einer 600 Jahre alten Monarchie, die Ruhe und Ordnung in Mitteleuropa garantierte und mit großer Toleranz die verschiedenen Völkerschaften unter einen Hut brachte. Wenn Herr Van der Bellen mit der Hofburg mit all den Habsburger Bildern, Möbel und Kunstschatzen, die Österreich nur den Habsburgern verdankt, so unzufrieden ist, sollte die Regierung ihm doch ein Häuschen im Grünen geben, wo er Radieschen, Salat und Erdäpfel anpflanzen kann und von der Geschichte jenes Staates, den er würdig vertreten sollte, befreit ist. Es scheint als meine Van der Bellen, dass jetzt, wo er Gott sei Dank nicht mehr ein zweites Mal gewählt werden kann, er jederzeit und überall seine höchstpersönlichen Meinungen, die mit der Staatspolitik nichts zu tun haben dürften, öffentlichkeitswirksam äußern kann.

Würden die Österreicher heute zwischen Van der Bellen und dem alten Kaiser Franz Josef abstimmen können, wäre die Wahl zugunsten des alten Kaisers sicher.

Dr. Norbert van Handel

09.05.2023, Steinerkirchen a.d. Traun

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

03) Österreich – Soldatenfriedhof der sowjetischen Kriegsgefallenen geschändet

10. 05. 2023



Friedhof Ebenfurth in Österreich

Einer Mitteilung der Botschaft der Russischen Föderation in Wien zu Folge, ist der sowjetische Soldatenfriedhof im österreichischen Ebenfurth in der Nacht zum 9. Mai von Unbekannten geschändet worden. Diese Tat dürfte auch nicht zufällig mit dem „Gedenktag“ des 8. Mai zusammengefallen sein.

Die Botschaft kündigte daraufhin eine Protestnote an.

Die russische Botschaft in Österreich berichtete am 9. Mai auf Telegram darüber, dass in der Nacht zum 9. Mai 2023 der sowjetische Soldatenfriedhof im österreichischen Ebenfurth geschändet worden sei.

Ebenfurth ist eine rund 3100 Seelen-Gemeinde im Bezirk Wiener Neustadt-Land in Niederösterreich, knapp 55 Kilometer südlich der Bundeshauptstadt Wien.

Die Botschaft kündigte eine Protestnote an das österreichische Außenministerium wegen der Schändung an.

Der Wortlaut der Angaben seitens der russischen Botschaft, „die Botschaft hat Kenntnis von der Schändung eines sowjetischen Soldatengrabes in Ebenfurth erhalten. Unbekannte Vandalen haben das Flachrelief des Denkmals für die Soldaten, die ihr Leben für die Befreiung Österreichs vom Nationalsozialismus gegeben haben, beschädigt.“

Die russische Botschaft veröffentlichte dazu auch ein Foto des beschädigten Denkmals.



Die russische Seite beabsichtigt, die örtlichen Behörden unverzüglich über den Vorfall zu informieren, hieß es weiter, „wir werden eine Protestnote an das österreichische Außenministerium senden, mit der Forderung, umfassende Maßnahmen zu ergreifen, um die Umstände des Geschehens zu klären, die Täter vor Gericht zu stellen und die Unverletzlichkeit und Sicherheit des Denkmals gemäß den Bestimmungen des Staatsvertrages über die Wiederherstellung eines unabhängigen und demokratischen Österreichs vom 15. Mai 1955 zu gewährleisten.“

Wie die Diplomaten feststellten, „ist es besonders zynisch, dass dieses verabscheuungswürdige Verbrechen“ an den Tagen des großen Feiertags des Sieges im Großen Vaterländischen Krieg begangen wurde.

In der österreichischen Presse gab es bis 9. Mai Nachmittag noch keine Berichte über den Vorfall.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

P o l e n (Seite E 182)

Keine Berichte

Tschechien (Seiten E 183 – E 188)

01) 100. Geburtstag des Tschechischen Rundfunks

Das Konzert aus Anlaß des 100. Geburtstages des Tschechischen Rundfunks haben am vergangenen Donnerstagabend etwa **20.000 Menschen** besucht. Der Eintritt war kostenlos, das Geschehen auf der Bühne im Prager Rieger-Park konnte auch über Großleinwände verfolgt werden. Dort wurde um 20.15 Uhr mit historischen Fotos an die Anfänge der regelmäßigen Radiosendungen 1923 erinnert.

Bei dem mehrstündigen Programm traten unter anderem Pop- und Rockmusiker wie Marek Ztraceny, Aneta Langerová, die Band Chinaski oder auch Opernsängerin Dagmar Pecková auf. Auf der Leinwand wurden zudem Grußworte etwa von Staatspräsident Petr Pavel, Sängerin Marta Kubišová oder auch Judoka Lukáš Krpálek gezeigt. Die Feierlichkeiten zum 100-jährigen Jubiläum wurden am Samstag beim Tag der offenen Tür des Tschechischen Rundfunks fortgesetzt.

Sudetendeutscher Pressedienst (SdP) Österreich, Nr. 62, 2023

Wien, am 22. Mai 2023

02) Tschechiens Präsident Pavel traf sich in Selb mit Söder UND Posselt

Ein grenzüberschreitendes Treffen fand am vergangenen Freitag in der bayerischen Grenzstadt **Selb** statt, wo die Eröffnung der [bayerisch-tschechischen Freundschaftswochen](#) gefeiert wurde. Tschechiens Präsident **Petr Pavel** kam auf einem bayerischen Motorrad dorthin, um sich mit Bayerns Ministerpräsident **Markus Söder** und **Bernd Posselt**, dem Sprecher der Sudetendeutschen Landsmannschaft, auszutauschen.

<https://freundschaftswochen2023.eu/>

Im Zuge dessen bedankte er sich bei **Posselt** für „verbesserte Beziehungen“, sagte wörtlich:

„Ich begrüße den Wandel in der Sudetendeutschen Landsmannschaft und möchte mich bei Bernd Posselt bedanken, ich schätze es wirklich hoch“.

Vor allem die Zeitungen „Právo“ und „Lidové noviny“ berichteten darüber ausführlich, genauso wie zahlreiche Internetforen in Tschechien, wobei mindestens ebenso intensiv darüber diskutiert wird, ob es für einen Präsidenten „standesgemäß“ ist, mit dem Motorrad zu reisen (finden über zwei Drittel sympathisch) wie, den „höchsten Sudetendeutschen“ zu treffen – gerade vor dem [„Sudetendeutschen Tag“ in Regensburg](#), der diesen Freitag beginnt, hat das neben der symbolischen wohl auch eine historische Dimension.

<https://www.sudeten.de/aktuelles/73-sudetendeutscher-tag-in-regensburg>

[Hier sehen Sie dazu den Beitrag \(tschechisch\) der Internet-Ausgabe von „Mlada fronta“, idnes.cz.](#)

https://www.idnes.cz/zpravy/domaci/prezident-petr-pavel-motorka-selb-festival-tydny-pratelstvi-bavorsko-mezinarodni-vztahy.A230519_092209_domaci_pari

Sudetendeutscher Pressedienst (SdP) Österreich, Nr. 62, 2023

Wien, am 22. Mai 2023

03) Liechtenstein-Klage abgewiesen

Leider lasen wir vergangene Woche in der tschechischen Tageszeitung „Právo“ sehr summarisch einen Artikel mit dem Titel:

„Verfassungsgericht in Brunn lehnte Restitutionsforderungen Liechtensteins ab“

Die adelige Familie Liechtenstein hat 1945 auf der Grundlage der Beneš-Dekrete ihr Eigentum verloren. Die Experten haben festgestellt, dass Liechtenstein gerade wegen diesen Dekreten bereits 1945 alles in der Tschechoslowakei verlor, was man nur besitzen konnte.

Das tschechische Verfassungsgericht respektiere die Rechtmäßigkeit des Gesetzgebers auch in dieser Causa. Die Grenze für die Restitution gelte auch weiterhin.

Dies mag zwar juristisch formal eine Möglichkeit sein, die Geltung von Menschenrechten zu verhindern, aber es ist im Jahre 2023 nur sehr schwer verständlich.

„Wir fühlen zutiefst mit der Familie“, so **SLÖ-Bundesobmann DDr. Rüdiger Stix**, denn es geht ja nicht nur um die Vermögenswerte, sondern „es handelt sich um die Orte der Kindheit, der Eltern und der Großeltern, aus denen man zu Unrecht vertrieben worden ist“.

Dazu kommt aktuell die besonders absurde Tragik, gerade jetzt während der Gräuel des andauernden **Ukraine - Krieges**, dass die regierende Familie des **Hauses Liechtenstein** auf eine sehr mutige humanitäre Tradition seit dem letzten Krieg zurück blicken kann: Liechtenstein hat sehr konkret auch Menschen aufgenommen, die vor der Sowjet-Armee geflüchtet sind zu einem Zeitpunkt, wo die Rote Armee mitten in Europa gestanden ist, und die Menschen in Mittel- und Osteuropa, und vom Baltikum bis in die Ukraine unter den Terror des Stalinismus gezwungen hat.

Für die aus den Kronländern des alten Österreichs vertriebenen Sudetendeutschen in aller Welt kommt überdies besonders schmerzlich hinzu, dass **Hans Adam II.** auch der Europäische Karls-Preisträger des Jahres 2016 ist, und im Vorjahr der sudetendeutsche Karlspreis an den ukrainischen Präsidenten **Wolodymyr Selenskyj** vergeben wurde, und daher leider höchst aktuell die Einschränkung der europäischen Werte und jene der universellen Menschenrechte am Beispiel der Träger des europäischen Karls-Preises besonders deutlich sichtbar werden.

Wir appellieren daher an alle Menschen guten Willens, so Rüdiger Stix weiter, dass die **juristischen Mauern**, hinter denen die Vertreibungsdekrete gedeckt werden, endlich **abgebaut werden**.

„Wir haben in den vergangenen Jahren so viele gute Initiativen von Menschen in Tschechien nach den Zeiten der kommunistischen Unterdrückung gesehen, man denke nur an den **Brünner Versöhnungsmarsch**“, so Stix.

Eine formale Unantastbarkeit von Vertreibungsdekreten im direkten Gegensatz zu allen von uns beschworenen europäischen Werten, und dies am Vorabend der **75 Jahr- Feier der UN-Menschenrechte** muss raschest saniert werden.

Die Vertreibungsdekrete zielen auf die Familie Liechtenstein genauso, wie auf alle unsere Landsleute aus den Kronländern des alten Österreichs, die sich deutsch oder ungarisch bekannt haben, erinnert der Obmann der SLÖ, egal ob sie in römisch - katholischen oder in jüdischen Gemeinden versammelt waren, und gleich, ob sie sich als Protestanten, als Agnostiker wie **Albert Einstein**, oder christlich-sozial politisch engagierten, oder als Arbeiter den Kern der heutigen Sozialdemokratie geschaffen haben, und in der Tradition eines **Ferdinand Hanusch** genauso wie jene der **Familie Liechtenstein**, als Landsleute von **Gregor Mendel** und **Maria von Ebner - Eschenbach**, von **Sigmund Freud**, **Ferdinand Porsche**, **Alois Schumpeter** und von **Kurt Gödel** :

Sie alle haben es verdient, dass die Menschenrechte auch für sie gelten!

Sudetendeutscher Pressedienst (SdP) Österreich, Nr. 61, 2023

Wien, am 17. Mai 2023

04) Tschechiens Regierungsvertreter kommen derzeit auf keine Mehrheit

Die stärkste Oppositionspartei **Ano** hätte die Abgeordnetenhauswahlen Ende April mit **30,5 Prozent** der Stimmen gewonnen. Die regierende Koalition **Spolu** (Bürgerdemokraten, Christdemokraten, Partei Top 09) hätte **25 Prozent** der Stimmen erhalten. Dies ergibt sich aus Erhebungen des **Instituts Kantar** für das Tschechische Fernsehen, deren Ergebnisse am Sonntag veröffentlicht wurden.

Nach Angaben von Kantar würde die Regierungskoalition aus dem Bündnis Spolu, den Piraten und der Bürgermeisterpartei Stan derzeit keine Mehrheit in der Abgeordnetenkammer erlangen, sondern auf **43 Prozent** der Stimmen kommen.

Der Umfrage zufolge würden die Bürgerdemokraten 17 Prozent, die Piraten 11 Prozent und die Partei Freiheit und direkte Demokratie 9 Prozent der Stimmen erhalten. Die Bürgermeister (Stan), Top 09, die Sozialdemokraten und die Christdemokraten liegen alle knapp über der 5 Prozent-Hürde.

Sudetendeutscher Pressedienst (SdP) Österreich, Nr. 59, 2023

Wien, am 15. Mai 2023

05) Tschechiens Präsident ernennt heute zwei neue Minister

Präsident **Petr Pavel** hat keine Vorbehalte gegen die Ernennung von zwei neuen Ministern aus der Bürgermeisterbewegung **Stan**. Er sagte dies nach einem Treffen mit Premier **Petr Fiala** (Bürgerdemokraten) am Dienstagabend. **Mikuláš Bek**, der derzeitige Minister für europäische Angelegenheiten, soll das **Bildungsministerium** übernehmen. Im Posten des **Europa-Ministers** wird er durch seinen Amtskollegen und Staatssekretär im Außenministerium **Martin Dvořák** ersetzt.

Fiala und Pavel haben nach Angaben des Regierungschefs die **Außen- und Innenpolitik** besprochen, unter anderem die **Rentenreform** und die **notwendigen Einsparungen** des Staates. Die Regierung plant, die Sparvorschläge Mitte Mai vorzulegen. Fiala sagte, er und der Staatspräsident hätten auch vereinbart, sich regelmäßig zu treffen.

Sudetendeutscher Pressedienst (SdP) Österreich, Nr. 55, 2023

Wien, am 04. Juni 2023

06) Tschechien verliert an Attraktivität für deutsche Investoren

In einer Rangliste der Attraktivität von 16 mittel- und osteuropäischen Ländern belegt Tschechien für deutsche Investoren nur noch den **dritten Platz** hinter **Slowenien** und **Polen**. Bis 2018 hielt Tschechien mehrere Jahre unumstritten Platz eins. Das ergab eine Konjunkturumfrage der Deutsch-Tschechischen Industrie- und Handelskammer (DTIHK) unter ihren Mitgliedsunternehmen, sowie deutschen Unternehmen in Tschechien, [wie der „Powidl“ hier berichtet](#).

https://www.powidl.info/wirtschaft/tschechien-verliert-an-attraktivit%C3%A4t-f%C3%BCr-deutsche-investoren?utm_source=newsletter&utm_medium=email&utm_campaign=newsletter_8_2023&utm_term=2023-05-02

Tschechien verliert an Attraktivität für deutsche Investoren

19 Apr

Im Ranking der Attraktivität von 16 mittel- und osteuropäischen Ländern belegt Tschechien für deutsche Investoren nur noch den dritten Platz hinter Slowenien und Polen. Bis 2018 hielt Tschechien mehrere Jahre unumstritten Platz eins. Das ergab eine Konjunkturumfrage der Deutsch-Tschechischen Industrie- und Handelskammer (DTIHK) unter ihren Mitgliedsunternehmen, sowie deutschen Unternehmen in Tschechien.



Bild: DTIHK

Trotz des Rückfalls im Ranking konnte der deutsch-tschechische Handel auch im vergangenen Jahr einen neuen Rekordwert von 113 Mrd. EUR erreichen und bleibt voraussichtlich auch 2023 das Zugpferd des tschechischen Außenhandels. Ein kleiner

Unsicherheitsfaktor bleibt die voranschreitende Rezession, der sich auch in der aktuellen Konjunkturumfrage der DTIHK widerspiegelt. Die Stagnation bei den meisten wichtigen Indikatoren könnte die weitere Jahresentwicklung beeinflussen.

Stimmung wenig optimistisch

Die Unternehmen in Tschechien bewerten die Wirtschaftsaussichten für das laufende Jahr wesentlich weniger optimistisch. Nur 19% der Firmen rechnen mit einer Verbesserung der Wirtschaftsaussichten, 38 % mit einer Verschlechterung - ein Negativsaldo ("besser/schlechter") von 19%. Damit sind wir fast wieder beim Stand von 2013 angekommen. Bei den eigenen Geschäftsaussichten blicken die Firmen wie üblich mit mehr Optimismus auf die künftige Entwicklung. Im Jahresvergleich mit 2021 erleben wir allerdings auch hier einen Trend nach unten: "bessere" Geschäfte erwarten 36 % der Unternehmen (11% weniger als 2021), aber 11% mehr Unternehmen (insgesamt 23%), erwarten eine Verschlechterung. Positivsaldo: 13%.

Zurückhaltung bei Investitionen

Bei den Exportaussichten gehen 27% von einer Steigerung aus, 16% von sinkenden Exportzahlen, ein Positivsaldo von 11%, vor zwei Jahren waren es noch 21%. Ein wichtiger Indikator für die künftige Entwicklung sind vor allem die geplanten Investitionen. Auch hier zeigt sich eher Zurückhaltung. Ein Drittel der Unternehmen will seine Investitionen steigern, knapp ein Viertel (23%) geht jedoch von sinkenden Investitionen aus, der Höchstwert in den vergangenen fünf Jahren. Alarmierend ist, dass unter diesen Unternehmen vor allem das für Tschechien wichtige verarbeitende Gewerbe seine Investitionen zurückfahren will. Gleiches gilt für die Beschäftigungsprognose. Zwar verzeichnet sie noch einen Positivsaldo von 18%, das verarbeitende Gewerbe ist aber auch hier zurückhaltender als der Dienstleistungssektor.

Löhne, Energiepreise und Fachkräftemangel drosseln Investitionslust

Hinsichtlich der Lohnkosten kommen auf die Unternehmen satte Steigerungen zu. Fast zwei Fünftel (39%) erwarten eine Erhöhung von deutlich über 8%. Darin spiegelt sich klar der Inflationsausgleich. Das schlägt sich auch in der Risikoanalyse der Unternehmen nieder: Energiepreise (60%) und Arbeitskosten (57%) werden als die größten Risiken gesehen, an dritter Stelle folgt der Kostentreiber Fachkräftemangel (53%). "Die erwarteten Kostensteigerungen nehmen ein großes Stück vom Budgetkuchen weg, auf Kosten der notwendigen Investitionen. Das sehen wir als großes Risiko für die tschechische Wirtschaft. Gerade für die Transformation im Bereich erneuerbarer Energie, Digitalisierung und Elektromobilität sind deutliche Investitionssteigerungen erforderlich, um die Zukunftsfähigkeit zu sichern", so DTIHK-Präsident Milan Šlachta.

Berufsbildungssystem hat nach wie vor Mängel

Unter den Top 5 der Standortqualitäten haben sich lediglich Verschiebungen innerhalb der Gruppe ergeben. Langfristige positive Konstanten sind neben der EU-Mitgliedschaft Tschechiens und der Zahlungsdisziplin vor allem die Ausbildung (Platz 3), die "Produktivität und Leistungsbereitschaft der Arbeitnehmer" (Platz 4) und die "Qualität und Verfügbarkeit lokaler Zulieferer" (Platz 5). In der Rangfolge von 21 Faktoren haben die Unternehmen jedoch das "Berufsbildungssystem" in Tschechien wieder auf den vorletzten Platz verbannt (letzter Platz: "Verfügbarkeit von Fachkräften"). Es fehlt nach wie vor die enge Verzahnung von schulischer Theorie und Praxis in den Unternehmen.

Fachkräftemangel gefährdet Wettbewerbsfähigkeit

Und diese Verzahnung sehen die Unternehmen als wesentlich an für die Wettbewerbsfähigkeit Tschechiens. Der größte Bedarf an "Mitarbeiterkompetenzen": Soft-Skills, wie "Kommunikation und Teamarbeit" (63%), "tieferes Verständnis und Nutzung digitaler Technologien" (51%) und "hybride Führungskompetenz" (47 %). "Wir nehmen mit großer Sorge wahr, dass sich das staatliche Berufsbildungssystem kaum verbessert hat, während sich die kommunikativen, technologischen und digitalen Anforderungen in den Unternehmen rasant verändern. Diese Schere wird noch weiter auseinandergehen“, so DTIHK-Geschäftsführer Bernard Bauer. Das bestätigen auch aktuelle Studien des Internationalen Währungsfonds zur Transformation in Tschechien.

"Die unsichere Marktlage erhöht die Dringlichkeit der digitalen Transformation. Wir sehen jedoch schon heute, dass es dafür nicht genügend qualifizierte Leute auf dem Markt gibt", sagt auch Hana Součková, DTIHK-Vorstandsmitglied und Generaldirektorin von SAP CZ. "Deshalb arbeiten wir bei SAP intensiv daran, den IT-Bereich für Schüler und Bildungseinrichtungen attraktiver zu machen und die digitalen Fähigkeiten tschechischer Arbeitnehmer zu verbessern. Die Fähigkeit, Neues zu lernen, wird bei der Rekrutierung für neue Positionen in Unternehmen zunehmend gefragt sein," ergänzte sie.

Quelle: Textauszüge, Presse: DTIHK

Sudetendeutscher Pressedienst (SdP) Österreich, Nr. 53, 2023

Wien, am 02. Juni 2023

S l o w a k e i (Seiten E 189 – E 191)

01) Die slowakische Präsidentin Zuzana Čaputová hat eine technokratische Regierung ernannt

18. 05. 2023



Slowakei - Nach dem Rücktritt der Regierung von Eduard Heger am 7. Mai und der Ernennung des Ökonomen und Bankiers L'udovít Ódor, Vizegouverneur der Slowakischen Nationalbank, zum neuen Ministerpräsidenten, der eine „Expertenregierung“ leiten soll, die die Übergangszeit bis zu den vorgezogenen Parlamentswahlen überbrücken soll, wurde nun, wie angekündigt, am Montag, den 15. Mai, die besagte „Präsidential“-Regierung ernannt.

Neben dem Premierminister L'udovít Ódor, von dem wir aus der ungarischen Presse erfahren haben, dass er aus der magyarischen Minderheit im Süden des Landes stammt, besteht das neue Interimskabinett aus:

- Lívia Vašáková, stellvertretende Ministerpräsidentin, die für das Konjunkturprogramm und die Verwendung von EU-Mitteln zuständig ist. Vašáková ist Wirtschaftsanalytikerin und war bisher als Beraterin des Premierministers und Generaldirektorin der Abteilung für das Konjunkturprogramm beim Finanzministerium tätig.
- Michal Horváth, Finanzminister, zuvor Leiter der Abteilung für Wirtschafts- und Währungsanalyse der Slowakischen Nationalbank ;
- Martin Sklenár, Verteidigungsminister, zuvor Generaldirektor für Verteidigungspolitik im Verteidigungsministerium ;
- Miroslav Wlachovský, Außenminister, ehemaliger Botschafter der Slowakei im Vereinigten Königreich und in Dänemark, anschließend außenpolitischer Berater des Premierministers ;
- Ivan Šimko, Innenminister, ein Amt, das er bereits von 2001 bis 2002 innehatte, bevor er das Verteidigungsministerium leitete (2002–2003) ;
- Peter Dovhun, Wirtschaftsminister, zuvor Vorstandsvorsitzender und Generaldirektor von SEPS, dem Betreiber des nationalen Stromübertragungsnetzes der Slowakei ;
- Jozef Bíreš, Minister für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung. Herr Bíreš ist Tierarzt und Universitätsdozent in diesem Bereich ;
- Peter Bal, Minister für Investitionen, regionale Entwicklung und Informatisierung ;
- Pavol Lančarič, Minister für Verkehr, ehemaliger Vorsitzender des Aufsichtsrats des Telekommunikationsunternehmens Orange Slovensko, dessen CEO er auch war ;
- Michal Palkovič, Gesundheitsminister: Herr Palkovič ist Arzt und war seit dem 14. März Staatssekretär im Gesundheitsministerium ;
- Daniel Bútora, Minister für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Sport ;
- Silvia Hroncová, Ministerin für Kultur. Frau Hroncová ist Kulturmanagerin und Theaterwissenschaftlerin ;
- Soňa Gaborčáková, Ministerin für Arbeit, soziale Angelegenheiten und Familie, zuvor Staatssekretärin im Ministerium für Arbeit, soziale Angelegenheiten und Familie ;
- Jana Dubovcová, Justizministerin, zuvor Richterin und öffentliche Verteidigerin der Rechte (2012–2017); und
- Milan Chrenko, Minister für Umwelt.

Bis auf wenige Ausnahmen haben diese neuen Minister keine politische Vergangenheit und sind anerkannte Experten in ihrem Bereich, der nun auch der Bereich ihres Regierungshandelns ist.

Wie Präsidentin Zuzana Čaputová in ihrer Ansprache an die von ihr neu ernannte Regierung erinnerte, „zeichnet sich diese Regierung dadurch aus, dass sie aus Menschen mit unterschiedlichen Disziplinen, unterschiedlichen Lebenserfahrungen, unterschiedlichen Meinungen und unterschiedlichen Einstellungen besteht. Die Zusammensetzung der Regierung spiegelt die Vielfalt und Unterschiedlichkeit unserer Gesellschaft als Ganzes wider.“

Die regierungsfreundliche ungarische Website Origo.hu enthüllte über den 46-jährigen Ľudovít Ódor, dass er Gastprofessor an der CEU, der mitteleuropäischen Universität von George Soros, ist.

Seite E 191 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 836 vom 01.06.2023

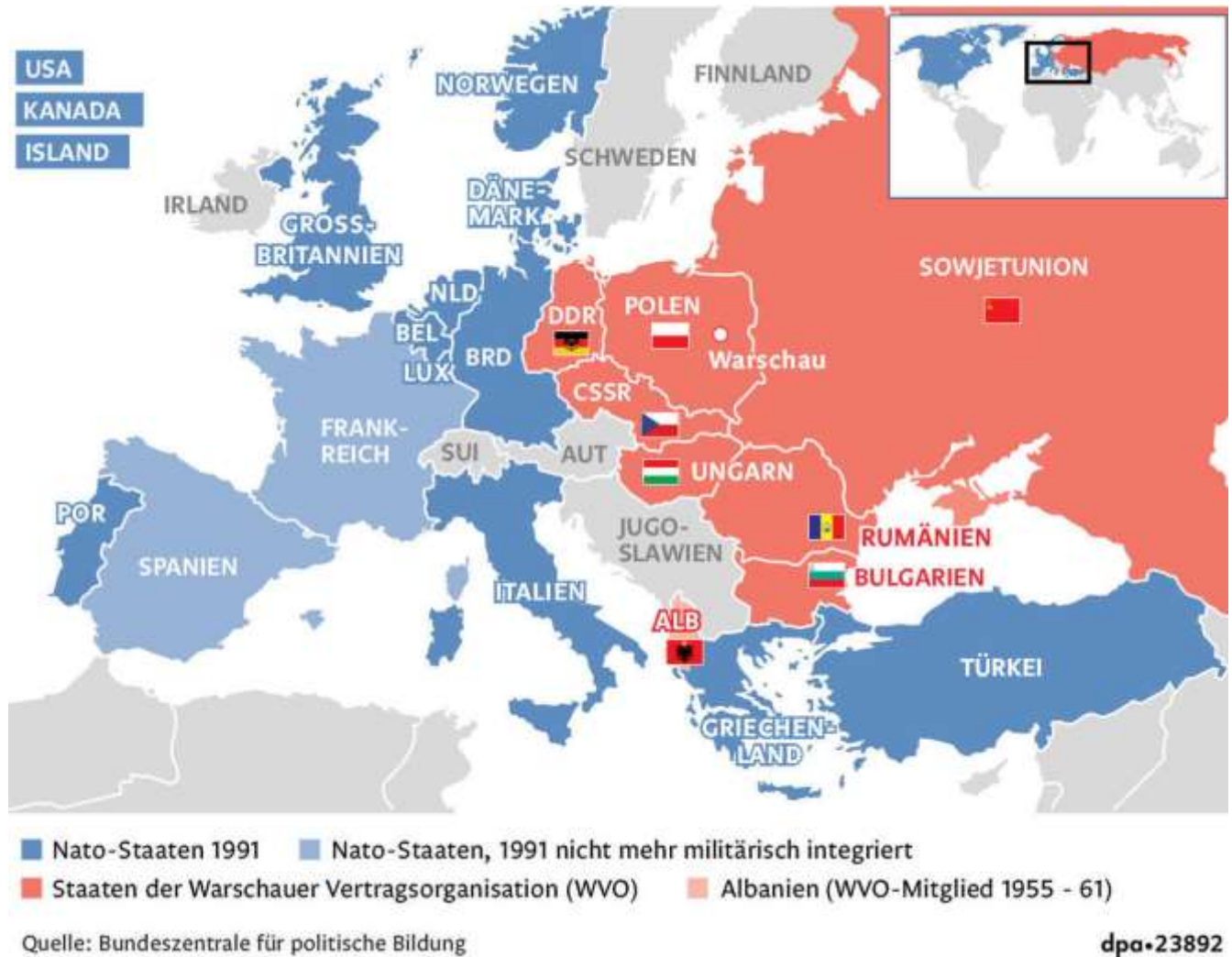
Dieser Beitrag erschien zuerst bei [VISEGRÁD POST](#), unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

Ungarn (Seiten E 192– E 229)

01) EU-DSSR: EU-Parlament will Ungarn 2024 EU-Vorsitz entziehen – Warum? (Video)

28. 05. 2023



Von unserem Ungarn-Korrespondenten ELMAR FORSTER

Totalitaristische EU-DSSR vor dem Zusammenbruch

In Ungarn fühlt man sich an die schlimmsten Zeiten seiner jüngsten Geschichte erinnert: Als die damaligen „Ostblock-“ als sogenannte Satellitenstaaten im sowjetischen „Warschauer-Pakt“ (1955–1991) und Comecon (1949 – 1991) zwangs-ver-gemein-schaftet wurden.

Insofern lohnt es sich also, die nun – von linken EU-Lobbys – initiierte anti-ungarische Panik-Aktion auch in diesem Zusammenhang zu sehen: Als Menetekel für den bevorstehenden Zusammenbruch eines völlig außer Kontrolle geratenen totalitaristischen EU-Projekts gegen einen sich als souverän verstehenden EU-Mitgliedstaat.

Ultra-links-libertinäre Ungarn-Hass-Propaganda

Eine Hauptanführerin des erneuten anti-demokratischen EU-Staatsstreichs, Gwendoline Delbos-Corfield, ist nämlich eine ultralinke Transgender-Befürworterin und notorische Ungarn-Hasserin:

„Ungarn kann nicht als funktionierende Demokratie betrachtet werden.“ ([Mandiner](#))

- wie sie meinte.

Die fadenscheinige und klar anti-demokratische, und somit totalitaristische Begründung des EU-Parlaments...

...„stellt die Fähigkeit Ungarns in Frage, diese Aufgabe im Jahr 2024 glaubwürdig zu erfüllen, da es das EU-Recht, die in Artikel 2 des EU-Vertrags verankerten Werte und den Grundsatz der loyalen Zusammenarbeit nicht einhält.“

- wie es in dem Entschließungsentwurf heißt.

Drohung mittels böswilliger Verleumdungen

Die Abstimmung wird für kommenden Donnerstag (1. Juni) erwartet, und soll mittels üblicher Drohungen auf Basis üblicher Unterstellungen gegen Ungarn erzwungen werden:

Behauptet werden vorgeschoben Verstöße der Orbán-Regierung „gegen die Grundwerte der EU“, und dass sich Ungarn „nicht an das Prinzip der loyalen Zusammenarbeit“ halte.

In Wirklichkeit aber hat das EU-Parlament nur Angst vor dem Recht auf demokratische Kritik eines jeden EU-Mitgliedsstaates, welcher sich u.a. im demokratischen Mittel des Vetogebrauchs äußert. Indem also der Entwurf...

...„die Strategie der Orban-Regierung verurteilt, Anti-EU-Kampagnen durchzuführen, um von Verstößen gegen die EU-Werte und systemischer Korruption abzulenken“.

Und auch Malin Björk, eine ultra-linke schwedische EU-Abgeordnete droht mit...

...„verschiedene(n) Dinge(n): wie z. B. die Aussetzung der Gesetzgebungsverhandlungen oder die Nichteinladung ungarischer Minister zu Ausschussarbeit und -sitzungen.“ ([Mandiner](#))

Der wahre Grund: Neo-konservativer Erfolg der Orban-Regierung

Besonders unangenehm für die linken EU-Eliten:

Dass nämlich just zur nächsten EU-Parlamentswahl (6.–9. Juni 2024) ein von der erfolgreichsten nationalen (Orban-)Regierung (4x gewonnen Parlamentswahl mit 2/3-Mehrheit) geführter EU-Staat den sogenannte rotierenden EU-Vorsitz für sechs Monate übernimmt, um die EU-Gesetzgebungstätigkeit zu koordinieren.

Und gerade diese Hauptanliegen des EU-Ratsvorsitzes möchte das EU-Parlament als „außer Kontrolle geratene Kanone.“ ([Index](#) – Fidesz-EU-Abgeordneter Enikő Győri) verhindern

Seite E 194 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 836 vom 01.06.2023

„Die demographische Krise in der EU hat schwerwiegende Auswirkungen auf die Wettbewerbsfähigkeit der EU, weshalb es gerechtfertigt ist, die Familienpolitik auf EU-Ebene unter Achtung der Zuständigkeiten der Mitgliedstaaten zu verfolgen.“ (Index)

- wie die ungarische Justizministerin Judith Varga betonte.

Die linken EU-Eliten haben also berechtigte Angst davor, dass die neo-konservative Resilienz Ungarns gegen die Transgender- und Flüchtlings-Agenda, gegen die EU-Kriegstreiberei, für Familien- und nationale Werte weiter ausstrahlen könnte.

Zudem unterstützt Ungarn die EU-Erweiterung mit dem Beitritt Serbiens als Schlüssel zur Beschleunigung des Beitrittsprozesses des West-Balkans. Und das mit einem sehr souverän auftretenden serbischen Staatspräsidenten Aleksandar Vučić.

Kampf gegen illegale Migration

Möchte doch Ungarn die Zusammenhänge zwischen Asyl und Sicherheitsaspekten der Migration debattieren.

Somit aber brachte János Bóka, Staatssekretär im Justizministerium, die Vertrauenskrise zwischen den EU-Institutionen und der ungarischen Regierung auf den Punkt: Dass nämlich die ungarische Regierung sage, was sie denke, aber die EU-Institutionen heuchlerisch sind. (Index)

Kühle Reaktion Ungarns

„Ungarn ist Vollmitglied der EU. Er hatte bereits die rotierende Präsidentschaft des Europäischen Rates inne und wird dies auch 2024 tun.“

- so die lapidare Erklärung von Zoltán [Kovács](#), Staatssekretär für Regierungskommunikation.

Denn der wahre Grund hinter der jetzigen anti-ungarischen EU-Attacke:

„Sie mögen es nicht, dass Ungarn für den Frieden ist und sie wollen uns in den Krieg zwingen. Aber die ungarische Regierung wird dem Druck nicht nachgeben... Ungarn fordert Frieden und einen sofortigen Waffenstillstand, denn nur so können Menschenleben gerettet werden.“ (Kovacs)

Und László Dornfeld, Analyst des neo-konservativen ungarischen Thinktanks „Stiftung für Grundrechte“ weiß:

„In Brüssel befürchtet man daher, dass der Rat unter ungarischer Präsidentschaft versuchen wird, eine Kommission einzusetzen, die die Interessen der Völker Europas vertritt und nicht die Taschenfülle und Ideologie der engen liberalen Elite. Sie fürchten sich vor einer echten Volksvertretung, vor europäischen christlichen Werten und vor Frieden wie der Teufel vor Weihrauch.“ ([Mandiner](#))

Alle supra-nationalen Totalitarismen scheiterten an Ungarn



Ex-ungarisch-österreichische Habsburger-Monarchie



EX-UDSSR mit Ex-Satellitenstaaten



derzeitige EU

In der ungarischen Mentalität gibt es nämlich eine trotzig Selbstbehauptung:

Alle, von supra-nationaler Arroganz beherrschten Totalitarismen, sind an der ungarischen Mitgliedschaft gescheitert: Die österreichisch-ungarische Donaumonarchie (1918) und dann der Warschauer Pakt.

Denn schon im September 2018 verteidigte sich der ungarische Ministerpräsident Orban erfolgreich gegen eine andere linke Hass-Kampagne im EU-Parlament (welche die niederländische ultra-links-grüne Transgender-Aktivistin Judith Sargentini gegen ihn angezettelt hatte) mit folgenden Worten:

Seite E 196 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 836 vom 01.06.2023

„Diejenigen beschuldigen Ungarn, die die westliche Demokratie geerbt haben, die keine persönlichen Opfer eingehen mussten für die Freiheit. Und jetzt wollen Sie die antikommunistischen Freiheitskämpfer des demokratischen Widerstandes verurteilen.“
(Orbán)

„Das aber erfüllt mich mit Freude:

Dass sie meine Bücher doch lesen mussten, worin ihre Bosheit geoffenbart wird.

Sie haben meine Schriften fleißiger gelesen als die Heilige Schrift, weil sie in ihnen Irrlehren zu finden wünschten.“

(Jan Hus: Böhmischer Reformator vor seiner Verbrennung auf dem Scheiterhaufen in Konstanz, 1415)

https://www.youtube.com/watch?v=rrOTYrgrkEg&embeds_referring_euri=https%3A%2F%2Funser-mittleuropa.com%2F&source_ve_path=OTY3MTQ&feature=emb_imp_woyt

Anbei ein [UM-Hintergrundbericht](#):

„Linke EU-Eliten arbeiten an Putsch gegen ungarische Regierung:
„Rechtstaatlichkeits“-Bericht, Schattenregierung!!!“

Linke EU-Eliten arbeiten an Putsch gegen ungarische Regierung:
„Rechtstaatlichkeits“-Bericht, Schattenregierung!!!

23. 09. 2022



Von unserem Ungarn-Korrespondenten ELMAR FORSTER

„EU erst zufrieden wenn es eine liberale Regierung gibt.“

Seite E 197 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 836 vom 01.06.2023

Die ungarische Justizministerin Judith Varga brachte es auf den Punkt: „Die EU wird nicht zufrieden sein, bis es eine liberale Regierung in Ungarn gibt.“ ([UM](#) berichtete) Und weiter: Der sogenannte „Rechtstaatlichkeits“-Bericht „ist eine politische Hexenjagd gegen ein Land, das nicht akzeptiert, dass seine Ideologie vom EU-Parlament bestimmt wird“.

Ewige Diffamierung: Der sog. „Rechtstaatlichkeits“-Bericht

Der vorgeschobene Grund wird immer wieder bemüht – in Form einer Goebbel'schen Propaganda („Eine Lüge so lange wiederholen, bis die Menschen sie glauben.“): Indem sogenannte Verletzungen der Grundrechte und Rechtsunsicherheiten konstruiert werden. Noch ist die Strafmaßnahme gegen Ungarn nicht beschlossen: Denn die Entscheidung über den Vorschlag muss der EU-Ministerrat fällen, ein Gremium der Regierungen aller 27 Mitgliedstaaten. Der Beschluss fällt mit qualifizierter Mehrheit: Mindestens 15 Länder mit mindestens 65 Prozent der EU-Bevölkerung müssten also zustimmen. Ein Veto von nur einem Land kann also den Beschluss nicht verhindern. Innerhalb einer Frist von vier Wochen muss die Entscheidung gefällt werden. Theoretisch könnte er aber bis zu drei Monate verschoben werden. Auf diese Weise würde dann die EU-Kommission Ungarn 7,5 Milliarden Euro an Subventionen vor allem aus dem Covid-Wiederaufbauprogramm kürzen. Diese Summe wurde Ungarn im Gegenzug zu dessen Zustimmung für das Covid-Aufbauprogramm einst zugesichert. Die EU ist also somit wortbrüchig geworden.

Ungarische Schattenregierung gebildet



Die Bildung einer ungarischen Schattenregierung, diese Woche, gegen die zum vierten Male demokratisch an der Macht sich befindende Orban-Regierung vereint mindestens drei Elemente: Lächerlichkeit, Putschgelüste und Sowjetimperialismus. Selbst die Orban-hassende Opposition hat dafür nur Spott übrig, weil sie weiß: Dass die selbsternannte Gespenster-Regierung mit einer „Unterstützung von 5, 10 oder gar 15 Prozent der Wählerschaft nicht ausreicht“ um die Orbanregierung zu ersetzen – wie etwa die ungarische linksliberale EU-Parlamentarierin Donáth Anna schrieb. Außerdem besteht die Gespenster-Regierung ausschließlich aus ex-sozialistischen Kadern der Vor-Orban-Ära von 2010: „Wie

Seite E 198 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 836 vom 01.06.2023

kann man von den Wählern erwarten, dass sie sich hinter einer Opposition versammeln, in der die Mehrheit aus Persönlichkeiten besteht, die mit der vergangenen Ära vor 2010 verbunden sind?“ ([mandiner](#))

Vorsitzende Klara Dobrev ist Ehefrau des sozialistischen Ex-Lügen-Ministerpräsidenten Gyurcsany

Vorsitzende des Möchtegern-Exilregierung im Inneren ist nämlich niemand anderes als die Ehefrau des sozialistischen Ex-Ministerpräsidenten Gyurcsany, der das Land mit seiner Lügenrede im Herbst 2006 an den Rande eines Bürgerkrieges brachte. (UM berichtete mehrmals: „[Wir haben es verfuckt!](#)“) Darüber haben sich linke EU-Eliten aber nie besorgt gezeigt.

Die Ehefrau des jetzigen Oppositionspolitikers Gyurcsany ist die in Sofia geborene Klára Dobrev, und seit 2019 EU-Parlamentarierin und Ex-Vizepräsidentin des EU-Parlaments. Dobrev gilt als Zersetzerin der Nationalstaaten: Hatte sie doch immer das globalistische Konzept der „Vereinigten Staaten von Europa“ gefordert.

Dobrev wurde in stalinistischer Familie sozialisiert

Die studierte Wirtschaftswissenschaftlerin wuchs als Tochter einer Ungarin und eines bulgarischen Vaters in Ungarn und Bulgarien auf. Ihr Großvater mütterlicherseits, Antal Apró, war ein gefürchteter stalinistischer Politiker und Verräter während der ungarischen 1956-er-Revolution und der nachfolgenden Kádár-Ära. Bereits in der ersten Nacht des Ungarnaufstandes vom 23. – 24. Oktober 1956 war Antal Apró Mitglied der berüchtigten „Militärkommission“: Daraufhin bezeichnete er in einer internen Direktive die Teilnehmer des Aufstands als „faschistisches Pack“ und erteilte den Schießbefehl gegen die Revolutionäre, auch auf Zivilisten. Seit 27. Oktober war er in der neuen Revolutions-Regierung von Imre Nagy Vorstandsmitglied und gleichzeitig dessen Verräter. Denn danach kehrte Antal Apró in die stalinistische Konter-Revolutionsregierung von János Kádár zurück. Schließlich beaufsichtigte er persönlich den Schauprozess gegen Imre Nagy und dessen Mitstreiter und war somit für deren Ermordung mitverantwortlich.

Niederländische Inquisitions-Parlamentsdelegation in Ungarn erwartet

Diese soll unter anderem die „Rechtsstaatlichkeit“ untersuchen, und zwar in Form eines Arbeitsbesuches in Ungarn. ([hvg](#)) – wie die Kommunikationsabteilung der Parlaments-Abgeordnetenversammlung gegenüber ([hvg](#)) bestätigte. Alles beruht auf der Entscheidung des „Ausschusses für europäische Angelegenheiten“ in seiner Sitzung in der vergangenen Woche: Wonach einige ihrer Mitglieder die Herbstpause des niederländischen Parlaments zu einem Arbeitsbesuch nach Ungarn nützen wollen. Die Ausschussmitglieder würden derzeit eine Bestandsaufnahme potenzieller Themen zur Rechtsstaatlichkeit ausarbeiten.

In Wirklichkeit handelt es sich bei diesem Besuch um eine krude Mischung von Drohkulisse, Einmischung einer links-elitär vorbelasteten ausländischen Inquisitions-Behörde nach sowjetischen Vorbild zu Unterstützung einer linken, anti-demokratischen Konterrevolution...

„Rechtsstaatlichkeits“-Bericht: Verleumdung linker EU-Kampf-Feministinnen



Seit mehr als fünf Jahren bereiten nun linke EU-Parlamentarierinnen unter Führung links-feministischer Hobby-Anti-Faschismus-Kampf-Feministinnen einen Putsch gegen die demokratisch legitimierte Orbanregierung vor:

Die ultra-links-grüne, französische EU-Parlamentarierin Gwendoline Delbos-Corfield (GDC), schwört das EU-Parlament anscheinend auf einen Putsch gegen die rechtmäßig und demokratisch legitimierte ungarische Regierung ein. Und zwar mit einer geradezu infamen Vorgangsweise: GDC leitet den sogenannten „EU-Bericht über die Rechtsstaatlichkeit in Ungarn“ und gab nun dem Fernsehsender [rtl.hu](https://www.rtl.hu) ein skandalöses Interview, in dem sie „die Legitimität des Mandats der ungarischen Regierung in Frage“ stellt.

Verleumdungs-Narrativ: Medien, Justiz, Korruption

Dabei werden die ewigen Verleumdungen gegen das souveräne Ungarn zum x-ten Male aufgekocht: Die Lage der Medien, die Unabhängigkeit der Justiz, sowie die Korruption im Lande wären „die größten Probleme beim Funktionieren der ungarischen Demokratie“. Geradezu absurd bleiben die Vorwürfe in Richtung nicht funktionierender Medienfreiheit, dass etwa einige unabhängige Journalisten, von den regierungsfreundlichen Medien verleumdet würden. – insofern absurd, weil ja gerade das Interview von GDC im äußerst regierungsfeindlichen ungarischen RTL das Gegenteil beweist. Außerdem verwechselt GDC „Verleumdung“ mit legitimer „Kritik“ von konservativen Journalisten an linken Verleumdungsjournalisten. (Hier meine Analyse zur „[Medienhasskampagne gegen Ungarn](#)“)

Weiters versucht sich die GDC-Verleumdungsstrategie an folgendem Muster, das bisher in Ungarn versagt hat: Wäre doch die ungarische Mediensituation ähnlich der von Russland. Dann folgt eine Attacke auf die ungarische Justizministerin Judit Varga und Innenminister Sándor Pintér: Weil sie die verleumderischen Bedenken hinsichtlich der Rechtsstaatlichkeit zurückwiesen. – Ein offen totalitäres Argument...

Die Realität: Medienpluralismus in Ungarn

In Ungarn gibt es 393 TV-Sender, 234 terrestrische und Internetradios, 6731 Druck- und 3540 Internetzeitungen: 85% der Medien sind dem konservativen und 83 % dem linken

Seite E 200 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 836 vom 01.06.2023

Lager zuzurechnen. ([Medienanalyse](#)) Der linke Mediensektor ist seit Orbans Regierungsantritt (2012–20) sogar um 45% gewachsen.

Links-totalitaristisches Narrativ

Auf die Frage nach der Rechtmäßigkeit (der zum vierten Male) demokratisch legitimierten Regierung Orbán folgt eine geradezu totalitäre Bekenntnis, welches das Selbstbestimmungsrecht eines souveränen Staates in Frage stellt: „Selbst wenn Viktor Orbán die Wahl in einer wunderbaren Demokratie mit einem florierenden Medientumfeld gewinnen würde, hätte er nicht die Macht, Maßnahmen zu ergreifen, die gegen europäische Werte und Gesetze verstoßen.“ (GDC)

Das fadenscheinige Verleumdungsnarrativ der GDC lautet: Die ungarische Demokratie „funktioniert eigentlich nicht“, „nur auf dem Papier“ nämlich wäre „alles in Ordnung.“- Ein unverhohlen ostrassistisch-neo-kolonialistisches Argument.

Offene Vorbereitung für einen Putsch von außen

Delbos-Corfields „starke Zweifel“ daran, ob die ungarische Demokratie in der richtigen Verfassung sei, deren Regierungsmandat legitim auszuführen, sind nichts anderes als eine totalitaristische Vorbereitung auf einen Putsch von außen im Sinne der US-Doktrin der sogenannten „colour revolutions“. (Hier meine [Analyse](#) zur subversiven Polit-Demagogie der ungarischen Soros-Linken).

Was die westeuropäische Linke nie verschmerzen konnte...: Dass die colour revolutions in Ungarn nie funktioniert haben... (Hier meine Analyse: „[Gibt es eine Verschwörung gegen Ungarn?](#)“)

Der absurde Zirkelschluss der GDC: Zwar glaube auch sie nicht an Wahlmanipulation, aber an: „Mediale Desinformation, die es den Ungarn unmöglich gemacht hätte, bewusste und informierte Entscheidungen zu treffen. – Ein offensichtlich ostrassistisches Argument voller Ungarnhass, gegen ein anscheinend politisch unfähiges Volk.

Hat GDC nie von der offiziell bestätigten Medienmanipulation zugunsten der (von den deutschen Eliten) propagierten Pro-Flüchtlingsberichterstattung gehört. (siehe [FAZ](#)) Denn mittlerweile hat „die Mehrheit der Deutschen das Gefühl, von den Medien belogen zu werden.“ (U. [Ulfkotte](#): „Gekaufte Journalisten“) – Während der Flüchtlingskrise-2015 hatte „die Presse großteils die Perspektive der politischen Elite übernommen“ ([nzz](#)) – Die Silvester-Vergewaltigungen-2015/16 Hunderter Frauen durch nordafrikanische Männer-Gangs wurden tagelang verschwiegen – „aus Angst vor der Wahrheit“ ([Zeit](#)).

Hass-feministische Verleumdungskampagne der niederländischen Transgender-Aktivistin Sargentini



GDC versucht nun den (vor vier Jahren im EU-Parlament auf Druck der Links-Grünen angenommenen) ostrassistischen Ungarn-Hass-Sargentini-Bericht aufzukochen. Auch deshalb, weil er nicht die gewünschte antiungarische Wirkung gezeitigt hat. Dann folgt noch eine unverhohlene Ausgrenzungs-Diffamierung: „Es ist jetzt überall klar, dass die ungarische Regierung anders ist als die anderen, und deshalb wurde sie in gewisser Weise an den Rand gedrängt.“ (GDC)

Der Sargentini-Lügenbericht ist in höchstem Maße radikal-linksideologisch motiviert: Die mittlerweile pensionierte Politfunktionärs-Radikal-Emanze Sargentini war nämlich Mitglied der holländischen groen-links-Partei, ein Zusammenschluss von Kommunisten, Pazifisten, Radikalen und linken Sektierer-Evangelen.

So lautete etwa ein völlig vager Vorwurf, im ungarischen Wahlkampf 2018 habe ein „*ungünstiges Klima*“ geherrscht. Geradezu grotesk auch die Inkrimination, Ungarn habe direkte Demokratie (nämlich Brüssel- und Soros-feindliche Volksbefragungen) abgehalten. Im Mittelalter hatte man Hexentänze unter Todesstrafe gestellt. Grotesker kaum mehr möglich: Die Verurteilung von Ungarns immigrations-skeptischer Haltung, weil u.a. „*Parallelen zwischen Terrorismus und Migration gezogen*“ worden wären. Selbst das deutsche [Bundeskriminalamt](#) hat diesen Zusammenhang von „*Kriminalität im Kontext von Zuwanderung*“ hergestellt. Unterstellt wird zudem racial-profiling von Zigeunern. Im Umkehrschluss würde das bedeuten, dass Angehörige der Roma-Minderheit nicht mehr von der Polizei kontrolliert werden dürften. Alle Attentate auf die Roma-Minderheit (März 2008 – August 09) fanden zur Zeit der sozialistisch-liberalen Gyurcsány-Regierung statt. (siehe [Spiegel](#)) Die für Orbán im Straßburger Parlament sitzende Roma-Politikerin und stellvertretende Parlamentspräsidentin Jaroka Livia verteidigte die ungarische Regierung vehement: „*Alles, was sie hier gegen die Regierung Orbán von sich geben, sind Lügen – was die Lage der Minderheiten in Ungarn betrifft.*“ ([Redebeitrag](#) ab 1:55:34)

Dass Transgender-Aktivistin Sargentini jegliche positive Wertschätzung von Familie [verteufelt](#), ist zwar aufgrund ihres links-radikalen Lebenswandels folgerichtig, deren Begründungen lesen sich aber wie postmodern-feministischer Hexenwahn: In Hass-Kampf-Rhetorik wird da von „*negative(n) Geschlechterstereotype(n) über die Rolle der Frau*“ geschwafelt. Oder davon, „*dass durch die durchgängige Berücksichtigung der Bedürfnisse von Familien*“ erreicht werden solle, „*dass die Bevölkerung wächst*“. Die Diktatur des Transgender-Regenbogens in Rein-Sumpfkultur... Wie soll denn eine gesunde Bevölkerungspyramide sonst entstehen als durch heterosexuelle Fortpflanzung? Selbst die herein gewunkenen Testosteron-Refjutschies machen das nämlich auch noch auf diese altmodische Weise so.

Neue mediale-politische Hass-Kampagne gegen Ungarn angelaufen

Nicht umsonst mehren sich auch auf anderen Kanälen die Antiungarn-Kampagnen: Etwa die einseitige Aussetzung des 43 Jahre alten bilateralen Steuerabkommens mit Ungarn durch die USA. Der Grund: Ungarn verweigert als souveräner Staat die Einführung einer von der EU geplanten globalen Mindeststeuer von 15% als wirtschaftsschädlich. ([vadhajtasok](#))

Und dann noch der letzte Schrei der westlichen Systempresse im Stile plumper Anti-AKW-Propaganda aus den späten siebziger Jahren, gemischt mit Ostrassismen vom bösen Kriegstreiben aus dem dunklen Russland: „Gefahr für Europa – Ungarns Atomkraftwerk-Projekt: Milliarden für Putins Kriegskasse“ ([Krone](#))

Orbans Antwort auf die Hasskampagne: Nationale Identität

In der Siegesrede vom 3. April erklärte der ungarische Ministerpräsident: „Wir alle... Wenn wir zusammenhalten, können wir durch auch durch die dickste Wand gehen. Schützen wir außerdem die Familie, schützen wir Ungarn und schützen wir Ungarns Friede und Sicherheit.

Wir haben einen riesigen Sieg eingefahren... Wir werden alles tun, um uns das Vertrauen zu verdienen, das wir heute Abend von Ihnen bekommen haben.“ (Viktor Orban)

Ungarn bleibt: der letzte Verteidiger des europäischen Christentums

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

02) Orbáns „CPAC“-Rede: „Wo Liberale ein Land ruiniert haben, hilft nur konservative Politik“

07. 05. 2023



Seite E 203 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 836 vom 01.06.2023

Hier die Zusammenfassung der Rede des ungarischen Premierministers auf der „CPAC 2023“-Konferenz.

„Budapest heißt Sie immer willkommen.“

Zu Beginn seiner Rede begrüßte Orbán die Verteidiger der freien Welt – insbesondere den georgischen Ministerpräsidenten Irakli Garibaschwili, den tschechischen Ex-Ministerpräsidenten Andrej Babiš sowie den slowenischen Ex-Ministerpräsidenten Janez Jansa.

Ungarns christlich-konservative Wende

„Wir in Ungarn haben wir nicht nur darüber geredet, wie man die progressiven Liberalen besiegt und eine konservative, christliche politische Wende herbeiführt, sondern wir haben es auch getan.“

Der Prozess habe 2010 begonnen (Anmerkung: Orbans Regierungsübernahme nach zwei sozialistisch-liberalen Regierungsperioden, nun bereits das vierte Mal in Folge).

„Wir sind der Beweis dafür: Nur konservative Politik kann helfen, wo Liberale, Linke, ein Land ruiniert haben.“

„Vollbeschäftigung, 40% weniger Abtreibungen, kaum Kriminalität, kaum Migration“

Und Orban führte weiter aus:

„Die ungarische Erfolgsgeschichte geht seitdem weiter: Vollbeschäftigung, Investitionsrekorde, vierzig Prozent weniger Abtreibungen, Europas beste öffentliche Sicherheit, eingedämmte Migration und eine starke nationale Identität“.

Linke globalistische Eliten greifen Freiheit und Demokratie an

„Wichtig ist für uns aber: Wir Ungarn greifen niemanden an. Wir schreiben anderen Ländern nicht vor, wie sie über Migration, Gender-Theorie oder den europäischen Superstaat zu denken haben.

Und weiter:

„Wir selbst sind es, die in der Defensive sind, weil die globalistische, progressive Elite uns ihren Willen aufzwingen will. Sie will uns sagen, was wir denken und wie wir leben sollen. Unser Freiheitskampf ist für den Westen wichtig geworden, weil nicht nur Ungarn angegriffen wurde, sondern alle Nationen der freien Welt.“

- sowohl in Europa als auch in Amerika.

Ungarns nationale Identität

Doch greift diese Attacke...

...„den verwundbarsten Punkt der westlichen Welt an: die Nation. Dies ist ein, die Nation verzehrendes Virus, das unsere Nation auseinanderreißt und pulverisiert.“

Denn:

Seite E 204 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 836 vom 01.06.2023

„Die Idee der Nation ist einerseits die große Erfindung des Westens, aber auch dessen Achillesferse. Wenn die Nation zerbröckelt, wird der Westen fallen. Menschen ohne Heimat können niemals frei, sondern nur das Spielzeug der globalen Elite sein.“

Weil die Idee der Nation unser besonderes westliches Erbe ist, sind die Ungarn einen Blutpakt eingegangen und haben uns als Nation organisiert. Deshalb schlossen wir uns der westlichen Welt an, und sind deshalb nicht im Nebel der Geschichte verschwunden.“

- erklärte der ungarische Ministerpräsident stolz.

Der Westen befindet sich im Niedergang

Laut Orbán sei zwar die Nation der Wettbewerbsvorteil der westlichen Zivilisation. Jene wird aber angegriffen, und der Angriff ist erfolgreich. Die Entwicklung des Westens hat sich verlangsamt und ist sogar ins Stocken geraten.

„Andere Zivilisationen sind stärker geworden und haben uns in vielen Bereichen überholt. Sie sind uns wirtschaftlich voraus, Europa ist den natürlichen Ressourcen „ausgeliefert“, wir sind von Energieimporten abhängig, und 80 % der wesentlichen Rohstoffe für die moderne Wirtschaft befinden sich nicht in westlichen Ländern.“

Die Weltbevölkerung wächst, die des Westens schrumpft. Und Migration ist eine Vertuschung, kein Heilmittel. Unser einziger Vorteil ist nach wie vor das Militär. Was aber die Ereignisse in Richtung eines militärischen Konflikts treibt, wie es heute der Fall ist.“

Orbáns Analyse ist resignativ:

„Im Wettlauf der Zivilisationen geht es dem Westen nicht gut. Doch das Schlimmste ist, dass wir nur uns selbst die Schuld dafür geben können.“

Illegale Migration, „Woke“ und „Gender“ zerstören nationale Kultur

Sowohl illegale Migration, die Woke-Bewegung als auch die Gender-Propaganda verfolgen das gleiche Ziel: nämlich die Demontage von Nationen. „Woke“ und „Gender“, genau wie Kommunismus und Marxismus vorher, wollen die Nation künstlich auseinanderreißen.

Denn das Wesen der illegalen Migration führt zum Abbau nationaler Gemeinschaften, zur Schaffung von Gruppen, die nebeneinander leben, sich aber feindlich gegenüberstehen, die niemals eine Gemeinschaft und letztendlich keinen einzigen Staat bilden.

Alle drei Ideologien zersplittern die Nation künstlich in Minderheiten, um Zwietracht zwischen den Gruppen zu säen. Dies sei auch die Grundlage ihrer Macht.

Ungarns erfolgreicher Kampf

Das ungarische konservative Experiment hingegen sei erfolgreich, weil wir die Marxisten aus der Ferne kennengelernt haben – „fünfzig Jahre saßen sie uns im Nacken“.

Und es ist so offensichtlich: Auch 'Gender' und 'Woke' teilen die Nation in 'Klassen' ein und verkünden, dass die 'Klasse' wichtiger sei als die Nation und die Zugehörigkeit zur Nation, welcher aber nationale Identität vorausgeht.

Gefährliche progressive Außenpolitik und „Farbenrevolutionen“ führt zu Kriegen

Progressive Außenpolitik treibe die Menschen immer in den Krieg – so der Premierminister. Wäre Trump US-Präsident wäre, gäbe es in der Ukraine heute keinen Krieg.

„Kommen Sie zurück, Herr Präsident, machen Sie Amerika wieder groß und bringen Sie uns Frieden.“

- lautet Orbans Botschaft an Donald Trump.

„Ich habe viele dieser ‚Farbrevolutionen‘ gesehen: Es begann mit dem Slogan der Freiheit, setzte sich fort mit liberaler, fortschrittlicher Umerziehung und menschlicher Auf-Besserung, und endete dann in Chaos, Verwirrung und Scham über verlassene Länder.“

Wenn wir sagen, dass der Westen keinen Krieg braucht, werden wir beschuldigt, den Wagen der Russen zu schieben. Wir haben das hier in Budapest satt.“

- fügte er hinzu.

Die Liberalen verlieren an Einfluss – Gegenmittel Ungarn

Laut Orbán verfolgen die „Progressiven“ zwar immer eine imperiale Politik. Glücklicherweise würden sie aber umso schneller an Popularität verlieren, je lauter sie werden.

Und es gibt eine gute Nachricht für alle: Das Gegenmittel gegen das progressive Virus ist hier in Ungarn. Es ist für jedermann zugänglich, kostenlos, benötigt ein wenig lokales Tuning und funktioniert überall.

„Doch zuerst müssen Sie in großen Buchstaben auf die Fahne schreiben: Keine Migration, kein Gender, kein Krieg.“

„Meine Freunde, wir haben die Migration an unseren Grenzen gestoppt. Wir haben die Sexualisierung von Kindern und Gender-Propaganda in Schulen verboten und setzen uns kompromisslos für den Frieden ein. Das Ding funktioniert. Wir haben viermal in Folge gewonnen.“

Ungarisches Volk steht hinter national-konservativ-christlicher Regierung

„Die Menschen hier haben das Gefühl, dass das Spiel auf ihrer eigenen Haut abläuft. Sie unterstützen die politische Kraft, welche die ganze Nation schützt und ihre Interessen vertritt.“

Größte Schwäche der Progressiven: Die Demokratie

„Die Demokratie ist die größte Schwäche der progressiven Kräfte. Hier kann man sie drehen“, betonte er. „Möge die Macht mit uns allen sein.“

- schloss der ungarische Ministerpräsident Viktor Orbán seine Rede.

Neo-konservative „CPAC“-Konferenz in Budapest: Altlinke in Panik vor „No-Woke-Zone“ ([UM berichtete](#))



Hier Orbans Originalrede:

https://www.youtube.com/watch?v=GoOplUE865U&embeds_referring_euri=https%3A%2F%2Ffunser-mittleuropa.com%2F&feature=emb_imp_woyt

Dieser Beitrag erschien in Erstveröffentlichung bei [MANDINER](#), unserem Partner der europäischen Medienkooperation

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

03) Neo-konservative „CPAC“-Konferenz in Budapest: Altlinke in Panik vor „No-Woke-Zone“

Von unserem Ungarn-Korrespondenten ELMAR FORSTER

06. 05. 2023



Von unserem Ungarn-Korrespondenten ELMAR FORSTER



In Budapest ging gestern eine zweitägige Konferenz „stramm Konservativer“ zu Ende, „welche zum Rundumschlag gegen liberale Werte ausholt“... Linke Journailen – wie der fanatischer Orban-Hasser mit Wohnsitz in Budapest, „Standard“-Gregor Mayer – sind empört:

Seite E 208 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 836 vom 01.06.2023

Nicht nur, weil an der Veranstaltung der österreichische FPÖ-Chef Herbert Kickl, sondern auch Sloweniens Ex-Premier Janez Janša, Tschechiens Ex-Präsident Andrej Babiš, weiters der Schweizer „Weltwoche“-Chefredakteur Roger Köppel, der New Yorker „Jungstar der Republikaner“, Gavin Wax, teilgenommen haben.

Man liest des Standard-Schreiberlings Aufregung förmlich aus jeder Zeile heraus – und die Angst, dass der Neo-Konservatismus die Altlinken angezählt hat: Denn dieses ...

... „illustre Umfeld bevölkern auch der ehemalige deutsche Verfassungsschutz-Chef und Verschwörungstheoretiker Hans-Georg Maaßen“, wo „auch der österreichische Rechtspopulist Kickl in Budapest auf der sogenannten CPAC-Konferenz auftritt.“ (Mayer)

Linke Hass-Klischees

Mayers Echauffiertheit erschöpft sich allerdings an den längst abgeklatschten linken Hass-Vorurteilen, die allerdings – wie man den letzten Wahlumfragen und -Ergebnissen in Österreich sieht, im Volk nicht mehr verfangen...

„'CPAC' steht für die ‚Conservative Political Action Conference‘, ein Forum konservativer Aktivisten aus dem Biotop der US-Republikaner... Ein Sammelbecken der Fans des 2020 abgewählten US-Präsidenten Trump, das auch religiöse Eiferer, autoritäre Libertäre, Verschwörungsschwurbler und Sympathisanten der Alt-Right-Szene aufnimmt.“ (Mayer)

Budapest: Neues Zentrum der „All-Rights“

Besonders erbost den Standard-Schreiberling Mayer aber die Nachhaltigkeit dieses Neo-Konservatismus in Gestalt des größten Feindbildes aller Linken, Viktor Orban: „Finden“ doch „die ‚CPAC‘-Konferenzen jährlich in den USA statt“. Aber:

„Der Rechtspopulist Orbán, der seit 13 Jahren über Ungarn herrscht und seine Macht derart einzementiert hat, dass er praktisch nicht mehr abwählbar ist, genießt bei den amerikanischen Ultrarechten höchsten Respekt. Er und Trump schätzen einander hoch. Deshalb gibt es seit dem Vorjahr einen CPAC-Ableger in Budapest.“ (Mayer)

Größter Affront: „Gegen ‚Wokeness‘“

In den Augen des österreichischen Salon-linksliberalen Mayer begeht nämlich der ungarische Ministerpräsident andauernd und unverbesserlich so etwas wie ideologische Gotteslästerung:

„'Wir haben es mit biologischen Waffen zu tun, man hat eine Virusattacke gegen uns gestartet', tönte Orban. Mit Migrantenströmen, Gender-Sprachvorschriften und 'Wokeness' würde die liberale Linke 'den Willen der Nationen zu brechen trachten'. Ungarn aber sei ein 'Brutkasten, in dem die konservative Politik der Zukunft ausprobiert wird'.“ (Mayer)

Und wenn dann gar nichts mehr hilft, muss wieder das Nazi-Totschlagsargument her:

„Die biologistische Metaphorik entspringt der völkisch-identitären Ideologie, die Orbán seinem Anspruch auf Deutungshoheit zugrunde legt.“ (Mayer)

„Orbans schier unerschöpfliche materielle Ressourcen“

Seite E 209 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 836 vom 01.06.2023

Allerdings weiß auch eine links-liberale Journaille wie Gregor Mayer (dessen äußere Aura eines verstaubt-ungepflegten emeritierten Uralt-Professors mit Wokeness überhaupt nichts zu tun hat), dass sich da ein neo-konservatives Wetterleuchten unaufhaltsam verbreitet. Auch weil man in Ungarn erfolgreicher war als der Globalist Soros, indem Orban neo-konservative Thinktanks etabliert hat: Dieser nämlich...

„verfügt Orbán ... über schier unerschöpfliche materielle Ressourcen. Das mit Euro-Milliarden ausgestattete Matthias-Corvinus-Kollegium ist auch als internationale ultrarechte Kadenschmiede angelegt. Gastprofessoren oder auch nur Stipendiaten erhalten fürstliche Dotationen, die das Vielfache der Gehälter regulärer Uni-Professoren ausmachen. Orbán arbeitet an multiplen Fronten an der Schaffung einer identitären globalen Gegenöffentlichkeit zum liberalen Mainstream.“ (Mayer)

Angst vor der nächsten Trump-Wende

So richtete Donald Trump, höchstpersönlich, Video-Grußworte an die Konferenz: Er sprach von einem historischen und weltweiten Kampf der Konservativen gegen marxistische Globalisten und Kommunisten auf der ganzen Welt:

Und genau davor haben die, nun in die Defensive geratenen, Alt-Linken am meisten Angst: Trump verwies auf das Motto der Konferenz „United we stand“. Indem er betonte, dass die Rettung des westlichen Zivilisation möglich sei: Europa und Amerika...

... „müssen zusammenstehen müssen, um unsere Grenzen, unsere jüdisch-christlichen Werte, unsere Identität und unsere Lebensweise zu verteidigen“.

Die ranzig gewordenen Alt-Linken sind im Panikmodus: Dass nämlich der neo-konservative Virus global geworden ist. Trump betonte, dass es ihm in den vier Jahren seiner Amtszeit eine Ehre gewesen sei, die „besondere Freundschaft“ zwischen den USA und Ungarn zu vertiefen. Und er dankte Premierminister Viktor Orbán ausdrücklich dafür.

Orban gewährt auch Alt-Linken Asyl

Gregor Mayer muss aber keine Angst haben! Denn seit seiner viermaligen Wiederwahl hat Gregor Mayer Budapest weiterhin zu seinem Wohnsitz erkoren, wohl auch deshalb, weil es sich hier freier leben als im metternich'schen Österreich: Wo sich die woke-links-totalitaristische Ideologie dem Ende zuzuneigen scheint.

„Kickls Einladung zur Budapester CPAC ist nur folgerichtig. Orbán dürstet nach Bündnisgenossen unter den EU-Mitgliedern. Eine künftige Kanzlerschaft des FPÖ-Vormanns käme ihm sehr recht.“ (Mayer)

„Kein Land für woke Männer“

Wie sehr sich die altlinken Alt-68er-Mufties selbst überlebt haben, zeigt sich daran, dass sie einen ihrer stärksten Anti-War-Slogans aus er Zeit des Vietnam-Kriegs nun ins Lächerliche ziehen:

„Andere Podien (auf der CPAC-Konferenz) führen noch launigere Bezeichnungen: ‚Macht Kinder, nicht Krieg‘ oder ‚Kein Land für ‚woke‘ Männer‘“. (Gregor Mayer)

Der Hass der ungepflegt-ranzigen, altlinken Männer zeigt sich an der unterschwelligen Aversion gegenüber allem, was mit „Fortpflanzen“ zu tun hat.

„Der Tod: Beste Erfindung des Lebens“

„Der Tod ist höchstwahrscheinlich die beste Erfindung des Lebens. Er ist der Vertreter des Lebens für die Veränderung. Er räumt das Alte weg, um Platz zu machen für das Neue. Gerade jetzt seid das Neue ihr, aber eines Tages, nicht sehr viel später, werdet ihr langsam zum Alten gehören und weggeräumt werden. Tut mir Leid, dass ich so dramatisch bin. Aber es ist die Wahrheit.“ (Steve Jobs 1955 – 2011)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

04) Orban: „Es gibt nur Kriegs-Verlierer – EU will Außenpolitik souveräner Mitgliedstaaten abschaffen“

05. 05. 2023



Viktor Orbán gab am Freitagmorgen im „Kossuth Radio“ ein Interview – ganz unter dem Eindruck einer Eröffnungsrede bei neo-konservativen „CPAC“-Konferenz am Donnerstag (UM berichtet in Kürze darüber).

Der ungarische Premierminister fühlt sich nun in seiner Anti-Kriegs-Haltung bestätigt:

„In diesem Krieg wird es nur Verlierer geben.“

Seiner Meinung nach würde aber auch Russland gegen eine Wand stoßen, weil die NATO die Ukraine mit Waffen und Geld versorgt. Auf der anderen Seite ist aber Russland ein Land mit 140 Millionen Einwohnern und verfügt über eines der größten Atomwaffenarsenale der Welt:

„Ich will mir nicht lebhaft vorstellen, dass jemand eine Atommacht besiegt.“

Zudem sei aber auch die Zerstörung in der Ukraine enorm mit sehr vielen Kriegsopfern.

Gegen USA als Kriegstreiber

Orban erwähnte auch eine von den USA finanzierte Kriegsbefürworter-Plakatkampagne und distanzierte sich davon. Im Krieg wurden riesige Gewinne gemacht und sind viele Geschäftsinteressen damit verbunden. Auch George Soros hätte immer vom Zugang zu den natürlichen Ressourcen Russlands geträumt, bereits in den 1990er Jahren.

Zum Papstbesuch

Seiner Ansicht nach sei der Vatikan entschlossen, all seine Kraft und Kontakte zu mobilisieren, um das Blutvergießen zu stoppen. Dazu müssten sich aber Länder, die Frieden wollen, zusammenschließen. Außer Ungarn wagt es aber kaum jemand, offen für den Frieden einzutreten.

Über die Ukraine

Gerade die Ungarn nämlich sind mindestens doppelt am Frieden in der Ukraine interessiert: Allein schon wegen deren Nachbarschaft, aber auch weil die Ukraine altes ungarisches Land mit einer ungarisch-indigenen Bevölkerung ist.

Nur gemeinsam können die Mitteleuropäer ihre Ziele erreichen

Bezüglich der ukrainischen Getreideimporte wäre Ungarn getäuscht worden, weil es helfen wollte. Doch das Getreide ging nicht an die Hungernden nach Afrika, sondern an Spekulanten, welche die Preise drückten und den mitteleuropäischen Getreidemarkt ruinierten.

Dank des polnischen Widerstandes wäre dem aber nun ein Ende gesetzt worden.

Weiterhin Preisstopp bei Energie und Allgemeinkosten

Die EU-Mitgliedschaft der Ukraine betrachtet Orban mit Skepsis: Sei es doch nicht hilfreich, sich in der Zwischenzeit selbst zu zerstören.

Vor dem Krieg hätte Ungarn 7 Milliarden Euro für Energie gezahlt, 2022 bereits 17 Milliarden Euro. Trotzdem aber könne die ungarische Regierung immer noch reduzierte Strompreise garantieren – gerade zum Schutze der Familien.

Für den nächsten Winter besteht außerdem keine Garantie, dass Europa genug Gas bekommen wird.

Über die Abschaffung der Nationen

Der Premierminister wies zudem auf einen EU-Plan hin, wonach die einzelnen EU-Mitgliedstaaten in Zukunft keine unabhängige Außenpolitik mehr betreiben sollten. Noch heute oder morgen würde ein solcher veröffentlicht werden. Auch die Deutschen stünden hinter diesem Plan, und Ungarn würde dann seinen außenpolitischen Handlungsspielraum verlieren: Säge doch ein solcher Plan statt Einstimmigkeit ein Mehrheitsentscheid vor – und zwar ohne Veto-Möglichkeit.

Globalisten wollen Nationalstaaten zerstören

Seite E 212 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 836 vom 01.06.2023

Stattdessen sollten aber im Gegensatz dazu die Nationen gestärkt werden, welche freilich globalistische und Finanzkräfte, Bürokraten und Spekulanten abschaffen wollen.

Dieser Artikel erschien in Erstveröffentlichung unter [MANDINER](#), unserem ungarischen Partner der Europäischen Medienkooperation. Er wurde durch „UM“ leicht gekürzt.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

05) Ö: Anti-ORF-Petition mit leeren Seiten – „Medienpolitik wie in finstersten Diktaturen“ – Ungarn viel freier

Von unserem Ungarn-Korrespondenten ELMAR FORSTER

05. 05. 2023



Printmedien-Protest mit leeren Titelseiten

Mit weißen Titelseiten haben die wichtigsten österreichischen Printmedien am „Tag der Pressefreiheit“ auf eine totalitaristische Entwicklung hingewiesen: Ein neues Finanzgesetz, maßgeschneidert für den österreichischen Staats-TV-ORF, welches dessen einseitige Politisierung sogar noch zementiert: Sodass andere Medien nun mit dem wirtschaftlichen Überleben kämpfen.

„Österreichs Medienpolitik wie in finstersten Diktaturen“

Trotz der „höchste Inflation in Europa“, der „schlimmsten Korruption und der schlechtesten Regierung“ und eines extremen Vertrauensverlusts der Regierung (nur noch 25 % bewerten deren Arbeit positiv“)...

...„führt diese inferiore türkis-grüne Noch-Regierung, die vor ihrer Abwahl steht, ab sofort alle (!) ÖsterreicherInnen eine Zwangssteuer für ihr Staatsfernsehen ein.“

- wie [oe24](#)-Chefredakteur Fellner mit markanten Worten anprangert.

Nun hat Boulevard-Zeitung „Österreich“ eine Anti-ORF-[Online-Petition](#) initiiert. Die Vorwürfe sind schwerwiegend:

Bisher wurde nämlich „nur“ eine sog GIS-Gebühr (in Gesamthöhe von 660 Millionen EUR erhoben) – allerdings nur von Medien-Nutzern im Besitze eines Radios oder Fernseher. Nun, ab 2024, muss jeder zahlen, egal ob er ORF konsumiert oder nicht. Mit dem lukrativen Ergebnis von 200 Millionen EUR Mehreinnahmen für defizitäre und links-liberal-einseitige Berichterstattung. Oe24-Chefredakteur Fellner vergleicht Österreichs Medienpolitik mit der „übelsten Diktaturen“ zum Zwecke einer...

„Zwangssteuer für ein Staats-Fernsehen... mit einer Überdosis einseitiger News und Interviews dieser türkis-grünen Regierung (die den ORF in allen Stiftungsräten, Positionen, Landesstudios dominiert und dirigiert) die nächste Wiederwahl zu retten und die Opposition kleinzuhalten.“

Und in der Tat: Strafen in Höhe von 2180 Euro sind angedroht, falls den ORF-Spitzel-Eintreibern keine oder eine nicht korrekte Auskunft über den künftigen Dauerzahler gegeben wird. Bei Uneinbringlichkeit drohen Gehaltsexekution und sogar Gefängnisstrafen

Medienpolitisch reaktionär

Damit soll v.a. gegen die Konkurrenz der kostenlosen Privatsender sowie der unabhängigen Blogger vorgegangen werden. Außerdem belegen Umfragen, dass eine Mehrheit den ORF nicht mehr sehen will.

Arroganz der ORF-Stars führt zu Shitstorm

So löste die verzweifelt-arrogante Selbstverteidigung der ORF-Zwangssteuer durch den linken ORF-„Moderator“-Inquisitor Armin Wolf einen veritablen Shitstorm aus. ([oe24](#)) Wolf argumentiert mittels Orwellscher Wirklichkeitsverdrehung:

„Die ORF-Gebühr wird deutlich billiger. Der ORF erreicht 95% (!) aller Österreicher·innen. Die ORF-Werbung wird im neuen Gesetz gekürzt. – Die Texte auf werden um 2/3 eingeschränkt“.

Seite E 214 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 836 vom 01.06.2023

Im Zentrum der Kritik – die Zwangs-Steuer:

„Sie erreichen 95% nicht über den freien Markt, sondern weil wir alle zur Kasse gebeten werden.“

„Systemische Polit-Interventionen“

Und genau dieses korruptions-affine ORF-System unterstützt der linke Medienstar Wolf:

So berichtete etwa die „Presse“ von „systematischen Interventionen, ‚Pflicht‘-Interviews und einer ÖVP-Niederösterreich, die den ORF für sich als Plattform nutzt“. Der „Standard“ ortet das „Sittenbild eines eng mit der Landespolitik verwobenen“ Rundfunks. ([ORF](#)) Mittlerweile musste der niederösterreichische ORF-Landesintendant Ziegler zurücktreten: Der niederösterreichische Redaktionsalltag sah so aus:

„Ziegler lässt Beiträge nachträglich abändern; veranlasst, bestimmte Wordings aus ÖVP-Pressetexten zu verwenden, und gibt seinen Mitarbeitern im Vorfeld ihrer Berichterstattung klare Richtlinien, mit welchen Inhalten und Personen die Beiträge zu füllen sind.“ ([Presse](#))

Ungeheuerlich freilich, dass die aufgedeckten metternisch'schen Zensurmethode jahrzehntelang in Österreich gang und gäbe waren.

Auch Printmedien durch Inseraten-Korruptionsaffäre belastet

Sollen doch auch sie „mit öffentlichen Inseraten quasi gekauft“ ([Süddeutsche](#)) worden sein. Richtig skandalös wurde alles durch Korruptionsermittlungen gegen Ex-Bundeskanzler Kurz. Der Vorwurf: „Steuergeld für gute Berichterstattung“, wobei selbst noch die Inhalte vorgegeben wurden.

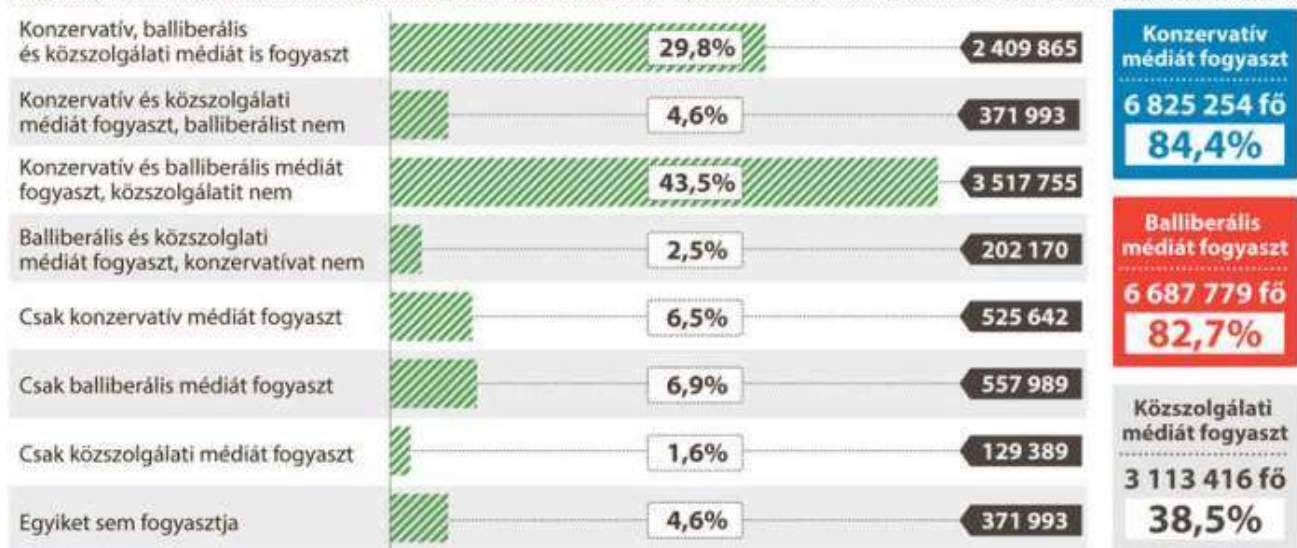
Allerdings...

...„hat das hat in Österreich schon lange System. Weil nämlich alle Regierungen bisher davon profitierten, wurde es nie reformiert.“ ([SZ](#))

2011 gab es Korruptions-Ermittlungen gegen SPÖ-Ex-Bundeskanzler Faymann: Hatte doch das Kanzleramt knapp vier Millionen für Medieninserate in allen österreichischen Zeitungen ausgegeben.

Ungarns Medienpolitik ist viel freier

Médiafogyasztási szokások Magyarországon (2020. III. negyedév, potenciális elérés, fő, 18+)



Grafika: Magyar Nemzet

Forrás: Médianéző Központ

(blau: konservativer Medienkonsum / rot: linksliberaler MK / grau: öffentlich-rechtlicher Medienkonsum)

Hier eine Analyse aus dem Jahr 2021: In Ungarn gibt es 393 TV-Sender, 234 terrestrische und Internetradios, 6731 Druck- und 3540 Internetzeitungen: 85% der Medien sind dem konservativen, 83 % dem linken Lager zuzurechnen. Und besonders interessant: Der öffentlich-rechtliche Mediensektor beträgt nur 38,5 % ([Medienanalyse](#) auf „ungarn-real“)- Außerdem ist der linke Mediensektor seit Orbans Regierungsantritt (2012–20) sogar um 45% gewachsen.

„ORF-Watch“ – Die unabhängige Kontrolle des ORF-Gebührenmonopols

Übrigens: Unabhängige Investigativ-Journalisten führen seit 2014 ein Dokumentationsarchiv zu den partei-politisch und links-indoktrinierten Methoden des ORF. ([orf-watch](#))

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

06) Papstbesuch in Ungarn +UPDATE 04.05.+ Ukraine lehnt Friedensvermittlung durch Papst, Orban und Patriarch Hillarion ab

Von unserem Ungarn-Korrespondenten ELMAR FORSTER

04. 05. 2023



+++ UPDATE v. 04.05.2023 +++

Ukraine lehnt Friedensvermittlung durch Papst, Orban und Patriarch Hillarion ab

Die ukrainische Führung gibt vor, von der Friedensmission des Papstes Franziskus nichts zu wissen, obwohl jene von Franziskus selbst angekündigt wurde. [Sky News](#) zitiert allerdings einen ukrainischen Beamten (unter Zusage von Anonymität), welcher auf die Friedensmission des Papstes eingegangen war. Diese hatte der Heilige Vater während seine Budapestbesuchs auch mit dem ungarischen Ministerpräsidenten Orban besprochen.

Dazu kam nun das öffentliche Dementi eines ukrainischen Beamten aus dem Umfeld des Selenskyj-Präsidialamts gegenüber CNN:

„Der ukrainische Präsident Selenskyj hat ähnlichen Gesprächen im Namen der Ukraine nicht zugestimmt. Wenn Verhandlungen im Gange sind, dann ohne unseren Segen, ohne unser Wissen.“

Auf dem Rückflug von Budapest nach Rom versicherte der Paps gegenüber Journalisten: Die Mission sei im Gange, aber noch nicht offiziell bekannt gegeben. Franziskus möchte zwischen der Ukraine und Russland vermitteln und hat diesbezüglich mit Orbán und dem russisch-orthodoxen Patriarchen Hillarion in Budapest gesprochen.

Der Papst erinnerte daran, dass der Heilige Stuhl bereits über den Austausch von Kriegsgefangenen zwischen Russland und der Ukraine vermittelt habe. Er hätte

zudem immer gute Beziehungen zum russischen Botschafter beim Heiligen Stuhl gepflegt.

Laut „[Vatican News](#)“ habe der Paspt während des Rückfluges nach Rom folgende Themen angesprochen:

„Ich habe viele Menschen in Ungarn getroffen, die Frieden wollen. Wir müssen den Pro-Kirill-Bogen treffen. Europa muss endlich die Migrantfrage in die Hand nehmen.“

+++ UPDATE 03.05.2023 +++

LBTGQ-Lobby empört über Orbans Familien-Posting mit Papst

„Familie ist Familie“



A család az család

LGBTQ-Aktivist Márton Pál



„Viktor Orbán hat sich über uns und Papst Franziskus lustig gemacht“

Laut dem Gründer der LBTGQ-Kampagne „Familie ist Familie“, Márton Pál, habe Viktor Orbáns Social-Media-Beitrag sowohl die Regenbogenfamilien als auch Papst Franziskus „zum Gespött“ gemacht.

„Ich bin wütend auf Viktor Orbán, weil er sich über Familien wie uns lustig gemacht hat. Er hat sich über unsere Kinder lustig gemacht, für die wir Familie und Sicherheit bedeuten. Er machte sich über Menschen, Unternehmungen und Botschaften lustig, welche sich in den letzten Jahren für uns eingesetzt und gezeigt haben, dass Familie Familie ist.“

Er hat sich über Papst Franziskus lustig gemacht, der, wie ich hoffe, niemals einem Foto zustimmen würde, das darauf abzielt, ungarische Familien zu inszenieren.“

- schrieb Márton Pál.

Scharfe Kritik des Papstes an der Gender-Ideologie

Genau das aber hat der Papst mit dem Empfang der großen Orban-Familie getan zu haben. Oder will der Gender-Lobbyist dem Papst unterstellen, dass jener das Foto-Shooting gar nicht mitbekommen hätte? Oder dass Orban den Heiligen Vater dazu gar genötigt haben könnte?

Übrigens: Der Papst hat die Gender-Ideologie scharf kritisiert:

„Ich denke also an ein Europa, das keine Geisel der Parteien ist, indem es zum Opfer autoriferentieller Populismen wird. Das sich aber auch nicht in eine zerfließende, wenn nicht gar gasförmige Wirklichkeit verwandelt, zu einer Art abstrakten Überstaatlichkeit, die das Leben der Völker vergisst.

Das ist der unheilvolle Weg der „ideologischen Kolonisierung“, die Unterschiede auslöscht, wie dies bei der sogenannten Gender-Kultur der Fall ist, oder der Lebenswirklichkeit Freiheitskonzepte reduktiver Art voranstellt, indem sie zum Beispiel ein sinnwidriges ‚Recht auf Abtreibung‘ als Errungenschaft rühmt, welche jedoch immer eine tragische Niederlage ist.“ (Papst Franziskus)

Denn auf dem Foto mit dem Papst stehen neben dem Ministerpräsidenten auch dessen Frau Anikó Lévai, seine Töchter, darunter Ráhel Orbán und ihr Ehemann István Tiborcz, sowie die Enkelkinder des Ministerpräsidenten zu sehen.

Orban persifliert LBTGQ-Slogan

Der LGBTQ-Aktivist reagierte somit auf den vom ungarischen Premierminister veröffentlichten Facebook-Post „Familie ist Familie“ eifersüchtig.

Laut Márton Pál sei das „Unangenehmste“ an der Pro-Hetero-Familien-Kampagne von Orban, dass Pál selbst nie die Legitimität von Familien in Frage gestellt hat, was im Post des Premierministers behauptet würde.

„Alles, was wir verlangen, ist, dass unsere Kinder die gleichen Rechte und Chancen haben. Nicht mehr und nicht weniger. Unser Ziel ist es, zu zeigen, dass Familien vielfältig sind, was unserer Meinung nach das Konzept von Familien stärken und nicht schwächen würde.“

„Eine Rose, ist eine Rose, ist eine Rose, ist ein Rose“ (Gertrud Stein 1913)

Der Satz ist einer der berühmtesten der Literaturgeschichte mit einer klaren Aussage:

„Die Dinge sind, was sie sind.“

Wird auch gerne also das Gesetz der Identität wiedergeben.

Nach Steins Ansicht ruft also allein die bloße Verwendung eines Begriffes bereits die damit verbundenen Bilder und Emotionen hervor. Dieses Universalien-Problem wurde bereits im Mittelalter durch den christlichen Philosophen Peter Abaelard diskutiert.

Insofern versucht also die Transgender-Ideologie, als Teil der westlich-nihilistischen Cancel-Culture, die humane Identität ins Gegenteil zu pervertieren. Goerge Orwell hat diese perverse Wirklichkeitsverdrehung einmal in „1984“ so umschrieben:

„Krieg ist Frieden. Freiheit ist Sklaverei. Unwissenheit ist Stärke“

+++ UPDATE 02.05.2023 +++

Warum kam Papst Franziskus nach Budapest? Friedensmission und neuer ungarischer Papst-Nachfolger ?

Der Korrespondent von „Church Militant“ in weist in seinem [Podcast Rome Dispatch](#) darauf hin, dass er zusammen mit Viktor Orban eine Friedensmission geplant haben könnte. Außerdem wird die Frage aufgeworfen, ob der ungarische Kardinal Peter Erdő die Nachfolge von Papst Franziskus antreten könnte? Die Zeitung bezeichnet nämlich den ungarischen Primas einen „katholischen Rockstar“, der viele Sprachen spricht, Gelehrter und Pastor zugleich ist. Nach Ansicht von Erdő wäre nämlich Kirche keine Demokratie, sondern eine „Christokratie“. Außerdem wäre der Ungar sehr intelligent und ein guter Verwalter.

Auch der „[Catholic Herald](#)“ [berichtete](#) über Erdős Papabile, obwohl Luis Antonio Tagle von den Philippinen seit Jahren als Hauptkandidat für die Nachfolge genannt wird.

+++ UPDATE v. 30.04. – 15 Uhr +++

West-Medien manipulieren Budapester Papstrede

Mit der üblichen Unverfrorenheit manipulierten linke westliche Gesinnungs-Journalisten die Papstrede bis über die Grenzen der Informations-Klitterung hinaus, wobei die klassischen Methoden jeder totalitären Medienmanipulation, Auswahl und Gewichtung, übernommen werden. Dabei werden zumeist vorgefertigte Anti-Orban-Schablonen von sogenannten „Nachrichten“agenturen übernommen:

„Papst verurteilt in Ungarn Nationalismus“ ([Presse](#))

„Papst in Ungarn: Klare Worte zu Migration und Europa“ ([Zeit](#))

„Franziskus redet Orban ins Gewissen: Es ist buchstäblich eine Moralpredigt, die sich der ungarische Premier beim Besuch des Papstes anhören muss. Franziskus beschwört in Orbans Beisein die Werte Europas im Umgang mit Flüchtlingen. Zum Krieg in der Ukraine bleibt der 86-Jährige allerdings vage.“ ([ntv](#))

„Ein päpstlicher Fingerzeig für Orban.“ ([faz](#))

Anti-Orban-Erwartungshaltung linker Gesinnungsjournalisten

„Franziskus‘ Rede war mit Spannung erwartet worden. Beobachter rechneten im Vorfeld mit Aussagen, die als vorsichtig kritisch gegenüber dem rechtspopulistischen Ministerpräsidenten Orban gewertet werden können. Ungarns Gesetze zu Migration und Flüchtlingen stehen oftmals im Widerspruch zu internationalem und EU-Recht. Grundsätzlich ist es etwa Schutzsuchenden, die ungarisches Gebiet erreicht haben, nicht möglich, um Asyl anzusuchen.“ ([Zeit](#))

Einseitige Auswahl

Es ist zwar richtig, dass das Eintreten des Papstes für eine grenzenlose Flüchtlingspolitik in klarem Gegensatz zur Abschottung Ungarns steht, wobei mittlerweile sogar die EU Orban diesbezüglich als Vorbild nimmt.

„Papst Franziskus bekräftigt seine Forderung nach ‚sicheren und legalen Wegen‘ für Menschen, die ‚vor Konflikten, Armut und Klimawandel fliehen‘ und in Europa Zuflucht suchten. Nur gemeinsam könnten die Europäer diese Herausforderung bewältigen, die ‚nicht durch Zurückweisung eingedämmt werden kann, sondern angenommen werden muss.‘“ (ntv)

Sinnverfälschende Manipulation: Befürworter der Migration, gegen Gender, für Familien, gegen europäischen Superstaat, für Frieden

Das war dann aber auch schon alles mit der „Moralpredigt“ des Papstes gegen die Orban-Regierung: Denn sowohl der Ungarnbesuch als auch die Papstrede selbst waren eine Wertschätzung der neo-konservativen ungarischen Orban-Familienpolitik, sowie eine klare Kampfansage gegen den ultralibertären, nihilistischen westlichen Transgender-Zeitgeist. Zudem eine deutliche Kritik am Zustand einer totalitaristischen EU.

Das hat sogar der offiziöse Links-ORF bemerkt: Denn in Wirklichkeit war die Verurteilung des „Nationalismus“ genau das Gegenteil von dem, was sich linke Zeitgeist-Ideologen erwartet hatten: Indem nämlich Franziskus auf die „Einzigartigkeit der Staaten“ pochte. Eine deutliche Kritik an der nihilistischen Brüsseler Politik eines Superstaates, welche sich mustergültig, mit geradezu ost-rassistischem Hass gegen Orbans Politik für eine souveräne Selbstbestimmung, richtet.

Zudem richtete sich des Papstes Kritik am Nationalismus gegen den Ukraine-Krieg:

„Insgesamt scheint sich die Begeisterung für den Aufbau einer friedlichen und stabilen Gemeinschaft der Nationen in den Gemütern aufgelöst zu haben.“

Erstaunlich objektiv auch hier der ORF:

„Mit Blick auf Brüssel erklärte der Papst, benötigt werde ‚ein Ganzes, das die Teile nicht plattdrückt, und Teile, die sich gut in das Ganze integriert fühlen‘. Europa dürfe sich nicht ‚in eine zerfließende, wenn nicht gar gasförmige Wirklichkeit‘ verwandeln.“ ([ORF](#))

Der Papst verwendete diesbezüglich sogar den Begriff von dem „unheilvollen Weg der ‚ideologischen Kolonisierung‘“, die Unterschiede auslösche.

Klare Absage an Trans-Gender-Ideologie, gegen Abtreibung

Als negatives Beispiel kritisierte der Papst „die sogenannte Gender-Kultur“ oder andere ultralibertäre Freiheitskonzepte, „indem sie zum Beispiel ein sinnwidriges ‚Recht auf Abtreibung‘ als Errungenschaft rühmen“. Abtreibung sei jedoch immer eine tragische Niederlage.

Orbans Familienpolitik als Vorbild

Stattdessen müsse Europa wieder den Menschen in den Mittelpunkt stellen. Der Papst forderte gleichzeitig „wirksame politische Ansätze für eine bessere demografische Entwicklung und zugunsten der Familie“.

Das erwähnt dann sogar der ORF:

„Eine Politik, die etwa Ministerpräsident Orban verfolgt. Familien mit drei und mehr Kindern erhalten in Ungarn neben Kindergeld und anderen Zuwendungen auch weitreichende Steuerbefreiungen. Zudem gilt in dem osteuropäischen Land ein Verbot von Werbung für gleichgeschlechtliche Beziehungen und das gesetzliche Nein zur „Ehe für alle.“ (ORF)

Insofern aber sind Ungarn und der Papst Verbündete, wie die ungarische Staatspräsidentin Novak in ihrer Absprache an den Papst verdeutlichte – das ungarische Grundgesetz zitierend:

„Wir sind Verbündete. Gemeinsam verteidigen wir das menschliche Leben, die Frau und den Mann als Individuen und als Menschen, die zusammenkommen, aber auch die Freiheit von Menschen, die anders denken und leben.“ (ungarische Staatspräsidentin Katalin Novak)

Klare Absage an westliche Kriegstreiberei

Unmissverständlich forderte der Papst eine Beendigung des Ukrainekrieges:

„Sprechen Sie mit Kiew und Moskau, mit Washington, Brüssel, Budapest und mit all denen, ohne die es keinen Frieden geben kann. Hier in Budapest bitten wir Sie, sich persönlich für einen gerechten Frieden einzusetzen, und zwar so schnell wie möglich.“

Zur Erinnerung: Nur Orban hat sich innerhalb der EU von Anfang an gegen die westliche Kriegstreiberei und die Anti-Russland-Sanktionen ausgesprochen. Und wird diesbezüglich von der überwiegenden Mehrheit der Ungarn unterstützt.

Außerdem lobte Franziskus den ungarischen Umgang mit Minderheiten in der ungarischen Verfassung: Nämlich der Zusage Ungarns, auch nationale Minderheiten als „Teil der ungarischen politischen Gemeinschaft und (als) konstituierende Teile des Staates“ anzuerkennen und zu schützen.

Der Papst wird diesbezüglich eindeutig:

Wonach wieder Einflusszonen abgesteckt, Unterschiede hervorgehoben, Urteile anderen gegenüber verschärft und Nationalismen wieder neu aufbranden würden. Man habe den Eindruck, „dem traurigen Untergang des gemeinsamen Traums vom Frieden beizuwohnen, während die Einzelkämpfer des Krieges Raum gewinnen.“ – so das Kirchenoberhaupt weiter.

Wertschätzung der historischen Rolle Ungarns als christliche Nation

Franziskus erinnerte an die christlichen Wurzeln und Werte Ungarns, die bis ins Mittelalter zurückreichen und daran, dass der ungarische König Stephan zum Heiligen ernannt wurde.

https://www.youtube.com/watch?v=dQ5zCtDk_C0

Hier die Rede des Papstes im Wortlaut

APOSTOLISCHE REISE NACH UNGARN NR. 1 ANSPRACHE DES HEILIGEN VATERS

Begegnung mit den Vertretern der Regierung, der Zivilgesellschaft und des diplomatischen Korps

Budapest, ehemaliges Karmelitenkloster, 28. April 2023

„Frau Staatspräsidentin,
Herr Ministerpräsident,
geschätzte Mitglieder der Regierung und des diplomatischen Korps,
sehr verehrte Verantwortungsträger und Vertreter der Zivilgesellschaft,
meine Damen und Herren!

Ich begrüße Sie herzlich und danke der Frau Präsidentin für das Willkommen und ihre freundlichen Worte. Politik entsteht aus der Stadt, aus der Polis, aus der konkreten Leidenschaft für das Zusammenleben, indem Rechte garantiert und Pflichten respektiert werden. Wenige Städte helfen uns beim Nachdenken darüber so sehr wie Budapest, das nicht nur eine vornehme und lebendige Hauptstadt ist, sondern auch ein zentraler Ort in der Geschichte: als Zeuge bedeutender Wendepunkte im Laufe der Jahrhunderte ist es gerufen, ein Akteur für die Gegenwart und die Zukunft zu sein; hier »umarmen sich die sanften Wellen der Donau, die Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft ist« (A. JÓZSEF, An der Donau), wie einer eurer großen Dichter schrieb. Ich möchte daher einige Gedanken mit euch teilen und dabei von Budapest als Stadt der Geschichte, Stadt der Brücken und Stadt der Heiligen ausgehen.

„Den Schatz der Demokratie und den Traum vom Frieden bewahren“

1. Stadt der Geschichte

Diese Hauptstadt hat antike Ursprünge, wie keltische und römische Überreste bezeugen. Ihr Glanz führt uns jedoch in die Neuzeit, als sie Hauptstadt des österreichisch-ungarischen Reiches während jener Friedensperiode war, die als belle époque bekannt ist und die sich von der Stadtgründung bis zum Ersten Weltkrieg erstreckte. Die Stadt ist in Friedenszeiten entstanden und hat schmerzhaft Konflikte erlebt: nicht nur Invasionen in lang zurückliegenden Zeiten, sondern im vergangenen Jahrhundert auch Gewalt und Unterdrückung durch die nationalsozialistische und die kommunistische Diktatur – wie könnten wir 1956 vergessen? Und während des Zweiten Weltkriegs die Deportation von Zehntausenden von Einwohnern, wobei die verbleibende Bevölkerung jüdischer Herkunft im Ghetto eingesperrt und zahlreichen Massakern ausgesetzt war. In diesem Umfeld gab es viele tapfere, rechtschaffene Menschen – ich denke an Nuntius Angelo Rotta –, viel Widerstandskraft und großes Engagement beim Wiederaufbau, so dass Budapest heute eine der europäischen Städte mit dem höchsten Prozentsatz an jüdischer Bevölkerung ist und das Zentrum eines Landes, das den Wert der Freiheit kennt und das, nachdem es einen hohen Preis an die Diktaturen gezahlt hat, den Auftrag hat, den Schatz der Demokratie und den Traum vom Frieden zu bewahren.

In diesem Zusammenhang möchte ich auf die Gründung von Budapest zurückkommen, die in diesem Jahr feierlich begangen wird. Sie erfolgte nämlich vor 150 Jahren, im Jahr 1873, aus der Vereinigung dreier Städte: Buda und Óbuda westlich der Donau mit Pest am gegenüberliegenden Ufer. Die Geburt dieser großen Hauptstadt im Herzen des Kontinents erinnert an den gemeinsamen Weg, den Europa eingeschlagen hat, in dem Ungarn sein Leben entfaltet. In der Nachkriegszeit verkörperte Europa zusammen mit den Vereinten Nationen die große Hoffnung mit dem gemeinsamen Ziel, dass ein engeres Band zwischen den Nationen weitere Konflikte verhindern würde. In der Welt, in der wir leben, scheint die Leidenschaft für gemeinschaftliche Politik und Multilateralismus jedoch eine schöne

Erinnerung aus der Vergangenheit zu sein: Man hat den Eindruck, dem traurigen Untergang des gemeinsamen Traums vom Frieden beizuwohnen, während die Einzelkämpfer des Krieges Raum gewinnen. Insgesamt scheint sich die Begeisterung für den Aufbau einer friedlichen und stabilen Gemeinschaft der Nationen in den Gemütern aufgelöst zu haben, während Einflusszonen abgesteckt werden, Unterschiede hervorgehoben werden, Nationalismen wieder neu aufbranden und die Urteile und Töne anderen gegenüber verschärft werden. Auf internationaler Ebene scheint es sogar so zu sein, dass die Politik eher die Gemüter erhitzt statt Probleme zu lösen, und dass sie dabei die Reife vergisst, die sie nach den Schrecken des Krieges erlangt hat und die sich in eine Art kriegerischen Infantilismus zurückentwickelt hat. Aber Frieden wird niemals durch die Verfolgung eigener strategischer Interessen entstehen, sondern durch Arten von Politik, die fähig sind, das Ganze, die Entwicklung aller, in den Blick zu nehmen: achtsam gegenüber den Menschen, den Armen und der Zukunft; nicht nur auf Macht, Gewinne und die sich gegenwärtig bietenden Möglichkeiten bedacht.

„Wo bleiben die schöpferischen Anstrengungen für den Frieden?“

In dieser heiklen historischen Lage ist Europa von grundlegender Bedeutung. Denn dank seiner Geschichte repräsentiert es das Gedächtnis der Menschheit und ist daher aufgerufen, die Rolle zu spielen, die ihm entspricht: Jene, die Fernstehenden zu vereinen, die Völker in seinem Inneren willkommen zu heißen und niemanden für immer als Feind stehen zu lassen. Es ist daher wesentlich, die europäische Seele wiederzuentdecken: die Begeisterung und den Traum der Gründerväter, Staatsmänner, die es verstanden, über ihre eigene Zeit, über nationale Grenzen und unmittelbare Bedürfnisse hinauszublicken und Formen der Diplomatie zu entwickeln, die in der Lage waren, die Einheit wiederherzustellen und nicht die Risse zu vergrößern. Ich denke daran, wie De Gasperi bei einer Konferenz, an der auch Schuman und Adenauer teilnahmen, sagte: »Wir entwerfen das vereinte Europa für sich selbst, nicht um es anderen entgegenzusetzen... wir arbeiten für die Einheit, nicht für die Teilung« (Ansprache bei der Konferenz für Europa, Rom, 13. Oktober 1953). Und weiter denke ich an das, was Schuman sagte: »Der Beitrag, den ein organisiertes und lebendiges Europa zur Zivilisation leisten kann, ist unerlässlich für die Aufrechterhaltung friedlicher Beziehungen«, denn – denkwürdige Worte! – »der Friede der Welt kann nicht gewahrt werden ohne schöpferische Anstrengungen, die der Größe der Bedrohung entsprechen.« (Schuman-Erklärung, 9. Mai 1950). In dieser historischen Phase sind die Gefahren viele, aber ich frage mich, auch wenn ich an die leidgeprüfte Ukraine denke, wo die schöpferischen Anstrengungen für den Frieden bleiben?

2. Budapest ist eine Stadt der Brücken

Von oben betrachtet, zeigt die „Perle der Donau“ ihre Besonderheit gerade dank der Brücken, die ihre Teile miteinander verbinden und ihre Struktur mit der des großen Flusses in Einklang bringen. Diese Harmonie mit der Umwelt veranlasst mich, die Sorge für die Umwelt zu loben, die dieses Land mit großem Engagement verfolgt. Aber die Brücken, die verschiedene Wirklichkeiten miteinander verbinden, regen auch dazu an, über die Bedeutung einer Einheit nachzudenken, die nicht Einheitlichkeit bedeutet. In Budapest zeigt sich das an der bemerkenswerten Vielfalt der Bezirke, aus denen es sich zusammensetzt, mehr als zwanzig. Auch das Europa der Siebenundzwanzig, das errichtet wurde, um Brücken zwischen den Nationen zu bauen, braucht den Beitrag aller, ohne ihre jeweilige Einzigartigkeit zu mindern. In dieser Hinsicht hat einer der Gründerväter vorausgesagt: »Europa wird bestehen und nichts wird von dem verloren gehen, was den Glanz und das Glück einer jeden Nation ausgemacht hat. Gerade in einer größeren Gesellschaft, in einer stärkeren Harmonie, kann sich der Einzelne behaupten« (zitierte Ansprache). Diese Harmonie ist erforderlich: ein Ganzes, das die Teile nicht plattdrückt, und Teile, die sich gut

in das Ganze integriert fühlen. In diesem Zusammenhang ist bedeutsam, was die ungarische Verfassung feststellt: »Die individuelle Freiheit kann sich nur im Zusammenwirken mit Anderen entfalten«; und weiter: »Wir glauben, dass unsere Nationalkultur einen reichhaltigen Beitrag zur Vielfalt der europäischen Einheit darstellt«.

„Europa darf keine Geisel der Parteien werden“

Ich denke also an ein Europa, das keine Geisel der Parteien ist, indem es zum Opfer autoreferentieller Populismen wird, das sich aber auch nicht in eine zerfließende, wenn nicht gar gasförmige Wirklichkeit verwandelt, zu einer Art abstrakten Überstaatlichkeit, die das Leben der Völker vergisst. Das ist der unheilvolle Weg der „ideologischen Kolonisierung“, die Unterschiede auslöscht, wie dies bei der sogenannten Gender-Kultur der Fall ist, oder der Lebenswirklichkeit Freiheitskonzepte reduktiver Art voranstellt, indem sie zum Beispiel ein sinnwidriges „Recht auf Abtreibung“ als Errungenschaft rühmt, welche jedoch immer eine tragische Niederlage ist. Wie schön ist es stattdessen, ein Europa aufzubauen, das den Menschen und die Völker in den Mittelpunkt stellt, in dem es wirksame politische Ansätze für eine bessere demographische Entwicklung und zugunsten der Familie gibt, die in diesem Land aufmerksam verfolgt werden; ein Europa, in dem die verschiedenen Nationen eine Familie sind, in der das Wachstum und die Einzigartigkeit eines jeden bewahrt werden. Die berühmteste Brücke Budapests, die Kettenbrücke, hilft uns, uns ein ihr ähnliches Europa vorzustellen, das aus vielen großen unterschiedlichen Gliedern besteht, deren jeweilige Stabilität daher rührt, dass sie miteinander feste Verbindungen bilden. Dabei hilft der christliche Glaube und Ungarn kann als „Brückenbauer“ dienen, indem es seinen besonderen ökumenischen Charakter nutzt: Hier leben verschiedene Konfessionen ohne Gegnerschaft zusammen und arbeiten respektvoll zusammen, in einem konstruktiven Geist. Im Geiste und im Herzen begeben sich zur Abtei Pannonhalma, einem der großen geistlichen Denkmäler dieses Landes, einem Ort des Gebets und einer Brücke der Geschwisterlichkeit.³ Das bringt mich dazu, den letzten Aspekt zu betrachten: **Budapest, die Stadt der Heiligen**, wie uns auch das neue Gemälde in diesem Saal nahelegt. Die Gedanken gehen unweigerlich zum heiligen Stephan, dem ersten König von Ungarn, der zu einer Zeit lebte, als sich die Christen in Europa in voller Gemeinschaft befanden. Seine Statue im Inneren der Burg von Buda überragt und beschützt die Stadt, während die ihm geweihte Basilika im Herzen der Hauptstadt – zusammen mit jener von Esztergom – das beeindruckendste religiöse Gebäude des Landes ist. Die ungarische Geschichte begann also im Zeichen der Heiligkeit – nicht nur eines Königs, sondern einer ganzen Familie: seiner Frau, der seligen Gisela, und seines Sohnes, des heiligen Emmerich. Dieser erhielt von seinem Vater einige Empfehlungen, die eine Art geistliches Testament für das ungarische Volk darstellen. Wir lesen darin sehr aktuelle Worte: »Ich empfehle dir, nicht nur zu deiner Familie und Verwandtschaft oder zu den Mächtigen und Reichen oder zu deinem Nächsten und den Einwohnern deines Landes freundlich zu sein, sondern auch zu den Fremden«. Der heilige Stephan begründet all dies mit wahrhaft christlichem Geist, wenn er schreibt: »Es ist die Praxis der Liebe, die zum höchsten Glück führt«. Und er erläutert es mit den Worten: »Sei sanftmütig, um niemals die Wahrheit zu bekämpfen« (Ermahnungen, X). Auf diese Weise verbindet er Wahrheit und Sanftmut untrennbar miteinander. Das ist eine bedeutende Lehre des Glaubens: Die christlichen Werte können nicht durch Starrheit und Verschlussenheit bezeugt werden, denn die Wahrheit Christi bringt Sanftmut und Freundlichkeit mit sich, im Geist der Seligpreisungen. Darin gründet die Güte des ungarischen Volkes, die sich in bestimmten Redewendungen wie „jónak lenni jó“ [es ist gut, gut zu sein] und „jobb adni mint kapni“ [es ist besser zu geben als zu nehmen] manifestiert.

„Sich nicht auf sich selbst zurückziehen“

Darin zeigt sich nicht nur der Reichtum einer gefestigten Identität, sondern die Notwendigkeit der Offenheit anderen gegenüber, wie die Verfassung anerkennt, wenn sie erklärt: »Wir achten die Freiheit und die Kultur anderer Völker und streben eine Zusammenarbeit mit allen Nationen der Welt an.«. Sie besagt weiter: »Die mit uns zusammenlebenden Nationalitäten sind staatsbildender Teil der ungarischen politischen Gemeinschaft«, und es wird die Verpflichtung »die Sprache und Kultur der in Ungarn lebenden Nationalitäten [...], zu pflegen und zu bewahren«, festgelegt. Diese Perspektive ist wahrhaft dem Evangelium gemäß und wirkt einer gewissen Tendenz, sich auf sich selbst zurückzuziehen, entgegen, die manchmal mit den eigenen Traditionen und sogar mit dem Glauben begründet wird.

Der Verfassungstext besagt in wenigen und entscheidenden Worten, die vom christlichen Geist durchdrungen sind: »Wir bekennen uns zum Gebot der Unterstützung der Hilfsbedürftigen und der Armen«. Dies erinnert an die weitere ungarische Geschichte der Heiligkeit, von der die zahlreichen Gotteshäuser in der Hauptstadt erzählen: Nach dem ersten König, der die Fundamente des Zusammenlebens legte, geht es weiter mit einer Prinzessin, die es, darauf aufbauend, zur höchsten Reinheit führte. Es ist die heilige Elisabeth, deren Zeugnis eine weite Verbreitung gefunden hat. Diese Tochter eures Landes ist im Alter von vierundzwanzig Jahren gestorben, nachdem sie auf alle Güter verzichtet und alles an die Armen verteilt hatte. Sie widmete sich bis zum Schluss in dem Krankenhaus, das sie hatte erbauen lassen, der Pflege der Kranken: Sie ist ein Juwel, das den Glanz des Evangeliums ausstrahlt.

„Die epochale Herausforderung der Migration“

Geschätzte Autoritäten, ich möchte Ihnen für die Förderung der karitativen und erzieherischen Werke danken, die von diesen Werten inspiriert sind und in denen sich die hiesige katholische Gemeinschaft engagiert, sowie für die konkrete Unterstützung so vieler leidgeprüfter Christen in der ganzen Welt, insbesondere in Syrien und im Libanon. Eine gute Zusammenarbeit zwischen Staat und Kirche ist fruchtbar, um aber eine solche zu sein, muss sie die angebrachten Unterscheidungen wahren. Es ist wichtig, dass sich jeder Christ daran erinnert, indem er das Evangelium als Bezugspunkt behält, um an den freien und befreienden Entscheidungen Jesu festzuhalten und sich nicht mit der Logik der Macht zu verbrüdern. Unter diesem Gesichtspunkt ist eine gesunde Laizität zuträglich, die nicht in einen diffusen Laizismus abgeleitet, der sich als auf jeden Aspekt des Heiligen allergisch erweist, um sich dann aber auf den Altären des Profits zu opfern. Diejenigen, die sich als Christen bekennen und von den Zeugen des Glaubens begleitet werden, sind in erster Linie dazu berufen, Zeugnis abzulegen und mit allen unterwegs zu sein, indem sie einen Humanismus pflegen, der vom Evangelium inspiriert ist und zwei Grundlinien folgt: sich als geliebte Kinder des Vaters zu erkennen und alle als Geschwister zu lieben.

In diesem Sinne hinterließ der heilige Stephan seinem Sohn außergewöhnliche Worte der Geschwisterlichkeit, indem er sagte, dass jeder »das Land schmückt«, der mit anderen Sprachen und Sitten dorthin kommt. Denn, so schrieb er, »ein Land, das nur eine Sprache und eine Sitte hat, ist schwach und hinfällig. Deshalb empfehle ich dir, Fremde wohlwollend aufzunehmen und sie in Ehren zu halten, damit sie lieber bei dir bleiben als andernorts« (Ermahnungen, VI). Dieses Thema der Aufnahme sorgt in unserer Zeit für viele Debatten und ist sicherlich komplex. Für Christen kann die Grundhaltung jedoch keine andere sein als die, die der heilige Stephan weitergegeben hat, nachdem er sie von Jesus gelernt hatte, der sich mit dem Fremden identifiziert hat, der aufgenommen werden sollte (vgl. Mt 25,35). Gerade wenn wir an Christus denken, der in so vielen verzagten Brüdern und Schwestern anwesend ist, die vor Konflikten, Armut und Klimawandel fliehen, müssen wir das Problem ohne Ausreden und Verzögerungen angehen. Es ist ein Thema, dem wir uns zusammen

Seite E 226 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 836 vom 01.06.2023

stellen müssen, gemeinschaftlich, auch weil die Folgen in dem Kontext, in dem wir leben, sich früher oder später auf alle auswirken werden. Deshalb ist es dringlich, dass wir als Europa an sicheren und legalen Wegen arbeiten, an gemeinsamen Mechanismen angesichts einer epochalen Herausforderung, die nicht durch Zurückweisung eingedämmt werden kann, sondern angenommen werden muss, um eine Zukunft vorzubereiten, die es, wenn sie keine gemeinsame ist, nicht geben wird. Das ruft diejenigen, die Jesus nachfolgen und das Beispiel der Zeugen des Evangeliums nachahmen wollen, an die vorderste Front.

Es ist nicht möglich, alle großen Bekenner des Glaubens im Heiligen Pannonien zu erwähnen, aber ich möchte zumindest den heiligen Ladislaus und die heilige Margareta erwähnen und auf einige großartige Persönlichkeiten des letzten Jahrhunderts hinweisen, wie Kardinal József Mindszenty, die seligen Märtyrerbischöfe Vilmos Apor und Zoltán Meszlényi, den seligen László Batthyány-Strattmann. Sie sind, zusammen mit so vielen rechtschaffenen Menschen verschiedener Glaubensrichtungen, Väter und Mütter eurer Heimat. Ihnen möchte ich die Zukunft dieses Landes anvertrauen, das mir sehr am Herzen liegt. Und während ich euch danke, dass ihr dem zugehört habt, was ich mit euch teilen wollte, versichere ich meine Nähe und mein Gebet für alle Ungarn, mit einem besonderen Gedanken an diejenigen, die außerhalb des Heimatlandes leben, und an diejenigen, die ich im Leben getroffen habe und die mir viel Gutes getan haben. Isten, áldd meg a magyart! [Gott, segne die Ungarn!]“ ([vatican news](#) – sk)

+++ UPDATE v. 30.04. – 09:22 +++

Hunderttausende seit den Morgenstunden bei Papstmesse

Der Heilige Vater wird die Messe um 9:30 auf dem Kossuth-Platz vor dem ungarischen Parlament zelebrieren:

Hier das Programm:

08:40 – 9:00 Ankunft des Papstes auf dem Platz

9:00 Papst Franziskus begrüßt die versammelten Gläubigen vom Papamobil aus

9:30 Beginn der Messe.

Hunderttausende Menschen befinden sich schon im Vorfeld auf der Messe: Auf dem Kossuth-Platz stehen 20.000 Sitzplätze zur Verfügung. Wer keinen Platz hat, kann die Messe auf Bildschirmen in den umliegenden Straßen verfolgen.

10:45 „Regina coeli“, der alte lateinische Marienhymnus der katholischen Kirche wird gesungen.

11:10 Ende des offiziellen Programms.

Auch auf dem schon fast vollständig gefüllten „Freiheitsplatz“ kann die Papstrede mittels Video-Live-Projektion verfolgt werden.

<https://unser-mitteuropa.com/west-linke-verschweigt-papstbesuch-in-ungarn-liveticker/>

+++ ERST-Artikel v. 28.4.2024 +++

West-Linke verschweigt Papstbesuch in Ungarn (Liveticker)



Papst war fasziniert von früheren Ungarn-Besuchen

Für den westlichen linken Mainstream besonders unangenehm:

Nach nur anderthalb Jahren stattet der Heilige Vater Ungarn wieder einen Besuch ab, dieses Mal auf apostolischem Weg. Der Grund ist für die westlichen Kultur-Marxisten unerfreulich:

War doch der Papst fasziniert von dem, was er in Rumänien, in den von der ungarischen Minderheit mehrheitlich bewohnten Regionen, namentlich im Ort des Marien-Heiligtums Csíksomlyó (rumänisch: Şumuleu Ciuc) sowie seines letzten Besuchs in Budapest erlebt hatte (siehe Videos).

<https://unser-mittleuropa.com/west-linke-verschweigt-papstbesuch-in-ungarn-liveticker/>

Soildaritätsbesuch bei Orban

Nun möchte Franziskus die Aufmerksamkeit der Welt auf die, durch Ungarn hoch gehaltenen christlich-neo-konservativen Werte lenken und stärkt dadurch auch die Orban-Regierung.

Der Papst hatte Rom um 8.21 Uhr Richtung Budapest verlassen, bevor er sich mit Obdachlosen getroffen hatte. Auch in Budapest wird er morgen in der St. Elisabeth-Kirche mit armen Menschen und Flüchtlingen zusammentreffen.

Am Anfang seines dreitägigen Besuchs landete der Heilige Vater um 9.53 Uhr in Budapest und wurde mit Salz, Brot von Zolt Semjén, dem stv. ungarischen Ministerpräsidenten, begrüßt. Von Budapester Flughafen traf der Papst auf der Budapester Burg ein, wo er von der ungarischen Staatspräsidentin Katalin Novák und dem ungarischen Ministerpräsidenten Viktor Orbán und dem diplomatischen Korps empfangen wird.

Viktor Orbán jedenfalls erwartete Papst Franziskus ungeduldig:

„Der Heilige Vater wird bald im Karmeliterkloster eintreffen.“

Hier noch Eindrücke des Papstbesuches in den, mehrheitlich von Ungarn bewohnten Gebieten in Rumänien, 01.06.2019:

<https://www.youtube.com/watch?v=l1b5s2xuB6U&t=487s>

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

07) „Bloomberg“: Ungarn ist eine Gefahr für die Einheit der EU

02. 05. 2023



Wie einflussreich des ungarischen Ministerpräsidenten Orbans Positionen von Souveränität und auch dessen neo-konservativer Gesellschaftsentwurf geworden sind, zeigt sich daran, dass man im linken Brüssel reflexartig nach einer Sündenbock-Theorie greift, indem man den „Niedergang“ der EU weithin auf Orbáns angebliche Dominanz über die ungarischen Medien zurückführt. ([Bloomberg](#))

Was man nicht verstehen will: Dass Ungarn seit 2004 mehr als 100 Milliarden Euro von der EU erhalten habe, und es trotzdem Plakatkampagnen brauchen würde, um die Ungarn von der Bedeutung der Zugehörigkeit zur EU zu überzeugen.

„Anti-EU-Rhetorik“

Resignativ wird angemerkt: Dass Viktor Orbán mit seiner Anti-EU-Rhetorik seit Jahren das öffentliche Leben dominiere, und die Ungarn sich trotzdem zunehmend dem Osten zuwenden. Die US-Zeitung bezog sich dabei eine Umfrage der ungarischen „Nepszava“: Derzufolge die Mehrheit der Orbán-Anhänger mit Russen und Chinesen sympathisiert und Amerikanern und Briten weit weniger vertraut.

Dániel Hegedűs vom „German Marshall Fund“ in Berlin bereitet das Kopfzerbrechen:

„Es ist erschreckend, wie schnell Orbán die Pro-EU-Haltung Ungarns zerstört hat.“

Seite E 229 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 836 vom 01.06.2023

Seiner Meinung nach wäre ein Huxit „symbolischer als der Brexit“: Wäre doch „der EU-Beitritt Ungarns einst das Ergebnis der erfolgreichen EU-Erweiterung nach dem Kalten Krieg“ gewesen.

Die Autoren sind ratlos: Dass also das Engagement des ungarischen Ministerpräsidenten für die EU fragwürdig geworden sei. Und dass es seit Ausbruch des Ukraine-Krieges viele Zweifel an seiner Rhetorik gäbe.

Laut Ágnes Urbán, Direktorin von „Mertek Media Monitor“ in Budapest, hätte es Ungarn versäumt, „europäische Werte“ anzunehmen. Und auch die finanziellen Sanktionen Brüssels gegen Ungarn hätten sich als kontraproduktiv erwiesen: Denn jetzt, da kein EU-Geld mehr fließt, gäbe es noch viel mehr Anti-EU-Propaganda im Land. Zwar wären die Ungarn mehrheitlich immer noch pro-EU eingestellt. Trotzdem hält Urbán die wachsende Anti-NATO-Stimmung unter jungen Menschen für dramatisch.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

Serbien (Seiten E 230 – E 232)

01) Linke Internationale arbeitet an „Farbenrevolution“ gegen Ungarn und Serbien – ORF-Medien-Manipulation

28. 05. 2023



Antiregierungs-Demo in Serbien am 18. Mai 2023

Größte serbische Pro-Regierungs-Massenveranstaltung von Westmedien zensiert

Die politische Einschätzung des ungarischen Außen- und Handelsministers Péter Szijjártó ist klar.

„Warum werden wir angegriffen? Weil wir Ungarn und Serben für uns selbst eintreten, für unsere nationalen Interessen, und wir können das, weil wir starke Führer haben.“

Dies sagte er gestern am Freitag bei der größten Massenveranstaltung, die es jemals in Serbien stattgefunden hat, in Belgrad.

Links-Medien verschwiegen und manipulieren Pro-Regierungs-Demonstration



„Zehntausende Menschen versammelten sich am Freitag in der serbischen Hauptstadt zu einer großen Kundgebung zur Unterstützung von Präsident Aleksandar Vučić.“ ([Washington Post](#))

Pro-Vucic-Demonstration

Am unverschämtesten im Stile einer linken Kampf-Propaganda berichtete diesbezüglich der österreichische [ORF](#):

Indem auf „Neue Großdemo gegen Waffengewalt“ verwies

„Zehntausende Menschen haben sich trotz Schlechtwetters (! Anm.) am Samstag in Belgrad beim bereits vierten Protest „Serbien gegen Gewalt“ versammelt. Wie schon zuletzt wurde die Großdemo von fünf proeuropäischen Oppositionsparteien organisiert. Die Protestierenden forderten friedlich den Rücktritt des autoritär regierenden Präsidenten Aleksandar Vucic.“

Darüber, dass es bereits am Vortag die größte Pro-Vucis-Massendemonstration gegeben hatte, wurde zuvor erst gar nicht, und dann verunglimpfend und manipulativ („Tausende Menschen“) berichtet:

„Aus dem ganzen Land sowie aus diversen Nachbarländern wurden (! Anm.) Menschen mit Bussen in die Hauptstadt gebracht. Nach Angaben von Menschenrechtsgruppen und Medien wurden einige Demonstrierende zur Teilnahme gedrängt.“ (ORF)

Serbien und Ungarn Seite an Seite

Szijjártó sprach dabei auf Serbisch, bei einer von der regierenden „Serbischen Fortschrittspartei“ (SNS) organisierten Veranstaltung, und sagte: Obwohl dies nicht immer der Fall war, betrachtet ungarische Nation die Serben jetzt als Brudervolk.

„Unsere gemeinsame Geschichte hat uns vor viele Prüfungen gestellt, in denen wir uns oft als Feinde gesehen haben. Heute hat sich das alles geändert: Wir sind zu Brudernationen geworden.“

Als Grund für diese neue freundschaftliche Beziehung nannte er den serbischen Staatspräsidenten, Aleksandar Vučić. Anstelle von historischer Feindschaft gebe es nun eine historische Freundschaft zwischen den beiden Ländern.

Serbien: Musterland für Minderheitenrechte

„Unter Ihrer Führung behandelt Serbien die ungarische Gemeinschaft in der Vojvodina auf eine Weise, die als Beispiel für die ganze Welt dient. Dafür sind wir Ungarn dankbar.“

Seite E 232 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 836 vom 01.06.2023

Szijjártó betonte weiter: Dass die beiden Länder vor ähnlichen Herausforderungen stünden, da sowohl Budapest als auch Belgrad...

...„skrupellos vom internationalen liberalen Mainstream angegriffen werden“.

Linke Hasskampagne gegen Ungarn und Serbien

„Wir werden angegriffen, weil wir Frieden in der Ukraine wollen und uns nicht am Risiko einer Eskalation des Krieges beteiligen. Wir werden angegriffen, weil wir an Familienwerten festhalten, und wir werden angegriffen, weil wir uns nicht von außen diktieren lassen.“

Innere Opposition im Dienste des Auslands

Außerdem gebe es sowohl in Ungarn als auch in Serbien...

...„politische Kräfte, die ausländischen Interessen dienen und nicht aufhören, sogar menschliche Tragödien auszunutzen, um politische Vorteile für sich selbst zu erzielen“.

Solche Parteien, die ausländischen Interessen dienen, müssen von Wahl zu Wahl besiegt werden, und glücklicherweise tun wir dies regelmäßig in beiden Ländern.“

Diese Angriffe werden auch in Zukunft nicht aufhören. Sie werden uns angreifen, weil sie nicht verdauen können, dass wir Ungarn und Serben unseren eigenen nationalen Weg gehen und erfolgreich sind. Aber wir werden den Angriffen nicht nachgeben, wir werden durchhalten, wir werden weiter ein starkes Serbien, ein starkes Ungarn und eine starke ungarisch-serbische Freundschaft aufbauen

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

Weißrussland (Seiten E 233 – E 234)

01) Lukaschenko zu Polens Plan der Aufstandsuntersttzung in Weißrussland – „Lasst sie kommen!“

28. 05. 2023



Alexander Lukaschenko · Bildquelle: El Correo de Espaa

Die weißrussischen Behörden haben ein Auge auf diejenigen, die einen erneuten Aufstand im Land vorbereiten, und kennen sie auch namentlich, erklärte Präsident Lukaschenko.

Der polnische General Skrzypczak hatte zuvor erklärt, Polen bereite einen bewaffneten Staatsstreich in Weißrussland vor.

Polen will Aufstand gegen Lukaschenko inszenieren

Minsk sei seit langem über die Vorbereitungen Warschaus für einen weiteren Aufstand in Weißrussland informiert.

Mit diesen Worten kommentierte der weißrussische Präsident Alexander Lukaschenko die Äußerungen des ehemaligen stellvertretenden polnischen Verteidigungsministers Waldemar Skrzypczak.

Dieser hatte erklärt, Polen bereite einen bewaffneten Umsturz in Weißrussland vor und beteilige sich auch an dessen militärischer Unterstützung.

In einem Interview mit dem russischen Journalisten [Pawel Sarubin sagte Lukaschenko](#), " wir behalten diese Leute im Auge, von denen dieser kranke General gesprochen hat. Dass dort

Seite E 234 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 836 vom 01.06.2023

ganze Regimenter oder Bataillone gebildet werden. Wir wissen, wo sie sind. Und wir kennen jeden mit Namen. Wir sind bereit. Lasst sie kommen.“

Der weißrussische Staatschef erinnerte daran, dass er schon vor einigen Monaten von Vorbereitungen für einen Aufstand oder eine Revolution im Land gesprochen habe.

Polens „hysterische Russophobie“

Der Pressesprecher des russischen Präsidenten, Dmitri Peskow, kommentierte die Äußerungen Skrzypczaks mit den Worten, Polen wolle sich offen in die Angelegenheiten anderer Länder einmischen und seine Führung verfallende buchstäblich „in eine hysterische Russophobie“.

Bereits am 21. Mai, hatte der stellvertretende weißrussische Verteidigungsminister Leonid Kassinski erklärt, Minsk sei bereit, auf die europäischen Länder zu reagieren, die aggressive Aktionen gegen die Republik unternehmen wollten.

Weiter erklärte er, „wenn Hitzköpfe den Wunsch haben, aggressive Handlungen gegen unser Land zu begehen, sind wir bereit, sie zu ernüchtern.“

Im August 2020 war es nach den Präsidentschaftswahlen in Weißrussland zu Massenprotesten gekommen. Die Demonstranten waren mit dem Ergebnis, das Lukaschenko als Sieger auswies, nicht einverstanden und forderten eine Wiederholung der Wahl.

„Farbrevolution“ in Minsk bereits einmal gescheitert

Im Februar 2021 erklärte Lukaschenko, es habe einen Meutereiversuch im Lande gegeben. Wortwörtlich hieß es damals, „unter Berufung auf bestimmte interne Kräfte wurde versucht, nicht etwa eine „farbige Revolution“, sondern eine Blitzkrieg-Meuterei zu veranstalten. Der Blitzkrieg ist gescheitert. Wir haben unser Land zusammengehalten. Vorerst.“

Der weißrussische Präsident merkte in diesem Zusammenhang an, die Gegner der weißrussischen Staatlichkeit würden das Land nicht einfach so aufgeben.

Im April 2021 schließlich, erklärte Iwan Tertel, Vorsitzender des weißrussischen KGB-Sicherheitsdienstes, der KGB habe einen Versuch einer bewaffneten Meuterei im Land und die Beseitigung von Vertretern der Behörden, einschließlich des Staatschefs, verhindert.

Nach Angaben des Geheimdienstes waren diese Ereignisse für Juni–Juli 2021 geplant. Zu der Gruppe, die an der Meuterei teilnehmen sollte, gehörten weißrussische wie auch ausländische Staatsangehörige.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

Ukraine (Seiten E 235 – E 241)

01) Medwedew: Ukraine soll aufgeteilt werden – Drei Szenarien*)

26. 05. 2023



Der russische Ex-Präsident Dimitri Medwedew, und jetziger stellvertretender Vorsitzender des russischen Sicherheitsrates, veröffentlichte auf [Telegram](#) seine Vorschläge über die Zukunft der Ukraine. Das Land werden den Krieg militärisch verlieren und dann zerfallen – entweder sehr schnell oder als langsamer Prozess

Medwedew schlägt drei Szenarien vor:

1. Der **westliche Teil** der Ukraine wird von **EU-Mitgliedstaaten kontrolliert**. Ein Großteil des Landes wird zunächst zum Niemandsland zwischen Russland und der EU. Daraus könnte dann wahrscheinlich ein ukrainischer Nachfolgestaat entstehen. Dieser wolle zwar weiterhin das gesamte Territorium zurückerobern, de facto könnte er aber nur der EU und der NATO beitreten. Wodurch dann aber in Folge wieder ein Krieg ausbrechen könnte, der zu in einem Weltkrieg führen könnte.

2. Die **Ukraine verschwindet** völlig. Deren Regierung flieht ins europäische Exil. Der Konflikt würde dann zwar enden, aber „ukrainische Nazis“ würden weiterhin ukrainisches

Territorium unterwandern, das von EU-Mitgliedstaaten kontrolliert wird. Ein Dritter Weltkrieg wäre dann allerdings unrealistisch.

3.) Die EU-Mitgliedstaaten erhalten den westlichen Teil der Ukraine, aber die neue **ukrainische Regierung** tritt der **Russischen Föderation** bei. Damit wäre der Konflikt zu Ende.

Medwedew zufolge gäbe es keine andere Option: Und jeder weiß das, aber im Westen will man es nicht zugeben. „*Vorübergehend*“ würde er sich mit der zweiten Lösung zufriedengeben, auf lange Sicht wäre aber nur die dritte Version für Russland akzeptabel.

Hier noch ein [UM-Beitrag](#) zu*):

„**Ukraine-Krieg und Völkerrecht (Völkerrechts-Expertin Dr. Eva Maria Barki)**“ (UM)

I.) Kurzzusammenfassung

1. Der russische Präsident Wladimir Putin soll wegen **Völkerrechtsverbrechen** vor dem **Strafgerichtshof** in den Haag angeklagt werden. Das fordern u.a. sogar die USA, welche aber für sich selbst den Internationalen Strafgerichtshof nicht anerkennen.
2. Diese Anschuldigungen entbehren nicht nur jeder rechtlichen Grundlage, sondern sie sind Teil der sogenannten US-„National Security Strategy 2002“ (1991) zur **Ausschaltung Russlands** im Sinne eines Unilateralismus. Dabei kommt der Ukraine als „Dreh- und Angelpunkt“ eine Schlüsselrolle zu.
3. **Völkerrechtsverletzungen** sind den **ukrainischen Machthabern** vorzuwerfen, u.a.: · Verletzung von Rechten nationaler Minderheiten · Verletzung der Abkommen von Minsk · Verletzung des Selbstbestimmungsrechtes der Völker
4. Die **Ukraine** ist **kein homogener**, historisch gewachsener **Nationalstaat**, sondern ein Vielvölkerstaat. Mehr als die Hälfte des Staates spricht als Umgangssprache nicht Ukrainisch.
5. Für die **Ukraine** als Vielvölkerstaat wäre eine **föderale Staatsform erforderlich**. Bereits US-Präsident George W. Bush warnte 1991 vor einem „**selbstmörderischen Kampf der Nationalitäten**“.
6. Ursache des Ukraine-Krieges war der blutige **Maidan-Putsch-2014**, unter Einsetzung einer vom **Westen** unterstützten **Regierung**. Die Reaktion darauf – aus Furcht vor einer ähnlicher Aggression – waren (sowohl im Donbass und auf der Krim) **Volksabstimmungen** (mit bis zu 90% russischer Zustimmung). Die militärische Reaktion der **Ukraine** darauf waren schwerste Artillerie-, Raketen- und **Bombenangriffe**, sowie Zerstörung ziviler Einrichtungen und Infrastruktur.
7. Das **Abkommen von Minsk I** (September 2014) wurde von der ukrainischen Regierung gebrochen: Es beinhaltet: einen Waffenstillstand, eine De-facto-Anerkennung der russischen Gebiete im Donbass.
8. Auch das Abkommen von **Minsk II** (12.2.2015) wurde nicht eingehalten, u.a.: Lokalwahlen in den dezentralisierten russischen Gebieten (Donezk und Lugansk)
9. Das **Abkommen von Minsk** ist ein völkerrechtlich verbindlicher Vertrag, welcher durch die UN-Resolution Nr.2202 des **UN-Sicherheitsrates völkerrechtlich verbindlich** ist. Der Vertragsbruch durch die **Ukraine** unter Anwendung militärischer Gewalt ist als Kriegsverbrechen zu werten.
10. **Vertragsverletzungen** betreffen: das **Selbstbestimmungsrecht der Völker**. Es ist ein universelles Naturrecht und wurde erstmals von Präsident Woodrow Wilson

aufgestellt. In realiter wurde aber nach dem 1. und 2. Weltkrieg den **Völkern Mitteleuropas** dieses Recht **verwehrt**.

*) Unglaublich, für wie blöd hält UM seine Leser? So den Angriff auf einen souveränen Staat zu begründen. Und wo sind die Nazis von Kiew, der als Kriegsgrund angegeben wurden? *Die Redaktion*

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

02) Ukrainischer Oppositionsführer Medwedtschuk: Die jetzige Ukraine wurde im amerikanischen Reagenzglas gezüchtet

18. 05. 2023



Anlässlich der Vergabe des Karlspreises an den jetzigen ukrainischen Präsidenten Selenskij kritisiert der ukrainische Oppositionsführer Viktor Medwedtschuk den Westen für den Umgang mit der Ukraine. Die Vergabe eines Friedenspreises ausgerechnet an jemanden, der einen Verhandlungsfrieden verhindert hatte, sei zynisch. *Frage: Herr Medwedtschuk, wie sehen die Ukrainer die Vergabe des Karlspreises an Wolodymir Selenskij?*

Wiktor Medwedtschuk: Bei Teilen der Bevölkerung ist natürlich Freude über die Anerkennung aus dem Ausland da, so wie auch bei jeder anderen Art des Erfolges – einem gewonnenen Spiel der Fußballnationalmannschaft oder einem Erfolg eines Ukrainischen Sängers beim ESC. Doch Menschen, die etwas tiefer schauen und hinterfragen, was hinter der glänzenden Oberfläche der Medieninszenierung passiert, fragen sich, warum

Seite E 238 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 836 vom 01.06.2023

ausgerechnet ein Friedenspreis an jemanden, der bereits vor Monaten einen fast fertig ausverhandelten Verhandlungsfrieden annehmen konnte, es aber auf Druck aus dem Westen nicht getan hat. Es ist eine zynische Inszenierung. Ein korrupter Politiker, dem vor dem Krieg international kaum jemand die Hand reichen wollte, soll nun zu einem Heiligen hochstilisiert werden.

Sie selbst leben in Russland. Wie können Sie als ukrainischer Oppositionsführer in Russland leben – in dem Land, das Krieg gegen Ihre Heimat führt?

Das war nicht meine Entscheidung – ich wurde von der Regierung Selenskij aus meiner Heimat abgeschoben und meiner Staatsangehörigkeit beraubt. Das ist ein Verfassungsbruch: Ich bin jetzt staatenlos!

Wie können Sie in einem Land leben, das gerade einen Krieg führt, um Ihr Volk auszurotten?

Sie merken doch hoffentlich, den Widerspruch in Ihrer Frage. Die ukrainische Propaganda verbreitet in der ganzen Welt, dass die Russen die Ukrainer vernichten wollen. Angeblich ist deren Hauptziel der Völkermord an den Ukrainern und die Auslöschung der ukrainischen Identität. Das ist nachweislich völliger Unsinn. Das Gegenteil ist wahr. Seit Jahrzehnten leben mehrere Millionen ethnische Ukrainer in der Russischen Föderation und beklagen sich nicht über irgendeine Art Unterdrückung oder gar Versuche, sie auszurotten.

Nach Ausbruch des Krieges haben viele Millionen Ukrainer das Land verlassen. Viele leben jetzt bei Ihnen in Deutschland, andere in Polen oder Tschechien. Doch wohin sind die meisten Ukrainer geflüchtet? Nach Russland! Es sind über fünf Millionen – also weit mehr als in jedes andere Nachbarland. Sie leben jetzt hier, zusammen mit weiteren Ukrainern, die bereits seit Jahrzehnten in Russland leben. Das wird im Westen nicht kommuniziert.

Wollen Sie uns erzählen, dass in Russland, das Krieg gegen die Ukraine führt, mehrere Millionen Ukrainer völlig unbehelligt leben?

Natürlich. Viele Ukrainer leben seit den Zeiten der UdSSR in Russland. Sie bildeten einen großen Teil der sowjetischen Elite in Moskau, insbesondere in der Spätphase der Sowjetunion unter Breschnew. Der Prozentsatz der Mitglieder der Kommunistischen Partei unter den Ukrainern war der höchste in der UdSSR. Sie waren das Rückgrat aller Machtstrukturen in der Sowjetunion, da sie traditionell als vertrauenswürdig und diszipliniert galten. Dieser Trend setzt sich übrigens auch in der modernen Russischen Föderation fort. Es gibt viele Menschen mit ukrainischem Nachnamen in Führungspositionen und viele ethnische Ukrainer sowohl in der russischen Armee wie auch in der Polizei.

Deswegen ist es ja ein völliger Unsinn, Russland würde einen Vernichtungskrieg gegen die Ukraine führen mit dem Ziel, das ukrainische Volk auszulöschen. Für die russische Führung ist es lediglich eine „Militärische Spezialoperation“ mit der die vom Westen gesteuerte, russlandfeindliche Selensky-Regierung abgesetzt werden sollte.

Das sieht jetzt aber ganz anders aus. Täglich werden Tausende Ukrainer von der russischen Armee getötet. Denken Sie an Butcha.

Sie haben Recht, heute sind die Bilder aus der Ukraine andere als zu Beginn der Spezialoperation. Wenn Sie sich erinnern, führen die Panzer der russischen Armee in den ersten Tagen mit eingewickelten Waffensystemen, die Kolonnen stoppten wegen einzelner Zivilisten, die sich ihnen in den Weg gestellt hatten. Die Russen dachten, dass niemand auf

sie schießen würde. Sie sahen in den Ukrainern ihre ukrainischen Brüder. Tatsache ist jedoch, dass sie nicht auf die Ukrainer trafen, wie sie sie seit Jahrzehnten aus ihrem eigenen Land kannten. Es waren ganz andere Ukrainer.

In den Jahren seit dem Maidan-Umsturz wurde systematisch alles Verbindende zwischen den Russen und Ukrainern getilgt und unterdrückt. Dafür wurden die Unterschiede betont. Die Ukrainer wurden ermutigt, aggressiv, hysterisch und ostentativ unhöflich zu sein. Denken Sie nur an das Gebaren von Andrij Melnyk bei Ihnen in Deutschland. Sie werden sich schwertun, eine Persönlichkeit des öffentlichen Lebens zu finden, die er nicht beleidigt hatte.

Also sind die Ukrainer über Nacht ein anderes Volk geworden?

Das geschah natürlich nicht von einem Tag auf den anderen. Die moderne ukrainische Mentalität wurde in amerikanischen Reagenzgläsern für den Konflikt mit Russland gezüchtet. Der Prozess dauerte Jahre. Die Veränderungen wurden durch manipulative Geschichtsinterpretationen, Hass auf die russische Kultur und Sprache sowie die Einführung von Gewalt bis zum Mord in den politischen Alltag erzwungen. Heute sind die politischen Ukrainer eine psychologische Waffe gegen Russland und das Volk wird unterdrückt. Jegliche Oppositionslieder sind verboten und geschlossen, Oppositionspolitiker sind entweder gleichgeschaltet oder sitzen im Gefängnis, oder im Ausland. Die Einheit der ukrainischen Bürger, die Zelenskij ständig propagiert, ist jedoch künstlich, sie besteht nur durch den äußersten Druck. Jede nicht-westliche Opposition, jede nicht-westliche Politik, Kultur und Idee wurden ausgerottet oder unterdrückt.

Wollen Sie sagen, dass der demokratische Westen die Unterdrückung der Demokratie in der Ukraine fördert?

Warum erstaunt Sie das so? Schauen Sie nur, wer von dem Konflikt profitiert. Es sind sicher nicht die Russen und schon gar nicht die Ukrainer.

Herr Medwedtschuk, vielen Dank für das Gespräch!



*Wiktor Medwedtschuk (68) war bis zu seiner Vertreibung aus der Ukraine Parlamentsabgeordneter und Vorsitzender der größten Oppositionspartei „Oppositionsplattform – Für das Leben (OPZH)“ des Landes. Ein Jahr vor Ausbruch des

Krieges war die Partei in Meinungsumfragen die stärkste politische Kraft in der Ukraine, sie lag sechs Prozent vor Selenskijs Partei. Daraufhin wurde Medwedtschuk in einem konstruierten Prozess des Hochverrats angeklagt (Foto I.) , widerrechtlich über sechs Monate unter Hausarrest gehalten und immer wieder dazu gedrängt, das Land zu verlassen. Er blieb, ging mit Ausbruch des Krieges in den Untergrund, wurde im Februar 2022 verhaftet und schließlich im Zuge eines Gefangenenaustausches nach Russland überstellt.

Lesen Sie dazu auch [unseren Artikel](#):

[Viktor Medwedtschuk: „Ukrainischer Nationalsozialismus oder warum ein neues Nürnberg nötig ist“](#)

<https://unser-mittleuropa.com/viktor-medwedtschuk-ukrainischer-nationalsozialismus-oder-warum-ein-neues-nuernberg-noetig-ist/>

Viktor Medwedtschuk: „Ukrainischer Nationalsozialismus oder warum ein neues Nürnberg nötig ist“

21. 04. 2023



Am 17. April veröffentlichte der ukrainische Oppositionspolitiker Viktor Medwedtschuk einen Artikel mit dem Titel „Ukrainischer Nationalsozialismus oder warum ein neues Nürnberg nötig ist“, in dem er erklärte, dass nur ein Prozess „nach dem Vorbild des Internationalen Militärtribunals von Nürnberg“ die Wiedergeburt des Nationalsozialismus in anderen Ländern verhindern und die Menschheit vor einer nuklearen Apokalypse bewahren könne.

Medwedtschuk ist der Ansicht, dass westliche Politiker und Sonderdienste mit Hilfe von „Kompradorenellen das Massenbewusstsein des ukrainischen Volkes“ von 2005 bis 2022 verändert und es zu einem gehorsamen Werkzeug für ihre gegen Russland gerichteten geopolitischen Ambitionen gemacht haben. Medwedtschuk ist überzeugt, dass es dadurch

möglich war, ein geeintes Volk, das noch gestern in einem einzigen Staat lebte, zu spalten und im Bürgerkrieg im Donbass zu ersticken. Der Politiker vertrat die Ansicht, dass „Zelenskyy und seine Schergen die Grundrechte und -freiheiten der Ukrainer vollständig zerstört haben“, die sowohl in der ukrainischen Verfassung als auch in internationalen Rechtsakten verankert sind. Seiner Meinung nach hat die Ukraine aufgehört, ein demokratischer, rechtmäßiger und souveräner Staat zu sein, und ist „zu einer Kolonie des Westens geworden“.

Unter Präsident Zelenskyy habe sich die Ukraine von einem nationalistischen Staat zu einer Nazi-Diktatur entwickelt. Bis 2022 habe das Zelenskyy-Regime alle Voraussetzungen für eine Eskalation der Aggression gegen die Bewohner des Donbass und für eine Verwicklung Russlands in einen bewaffneten Konflikt wie Hitlers Drittes Reich am Vorabend des Jahres 1941 geschaffen, so der Politiker in seinem Artikel.

Gleichzeitig stellte Medwedtschuk fest, dass das herrschende Regime in der Ukraine genauso quälend sei „wie Hitlers Regime im April 1945, und seine ‚Mitläufer‘ sind bereits auf der Suche nach neuen Herren“. „Aber ihr Weg, der großzügig mit den Tränen und dem Blut der Bewohner des Donbass bewässert und mit dem Tod von Tausenden von Ukrainern und Russen bedeckt ist, muss genauso enden wie der ihrer ideologischen Inspiratoren und Lehrer aus dem Dritten Reich, nach deren Vorbild die Nazi-Diktatur in der Ukraine errichtet wurde“, schloss der Politiker.

Medwedtschuk sagte, dass die Staaten, die nicht wollen, dass sich „die Tragödie Deutschlands des letzten Jahrhunderts und der heutigen Ukraine auf ihrem Boden wiederholt“, ihre Anstrengungen bündeln und „einen Prozess wie das Internationale Militärtribunal in Nürnberg abhalten“ sollten, um die Handlungen des Zelenskij-Regimes, seiner Vorgänger und Förderer juristisch zu bewerten. Ein solcher Prozess wird die Wiedergeburt des Nazismus in anderen Ländern verhindern“, so Medwedtschuk. „Nur durch gemeinsame Anstrengungen, durch die Heilung der Ukraine von der ‚braunen Pest‘ des Nationalsozialismus, durch das Ziehen von Schlussfolgerungen aus seinem Beispiel und durch die Bestrafung der Schuldigen wird die Menschheit in der Lage sein, eine nukleare Apokalypse zu vermeiden, in die ein anderer Hitler den Planeten führen könnte, der sich in seiner Politik von den menschenverachtenden Ideen des Nationalsozialismus leiten lässt“, erklärte er.

Quelle: theotherukraine.info

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

R u s s l a n d (Seiten E 242 - E 258)

01) Liebesgrüße aus Moskau: Schwedisches Generalkonsulat in Sankt Petersburg muss schließen

26. 05. 2023



Das russische Außenministerium in Moskau

Russisches Außenministerium sorgt für klare Fronten

Presseaussendung des Außenministeriums der Russischen Föderation

Am 25. Mai wurde die schwedische Botschafterin in Russland, Malena Mard, ins Außenministerium einbestellt und darüber informiert, dass angesichts des konfrontativen Kurses Schwedens gegenüber der Russischen Föderation beschlossen wurde, die Tätigkeit des russischen Generalkonsulats in Göteborg zu suspendieren. Gleichzeitig wurde dem Leiter der schwedischen Mission mitgeteilt, dass die russische Seite ihre Zustimmung zur Tätigkeit des schwedischen Generalkonsulats in St. Petersburg ab dem 1. September 2023 für nichtig erklärt.

Fünf Mitarbeiter der russischen diplomatischen Vertretungen in Schweden wurden am 25. April 2023 zu unerwünschten Person – *personae non grata* – erklärt, was als offen feindselige Maßnahme Stockholms betrachtet wird. Diese Maßnahmen der schwedischen

Behörden haben zu einer weiteren Verschlechterung der bilateralen Beziehungen geführt, die unter anderem durch die anhaltende russophobe Kampagne in Schweden einen noch nie dagewesenen Tiefstand erreicht haben.

Dem schwedischen Botschafter wurde mitgeteilt, dass die russische Seite beschlossen hat, fünf schwedische Diplomaten, darunter drei Mitarbeiter des Militärattachés der schwedischen Botschaft in Moskau, zu *personae non grata* zu erklären. Sie wurden angewiesen, die Russische Föderation innerhalb der gleichen Frist zu verlassen, die den russischen Mitarbeitern von den schwedischen Behörden gesetzt wurde.

Quelle: https://mid.ru/en/foreign_policy/news/1872247/

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

02) Gespräch Höchtls mit der russischen Menschenrechtsaktivistin Scherbakowa

Angeregtes Gespräch von **Völkerverständigungspräsident Dr. Josef HÖCHTL** mit der bedeutenden Menschenrechtsaktivistin **Dr. Irina SCHERBAKOWA** – in Moskau und jetzt in Berlin.

Ihr Wissenschaftliches Zentrum MEMORIAL zur Aufklärung der Verbrechen Stalins und der Kommunisten wurde von Putins Behörden Ende 2021 geschlossen.

Frau Scherbakowa sagte in diesem Gespräch zu Höchtl, dass die russische Führung es **nicht mehr duldet**, dass **objektiv über die Verbrechen Stalins und der Kommunisten geforscht und publiziert wird**.

Schon in Moskau fragte Höchtl, warum es sein kann, dass russische Untersuchungen in den letzten Jahren zeigen, dass STALIN als der „wichtigste POLITISCHE FÜHRER Russlands“ betrachtet wird.

„Ja - so SCHERBAKOWA - wenn keine Erkenntnisse mehr veröffentlicht werden dürfen und die russische Geschichte nur positiv dargestellt werden darf, dann ist das das Ergebnis.“-

Und das, obwohl STALIN neben HITLER der größte KRIEGSVERBRECHER des 20. Jahrhunderts war.

Höchtl wies auch auf das **Schicksal seiner Eltern** hin, die 1945 aus ihrer Heimat Südmähren vertrieben worden sind – ein Ereignis, das ihn u.a. dazu motiviert hat, mit aller Vehemenz für die Menschenrechte überall auf der Welt einzutreten. [Hier sehen Sie zwei Bilder des Treffens.](#)



Sudetendeutscher Pressedienst (SdP) Österreich, Nr. 58, 2023

Wien, am 11. Mai 2023

03) Sanktionen hochwirksam – Russland wieder unter den 10 größten Volkswirtschaften gelistet

10. 05. 2023



Sanktionen hochwirksam – Russland wieder unter den 10 größten Volkswirtschaften gelistet

Es ist offenbar das Ergebnis der „wirkungsvollen“ Sanktionen gegen Russland, die russische Wirtschaft gehört nun wieder zu den zehn größten der Welt.

So haben die Sanktionen, die vor allem seitens der EU „hysterisch“ voran getrieben wurden, ihr Ziel klar erreicht, nur leider nicht im Sinne des „moralisch überlegenen“ Werte-Westens.

Nach 2014 Russland wieder unter „top ten“ der Weltwirtschaft

Seit 2014 befindet sich Russland nun wieder in den top ten der Weltwirtschaft, vor allem Dank West-Europa.

Das Land weist noch dazu eine der niedrigsten Inflationsraten in Europa auf.

Russland ist zum ersten Mal seit dem Jahr 2014 wieder unter die zehn größten Volkswirtschaften der Welt aufgestiegen. Dies geht aus Berechnungen der Nachrichtenagentur *RIA Nowosti* hervor, die auf Daten der Weltbank und der nationalen Statistikämter fußen.

Dazu meldet die Agentur, „Russland produzierte im Jahr 2022 Waren und Dienstleistungen im Wert von 2,3 Billionen US-Dollar und ist damit die achtgrößte Volkswirtschaft weltweit. Das letzte Mal war das Land im Jahr 2014 unter den top ten, mit einem Bruttoinlandsprodukt von 2,05 Billionen US-Dollar belegte es damals den neunten Platz. Im Jahr 2021 lag es auf Platz 11.

Die USA blieben im vergangenen Jahr mit einem nominalen BIP von 25,46 Billionen US-Dollar die größte Volkswirtschaft der Welt. China (17,94 Billionen US-Dollar) lag an zweiter Stelle, während Japan (4,17 Billionen US-Dollar) traditionell die Spitzengruppe abschloss. Deutschland blieb an vierter Stelle (4,07 Billionen US-Dollar), während Indien (3,4 Billionen US-Dollar) an fünfter Stelle lag. Großbritannien blieb auf dem sechsten Platz (3,07 Billionen), Frankreich auf dem siebten (2,78 Billionen). Kanada belegte den neunten Platz (2,14 Billionen US-Dollar) und Italien (2,01 Billionen US-Dollar) rutschte vom achten auf den zehnten Platz des Jahres ab. Gleichzeitig fiel Südkorea aus den top ten heraus und landete auf Platz 13.“

Die Rangliste der Länder nach dem BIP wurde auf der Grundlage der jüngsten jährlichen oder vierteljährlichen Daten der nationalen Statistikbehörden berechnet, so die Agentur. Für das Jahr 2021 wurden Daten der Weltbank herangezogen.

Niedrige Inflationsrate von 3,5 Prozent

Nach Berechnungen der Agentur *RIA Nowosti* lag Russland außerdem mit einem jährlichen Preisanstieg von 3,5 Prozent im März auf Platz 102. Nur drei andere Länder in Europa – Spanien, Liechtenstein und die Schweiz hatten eine noch niedrigere Inflationsrate, berichtet die Agentur. Davon können Deutschland und vor allem Österreich, mit einer noch höheren Inflationsrate als der Nachbar, nur träumen.

Die Berechnungen von *RIA Nowosti* wurden auf der Grundlage von Daten der nationalen statistischen Dienste von 193 UN-Mitgliedstaaten durchgeführt. Die endgültige Auswahl umfasste 142 Länder, die bis Anfang Mai ihre Daten für den März veröffentlicht hatten. Nach der Erhebung der Agentur stellt sich die Inflation in der Eurozone folgendermaßen dar.

„Die höchsten Inflationsraten in Europa verzeichneten im März Ungarn (25,2 Prozent), Moldawien (22 Prozent) und die Ukraine (21,3 Prozent). In 14 weiteren Ländern lag die Rate über zehn Prozent, darunter die baltischen Staaten, Serbien, Polen, Schweden und das Vereinigte Königreich. Preissteigerungen zwischen 3,5 und zehn Prozent wurden in 18 europäischen Ländern beobachtet, darunter Österreich, Finnland, Italien, Deutschland, Dänemark, Belgien, Norwegen und Frankreich.

Die niedrigste Inflation in der Region verzeichneten im Frühjahr die Schweiz und Liechtenstein (2,9 Prozent) sowie Spanien (3,3 Prozent).“

Der russische Finanzminister Anton Germanowitsch Siluanow hatte ja bereits vor geraumer Zeit angekündigt, „Ende 2023 werden wir zu den führenden Wirtschaftsnationen gehören“.

Da könnte der Ökonom mit dem „recht deutsch klingenden Namen“ wohl recht behalten.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

04) Sergej Lawrow: Die Fähigkeit des Westens zu lügen ist bestens bekannt!

07. 05. 2023



Sergey Lavrov answers media questions on 5.5.2023 after meeting with SCO

Äußerungen des russischen Außenministers Sergej Lawrow und Antworten auf Fragen der Medien im Anschluss an das Treffen des SOZ-Außenministerrates, in Panaji, Indien am 5. Mai 2023



SCO - Quelle: [Firdavs Kulolov](https://commons.wikimedia.org/wiki/File:SCO_Logo.svg), CC BY-SA 4.0 <<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/>>, via Wikimedia Commons

Guten Nachmittag!

Wir haben das Treffen des Außenministerrates der *Shanghai Organisation für Zusammenarbeit* (SOZ) abgeschlossen. Wir haben die „Zielstellungen“ vorbereitet, die im Vorfeld des für Juni-Juli 2023 geplanten SCO-Gipfels noch abgestimmt werden müssen. Die Zeitpläne für die Staatsoberhäupter werden gerade fertiggestellt. Es wird davon ausgegangen, dass ein umfangreiches Paket von Dokumenten verabschiedet wird, vor allem eine politische Erklärung sowie eine Reihe von Erklärungen zur De-Radikalisierung, zur digitalen Transformation, zum Gesundheitswesen und zu anderen Bereichen.

Wir haben eine gemeinsame Vision der Probleme, die auf internationaler Bühne bestehen. Unser gemeinsamer Wunsch ist es, unsere Aktionen bei den Vereinten Nationen und auf dem eurasischen Kontinent mit Organisationen wie der *EAEU* und der *ASEAN* zu koordinieren und auf globaler Ebene mit den *BRICS-Ländern* zusammenzuarbeiten.

Wir haben sowohl der wirtschaftlichen als auch der humanitären Agenda unsere Aufmerksamkeit geschenkt.

- Es gibt eine Initiative des russischen Präsidenten Wladimir Putin, die Gründung eines *SOZ-Sportverbandes* zu koordinieren.
- Wir schlagen auch die Gründung einer medizinischen Vereinigung vor.
- Unsere Kollegen aus Zentralasien sind an der Förderung der Zusammenarbeit im Bereich der Informationssicherheit und der Bekämpfung der organisierten Kriminalität und des Drogenhandels im SOZ-Raum interessiert. Wir halten es für wichtig, entsprechende Kommissionen einrichten zu lassen und sie von der regionalen SOZ-Anti-Terror-Struktur koordinieren zu lassen.

Wir haben noch Zeit, wenn auch nicht viel. Es besteht die gemeinsame Verpflichtung, im Sommer 2023 in Neu-Delhi einen erfolgreichen SOZ-Gipfel abzuhalten.

Frage: Die BRICS-Länder sprechen über die Einführung einer gemeinsamen Währung für gegenseitige Abrechnungen. Stimmt es, dass diese Währung „BRIC“ heißen soll? Wurde über die Möglichkeit diskutiert, dass die SCO-Länder eine solche Währung verwenden?

Sergej Lawrow: Der Name der Währung ist die unwichtigste Sache. Sie haben Recht, die Hauptsache ist jetzt, sich mit praktischen Fragen zu befassen, die die Zusammenarbeit unabhängiger, autonomer Staaten gegen feindselige Handlungen des Westens schützen, der seine Position in der Weltwirtschaft missbraucht, sowie gegen Handlungen der USA, die die Position des Dollars als Reservewährung missbrauchen. Auch der Euro verfolgt ähnlich abzulehnende Ansätze.

Es besteht Übereinstimmung darüber, dass die Rolle der nationalen Währungen bei der Abrechnung zwischen den SOZ-Mitgliedern gestärkt werden soll. Die Praktiken, die derzeit in der *Eurasischen Entwicklungsbank*, der *Asiatischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung* und der *Neuen Entwicklungsbank der BRICS-Staaten* entwickelt werden, könnten zu diesem Zweck genutzt werden. All dies wurde diskutiert und ist relevant.

Was die *Neue Entwicklungsbank der BRICS* betrifft, so haben wir die Initiative des Präsidenten der Föderativen Republik Brasilien, Lula da Silva, zur Kenntnis genommen, die wiederholt geäußert wurde: Die Umstellung auf unsere eigenen Währungen mit der Aussicht – dies ist durchaus möglich, – eine gemeinsame Währung zu schaffen. All dies wird derzeit von den zuständigen Stellen unserer Länder – den Finanzministerien – analysiert. Diese Arbeit ist im Gange. Sie kann jetzt nicht gestoppt werden.

Frage: Moskau hat den Drohnenangriff auf den Kreml als einen Terrorakt bezeichnet. Hat Russland seine SCO-Partner auf diplomatischem Wege über seinen Standpunkt informiert? Wie kann sich Russlands Haltung zu Chinas Friedensplan in diesem Zusammenhang verändern? Können Sie etwas zu den gestrigen Ereignissen in Ankara sagen, als ein ukrainischer Abgeordneter ein Mitglied der russischen Staatsduma-Delegation angegriffen hat? Wie lange werden wird Russland ein solches Verhalten noch hinnehmen?



Ukrainische Offizielle bedrohen russische Delegation beim PABSEC Treffen, Türkei



Ukrainischer Parlamentarier A. Marikovsky schlägt auf russischen Offiziellen ein

Sergej Lawrow: Was den Terroranschlag auf den Kreml und die Residenz des Präsidenten angeht, so haben wir uns dazu geäußert. Fast alle, mit denen ich gestern gesprochen habe, haben ihre Missbilligung zum Ausdruck gebracht. So hat beispielsweise der Außenminister der Islamischen Republik Pakistan, Bilawal Bhutto Zardari, den Terroranschlag offen verurteilt und die Hoffnung geäußert, dass die Wahrheit ans Licht kommt und die Schuldigen unverzüglich ermittelt werden.

Was die Auswirkungen auf die Lage in der Ukraine betrifft, so sollten wir meiner Meinung nach nicht länger auf immer neue Zwischenfälle und Provokationen warten. Wladimir Selenskyj und sein Team tun alles, was medial und in der Praxis möglich scheint, um den Wunsch anständiger Länder mit ihnen zu kommunizieren zu schwächen. Das ist so. Wir sehen, dass eine solche Einsicht sich breit macht.

Dennoch haben wir uns nie geweigert, die Probleme zu lösen, die durch die Bemühungen der Vereinigten Staaten und ihrer Satelliten entstanden sind, um über Waffenlieferungen an die Ukraine Russland konfrontieren zu lassen. Wir sehen ein wachsendes Bewusstsein dafür, dass diese Probleme nicht an der Kontaktlinie im Donbass gelöst werden können. Einige würden diese Linie gerne einfrieren, um im Anschluss darüber nachzudenken, wie mit der Gesamtsituation umzugehen wäre.

Der geopolitische Charakter der gegenwärtigen Ereignisse ist für jeden offensichtlich, und es ist auch klar, dass die Krisen in der Ukraine und in anderen Teilen der Welt nicht gelöst werden können, ohne das wichtigste geopolitische Problem zu lösen, nämlich den Wunsch des Westens, seine Hegemonie aufrechtzuerhalten und allen und jedem seinen Willen zu diktieren.

Wenn Sie den 12-Punkte-Friedensplan Chinas aufmerksam lesen, werden Sie feststellen, dass die Ukraine nur einmal, nämlich in der Überschrift, erwähnt wird. Im übrigen Text geht es um die Gewährleistung unteilbarer Sicherheit und die Zusage, die eigene Sicherheit nicht auf Kosten der Sicherheit anderer zu verfolgen und keine unrechtmäßigen einseitigen Sanktionen zu verhängen.

Diese Fragen können nicht mit Wladimir Selenskyj, einer Marionette des Westens, geklärt werden, sondern nur direkt mit ihren Anstiftern.

Wir sind seit langem zu diesem Dialog bereit. Wir haben unsere Vorschläge 2009 vorgelegt, und das letzte Mal haben wir sie den Amerikanern und dem NATO-Hauptquartier im Dezember 2021 übermittelt. Der Westen hat unsere Vorschläge arrogant zurückgewiesen. Aber wir werden letztendlich über dieses Thema diskutieren müssen, um nach Lösungen für all diese Probleme zu suchen und zu den Grundprinzipien der UN-Charta zurückzukehren, vor allem zum Grundsatz der souveränen Gleichheit der Staaten. Diese Diskussion wird früher oder später geführt werden. Wir sind dazu bereit. Wir sind geduldige Menschen.



Terroranschlag auf Kreml & Präsident Wladimir Putin – 3. Mai 2023, Moskau

Frage: Nach dem Terroranschlag auf den Kreml haben viele bekannte Politiker dies als *casus belli* bezeichnet. Wie angemessen ist es Ihrer Meinung nach, unter den Bedingungen einer hybrider Patt-Situationen besagte altrömische Terminologie zu verwenden? Wie kann Russland einen solchen Begriff gebrauchen, falls er aufgrund solcher Situationen schlagend würde? Wie würde sich dies auf die Beziehungen zwischen Russland und Washington auswirken, die von den Absichten der Ukraine nicht unberührt bleiben können?

Sergej Lawrow: Genau wie in Bezug auf den möglichen Namen der neuen Währung glaube ich nicht, dass wir uns auch hier nicht beim Namen oder der Terminologie aufhalten sollten.

Dies war ein feindlicher Akt. Es ist völlig klar, dass die Terroristen in Kiew ihn nicht hätten ausführen können, ohne ihre Meister in Kenntnis zu setzen. Wir werden mit konkreten

Maßnahmen reagieren und nicht darüber diskutieren, ob dies ein *casus belli* darstellt oder nicht.

Ich möchte noch einmal betonen, dass wir sehr geduldig sind. Es gibt ein Sprichwort, das ausdrückt, dass Russen zwar langsam wären, wenn es darum gehe, aufzusatteln, aber schnell reiten können.

Ich habe eine Erklärung des US-Außenministers Antony Blinken zur Kenntnis genommen, wonach die Vereinigten Staaten Kiew nicht vorschreiben würden, welche Methoden sie zur Verteidigung der Souveränität der Ukraine anwenden sollten. Diese Aussage sagt wahrscheinlich alles.

Frage: Eine der Bestimmungen der russischen außenpolitischen Strategie befasst sich mit der neuen internationalen Ordnung. Welche Rolle sollte die *Shanghai Organisation für Zusammenarbeit* in der von Russland vorgeschlagenen internationalen Ordnung spielen?

Sergej Lawrow: Das neue *Außenpolitische Konzept der Russischen Föderation*, das vom russischen Präsidenten Wladimir Putin im März 2023 verabschiedet wurde, hebt die Rolle der SCO in einer neuen internationalen Ordnung hervor. Darin wird die SCO als eines der Zentren einer entstehenden multipolaren internationalen Ordnung erwähnt, zusammen mit der EAEU, der OVKS, der GUS, der ASEAN sowie regionalen Zusammenschlüssen von Entwicklungsländern in Afrika, Lateinamerika und Asien.

Im Jahr 2016 wurde ein wichtiger Schritt in diese Richtung unternommen, als Präsident Putin auf dem *Russland-ASEAN-Gipfel* die Idee einer größeren eurasischen Partnerschaft unter Einbeziehung der SCO, EAEU und ASEAN einbrachte. Wir sind der Meinung, dass es jedem anderen Staat oder jeder anderen Organisation auf unserem riesigen gemeinsamen Kontinent freistehen sollte, sich dieser eurasischen Partnerschaft anzuschließen. Es ist verständlich, dass unser gemeinsamer Standort einen gravierenden Wettbewerbsvorteil zur Stärkung der Positionen unserer Region in Bezug auf die Weltwirtschaft, das Finanzsystem und die Lieferketten darstellt. All dies erfordert erhebliche Anstrengungen. Die Grundlinie wurde jedoch festgelegt, und in diese Richtung gehen wir.

Frage: Welchen Status hat Afghanistan innerhalb der SOZ? Afghanistan hält nach wie vor einen Beobachterstatus in der SOZ, obwohl kein einziger Mitgliedstaat die neue Regierung anerkannt hat. Wird der kommende Gipfel diesbezüglich Beschlüsse fassen?

Sergej Lawrow: Heute haben wir uns darauf geeinigt, die *SCO-Afghanistan-Kontaktgruppe* zu bekräftigen. Diese Gruppe existiert, auch wenn sie schon seit einiger Zeit nicht mehr getagt hat. Einer der Gründe dafür ist der Status der Taliban. Bislang ist dieser „*de jure*“ nicht anerkannt. Wir erwarten von den Taliban-Führern, dass sie ihre Versprechen zur Bildung einer inklusiven Regierung nicht nur in Bezug auf die ethnischen Gruppen erfüllen, sondern auch die Präsenz des gesamten Spektrums der politischen Kräfte Afghanistans sicherstellen. Dies ist noch nicht geschehen. Wir beobachten die Umsetzung seiner Zusicherungen, dass der Taliban die Menschenrechte achtet, die Sicherheit im Hoheitsgebiet Afghanistans gewährleistet und die Bedrohungen durch Terrorismus und Drogenhandel beseitigt werden. Alle unsere SCO-Kollegen haben in dieser Frage eine einheitliche Position eingenommen.

Ich bin zuversichtlich, dass der von uns heute eingebrachte Vorschlag, die *SCO-Afghanistan-Kontaktgruppe* so bald wie möglich einzuberufen, umgesetzt werden wird. In der Tat erfordert die Situation dringende Maßnahmen. Die Amerikaner versuchen erneut, sich in die inneren Angelegenheiten Afghanistans einzumischen. Es gibt glaubhafte

Seite E 253 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 836 vom 01.06.2023

Beweise dafür, dass die Vereinigten Staaten terroristische Gruppen unterstützen, die sich auf dem Gebiet Afghanistans eingenistet haben und gegen die Taliban kämpfen, darunter der *Islamische Staat*, die *Islamische Bewegung Ostturkestans* und *Al-Qaida*. Die Amerikaner haben ihre Versuche nicht aufgegeben, die militärische Infrastruktur der USA in der Region um Afghanistan – in Zentralasien – wieder einzuführen. Jeder ist sich der ernststen Bedrohung, die von diesen Versuchen ausgeht, wohl bewusst. Wir werden uns ihr entschlossen entgegenstellen.

Frage: Wurde der jüngste Angriff auf den Kreml während des bilateralen Treffens mit dem indischen Außenminister Subrahmanyam Jaishankar besprochen?

Sergej Lawrow: Wir haben den Terroranschlag auf den Kreml nicht im Detail mit dem indischen Außenminister besprochen. Wir kennen die Position Indiens, die dafür stehen, jegliche Provokationen oder Terroranschläge zu unterlassen. Darüber besteht keinerlei Zweifel.

Frage: Es gibt Berichte, dass die Verhandlungen über den Handel in Rupien ausgesetzt wurden. Wie wird die Diskussion weitergehen? Gibt es dazu einen Kommentar?

Sergej Lawrow: Was die Rupie betrifft, so ist das ein Problem. Wir haben Milliarden von Rupien auf Konten in indischen Banken angehäuft. Wir müssen dieses Geld verwenden, aber dazu müssen diese Rupien in eine andere Währung transferiert werden, und das wird jetzt diskutiert.

Frage: Wie sieht Russland den indischen G20-Vorsitz und seine Rolle bei der Lösung der großen Herausforderungen, vor denen die Welt heute steht?

Sergej Lawrow: Daran arbeiten wir. Wir haben die indische Präsidentschaft unterstützt. Wir haben das Programm des indischen Ratsvorsitzes unterstützt. Unter indischem Vorsitz haben bereits etwa 100 Veranstaltungen stattgefunden. Wir werden in der Lage sein, Ihnen nach dem Gipfel, der bald stattfinden wird, unsere endgültige Einschätzung zu präsentieren.

Frage: Die Ukraine und die USA haben Behauptungen zurückgewiesen, der Drohnenangriff auf den Kreml sei von ihnen ausgeführt worden. Geben Sie immer noch der Ukraine oder dem Westen die Schuld? Haben Sie mit Ihrem indischen Amtskollegen während des bilateralen Treffens über dieses Thema gesprochen?

Sergej Lawrow: Ich habe gerade die Frage nach meinem Gespräch mit meinem indischen Amtskollegen beantwortet. Sie haben nicht zugehört.

Was Ihre erste Frage betrifft, glauben Sie, dass wir all das sofort vergessen sollten, woran wir glauben, wenn immer die Vereinigten Staaten und Ukraine Anschuldigungen zurückweisen? Das ist nicht der Fall. Die Fähigkeit unserer ukrainischen und westlichen Freunde, zu lügen, ist hinlänglich bekannt.

Diese ganze Situation ist bezeichnend für die Krise, die viel tiefer liegt als die Handlungen des Selenskyj-Regimes.

Übersetzung aus dem Russischen: UNSER MITTELEUROPA

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

05) „Die Moskauer Gespräche waren für Xi Jinping wichtiger als für Putin“

Von JURY TAWROWSKY

03. 05. 2023



21.3.23 in Moskau: Xi Jinping & Waldimir Putin making history | *Quelle: Screenshot YouTube*

China hat seine strategische Wahl getroffen

„Jetzt erleben wir Veränderungen, die es seit 100 Jahren nicht mehr gegeben hat und diese treiben wir gemeinsam voran!“

Xi Jinping zu Wladimir Putin anlässlich seiner Verabschiedung in Moskau

Der chinesische Präsident Xi Jinping brachte die Ergebnisse der Gespräche mit Russlands Präsidenten Wladimir Putin in Moskau zum Abschluss seines Aufenthalts mit der oben erwähnten Aussage auf den Punkt. In den viereinhalb Stunden vertraulicher Gespräche unter vier Augen und weiteren dreieinhalb Stunden im Beisein der engsten Vertrauten ging es eindeutig um mehr als nur Tagesgeschäft. Ein Vorgeschmack wurde der Welt in Form einer politischen Erklärung sowie wirtschaftlichen Vereinbarung schon geliefert. Die weiteren, doch noch signifikanteren Ergebnisse des Gipfels werden sich jedoch erst später zeigen.

Es scheint, dass die Moskauer Gespräche für Xi Jinping wichtiger waren als für den russischen Präsidenten. Russland ist in die ukrainische Angelegenheit verwickelt und nimmt die Beziehungen zu Peking durch dieses Prisma verstärkt wahr. Es trifft sich, dass China

im Pazifik einen Teil der strategischen Macht des Westens bindet und damit das Potenzial für einen Angriff auf Russland reduziert. Es ist gut, dass China Energieressourcen, die unter Sanktionen stehen, aufnimmt und die Versorgung mit notwendigen Gütern sicherstellt. Moskau bleibt wenig Spielraum über diesen Horizont hinauszusehen.

Xi Jinping befindet sich hingegen in einer qualitativ anderen Situation. Er ist nicht in die Taiwan-Falle der Amerikaner getappt und hat keine „Sonder-Operation“ ausgelöst, doch auf die Provokationen Washingtons asymmetrisch reagiert und eine Blockade der rebellischen Insel durchgespielt.

China beendete den seit drei Jahren dauernden Großeinsatz gegen CoV und hat mit der Wiederbelebung seiner Wirtschaft begonnen. Vor allem aber fand der chinesische Staatschef die volle Zustimmung des Volkskongresses für sein Handeln über die letzten zehn Jahren unter der Parole des Aufbruchs in eine „Neue Ära“ und erhielt freie Hand diese Politik über die nächsten – zwölf Jahre bis 2035 – fortzusetzen.



Chinas „Langer Marsch“ 1934 – 35 um der Einkreisung des Kuomintang zu entgehen
Quelle: Map of the Long March 1934–1935-en.svg: Rowanwindwhistlerderivative: Furfur, CC BY-SA 4.0 <creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/>; via Wikimedia Commons

In Anlehnung an den politischen Stil Chinas ist diese Wegstrecke unter der Bezeichnung „Neue Kampagne“ belegt. Man muss kein echter Sinologe sein, um einen Bezug zum „Langen Marsch“, den die Kommunisten unter Mao Zedong 1934–35 vollbrachten, festzustellen: Vor fünf Jahren wurde auf dem XIX. Parteitag der Kommunistischen Partei Chinas beschlossen, „die ursprünglichen Ideale nicht zu vergessen“. Seither ist die sozialistische Komponente in der Politik und im Alltag Chinas wieder stärker hervorgetreten.

Seite E 256 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 836 vom 01.06.2023

Am Kongress im Jahr 2022 wurde angekündigt, dass der pro-westliche Kurs Deng Xiaopings, den die Partei und das Land seit 1978 verfolgte, zu überarbeiten sei. Der Slogan „*tzu wo ge ming*“ - „*Revolution von innen*“ – bedeutet keine ostentative Schmälerung jenes „*Architekten der Reformen*“, sondern eine wirkliche Veränderung des Erbes Deng Xiaopings. In der Tat hat Xi Jinping nicht auf einen Parteikonsens gewartet, doch von den ersten Tagen seiner Herrschaft an eine „*nach innen gerichtete Revolution*“ eingeleitet.

Der „*Chinesische Traum*“, den Xi Jinping Ende 2012 ausrief, bestand aus mehreren Konzepten, die jedoch wie Zahnräder eines einzigen Mechanismus ineinandergreifen: Die „*Neue Normalität*“ lenkte die Wirtschaft weg von der Priorität auf fremde Märkte, hin zur Stärkung des heimischen Marktes. Die sogenannte „*Jagd auf Tiger und Fliegen*“ zielte darauf ab, korrupte Verhältnisse unterschiedlicher Dimension aus den Produktions- und Lieferketten des Landes zu entfernen und dem Anwachsen sozialer Spannungen wirksam entgegenzutreten.

Die verminderte Abhängigkeit von ausländischen Märkten führte zu einer größeren Unabhängigkeit in der Außenpolitik und zum „*Heraustreten aus dem Schatten*“, woran sich das Reich der Mitte auf Geheiß von Deng Xiaoping 30 Jahre lang orientiert hatte. Die „*Belt and Road Initiative*“ oder *Neue Seidenstraße* soll stabile Überlandrouten nach dem Westen sicherstellen, um im Fall einer Blockade der Seewege, über eine verlässliche und alternative „*Lebensader*“ für China zu verfügen. Bis heute werden noch rund 80 Prozent der Handelsgüter über Seewege noch abgewickelt.

Die Rolle Russlands beschränkt sich nicht nur auf seine Schlüsselposition an der Neuen Seidenstraße. Russland, welches wieder an Stärke gewinnt, hat wichtige Militärtechnologien beibehalten und zugleich Beispiel für eine unabhängige Politik gegeben, die einer Großmacht würdig ist. Selbst die Größe der russischen Wirtschaft, die nicht mit der Chinas vergleichbar ist, wurde durch Moskaus strategisches Potential und Erfahrung ausgeglichen, was Peking zunächst noch zu fehlen schien.

Jetzt, zu Beginn der „*Neuen Kampagne*“, setzt Xi Jinping nicht nur Meilensteine auf neuen Wegen zur „*Großen Wiedergeburt der chinesischen Nation*“. Er lässt auch die ursprünglichen Ideale der Kommunistischen Partei wiederaufleben, indem er auf Handlungen von Mao Zedong und seiner Mitstreiter, einschließlich die seines Vaters Xi Zhongxun, neu zurückgreift: Zu den Errungenschaften des ersten Steuermandanten der chinesischen Kommunisten zählt Xi Jinping das Zustandekommen des historischen Bündnisses mit Moskau unter Mao Zedong:

Die Verhandlungen zwischen Josef Stalin und Mao Zedong im Januar/Februar 1950 ermöglichten es, die höchste Stufe der Beziehungen zwischen Moskau und Peking zu erreichen – ein militärisch-politisches Bündnis, das bis heute unübertroffen blieb.

Das von den beiden Führern am 14. Februar 1950 im Kreml unterzeichnete Dokument trägt den Namen „*Vertrag über Freundschaft, Bündnis und gegenseitigen Beistand zwischen der UdSSR und der VR China*“. Stalin und Mao begründeten damit nicht nur den Zusammenschluss zweier sozialistischer Staaten nach internationaler Rechtsform, sondern bestätigten auch die Tradition der militärisch-politischen Interaktion zwischen den beiden benachbarten eurasischen Mächten. Der Vertrag wurde für 30 Jahre abgeschlossen, war aber nur etwa zehn Jahre lang gültig. Aber selbst diese Zeit war so fruchtbar, dass Historiker von der „*Ära der sowjetisch-chinesischen Freundschaft*“ sprechen.



Xi Jinping und Wladimir Putin zu ihrem gemeinsamen Auftritt in Moskau
Quelle: Kremlin.ru

Vielleicht bricht nun vor unseren Augen eine neue Ära an. Kein Wunder, dass Xi Jinping erklärte, dass China seine strategische Entscheidung endgültig zugunsten Russlands getroffen habe. Nicht umsonst hat Xi Jinping praktisch die gesamte neue Partei-, Staats- und Militärelite zur „*Gefechtsabstimmung*“ mit den russischen Kollegen nach Moskau mitgebracht. Xi Jinping schlug Putin sogar vor, an die Errungenschaften von Stalin und Mao Zedong anzuknüpfen und durch Bündelung der Möglichkeiten nicht nur die Sicherheit beider Länder sicherzustellen, sondern auch zur Vermeidung eines globalen Konflikts beizutragen.

Mit, „*Wer in dieselben Flüsse hinabsteigt, dem strömt stets anderes Wasser entgegen*,“ wird Heraklit zitiert: So ähnelt auch die heutige Situation auf den ersten Blick überhaupt nicht den 50er Jahren des letzten Jahrhunderts: Der ältere und der jüngere Bruder haben die Plätze getauscht. Mittlerweile ist die chinesische Wirtschaft zehnmal größer als die russische und so auch die chinesische Bevölkerung im Vergleich zur russischen. Ein Yuan entspricht rund dem 10-fachen Wert eines Rubels. Aber das Gefälle der wirtschaftlichen und militärischen Macht in der Ära der sowjetisch-chinesischen Freundschaft beeinträchtigte nicht den gegenseitigen Respekt unter den politischen Führern beider Seiten. Gleiches galt für die „*Gefechtsabstimmung*“ der sowjetischen und chinesischen Soldaten am Himmel über Korea und für die aufrichtige Sympathie zwischen Studenten, Arbeitern und Wissenschaftlern beider Länder. Darüber hinaus hat Russland wichtige militärische Technologien beibehalten und damit ein Beispiel für unabhängige Politik gesetzt, die einer Großmacht würdig ist. China hat gerade erst begonnen, in dieser Richtung global aktiv zu werden, und kann aus den strategischen Erfahrungen Russlands wichtige Lehren ziehen.

Wie lange kann die neue Ära der russisch-chinesischen Beziehungen dauern? Das kürzlich unterzeichnete Wirtschaftsabkommen endet 2030. Im Jahr 2032 findet der XXII. Kongress der KPCh statt, den Xi Jinping noch zu leiten beabsichtigt. Er wünschte Wladimir Putin den Sieg bei den Präsidentschaftswahlen 2024 und Erfolg bei der Führung Russlands über die gesamte gesetzlich vorgesehene sechsjährige Amtsdauer. Natürlich hängt die Zukunft der Beziehungen zwischen den beiden Großmächten in hohem Maße vom Schicksal ihrer Führer und von ihrem persönlichen Verhältnis ab. Aber die Hauptrolle spielen die nationalen Interessen. In absehbarer Zukunft werden die Entwicklungen Russlands und Chinas parallel verlaufen. Die Vereinigten Staaten und NATO werden sich dem stellen müssen.

Heute sind Russland und China eine globale metaphysische Yang-Kraft, eine Kraft der positiven Anfänge, des Lichts, des Guten und des Friedens. Die Vereinigten Staaten und der Westen sind die Kraft des „Yin“, die Kraft des negativen Prinzips, der Dunkelheit, des Bösen und des Krieges. Putin und Xi Jinping haben eine Synergie innerhalb der Yang-Macht hergestellt. Sie haben einen Konsens auf der Ebene der höheren politischen Mathematik erzielt. Doch, es besteht die Gefahr, dass auf der Ebene der politischen Arithmetik Clangruppen, Großbanken und globale Monopole diese Entscheidungen konterkarieren und unterlaufen. Das ist schon öfters passiert.

Wir müssen die pro-westliche Haltung eines beträchtlichen Teils der russischen und chinesischen Eliten in Betracht ziehen. Während die Kommunistische Partei Chinas sich auf eine Konfrontation mit dem Westen vorbereitet, verstärkt sie ihre Kontrolle über Banken, Wissenschaft, Militär und Medien. Auch Russland muss Passivität und verdeckten Widerstand überwinden und im Sinne der strategischen Koordinierung der Oberbefehlshaber beider Staaten auch die Gefechtsabstimmung der Streitkräfte und des militärisch-industriellen Komplexes sowie die politische Koordinierung der Parteien und öffentlichen Organisationen und die wirtschaftliche Koordinierung nicht nur der Staatsmonopole, sondern auch der mittleren und kleinen Unternehmen, künftig sicherstellen.

Der Erfolg der russisch-chinesischen Zusammenarbeit wird die Herausforderungen unserer Zeitenwende maßgeblich beeinflussen und letztlich entscheiden.

Übersetzung aus dem Russischem: UNSER MITTELEUROPA

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

01) Türkei: Erdoğan gewinnt Stichwahl

28. 05. 2023



Foto: *alfahir.hu*

Erdoğan gewinnt offiziell mit 52,14 Prozent der Stimmen die Stichwahl und bleibt türkischer Präsident. Putin, Orbán, Macron und Trump haben bereits gratuliert.

ANKARA/ISTANBUL – Kurz vor 23 Uhr Ortszeit (22 Uhr MEZ) war es offiziell: Amtsinhaber Recep Tayyip Erdoğan (69) gewinnt laut Wahlbehörde mit 52,1 Prozent der Stimmen die Stichwahl. Sein 74-jähriger Herausforderer Kemal Kılıçdaroğlu komme demnach auf 47,9 Prozent. Putin, Orbán, Macron und Trump haben bereits gratuliert.

Der Wahlsieger hat sich am Abend auf dem Dach eines Busses in Istanbul bereits zum Sieger erklärt:

„Wir haben die zweite Runde der Präsidentschaftswahlen abgeschlossen. Ich danke meinem Volk, dass es uns ein Fest der Demokratie beschert hat.“ so der Präsident und weiter:

„Ich danke jedem Bürger, der seinen Willen an der Wahlurne zum Ausdruck gebracht hat. Ich danke allen Mitgliedern meiner Partei. Ich werde Ihr Vertrauen verdienen, so wie ich es in der Vergangenheit getan habe.“

„Wir haben die zweite Runde der Präsidentschaftswahlen abgeschlossen. Ich danke meinem Volk, dass es uns ein Fest der Demokratie beschert hat.“

Der unterlegene Oppositionskandidat Kılıçdaroğlu sprach am Wahlabend von der „ungerechtesten Wahl“, die jemals in der Türkei stattgefunden habe. Auf das Land warteten nun „noch viel größere Krisen“.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

M o l d a u (Seiten E 260)

Keine Berichte

Keine Berichte

Großbritannien (Seiten E 262 – E 270)

01) King Charles III.: König des „Great Reset“

09. 05. 2023



Charles III.: Der neue britische Monarch ist ein Verfechter der „Neuen Weltordnung“

Nach dem Tod der britischen Königin Elizabeth II. ist ihr ältester Sohn Charles neues Staatsoberhaupt. Anders als seine Mutter, die sich in ihrem langen Leben nie politisch äußerte, hat sich der neue König, Charles III., wiederholt eindeutig positioniert. Vor allem ist er eine der führenden Personen hinter dem „Great Reset“, also des von globalistischen Kreisen geplanten grundlegenden Umbaus von Wirtschaft und Gesellschaft. Als Triebfedern für das Vorantreiben des „großen Neustarts“ dienen einerseits die Bekämpfung des angeblich ausschließlich vom Menschen verursachten Klimawandels und andererseits die Coronakrise.

Der nunmehrige britische König war gerngesehener Teilnehmer von verschiedenen Veranstaltungen des von Klaus Schwab geleiteten „Weltwirtschaftsforums“ (WEF). Am 22. Jänner 2020, also unmittelbar vor Beginn der Coronakrise, hielt Charles eine „Grundsatzrede“ auf der Tagung des WEF im schweizerischen Davos. Dabei stellte er die Bekämpfung der sogenannten Klimakrise als Notwendigkeit für einen radikalen Umbau von

Gesellschaft dar: „Um voranzukommen, brauchen wir daher nichts weniger als einen Paradigmenwechsel, einen, der zum Handeln auf revolutionärer Ebene und in revolutionärem Tempo inspiriert.“

Es ist schon bemerkenswert, wenn das Mitglied eines europäischen Königshauses das Wort „revolutionär“ in den Mund nimmt, wo doch in der Regel gekrönte Häupter Revolutionen scheuen wie der Teufel das Weihwasser. Zudem verlangte Charles das „Aufzeigen verantwortungsvoller Übergangspfade zur Dekarbonisierung und zum Übergang zur Netto-Null“. Denn es sei „an der Zeit, dass Unternehmen, Branchen und Länder gleichermaßen planen und umsetzen, wie sie dekarbonisieren und zur Netto-Null übergehen werden“. „Netto-Null“ ist ein anderer Begriff für „Klimaneutralität“, also etwas, das die EU bis 2050 erreichen will und dabei mutwillig erheblichen wirtschaftlichen Schaden in Kauf nimmt.

In einem weiteren Punkt sprach sich der britische Thronfolger für die „Annahme gemeinsamer Metriken und Standards“ aus. Denn immer mehr Unternehmen würden ESG-Methoden übernehmen und ihre SDG-ausgerichteten Investitionen hervorheben. Das Kürzel SDG bedeutet Ziele für nachhaltige Entwicklung, und ESG steht für „Environmental, social, and corporate governance“, also für „Umwelt, Soziales und Unternehmensführung“. ESG ist ein Instrument, um die Vorgaben von Globalismus und politischer Korrektheit in der Wirtschaft einzupflanzen.

So lautet einer der Maßstäbe des WEF „Vielfalt und Einbeziehung“. Darunter ist die „geschlechtliche, ethnische und kulturelle Vielfalt, insbesondere in den Führungsteams“, zu verstehen. Zudem sprach Charles davon, „die nachhaltigen Optionen zu den vertrauenswürdigen und erreichbaren Optionen für die Verbraucher zu machen“. Weil „wir nicht erwarten können, dass die Verbraucher nachhaltige Entscheidungen treffen, wenn ihnen diese Entscheidungen nicht klar vor Augen geführt werden“, müssen wir, so der Thronfolger, „besser mit den Verbrauchern über die Nachhaltigkeit der von uns angebotenen Waren, Dienstleistungen und Investitionen kommunizieren“. Man kann in diesen Fall auch von einem Aufruf der Massenmanipulation sprechen.

Bei einer virtuellen Konferenz des „Weltwirtschaftsforums“ am 3. Juni 2020 sagte der nunmehrige König in Bezug auf die Coronakrise, „wir haben die goldene Möglichkeit, etwas Gutes aus dieser Krise mitzunehmen – ihre beispiellosen Schockwellen empfänglicher für die großen Visionen des Wandels machen“. „Der Great Reset, der heute im Rahmen eines virtuellen Rundtischgesprächs ins Leben gerufen wurde, zielt darauf ab, unsere Welt wieder aufzubauen, neu zu gestalten, zu beleben und ins Gleichgewicht zu bringen. Er wurde entwickelt, um sicherzustellen, dass Unternehmen und Gemeinschaften ‚besser wieder aufbauen‘, indem sie nachhaltige Geschäftspraktiken in den Mittelpunkt ihrer Tätigkeiten stellen.“ „Besser wiederaufbauen“ heißt im Englischen übrigen „built back better“ – so lautete auch ein Slogan von Joseph „Joe“ Biden im letzten US–Präsidentenwahlkampf.

Der von Charles wiederholt verwendete Begriff „nachhaltig“ klingt auf den ersten Blick vernünftig und unauffällig. Tatsächlich aber ist der Begriff „nachhaltig“ der Vorwand, um im Namen der Zivilreligion des angeblich ausschließlich vom Menschen verursachten Klimawandels Steuern zu erhöhen bzw. neue einzuführen, die Lebensgewohnheiten der Menschen zu verändern, die Massen zu manipulieren oder Grundrechte einzuschränken. Und das alles natürlich ohne demokratische Mitbestimmung der Bürger. Der Analytiker F. William Engdahl klärt auf: „Das Schlüsselwort ist nachhaltig. Wenn wir tiefer graben ist klar, dass es das Codewort für die Reorganisation der Welt des Weltreichtums mit Mitteln wie Strafsteuern auf Kohlenstoffe, die Flug- und Fahrzeugverkehr drastisch reduzieren sind. Die weniger entwickelte Welt wird nicht zur entwickelten aufschließen, sondern umgekehrt

müssen die fortgeschrittenen Kulturen ihren Lebensstandard reduzieren, um ‚nachhaltig‘ zu werden.“ Und dieses Programm zur Reduzierung des Lebensstandards ist zumindest in Europa voll angelaufen.

Dieser Beitrag erschien zuvor auf ZURZEIT, unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

02) Der letzte König auf Erden

02. 05. 2023



Bild: shutterstock

Von HANS-JÜRGEN GEESE | Im Jahre 2002 wollte es die „BBC“ ganz genau wissen und veranstaltete daher eine umfassende Anfrage an das Volk, mit dem Ziel, herauszufinden: „Wer ist der größte Brite aller Zeiten?“

Winston Leonard Spencer Churchill gewann das Rennen um die Gunst seiner Landsleute. Obwohl Experten auf einige Makel von Sir Churchill aufmerksam gemacht hatten. So galt er zum Beispiel als ein ausgewiesener Rassist, sagte Dinge, die uns heute aufregen, die allerdings zu seiner Zeit sozusagen den Stand der Wissenschaft ausdrückten: Die

angelsächsische Rasse galt als die wahre Krönung der Schöpfung. Und das Britische Empire regierte die Welt. Jeder wusste das. Und wehe, da regte sich jemand auf Erden, um diesen harmonischen Zustand der gottgewollten Ordnung zu stören. Jemand wie Mahatma Gandhi. Den bezeichnete Sir Churchill folgendermaßen: „Ein aufwieglerischer Fakir, der halbnackt die Stufen zum Palast des Vizekönigs aufsteigt, um dort, auf gleichberechtigter Ebene, Verhandlungen mit dem Vertreter des Königs führen zu wollen.“

Gandhi wollte die Unabhängigkeit Indiens. Das brachte den fanatischen Anhänger des Empires, den Herrn Churchill, völlig in Rage. Inder waren Menschen zweiter Klasse für ihn. Einschließlich Gandhi. Der Gandhi musste doch seinen ihm zugewiesenen Platz in der Rangordnung dieser Welt kennen. Indien war eine Kolonie. Großbritannien war der Besitzer von Indien und Herrscher über alle Inder. Wie konnte der Gandhi es wagen? Nun, der Gandhi wagte es dennoch, Großbritannien herauszufordern. Und bald änderten sich die Zeiten.

Wenn Winston Churchill damals gewusst hätte, dass im Jahre 2023 ein Mann indischer Abstammung seinen Posten als Premierminister von Großbritannien einnehmen würde. Und es kommt noch schlimmer. Selbst im erzkonservativen Schottland herrscht jetzt ein Mann, der aus Pakistan stammt, damals noch Teil von Indien. Wie würde Churchill das nennen? Eine Invasion?

Aber auch das ist noch nicht alles. Es kommt noch viel schlimmer: Bis vor kurzem war Rupert Soames, ein Enkel von Sir Churchill, der CEO der Firma SERCO, die von der britischen Regierung beauftragt ist, das Immigrantensproblem in den Griff zu bekommen. Während der Herrschaft von Rupert kamen hunderttausende von illegalen Flüchtlingen auf die Insel. Dabei hatte doch sein Großvater geschworen, dass die Briten diese Insel mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln bis zum letzten Mann verteidigen würden: „Wir werden an den Stränden kämpfen, wir werden auf den Landungsplätzen kämpfen, wir werden auf den Feldern und Straßen kämpfen...“ Die Ironie der Geschichte kann grausam sein.

Der Abgang des Empires

Wir alle wissen, dass das englische Empire längst Geschichte ist, trotz oder gerade wegen Winston Churchill. Großbritannien hat gute Aussichten, es gar zum Armenhaus in Europa zu schaffen. Selbst von der einst mächtigsten Militärmacht der Welt ist nicht mehr viel übrig geblieben. Experten räumen der derzeitigen britischen Armee in einem Kampf gegen die russische Armee eine Überlebensdauer von maximal zwei Wochen ein. Nun, das ist immerhin mehr als man der Bundeswehr zutraut, diesem zusammengewürfelten Haufen von Söldnern aus aller Welt. Trotz der Unterstützung der Damen in Uniform. Im Westen regiert jetzt die Herrschaft von „woke“. Der Rest der Welt krümmt sich vor Lachen.

Selbst die Amerikaner haben mittlerweile Probleme, für Ruhe und Ordnung und Disziplin und Respekt vor ihrer Allmacht auf Erden zu sorgen. Da wagte es der türkische Innenminister letzte Woche zu sagen, was wir doch ohnehin alle wussten, was aber keiner zu sagen wagte: Die ganze Welt hasst Amerika. Was können die Amerikaner auch anderes erwarten, wenn sie mit 900 Militärbasen den Rest der Welt einzuschüchtern versuchen? Nun, selbst Amerika würde heute nicht mehr gegen die Russen militärisch bestehen können. Die Amerikaner finden nicht einmal mehr genug Soldaten, die diesen Job machen wollen. Und ihre hoch gelobte Superrakete, die mit Russland auf dem Gebiet der Technologie gleichziehen sollte, die plumpste vor kurzem bei einem Versuch ins Meer.

Seite E 266 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 836 vom 01.06.2023

Im Land der ehemaligen Weltmacht und im Land der derzeitigen Weltmacht plagt die Menschen die Sorge, die Familie mit den Grundlagen des Lebens zu versorgen. Um das herauszufinden, braucht man nicht einmal mehr Bücher zu lesen. Wahrheiten dieser Art, Nachrichten über das Elend dieser Welt, können Sie heutzutage, als moderner Weltenbürger, in Echtzeit, live, von ihrem Handy abrufen. Haben Sie das gewusst? Man nennt das Fortschritt.

König Charles III.

In diese Welt des Ungemach tritt nun ein neuer Weltenlenker auf die Bühne, Charles Philip Arthur George, geboren am 14. November 1948. Sage und schreibe 74 Jahre lang hatte der Mann Zeit, sich auf diesen Job vorzubereiten. Endlich ist sein großer Augenblick gekommen, seinen Einfluss auf den Lauf der Welt auszuüben. Falls Sie Zweifel an dieser Absicht hegen, kann ich Sie beruhigen: Wenn eines fest steht, dann der Drang dieses Mannes, Geschichte durch Taten zu schreiben. Es ist unwahrscheinlich, dass seine majestätische Durchlaucht nach 74 Jahren plötzlich zu radikal neuen Erkenntnissen gelangt, die seinen geplanten Weg entscheidend beeinflussen werden. Charles weiß ganz genau was er will.

Wenn Sie mir gestatten, will ich kurz anmerken, dass es unfair ist, einen Mann aufgrund weitgehend oberflächlicher Bemerkungen aus den Medien zu beurteilen. Einerseits ist sein Privatleben eben genau das. Und geht mich einen feuchten Kehricht an. Andererseits hat der Mann tatsächlich einige beeindruckende Taten vorzuweisen, die tausenden von Menschen auf ihrem Lebensweg geholfen haben. Zyniker könnten behaupten, dass, wenn man hunderte von Millionen für Wohltätigkeitsorganisationen ausgibt, sich ein gewisser Segen nicht vermeiden lässt. Nun, ich bin sicher, die betroffenen Menschen sind dankbar.

Da ich persönlich dem König nie begegnet bin, muss ich mit meiner Beurteilung des Herrn ein wenig vorsichtig sein und halte mich daher lieber erst einmal an die vorhandenen Fakten, bevor ich mich dann, am Schluss, zwangsläufig, trotz bester Absichten, wohl dennoch auf ein wenig Spekulation einlassen muss. Denn die Zukunft auf Erden ist noch nicht geschrieben.

Das britische Königreich

Wie lebt ein König? Nun, er lebt nicht wie Sie und ich. Der Mann hat andere Sorgen als der gemeine Bürger. Und er hat Privilegien. Sein Wecker bimmelt nicht um 6.00 Uhr morgens. Fürs Wecken hat er einen Butler. Richtig arbeiten braucht er nicht. Charles hat nie in seinem Leben richtig gearbeitet. Er lässt arbeiten. Er lässt sich sogar beim Anziehen helfen. Von seinem Butler. Dann hat er noch zwei weitere Diener, einen Koch, einen Fahrer, einen Bodyguard. Mindestens 6 Autos. Wie Sie wissen, will er die Umwelt retten. Sonst hätte er noch mehr Autos. Der ganze Laden mit Namen Königshaus beschäftigt über 1.000 Leute. Das ist eine richtige Firma. Daher spricht man auch von „The Firm“. Es geht also vor allem um Geld. Um Geld und Macht. Ich muss das leider sagen. Sie könnten sonst falsche Vorstellungen bekommen. Pro Jahr gab Charles als Prinz etwa 15 Millionen aus. Er gilt als äußerst verschwenderisch. Nur das Beste ist für ihn gerade gut genug. Man gönnt sich ja sonst nichts. Steuern zahlt er so gut wie keine.

Da Charles nie gearbeitet hat, aber trotzdem als König jetzt als Multimilliardär gelten muss, stellt sich die Frage, woher die ganze Kohle stammt. Nun, er hat geerbt und das Erbe, auch das muss ich leider sagen, wurde größtenteils zusammengeklaut. Natürlich nicht von Charles. Ein König klaut nicht. Ein König lässt klauen. So vereinnahmte zum Beispiel nach der Reformation die Krone sämtliche Ländereien der Kirche und ernannte sich selbst zur

Seite E 267 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 836 vom 01.06.2023

Kirche. Und dann gab es da die gute alte Zeit der Eroberungen. Hunderte von lukrativen Jahren. Die glitzernden Steine in der Krone des Königs: alle geklaut. Sorry, ich werde diese aufmüpfige Sprache jetzt beiseite legen. Reden wir daher lieber von Investitionen.

Erinnern Sie sich an die Panama Papiere, die im Jahre 2016 Steuerhinterziehungen aufdeckten? Das englische Königshaus stand auch auf der Liste, obwohl das Königshaus weitgehend steuerbefreit ist. Warum? Ich habe keine Ahnung. Das sind eben Privilegien, die Leute erhalten, die sie eigentlich nicht brauchen.

Ach ja, der Sklavenhandel war auch sehr einträchtig. Tausenden dieser von Afrika stammenden Sklaven wurde sogar das Gütesiegel „DY“ (Duke of York) der Krone ins Fleisch eingebrannt. Später aber, das weiß jeder Brite, später aber hat sich Großbritannien stark für die Abschaffung von Sklaverei eingesetzt und das auch durchgezogen. Natürlich mit einer Schamfrist und unter Bezahlung von Millionen an die Sklavenhalter. Als Entschädigung. Frage: Was meinen Sie, was so ein Sklave anschließend tat, nachdem er seine Freiheit geschenkt bekommen hatte? Nun, er arbeitete meistens weiter als Sklave. Aber er war jetzt frei.

So wie heute die meisten Briten auch frei sind. Sie können sich zwar immer mehr immer weniger leisten, aber sie haben immerhin noch ihre Freiheit. Das ist doch schön. Es wird sich bald herausstellen, wie lange man davon leben kann.

Der englische König und die Politik

König Charles gilt als ein ehrgeiziger Mensch. Und das ist sicherlich eine Untertreibung. Stellen Sie sich vor, Sie seien König, das heißt, dass Sie dereinst in die Geschichtsbücher eingehen werden. Ob Sie wollen oder nicht. Die große Frage ist natürlich, was da wohl stehen mag. Charles wird Himmel und/oder Hölle in Bewegung setzen, um in diesem Buch so viele Seiten wie möglich zu füllen. Und damit haben wir sogleich den Konflikt beim Schopf gepackt: Himmel oder Hölle?

Laut Verfassung (die es zwar nicht schriftlich gibt, aber das ist ein anderes Thema) darf der König sich nicht in die Politik des Landes einmischen. Diese Vorgabe hatte die Frau Mutter, Königin Elizabeth, tadellos eingehalten. Niemand wusste, was die Frau wohl wirklich dachte. Sie kennen doch die Sphinx. Die Sphinx ist ein rätselhaftes Wesen. Das war die Queen. Charles ist nicht rätselhaft.

Bei Charles weiß die ganze Welt, was der Mann denkt, denn er redet dauernd darüber. Und jetzt, auf einmal, muss er den Mund halten? Das wird schwierig sein. Das wird wohl unmöglich sein. Der Mann ist drauf und dran, Tabus reihenweise umzuschmeißen. Positiv ausgedrückt: Er will ein moderner König sein. Was immer das letzten Endes auch bedeuten mag. Wir werden es wohl bald herausfinden. Ich erinnere Sie an die große Frage: Himmel oder Hölle?

Der Ausweg aus den Einschränkungen seines Tatendranges in der Rolle des Prince of Wales waren die vielen Charities (Wohltätigkeitsorganisationen), mit denen Charles Einfluss nahm. Der Trick ist, Leute mit viel Geld dazu zu bewegen, ein wenig von dem Geld in einen großen Topf zu werfen und dann mit diesem eingesammelten Geld Gutes zu tun. Mit hunderten von Millionen Euros. Und das hat Charles bisher in seinem Leben auch getan. Ein Leben als Wohltäter. Das kann ihm niemand absprechen. Die peinliche Frage ist natürlich, warum das überhaupt notwendig ist. Aber auch das ist ein anderes Thema.

Charles, der Weltenverbesserer

Wenn Sie der Vater von 25 Wohltätigkeitsorganisationen sind, dann können Sie kein schlechter Mensch sein. Wenn Sie der Vater von 25 Wohltätigkeitsorganisationen sind, dann ist klar, dass Sie sich nicht in gleicher Masse um alle ihre 25 Kinder kümmern können. Und Sie haben Ihre Lieblingskinder. Bei Charles sind das vor allem Bildung, Gesundheit, Architektur, Umwelt und Landwirtschaft/Gartenanbau.

Jeder kann etwas zu Bildung sagen, vor allem heute in dieser verrückten Welt. Bei Gesundheit wird es komplizierter und daher kontrovers. Vor allem wenn man alternative Medizin predigt, doch dann die Spritze bei Covid empfiehlt und sich verpassen lässt, dann kommen da unangenehme Fragen auf. Reden wir also lieber über Charles Taten in der realen Welt, in der Welt der Gärten, denn da, das wird ihm niemand absprechen können, da hat der Mann großartiges geleistet. Und der Vorteil hinsichtlich der Früchte des Feldes ist, die kann man tatsächlich essen, von denen kann man tatsächlich leben. Das zählt. Also, passen Sie mal auf:

Charles ist einer der größten Landbesitzer in Großbritannien. Über Jahrzehnte hat er ein organisches Anbaukonzept entwickelt, das er auf drei großen Gütern praktiziert: Birkhall, Clarence House und vor allem auf dem Vorzeigeprojekt Highgrove in Gloucestershire, welches der Öffentlichkeit zugänglich ist. Gestatten Sie, dass ich den König zitiere: „Unsere Nachfahren werden uns nicht danken, wenn sie herausfinden, dass wir schuldig waren, die Natur lediglich als Labor zu behandeln und nicht als riesigen, integrierten, lebendigen Organismus.“ Und er predigt von der Harmonie in unserer Lebensweise, die in den ewigen natürlichen Gesetzen der Natur und in dem Rhythmus der Natur integriert sein muss. Hier spricht jemand, der sich intensiv auf das wahre Leben eingelassen hat und Weisheit besitzt. Nein, der Mann ist kein Spinner auf diesem Gebiet.

Übrigens, damit Sie heute Abend klüger als gestern Abend zu Bett gehen: Der Unterschied zwischen einem organischen und einem konventionellen Garten ist, dass das Hauptaugenmerk beim organischen Garten auf der Qualität der Erde liegt, wohingegen sich der konventionelle Gärtner mehr auf die Pflanzen konzentriert. Charles Konzept ist holistisch, kümmert sich um die Gesundheit des gesamten Ökosystems. Das ist keine Theorie. Das ist bewiesen. Sie können das selbst überprüfen. Was Sie tun sollten. Meine Empfehlung daher: Besuchen Sie Highgrove. Eine Art Paradies auf Erden. Ich verspreche es Ihnen.

Charles, der Weltenzerstörer

Selbst wenn Sie nur ein wenig Einblick in den Lebensablauf aller Kinder der Königsfamilie bekommen, erkennen Sie, dass das alles traumatisierte Kinder sind, die weitestgehend ohne Liebe, abgeschieden von den Eltern, aufwachsen. Und sie sind es gewohnt, ihre Wünsche erfüllt zu bekommen. Keine Überraschung daher, dass sich Prince Charles vorliebsweise mit Jasagern umgab. König Charles wird gleiches tun. Er hasst Widerspruch. Solche Menschen sind leicht zu manipulieren, denn sie ruhen nicht in sich selbst. Die ihnen zugesprochene Macht und die ihnen gewährten Privilegien übertünchen nur eine tiefe Unsicherheit. Sie brauchen viel Sex, viel Geld und viel Klimbim, um sich zu beweisen.

Charles ist ein hoch ambitionierter Mensch mit Kontakten in die Netzwerke der wahren Macht. Und da er als König nicht direkt Macht ausüben darf, wird er sich dieser Netzwerke bedienen. Und diese Netzwerke werden ihn benutzen.

Seite E 269 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 836 vom 01.06.2023

Es hat sich inzwischen herumgesprochen, dass Charles ein begeisterter Anhänger vom Weltwirtschaftsforum, der wohl mächtigsten Denkfabrik, dem mächtigsten Machtzentrum auf Erden ist. Eigentlich ein Widerspruch. Aber Charles ist voller Widersprüche. Denn wenn der Mann auf der einen Seite von Natur und Gesetzen der Harmonie in der Natur spricht und dann andererseits sich auf diese zwielichtigen Charaktere der gnadenlosen Machtausübung einlässt, dann könnte man daraus schließen, dass er vielleicht doch nicht mehr ist als eine Marionette der wahrhaft Mächtigen. Das Programm des Weltwirtschaftsforums ist veröffentlicht. Deren Technologiewahn ist bekannt und wird gnadenlos vorangetrieben.

Das ist praktizierte Vernichtung von Leben und Vergötterung von Technologie. Wie kann Charles das mit seiner obigen Aussage über Natur vereinbaren?

Die Macht eines Königs

Der englische König erhält jeden Tag eine rote Kiste mit Dokumenten von der englischen Regierung. Jeden Tag. Damit er genau weiß, was in der Welt der Politik passiert. Und einmal pro Woche trifft er sich mit dem Premierminister. So will es die englische Verfassung. Der König ist stets umfassend informiert. Und Wissen ist Macht. Vor allem auf der höchsten Ebene der Macht. Macht wozu?

Gute Frage. Was der gemeine Mensch hinsichtlich des Segens oder des Fluches von Macht nicht versteht ist eigentlich auch nicht zu verstehen: Warum haben wir Krieg auf Erden? 99 % der Menschen wollen keinen Krieg. Das kann doch wohl nur daran liegen, dass die Machthaber, die 1 %, dass die eine andere Perspektive auf das Leben haben, dass sie Realität anders wahrnehmen. Im Zusammenhang mit Steve Jobs sprach man von „reality distortion field“ (Realitätsverzerrungsfeld). Der Mann akzeptierte die allgemein als Realität anerkannte Realität einfach nicht und forderte das eigentlich unmögliche. Die Voraussetzung für ein Genie. Allerdings handelte es sich bei ihm um eine technische Welt.

König Charles ist kein Genie. Aber auch er lebt in einem Realitätsverzerrungsfeld, das von einem gigantischen Ego beherrscht wird, dem zu dienen er sich verschrieben hat. Er kann einfach nicht anders. So ist er aufgewachsen. Das ist er so gewohnt. Der Klaus Schwab mit seinem Weltwirtschaftsforum schmeichelt seinem Ego und umgarnt ihn mit begehrten Liebkosungen. Er lässt sich benutzen. Der Lakai, Klaus Schwab, ist in unserer Zeit zum eigentlichen König geworden. Charles III. wäre nicht der erste König Charles, der dem Schicksal zum Opfer fiel.

Von Charles I. zu Charles III.

Charles I: „You cannot be without me: you will fall to ruin if I do not sustain you.“ (Ihr könnt ohne mich nicht leben. Ihr werdet in den Ruin fallen, wenn ich euch nicht unterstütze). Es bleibt bis in die heutige Zeit festzustellen: In 99,9 % der Fälle kommen immer die falschen Leute an die Macht. Man müsste das mal ändern. Denn Größenwahnsinn und Demokratie gehen schlecht Hand in Hand durch die Pfade der Herausforderungen der Geschichte.

Am 27. Januar 1649 wurde Charles I. geköpft. Der Mann redete viel und gern und konnte auch kurz vor seinem Tod nicht die Klappe halten, erklärte sich sogar zum Märtyrer des Volkes. Nun, zumindest wurden seine Worte festgehalten, und nach 374 Jahren lesen Sie jetzt davon. Das ist doch was. Was meinen Sie, was die Menschen in 374 Jahren über Charles III. lesen werden? Ich wage eine Prognose.

Himmel oder Hölle?

Himmel oder Hölle? Meine Befürchtung ist, dass Charles seine Seele dem Teufel verkauft hat und mit dazu beitragen wird, die Hölle auf Erden zu schaffen.

Es gab dereinst das Herrscherhaus der Romanows in Russland, der Habsburger in Österreich, der Bourbonen in Frankreich und der Hohenzollern in Deutschland. Der Zar in der Not hatte England um Asyl gebeten. Das Gesuch wurde abgelehnt. Warum? Geblieben unter den großen Königshäusern ist also lediglich das Herrscherhaus der Windsors. Sie haben alle anderen Konkurrenten abgearbeitet. Aber jetzt sind sie selbst dran. Sie werden nämlich nicht mehr gebraucht. Elizabeth II. wusste das. Sie wusste auch, wie man Majestät im 21. Jahrhundert spielt: Gesehen werden im Prunk und den Mund halten. Sie gab nie ein Interview.

Charles wird das nicht schaffen. Charles hat sich nicht in der Beherrschung. Zudem gibt es so viele Fettnäpfchen in Großbritannien, dass die Verführung einfach zu groß sein wird, in diesen Fettnäpfchen ausgelassen zu planschen und dann zu klagen, dass er nass ist. Der Mann ist größtenwahnsinnig.

Armes England

Auf dem Wappen des Prinzen von Wales steht auf Deutsch: „Ich dien“. Charles wird alles daran setzen, um dieses „ich dien“ in „ich herrsche“ umzuwandeln. Und wird damit seinen Untergang besiegeln. Und eines Tages, in nicht allzu ferner Zukunft, wird ein Mann aus Afrika Premierminister von Großbritannien werden. Und Churchill da oben wird sich ernsthaft fragen, wer denn wohl 1939 recht hatte. Denn die überwiegende Mehrheit des englischen Adels und auch des Königshauses wollte sich mit Deutschland arrangieren. Deutschland hätte das Empire respektiert. Und Großbritannien hätte Deutschland in Ruhe gelassen.

Ganz große Fragen: Warum war das Königshaus pro Deutschland? Und auch der Adel? Und warum konnten weder Adel noch König sich durchsetzen. Warum?

Die englische Armee, jeder Soldat, jeder Offizier, musste einen Eid auf den König schwören. Was wohl geschehen wäre, wenn George VI. den Befehl gegeben hätte, sich aus dem Krieg herauszuhalten? Und die größte Frage lautet: Wie konnte so ein Versager wie Churchill auf einmal solche Macht bekommen? Und dann zum Lieblingsbritten aller Zeiten werden? Obwohl er das Empire verlor. Obwohl er England in den Untergang führte und es zum Armenhaus Europas machte.

Wenn die doch endlich die Archive in London öffnen würden. So viele Fragen sind noch offen.

Charles III. lebt in einer Zeit ohne Churchill. Das Personal um ihn herum in der Politik ist alles drittklassig. Er weiß das und wird daher der Versuchung nicht widerstehen können, richtig König zu spielen, wie dereinst. Und damit seinen Untergang besiegeln. Noch einmal: der Mann wird nicht mehr gebraucht. Er ist lediglich ein wohlwollender Clown, der die Welt als Theater sieht. Arrangiert nur für ihn. Er ist der Star. Er liebt das. Charles III., der letzte König auf Erden. Daher wollen wir mit besonderer Inbrunst in die Welt rufen: „Long live the King!“

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

F i n n l a n d (Seiten E 271 – E 272)

01) Finnische Einkaufstouristen werden nun an Russischer Grenze abgewiesen

16. 05. 2023



Seite E 272 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 836 vom 01.06.2023

Finnische Bürger, die mit einem sogenannten „Geschäftsvisum“ die Grenze nach Russland überqueren wollen, um in Russland günstiger zu tanken oder Lebensmittel einzukaufen, werden ab sofort an der Grenze zurückgewiesen.

„Tank-Tourismus“ ab sofort eingestellt

Bisher hatte man seitens der russischen Behörden bei derartigen Shopping-Ausflügen ein Auge zugedrückt.

Mit dem „heiß ersehnten“ NATO-Beitritt des ehemals neutralen Finnland hat sich dies wohl von russischer Seite erledigt.

Wie die Zeitung *Helsingin Sanomat* am 13. Mai berichtete, haben russische Grenzbeamte damit begonnen, die Visa von finnischen Staatsbürgern zu annullieren.

Im Speziellen handelt es sich dabei um Finnen die nach Russland einreisen wollen, um dort ihre Fahrzeuge zu betanken und Essen zu kaufen. Die meisten Fahrer seien an den Kontrollpunkten Vaalimaa/Torfjanowka und Nuijamaa/Brusnitschnoje aufgehalten und zurück geschickt worden.

Einreiseverbot seitens Russlands verhängt

Des Weiteren sollen einige Finnen laut dem Bericht statt der Annullierung ihres Visums eine Mitteilung über ein künftiges Einreiseverbot erhalten.

Das russische Konsulat stellt somit finnischen Staatsbürgern ausschließlich Touristenvisa für die einmalige Einreise aus.

Deshalb beantragten einige Finnen Mehrfachvisa für Geschäftsreisen, um im Nachbarland regelmäßig zu tanken oder Lebensmittel zu kaufen. Beides gilt zwar nicht als Geschäftsreise, aber bisher hätten die russischen Behörden hier ein Auge zugedrückt, so der Bericht.

Nach strikter Auslegung des russischen Rechts verstößt ein finnischer Staatsbürger mit einem Geschäftsvisum, der beispielsweise nach Wyborg fährt, um dort zu tanken, allerdings klar gegen die Visaregelung.

Im Februar hatte Finnland überdies mit dem Bau eines Testabschnitts eines drei Kilometer langen Zauns an der Grenze zu Russland in der Nähe des Grenzübergangs Imatra begonnen.

Der Zaun wird mit Stacheldraht versehen, in einigen Bereichen sollen auch Nachtsichtkameras, Laternen und Lautsprecher installiert werden. Zurzeit steht an der finnisch-russischen Grenze nur ein einfacher Holzzaun.

Der erste Bauabschnitt soll bis Ende Juni fertiggestellt sein. Finnland ist seit dem 4. April offiziell NATO-Mitglied, wodurch sich die NATO-Landgrenze zu Russland um rund 1 300 Kilometer verlängert hatte.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER